

**Agentur: Es geht immer schneller; ASYL Berlin rechnet mit 26.000 Flüchtlingen mit fatalen Folgen für die Abschiebep Praxis**

taz, die tageszeitung

Montag 08. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 342 words

**Highlight:** ASYL Berlin rechnet mit 26.000 Flüchtlingen mit fatalen Folgen für die Abschiebep Praxis

## Body

---

In Berlin ist die Zahl der abgeschobenen **Flüchtlinge** in diesem Jahr deutlich gestiegen um 19 Prozent. Wurden im vergangenen Jahr nach Angaben der Innenverwaltung von Januar bis April noch 211 Personen in ihre Heimatländer zurückgeschickt, so waren es in den ersten vier Monaten 2015 schon 261. Insgesamt waren es im vergangenen Jahr 602 Abschiebungen.

Die Hauptherkunftsländer, in die abgeschoben wurde, blieben 2014 und 2015 weitgehend gleich: Serbien und Bosnien. Die beiden Balkanstaaten gehören ebenso wie Mazedonien zu den seit vergangenem Jahr als sichere Herkunftsländer eingestuften Staaten. Asylanträge von dort haben so gut wie keine Chance auf Anerkennung. Deshalb will Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), dass Asylbewerber aus den Ex-Jugoslawien-Staaten und Albanien künftig in einem Schnellverfahren angehört und abgeschoben werden. Es soll nur wenige Wochen dauern.

Nur zwei erhielten einen Schutzstatus

Vom Jahresbeginn bis zum 30. April 2015 stellten nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 4.911 Menschen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kosovo und Serbien Asylanträge in Berlin. Die größten Gruppen stellten Kosovaren (1.571) und Serben (1.551). Über mehr als die Hälfte der Anträge (2.649) wurde bereits entschieden. Genau zwei erhielten einen Schutzstatus. 1.106 Anträge wurden abgelehnt.

Am längsten dauerten die Entscheidungen über die Anträge von Mazedoniern im Schnitt 125,6 Tage, wie das BAMF berichtete. Knapp vier Monate oder 118 Tage mussten sich auch Bewerber aus Bosnien und Herzegowina gedulden. Gut drei Monate brauchten die Bearbeiter für Asylanträge aus Serbien (94,8 Tage) im Schnitt, zwei Monate für Anträge aus dem Kosovo (60 Tage) oder Albanien (56,7 Tage).

In den ersten vier Monaten reisten zudem 276 Asylbewerber freiwillig wieder aus Berlin aus, darunter 88 Kosovaren, 74 Serben und 35 Bosnier, so ein Sprecher der Innenverwaltung. Wer nicht freiwillig zurückkehre, bei dem betreibt die Berliner Ausländerbehörde konsequent und zeitnah die Rückführung . (dpa)

Agentur: Es geht immer schneller ASYL Berlin rechnet mit 26.000 Flüchtlingen mit fatalen Folgen für die Abschiebep Praxis

**Load-Date:** June 7, 2015

---

End of Document

## **Balkanroute fest abgedichtet; Flucht Zahl der Asylsuchenden in Deutschland sinkt weiter**

taz, die tageszeitung

Samstag 09. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 364 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

### **Body**

---

Flucht Zahl der **Asylsuchenden** in Deutschland sinkt weiter

Berlin taz | Die Zahl der **Asylsuchenden** in Deutschland sinkt nach dem Schließen der Balkanroute weiter. Im März wurden rund 20.000 **Flüchtlinge** in den Bundesländern im sogenannten Easy-System registriert. Im Dezember waren dies noch 120.000 Leute gewesen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) führte den Rückgang am Freitag vor - allem auf die Schließung der -sogenannten Balkanroute zurück. Täglich kämen im Schnitt nur noch deutlich weniger als 200 Flüchtlinge nach Deutschland. Für eine Prognose für das gesamte Jahr sei es aber zu früh.

Da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) personell aufgestockt wurde und neue Ankunftszentren errichtete, stieg im März die Zahl der Anträge auf Asyl, denn viele Flüchtlinge können jetzt erst nach wochen- oder monatelangem Aufenthalt ihre Anträge beim Bamf stellen. Im März wurden 58.000 Erstanträge vom Bundesamt angenommen. Auch wächst die Zahl der Entscheidungen: Im ersten Quartal 2016 wurden 150.000 Asylanträge vom Bamf entschieden, das ist mehr als das Zweieinhalbfache der Entscheidungen im ersten Quartal 2015. Die Schutzquote lag bei 63 Prozent. Unter den Syrern betrug die Anerkennung als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention rund 97 Prozent, unter den Irakern 81, unter Eritreern 95, unter Afghanen 28 Prozent. Wer als Flüchtling solcherart anerkannt ist, kann die unmittelbaren Familienangehörigen ohne Wartezeit nachholen.

Erhöht hat sich allerdings auch die Zahl der abgeschobenen abgelehnten Asylbewerber. Von Januar bis Februar waren es laut de Maizière fast 4.500 Leute. Im Februar seien außerdem 5.000 Menschen freiwillig ausgewandert. Auch dies ist ein Zuwachs.

Auf der Pressekonferenz am Freitag kamen auch mögliche Ausweichrouten der Flüchtlinge zur Sprache, besonders über den Seeweg und Italien. De Maizière erklärte, für diese Flüchtlinge, die vor allem aus den afrikanischen Ländern kommen, sei laut der Dublin-Verordnung Italien zuständig. Er gehe davon aus, dass das Land dieser Verpflichtung nachkomme. Österreich hat Grenzkontrollen am Brenner angekündigt, wenn Flüchtlinge versuchen sollten, über Italien einzureisen.

Balkanroute fest abgedichtet Flucht Zahl der Asylsuchenden in Deutschland sinkt weiter

Barbara Dribbusch

**Load-Date:** April 8, 2016

---

End of Document

**Bamf kehrt bei Syrern zu Einzelfallprüfung zurück; Koblenz taz | Am Donnerstag habe**

taz, die tageszeitung

Samstag 05. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 307 words

**Byline:** Christian Rath

## Body

---

Koblenz taz | Am Donnerstag haben die Innenminister der Länder dazu beigetragen, die Arbeitslast des Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) zu erhöhen. Sie erhoben keine Einwände gegen den Plan des Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU), bei syrischen **Flüchtlingen** wieder im Einzelfall zu prüfen, ob sie politisch verfolgt sind oder vor dem Bürgerkrieg flüchteten. In beiden Fällen bekommen sie ein Aufenthaltsrecht in Deutschland, aber einen leicht unterschiedlichen Status. Einen Tag später hingegen waren die Innenminister der Länder fast schon wütend.

Kommunen und Länder schaffen es in diesem Jahr, eine Million Flüchtling unterzubringen, aber die Asylverfahren, für die der Bund zuständig ist, dauern immer noch viel zu lange, kritisierte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) zum Abschluss der Innenministerkonferenz (IMK) in Koblenz.

Eingeladen war am Freitagvormittag der neue Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise. Er schilderte den Innenministern, dass er die Produktivität des Bundesamts bereits von 1.000 auf 1.600 Entscheidungen pro Tag gesteigert habe. Weitere Fortschritte seien möglich, wenn wie geplant neben den aktuell 3.300 Mitarbeitern zusätzlich 4.000 neue Mitarbeiter eingestellt und geschult sind. Ab Mai 2016 könne das Bamf dann 80.000 Entscheidungen pro Monat treffen.

Das habe Weise den Ministern in Aussicht gestellt. Die Innenminister fanden den Auftritt des sonst hochgelobten Organisators Weise enttäuschend bis erschreckend, wie Ralf Jäger formulierte. Die Minister hätten ein umfassendes Lagebild erwartet, doch Weise habe einfachste Fragen nicht beantworten können. Selbst wenn die Kapazität des Bamf ab Mai nächsten Jahres den eingehenden Asylanträgen entspricht, habe Weise keine Strategie, um den Berg von einer Million unerledigter Asylanträge spürbar zu reduzieren, so die Innenminister Christian Rath

**Load-Date:** December 4, 2015

Bamf kehrt bei Syrern zu Einzelfallprüfung zurück Koblenz taz | Am Donnerstag habe

---

End of Document

**Zeltsaison vor dem Ende; Unterbringung Bremen baut schrittweise Notquartiere in Zelten für Flüchtlinge ab und plant stattdessen mehr als 1.000 neue Dauerwohnungen zu schaffen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 45

**Length:** 725 words

**Byline:** Eva Przybyla

**Highlight:** Unterbringung Bremen baut schrittweise Notquartiere in Zelten für Flüchtlinge ab und plant stattdessen mehr als 1.000 neue Dauerwohnungen zu schaffen

## Body

---

von Eva Przybyla

Ab 1. August soll es in Bremen keine Zelte mehr geben: Die Stadt löst schrittweise ihre Notunterkünfte für Geflüchtete auf. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion zur Lage der Flüchtlingsunterbringung hervor.

Grund für den Kurswechsel sind die rückläufigen Zahlen: Der Senat rechnet mit 6.000 Neuankünften. Das wären 6.600 weniger als im vergangenen Jahr. 2015 nahm Bremen insgesamt 10.000 erwachsene Asylsuchende und 2.600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf.

Die Bremer Prognose leitet sich laut Sozialressortsprecher Bernd Schneider von der des Bundes ab. Diese sieht in diesem Jahr die Ankunft von 800.000 Geflüchteten in Deutschland vor. Das ist keine verlässliche Zahl, sagt Schneider. Die tatsächliche Zahl hänge von politischen Entscheidungen wie dem Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei ab.

Bis jetzt scheinen die Prognosen jedoch nicht unrealistisch zu sein. Nach Bremen seien im vergangenen Halbjahr 2.500 erwachsene Flüchtlinge gekommen, sagt Schneider. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sei so klein, dass sie statistisch nicht relevant ist.

Auch bundesweit zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Neuankünfte von Flüchtlingen: 222.264 Zugänge von Asylsuchenden registrierte das Bundesinnenministerium im selben Zeitraum. Dass das so bleibt, bezweifelt Schneider: In der zweiten Jahreshälfte fliehen mehr Menschen über das Mittelmeer, weil sich die See beruhigt. Im vergangenen Herbst seien die Zahlen der Neuankünfte deshalb stark angestiegen. Allerdings haben 2016 bereits 110.000 Menschen den Seeweg nach Europa gewählt, so viel wie nie. Entsprechend erwartet Migrationsforscher

Zeltsaison vor dem Ende Unterbringung Bremen baut schrittweise Notquartiere in Zelten für Flüchtlinge ab und plant stattdessen mehr als 1.000 neue Dauerwohnunge....

Hannes Scham-mann nicht, dass sich der saisonale Anstieg im gleichen Maße wiederholt: Im letzten Jahr hatten wir eine Sondersituation. Die Balkanroute war offen.

Der Fluchtdruck im Nahen Osten bleibe zwar der gleiche, aber wie viele Flüchtlinge tatsächlich in Deutschland ankommen, hänge von den möglichen Fluchtrouten ab: Durch die aktuelle Abschottungspolitik werden die Routen für viele Flüchtlinge zu gefährlich, um sich auf den Weg zu machen , sagt Scham-mann.

Derzeit sind laut Senat alle 2.710 Plätze für Geflüchtete in den Bremer Übergangwohnheimen ausgelastet. Die knapp 3.000 Plätze in den Notunterkünften waren Ende Mai dagegen gerade mal zu knapp 60 Prozent besetzt. Notunterkünfte werden nun abgebaut oder in Übergangwohnheime umgewandelt. Länder und Kommunen stehen unter dem Druck der Rechnungshöfe , erklärt Schammann. Dazu müssten die Turnhallen wieder frei gemacht werden. Wie die taz Anfang Juli berichtete, wurden bereits 20 von 22 Turnhallen in Bremen wieder freigegeben.

Die Linksfraktion begrüßt diese Entwicklung: Die Notunterkünfte sind das Ende der Fahnenstange , sagt Fraktions-Sprecherin Doris Achelwilm. Die Qualität der Unterbringung müsse verbessert werden, und dafür eigneten sich die Übergangwohnheime besser, sagt Achelwilm. Diese verfügen über eigene Kochmöglichkeiten.

In diesem Jahr werden in Bremen insgesamt 1.500 neue Plätze in Übergangwohnheimen fertiggestellt. Ein Teil der Plätze wird in einer Containersiedlung in Osterholz sein, die vergangene Woche eröffnet wurde. Die übrigen verteilen sich auf die alte Vulkan-Werft und ein Bürogebäude am Wall. Weitere 3.299 Plätze sind für die nächsten Jahre geplant.

Der einfache Rückbau oder das Horten von Unterkünften für Geflüchtete sind jedoch Scham-mann zufolge nicht erstrebenswert: Es gilt jetzt, Schwankungen mitzudenken , sagt der Migrationsforscher. Dafür bräuchten Länder und Kommunen flexible Konzepte für die Unterkünfte.

Als Beispiel nennt er mehr sozialen Wohnungsbau, der mit Flüchtlingsunterkünften verknüpft wird. Außerdem könnte eine Stadt günstige Verträge zur Zwischennutzung von leeren Flüchtlingsunterkünften anbieten. Allgemein müssen Städte mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen , sagt Schammann.

Das hat Bremen zumindest vor: Freie Übergangswohnungen kommen in Zukunft auf den normalen Wohnungsmarkt. Dass dieser Wohnraum günstig sein wird, bezweifelt Achelwilm jedoch: Schon jetzt vergebte der Senat viele Aufträge an private Wohnungs-Unternehmen. Die Quote für den Anteil der bezahlbaren Wohnungen sei außerdem befristet. Das bedeutet keine wirkliche Entspannung in der Mietpreisentwicklung , sagt Achelwilm..

Die Notunterkünfte sind das Ende der Fahnenstange

**Load-Date:** July 20, 2016



**Alte und neue Deutsche; Sachbuch Was ist los in Deutschland? Die Soziologin Annette Treibel analysiert die Feindschaft gegen Flüchtlinge und Migranten vor dem Hintergrund gewandelter Hierarchien im heutigen Deutschland**

taz, die tageszeitung

Montag 14. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 16

**Length:** 579 words

**Byline:** Fabian Grieger

**Highlight:** Sachbuch Was ist los in Deutschland? Die Soziologin Annette Treibel analysiert die Feindschaft gegen Flüchtlinge und Migranten vor dem Hintergrund gewandelter Hierarchien im heutigen Deutschland

## Body

---

Sie wolle mit ihrem Buch *Integriert Euch!* einen positiven Gegenentwurf zu Sarrazins völkischer Untergangsbeschwörung liefern, schreibt die Soziologin Annette Treibel. Deutschland schafft sich neu statt Deutschland schafft sich ab. Sie zeigt, dass die Integrationsfrage komplex und nicht einfach ist, wie auf den Straßen dieses Landes gelegentlich angenommen wird. *Integriert Euch!* ist wissenschaftlich geschrieben und empirisch belegt. Es nimmt die Schärfe aus einer Debatte, die emotional geführt wird und in beunruhigende Bahnen gerät.

Treibel stellt grundsätzliche Fragen, die oft vergessen werden. Wer integriert wen? Und wer hat die Macht zu entscheiden, nach welchen Regeln integriert werden soll? Sie schreibt, dass der Begriff der Integration bereits eine In-group und eine Out-group definiert. Also spaltet statt integriert. Um die beiden Gruppen zu charakterisieren, spricht sie von Alt-Deutschen und Neu-Deutschen. Das klingt zunächst seltsam, macht aber die verkrampften Formulierungen um Ausländer, Einwanderer, Migranten, Asylbewerber und Menschen mit Migrationshintergrund überflüssig.

Auch die Frage nach dem Deutschen verfolgt Treibel. Sie widerlegt die identitätssuchenden (Aber) wir sind (doch) das Volk -Rufe mit Fakten. Deutsch ist man nicht, man wird es. Treibel benennt das Dilemma der Nationalisten, völkische Gemeinsamkeiten zwischen Sachsen, Alemannen, Bayern und Schwaben zu finden. Warum also sollte der eh schon dehnbare Begriff des Deutschen nicht ergänzt werden können?

Unerfüllte Versprechen

Spannend wird es, wenn Treibel die Ursachen des gestörten Verhältnisses zwischen Alt-Deutschen und Neu-Deutschen analysiert. Aus dem kulturellen Problem macht sie ein Anerkennungsproblem in einer sozial

Alte und neue Deutsche Sachbuch Was ist los in Deutschland? Die Soziologin Annette Treibel analysiert die Feindschaft gegen Flüchtlinge und Migranten vor dem Hi....

gespaltenen Gesellschaft. Integration ist kein Problem der Multikulturalität, sondern würde auch ohne Einwanderung bei sozial Benachteiligten bestehen. Und so stehen nach Treibel vor allem jene den Neu-Deutschen ablehnend gegenüber, deren Hoffnungen auf ein Privileg unerfüllt blieben. Das gelte vor allem für Ostdeutsche, für die sich das Versprechen der Gleichstellung mit der Wende nicht erfüllt hat.

Die bisherige Alltagshierarchie, die sich hinter dem ewigen Sie können aber gut Deutsch versteckt, verändere sich durch den zunehmenden Aufstieg Neu-Deutscher im Bildungssystem und in der Arbeitswelt. Gut integrierte Einwanderer in Schlüsselpositionen jagten Alt-Deutschen mehr Angst ein als schlecht integrierte. Statt um Sozialschmarotzer gehe es um Vorzeigetürken. Eine Neiddebatte, angetrieben durch die Angst, abgehängt zu werden.

Treibel versucht, die Probleme der Integration kleiner erscheinen zu lassen. Sie ist nicht so entnervt wie die Neuköllner Frustrierten Buschkowsky und Heisig, stattdessen beschäftigt sich Treibel mit den Lieblingsstadtteilen der Integrationskritiker lieber erst gar nicht.

Integriert Euch! richtet sich an Alt-Deutsche und ruft damit in Erinnerung, dass Integrationsleistung gegenseitig erbracht werden muss. Das Buch wird Pegida-Mitläufer weder ansprechen noch umstimmen. Es weist auch keinen Weg, die gemachten Fehler der Integrationspolitik zu korrigieren. Es wird am ehesten jenen, die bereits für Offenheit gegenüber Neu-Deutschen werben, das gute Gefühl geben, auch aus wissenschaftlicher Perspektive recht zu haben. Fabian Grieger

Annette Treibel: Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2015, 208 Seiten, 19,90 Euro

**Load-Date:** December 13, 2015

**Henkel härter als Körting: Nur jeder Dritte darf bleiben; ASYL Härtefallkommission kann immer weniger Menschen helfen. Opposition kritisiert den Senator**

taz, die tageszeitung

Freitag 05. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 22

**Length:** 205 words

**Byline:** IDE

**Highlight:** ASYL Härtefallkommission kann immer weniger Menschen helfen. Opposition kritisiert den Senator

## Body

---

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Härtefallkommission üben die **flüchtlingspolitischen** Sprecher der Oppositionsfractionen Kritik an Innensenator Frank Henkel (CDU). So werfen Canan Bayram (Grüne), Hakan Tas (Linke) und Fabio Reinhardt (Piraten) Henkel in einer gemeinsamen Presseerklärung vor, nur ein Drittel aller Härtefallanträge zu bewilligen. Sein Vorgänger Ehrhart Körting (SPD) habe noch zwei Dritteln aller Ersuchen um eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen stattgegeben.

Zudem agiere Henkel rigider als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). So habe das Bundesamt in immerhin neun Fällen Sinti und Roma wegen ethnischer Verfolgung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt, obwohl die Balkanstaaten inzwischen als sichere Herkunftsländer gelten. Henkel hingegen lehne Anträge von Menschen, die aus diesen Ländern nach Berlin kommen, kategorisch ab.

Dem Evangelischen Pressedienst zufolge ist die Quote der erfolgreichen Ersuchen um eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Verlauf des bisherigen Jahres erneut gesunken. Insgesamt wurden 69 Ersuchen von der Härtefallkommission an den Innensenator weitergeleitet. Henkel bewilligte die Bitte um eine Aufenthaltserlaubnis in 25 Fällen. IDE

**Load-Date:** June 4, 2015

**Hungerstreik vor der Staatskanzlei; BLEIBEWUNSCH Unmittelbar vor dem Regierungssitz von Niedersachsens Ministerpräsidenten sind 35 Asylsuchende aus dem Sudan in den Hungerstreik getreten und fordern ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland. Aber Stephan Weil macht wenig Hoffnung**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 41

**Length:** 760 words

**Byline:** Andreas Wyputta

**Highlight:** BLEIBEWUNSCH Unmittelbar vor dem Regierungssitz von Niedersachsens Ministerpräsidenten sind 35 Asylsuchende aus dem Sudan in den Hungerstreik getreten und fordern ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland. Aber Stephan Weil macht wenig Hoffnung

## Body

---

von ANDREAS WYPUTTA

Wenn Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil in diesen Tagen seinen Regierungssitz verlässt, hat er die Sorgen vieler Flüchtlinge direkt vor Augen: Gegenüber seiner Staatskanzlei, nur wenige Meter vom Haupteingang entfernt, protestieren seit Montag rund 50 Schutzsuchende aus dem Sudan. 35 von ihnen sind in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Wir werden so lange nichts essen, bis unsere Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht in Deutschland erfüllt ist, sagte deren Sprecher Diefala Alrieh.

Mit einem Protest-Camp auf dem innerstädtischen Weißekreuzplatz, nur wenige 100 Meter vom Hauptbahnhof entfernt, weisen die Asylsuchenden bereits seit Mai vergangenen Jahres auf ihre deprimierende Situation hin. Obwohl mit Umar al-Baschir ein mit internationalem Haftbefehl gesuchter Kriegsverbrecher ihr Heimatland Sudan regiert (siehe Kasten), habe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) viele ihrer Asylanträge abgelehnt, klagten sie schon 2014.

Außerdem droht ihnen nach der sogenannten Dublin-Verordnung die Abschiebung in das Land, in dem sie die Europäische Union zuerst betreten haben also etwa nach Griechenland oder Italien, wo Schutzsuchende keine staatliche Hilfe erwarten können. In einer Resolution forderten die Camp-Bewohner deshalb mindestens subsidiären Schutz also ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Das fordern sie immer noch. Außerdem baten sie um sofortige Arbeitserlaubnis und dezentrale Wohnunterbringung: Nichtstun in drangvoller Enge zermürbe sie.

Hungerstreik vor der Staatskanzlei BLEIBEWUNSCH Unmittelbar vor dem Regierungssitz von Niedersachsens Ministerpräsidenten sind 35 Asylsuchende aus dem Sudan in d....

Hilfe erhielten die Flüchtlinge nicht nur von einer stetig wachsenden Unterstützerszene, sondern auch von Parteien wie Grünen und Linken. Als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe hat sich aber auch die Sozialdemokratin Doris Schröder-Köpf in Berlin für die Leute aus dem Camp eingesetzt, sagt der grüne Landtagsabgeordnete Belit Onay.

Trotz des Widerstands mancher Anwohner und Geschäftsleute der Weißekreuzplatz liegt am Anfang einer Einkaufsstraße, der Lister Meile wurden Teile des Camps deshalb dauerhaft toleriert. Allerdings ist es in Hannover ein offenes Geheimnis, das die Polizei die verbliebenen vier Großzelte nur als eine Art Dauer-Demonstration duldet; übernachten dürfen dort nur wenige.

Geholfen werden konnte schon vielen: Wir hatten sehr intensiven Kontakt zu den Flüchtlingen, sagt der Grüne Onay. Zusammen mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen beriet die Unterstützerszene die Schutzsuchenden. Nicht wenige von ihnen konnten tatsächlich ihr Asylrecht als politisch Verfolgte durchsetzen, andere werden dauerhaft geduldet. Genaue Zahlen dazu hat aktuell allerdings niemand.

Die Gruppe hat sich im Sommer 2015 gespalten: Der damalige Sprecher Maissara Saeed bewertete die ursprüngliche Forderung nach einer Art kollektivem Asyl für alle Sudanesen als nicht durchsetzbar, kündigte ein Ende des Camps an und erntete massiven Protest derjenigen, die erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen waren: Erst wer 18 Monate in Deutschland gelebt hat, wird nicht mehr per Dublin-Verordnung nach Südeuropa abgeschoben.

Im Sudan werden auch heute noch jeden Tag Menschen getötet, klagt der Flüchtling Mohamed al Dadir vor Niedersachsens Staatskanzlei stellvertretend für viele. Die Sudanesen können nicht verstehen, warum nicht auch für sie eine Aufhebung der Dublin-Abschiebungen in Betracht kommt, wie sie das BAMF für Schutzsuchende aus Syrien im August über Twitter verkündet hat.

Ministerpräsident Weil aber will den Asylsuchenden vor seiner Tür keine Hoffnung machen schließlich gilt der BAMF-Tweet als Auslöser der Flüchtlingswelle aus Syrien, die mittlerweile auch SPD-Chef Sigmar Gabriel über die Grenzen unserer Möglichkeiten nachdenken lässt. Wir werden das beobachten, sagt eine Sprecherin Weils über den Hungerstreik vor ihrer Tür nur, und uns zu gegebener Zeit verhalten.

Sudans Diktator

Der Haftbefehl gegen Sudans Präsidenten Umar al-Baschir ist eine Premiere: Erstmals ist der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag damit gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt vorgegangen.

Al-Baschir werden Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Im seit 2003 anhaltenden Bürgerkrieg in der Provinz Darfur soll er versucht haben, ganze Völker wie die Fur, die Masalit oder die Zaghawa zu vernichten.

Wegen mangelnder Kooperation des UN-Sicherheitsrats hat der Strafgerichtshof seine Ermittlungen gegen den 71-Jährigen trotzdem vorerst eingestellt. Im April 2015 ließ sich Baschir prompt als Präsident wiedewählen mit angeblich 94 Prozent der abgegebenen Stimmen.

**Load-Date:** October 7, 2015

**Von Anfang an dabei; INTEGRATION Das Projekt Early Intervention des Bundesamts für Flucht und Migration und der Arbeitsagentur fördert Asylbewerber vor ihrer Anerkennung als Flüchtling**

taz, die tageszeitung

Freitag 19. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 08

**Length:** 865 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** INTEGRATION Das Projekt Early Intervention des Bundesamts für Flucht und Migration und der Arbeitsagentur fördert Asylbewerber vor ihrer Anerkennung als Flüchtling

## Body

---

VON CHRISTIAN JAKOB

BERLIN taz | Bisweilen werden Innovationen von Behörden mit großer Geste beworben – doch der Nutzen hält sich in Grenzen. Beim Early Intervention -Projekt ist es genau andersherum: Das Pilotprogramm des Bundesamts für Flucht und Migration (BAMF) und der Arbeitsagentur könnte eine ganze Reihe der Probleme, die durch die Aufnahme vieler neuer Flüchtlinge in Deutschland entstehen, entscheidend verbessern – und ist der Öffentlichkeit trotzdem weitgehend unbekannt.

Gerade mal eine einzige Pressemitteilung war Early Intervention den beiden Ämtern bislang wert – dabei startete es schon im Sommer vergangenen Jahres und läuft seitdem an mittlerweile neun Standorten: Augsburg, Bremen-Bremerhaven, Dresden, Freiburg, Hamburg, Köln, Berlin-Süd, Hannover und Ludwigshafen. Asylbewerber werden schon bald nach ihrer Ankunft gezielt angesprochen und von der Arbeitsagentur gefördert – und nicht erst nach ihrer Anerkennung. Das kann den Zeitraum von der Ankunft eines Flüchtlings bis zur Aufnahme einer Beschäftigung um Jahre verkürzen.

Einer der Teilnehmer ist Saad Saliba, Softwareingenieur aus Syrien. Im April 2014 hatte der 30-Jährige in Bremerhaven einen Asylantrag gestellt. Bei der Registrierung beim BAMF gab er an, an der Universität von Qamishli in Nordsyrien Informatik studiert und dann drei Jahre bei einer staatlichen Bank in Syrien als Systemadministrator gearbeitet zu haben.

Syrer dürfen mit hoher Wahrscheinlichkeit in Deutschland bleiben; mit Salibas Einverständnis leitete der BAMF-Sachbearbeiter seine Daten an Angela Touré von der Arbeitsagentur in Bremen weiter. Nachdem Touré eine Reihe potenzieller Teilnehmende beisammen hatte, lud sie im Mai erstmalig Asylbewerber zu einer Informationsveranstaltung ein. Es war schwierig, den Kontakt aufzunehmen, sagt Touré. Die Flüchtlinge wohnten

Von Anfang an dabei INTEGRATION Das Projekt Early Intervention des Bundesamts für Flucht und Migration und der Arbeitsagentur fördert Asylbewerber vor ihrer A....

verstreut in Aufnahmeeinrichtungen, keiner von ihnen war zu diesem Zeitpunkt anerkannt, niemand hatte eine Arbeitserlaubnis oder besuchte einen Deutschkurs.

Saliba war damals erst ein halbes Jahr in Deutschland. Ein Dolmetscher übersetzte ihm das Angebot, das die Frau von der Arbeitsagentur ihm machte: berufsbezogene Deutschförderung, Hilfe bei der Anerkennung seiner Qualifikation, Bewerbungstrainings und Hilfe bei der Suche nach einem Praktikumsplatz alles noch vor einer möglichen Anerkennung als Flüchtling durch das BAMF.

Natürlich hatte ich Interesse, sagt Saliba. Daraufhin lud ihn Touré zum Einzelgespräch ein. Das Kriterium ist nicht nur die Qualifikation, sondern auch der subjektive Eindruck, erklärt sie. Wie motiviert sind die Bewerber, können sie Englisch oder andere Sprachen, beherrschen sie die lateinische Schrift, wie lange haben sie eine Schule besucht? Nicht nur Akademiker kämen für Early Intervention infrage, auch bei über 25-Jährigen könnte eine Ausbildung, etwa als Handwerker geleistet werden entscheidend seien auch Ausbildungsfähigkeit und Motivation.

Saliba begann einen vom BAMF finanzierten Deutschkurs, fünf Tage pro Woche. Im Dezember legte er seine B1-Prüfung ab. Im April 2015 absolvierte er ein Praktikum, mithilfe der Arbeitnehmerkammer reichte er sein Diplom zur Anerkennung bei der Ingenieurskammer ein. Eine Nachqualifizierung sei wohl nicht nötig, sagt Arbeitsagentur-Mitarbeiterin Touré, weil Saliba ausreichend Berufserfahrung in Syrien nachweisen könne.

Wir beginnen sehr früh mit der Vermittlung, erklärt Angela Touré weiter. Noch Juni könnte Saliba das Sprachlevel B2 erreicht haben. Dann fange ich an, mich zu bewerben, sagt er. Den Sprachkurs will er in jedem Fall besuchen, bis er die C1-Prüfung bestanden hat. Ohne Early Intervention wird sich nicht so um die Leute gekümmert, erklärt Touré. Alle anderen Fördermaßnahmen würden viel später einsetzen. Dann wäre Saliba frühestens 2016 so weit gewesen, wie jetzt. Konkret hieße das: Ein Jahr mehr beruflicher Leerlauf, ein Jahr mehr Bezug von Sozialleistungen.

Early Intervention ist mit Sicherheit eine sinnvolle Sache, meint Reinhold Demel, der Leiter der Arbeitsagentur in Augsburg auch dies einer der Standorte des Pilotprojekts. Wir bringen die Leute früh auf den Weg, damit ihre Zeit nicht sinnlos verstreicht. Wir vermitteln die aktiv im Gespräch mit den Arbeitgebern. Am Anfang stehe dabei oft ein Praktikum. Danach sei meist schnell klar, wie weit der ist und welche Einstiegsqualifizierung noch nötig ist.

Die Teilnehmer seien hochmotiviert, die wollen alle arbeiten, sagt Demel. Rund 120 Flüchtlinge haben das Projekt in Augsburg bislang durchlaufen. Das A und O ist die Sprache, so der Mitarbeiter der Arbeitsagentur Augsburg weiter. Zwei Kurse hat seine Behörde von einem Bildungsträger für die Early-Intervention-Gruppe einrichten lassen, bis zum Level B2. Die meisten der Teilnehmer sind SyrerInnen. Keiner von denen kam ohne Schulabschluss, sagt Demel, viele brachten einen Facharbeiterbrief, eine Ausbildung oder einen akademischen Abschluss mit. Doch auch Flüchtlinge ohne Ausbildung bekämen eine Chance: Einem haben wir eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker finanziert.

Flucht nach vorn: frühe Betreuung

Statt Flüchtlinge jahrelang vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, hilft ihnen ein Pilotprogramm bei der Suche nach einem Job

**Load-Date:** June 19, 2015

Gestern in LMD, heute in den Nachrichten; Festung EuropaBei dem Bemühen, d

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 2

**Length:** 344 words

## Body

---

### Festung Europa

Bei dem Bemühen, den fremdenfeindlichen Wählern rechtspopulistischer Parteien wie der AfD oder der FPÖ in der Flüchtlingsfrage entgegenzukommen, werden Grundrechte und internationale Vereinbarungen gern vergessen. Am 4. Juni schlug der österreichische Außenminister Sebastian Kurz von der ÖVP vor, Flüchtlinge und Migranten künftig nach australischem Vorbild auf See abzufangen und in Lagern auf Inseln zu internieren. Gegenüber der Zeitung Die Presse erklärte er, dass die Rettung aus Seenot nicht mit einem Ticket nach Mitteleuropa verbunden sein dürfe und dass, wer illegal einreise, sein Recht auf Asyl verwirkt haben solle. Dass die legale Einreise aus Afrika nach Europa, etwa als Tourist oder Studierender, voller unüberwindlicher Hindernisse ist, beschrieb Paolo Gaibazzi im Dezember 2013 in seinem Artikel für Le Monde diplomatique mit dem Titel Die Reisefreiheit der anderen. Wie beantragt man eigentlich in Gambia ein Visum für den Schengenraum? . Zum Thema Flucht nach Europa haben wir eine Reihe von Texten als Dossier auf unserer Website zusammengestellt ergänzt durch eine ausführliche Karte, die Migrationsbewegungen und Fluchtrouten mit den Grenzen der Festung Europa zeigt.

### Bedingungsloses Grundeinkommen

Nachdem die Schweizer das bedingungslose Grundeinkommen in einem Referendum abgelehnt haben, stellte der Verein Mein Grundeinkommen am 7. Juni die Ergebnisse der bislang umfangreichsten Studie zum Thema für Deutschland vor. In Le Monde diplomatique wurde das Grundeinkommen kontrovers diskutiert: Im November 2012 plädierten Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker, Volker Meinhardt und Dieter Vesper vor allem aus pragmatischen Gründen dagegen: Die falsche Solidarität. Warum das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens nicht aufgeht . Die Redakteurin der französischen LMD Mona Chollet dagegen sammelte in ihrem Essay vom Mai 2013 Gründe für ein Grundeinkommen . Dabei ging sie bis zum Jahr 1796 zurück: Schon damals forderte Thomas Paine, einer der Gründerväter der USA, ein Grundeinkommen für landlose Bauern.

**Load-Date:** June 9, 2016



Gestern in LMd, heute in den Nachrichten Festung EuropaBei dem Bemühen, d

---

End of Document

## Agentur: Wohlfeile Zusammenarbeit mit Diktatoren; EU Um die Flüchtlinge fern zu halten, plant die Kommission Kooperationen mit Eritrea und Sudan

taz, die tageszeitung

Freitag 24. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 328 words

**Highlight:** EU Um die Flüchtlinge fern zu halten, plant die Kommission Kooperationen mit Eritrea und Sudan

### Body

---

Köln afp/epd | Angesichts der ständig steigenden Flüchtlingszahlen setzt die EU einem Medienbericht zufolge verstärkt auf die Kooperation von autoritären Regimen in Afrika. Wie das ARD-Magazin Monitor am Donnerstag unter Berufung auf vertrauliche Verhandlungsdokumente berichtete, ist unter anderem geplant, die Institutionen der Regierung in Eritrea zu stärken und sie bei der Bekämpfung von Fluchthelfern zu unterstützen. Aus Eritrea, das wegen seines repressiven Regimes auch als Nordkorea Afrikas bezeichnet wird, kommen viele der afrikanischen Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa.

Laut Monitor sehen die Verhandlungsunterlagen vor, dass sudanesischen Beamte im Migrationsmanagement geschult und das Grenzmanagement des Sudan verbessert werden soll. Darüber hinaus solle ein Trainingszentrum an der Polizeiakademie in Kairo etabliert werden und Polizisten und Strafverfolgungsbehörden der afrikanischen Staaten mit Hilfe der EU ausgebildet werden.

Die engere Zusammenarbeit in der Flüchtlingsfrage soll am 11. und 12. November Thema eines Sondergipfels der EU mit afrikanischen Staaten auf Malta sein. Der für Migration zuständige Kommissar Dimitris Avramopoulos hatte bereits im März die Zusammenarbeit auch mit diktatorischen Regimen verteidigt.

Diktaturen seien irgendwie Wurzel des Problems, sagte der Kommissar. Deshalb müssen wir uns auf sie einlassen und sie vor ihre Verantwortung stellen. Die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Çalkan, kritisierte die Zusammenarbeit scharf: Wenn wir über mögliche Bündnisse der EU sprechen, dann sprechen wir darüber, dass das genau die Regierungen sind, die Menschen in brutaler Weise unterdrücken, foltern, töten.

Auch Günter Burckhardt von Pro Asyl zeigte sich entsetzt: Das Ziel der Europäischen Politik ist es, Flüchtlinge fern zu halten, koste es, was es wolle. Und es gibt keine Schamgrenze mehr bei der Kooperation mit einer Militärdiktatur wie in Eritrea.

**Load-Date:** July 23, 2015

Agentur: Wohlfeile Zusammenarbeit mit Diktatoren EU Um die Flüchtlinge fern zu halten, plant die Kommission Kooperationen mit Eritrea und Sudan

---

End of Document

**Mehr als Eilverfahren; Asylrecht Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht auch die Beteiligung von Flüchtlingen an Integrationskosten und die erleichterte Abschiebung von Kranken vor**

taz, die tageszeitung

Freitag 20. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 8

**Length:** 484 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** Asylrecht Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht auch die Beteiligung von Flüchtlingen an Integrationskosten und die erleichterte Abschiebung von Kranken vor

## Body

---

Aus Freiburg Christian Rath

Die Bundesregierung plant ein neues Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren. Damit will sie die Anfang November getroffenen Beschlüsse der Koalitionsspitze umsetzen. Ein Entwurf aus dem Bundesinnenministerium liegt der taz vor.

So soll im Asylgesetz ein neues beschleunigtes Verfahren eingeführt werden. Es soll für Antragsteller mit geringen Erfolgsaussichten gelten. Hierzu zählen Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten, zum Beispiel aus Albanien oder dem Kosovo, aber auch Flüchtlinge, die ihre Papiere vernichtet oder falsche Angaben zur Staatsangehörigkeit gemacht haben. Das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (Bamf) soll binnen einer Woche über die Anträge entscheiden. Bei Ablehnung des Antrags könnte nur binnen einer weiteren Woche geklagt werden. Über die aufschiebende Wirkung der Klage soll das Verwaltungsgericht dann binnen einer dritten Woche entscheiden.

Diese Eilverfahren sollen in besonderen Aufnahmeeinrichtungen durchgeführt werden. Dort müssen die Antragsteller wohnen, das Bamf soll dort Außenstellen unterhalten. Wenn ein Flüchtling die zugewiesene Stadt verlässt, gilt sein Asylantrag als zurückgenommen. Beim ersten Mal kann der Antragsteller ohne Begründung eine Wiederaufnahme des Verfahrens erreichen. Beim zweiten Mal droht sofort die Abschiebung, gegen die allerdings noch geklagt werden kann. Flüchtlinge, die nur subsidiären Schutz erhielten, müssen mit Einschränkungen beim Familiennachzug rechnen. Sie sollen künftig zwei Jahre lang ihre Ehepartner und Kinder nicht nachholen dürfen. Auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen ihre Eltern nicht holen dürfen. Subsidiärer Schutz gilt für Bürgerkriegsflüchtlinge, während syrische Flüchtlinge bisher pauschal Asyl wegen individueller Verfolgung erhalten. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) will das jedoch ändern. Flüchtlinge sollen sich künftig an den Kosten der Integrationkurse beteiligen. Der Gesetzentwurf sieht dafür einen Betrag von 1,39 Euro pro Monat vor. In der

Mehr als Eilverfahren Asylrecht Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht auch die Beteiligung von Flüchtlingen an Integrationskosten und die erleichterte Abs....

Begründung wird eingeräumt, dass das Verfahren zu Bürokratiekosten führen werde. Das Finanzministerium schlägt eine Kostenbeteiligung von 36 Euro monatlich vor.

Die Verhinderung von Abschiebungen mittels ärztlicher Atteste soll erschwert werden. Künftig sollen nur noch Ärzte die Gesundheitsgefahren prüfen, die das Innenministerium in einer speziellen Liste erfasst. Außerdem sollen abgelehnte Asyl-antragsteller auch dann abgeschoben werden können, wenn sie nicht lebensbedrohlich krank sind und es zumindest in Teilen des Heimatlands eine ausreichende medizinische Versorgung gibt.

Dies soll für alle EU-Beitrittsländer gelten, ebenso für die Industrie- und Schwellenländer (G 20) und für Staaten, die auf einer besonderen Liste erfasst werden. Auf dieser Liste stehen bisher nur Ghana und Nigeria.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Wer nicht lebens-bedrohlich krank ist, kann abgeschoben werden

**Load-Date:** November 19, 2015

**Leichterer Zugang zu Arbeit; INTEGRATION Die SPD will die Berufe von Flüchtlingen systematisch und frühzeitig erfassen. Das soll ihnen bei der Arbeitssuche in Deutschland helfen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 24

**Length:** 447 words

**Byline:** JÖRDIS FRÜCHTENICHT

**Highlight:** INTEGRATION Die SPD will die Berufe von Flüchtlingen systematisch und frühzeitig erfassen. Das soll ihnen bei der Arbeitssuche in Deutschland helfen

## Body

---

Die Berufe von Flüchtlingen sollten schon bei ihrer Erstaufnahme erfasst werden, meint Klaus Möhle, SPD-Sprecher für Soziales. Dies solle den Einstieg in den Arbeitsmarkt für Asylbewerber erleichtern. Einen entsprechenden Antrag will der Bürgerschaftsabgeordnete nach Ostern im Parlament einreichen. Er hoffe auf einen Beschluss noch vor der Wahl.

Die Dimension dessen, was auf Deutschland zukommt, scheint noch nicht in der Politik angekommen zu sein, meint Möhle. In den nächsten fünf bis sieben Jahren kämen etwa 20.000 Flüchtlinge nach Bremen, die Zahl entspreche einem ganzen Stadtteil. Für die Menschen müsse es eine Integration von Anfang an geben, also schnell eine Wohnung, Deutschkurse und einen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ohne Arbeitserlaubnis dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten. Geduldete und Asylsuchende haben ein dreimonatiges Arbeitsverbot. Danach gilt für 15 Monate die Vorrangprüfung, nach der Arbeitsplätze zunächst an Deutsche und dann an Europäer vergeben werden. Diese Fristen sind zu lang, Flüchtlinge müssten die Möglichkeit haben, nach drei Monaten freiwillig zu arbeiten, meint Möhle. Da es sich um Bundesgesetze handelt, kann auf Landesebene allerdings nichts geändert werden.

Um die Arbeitsmarkt-Integration voranzubringen, will Möhle nach der Erfassung der Berufe eine zügige Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, um passende Arbeitsplätze an Asylbewerber zu vermitteln. Außerdem könne man in Kooperation mit Handelskammer und Handwerkskammer Betriebe auf die Flüchtlinge vorbereiten, sagt er.

Berufsbegleitende Deutschkurse seien ebenfalls wichtig, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern, so Möhle. Hier gebe es bislang Defizite, es müssten mehr Sprachkurse angeboten werden.

Leichter Zugang zu Arbeit INTEGRATION Die SPD will die Berufe von Flüchtlingen systematisch und frühzeitig erfassen. Das soll ihnen bei der Arbeitssuche in De....

Auch Jörg Nowag, Sprecher der Bremer Agentur für Arbeit, sagt, es sei unabdingbar, Sprachkurse zu fördern. Die Sprache sei ein zentrales Element, damit Migranten in Deutschland arbeiten können. Vor allem in Bereichen, in denen eine sichere Kommunikation wichtig sei, etwa bei Ärzten, müsse zunächst ein bestimmtes Sprachniveau erreicht werden. Der Beruf stehe bei der Ankunft der Asylsuchenden allerdings nicht unbedingt an erster Stelle. Zunächst gibt es eine Phase der Orientierung, einige Flüchtlinge müssen auch erst mal Traumata bewältigen, so Nowag. Erst danach beginne der Weg in die Arbeitswelt, ein Prozess, der Monate oder Jahre dauern könne.

Wenn die Asylsuchenden beruflich ankämen, funktioniere auch die Integration gut, glaubt Möhle. Der Kontakt mit Kollegen ermögliche das besser als das Leben in Flüchtlingsunterkünften. JÖRDIS FRÜCHTENICHT

Wir brauchen eine Integration von Anfang an, also schnell eine Wohnung, Deutschkurse und Arbeit

KLAUS MÖHLE, SPD

**Load-Date:** March 31, 2015

---

End of Document

## Die Zahl neuer Flüchtlinge ist i ; Die Zahl neuer Flüchtlinge ist i

taz, die tageszeitung

Donnerstag 07. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 42

**Length:** 225 words

### **Body**

---

Die Zahl neuer **Flüchtlinge** ist in Niedersachsen stark zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 2016 seien insgesamt 21.852 Menschen registriert worden, erklärte das Innenministerium in Hannover. Das entspricht fast der Anzahl, die alleine im November 2015 gekommen waren. Bis zum Jahresende sollen nun alle 17 Notunterkünfte für die Belegung mit **Flüchtlingen** geschlossen werden. Abgeschoben wurde in den ersten sechs Monaten aber auch: 1.079 Menschen verließen auf niedersächsisches Betreiben hin unfreiwillig Deutschland +++ Zur Beschleunigung von **Asylverfahren** nutzen die Verwaltungsgerichte in Niedersachsen künftig elektronisch geführte Akten des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF). Zusätzlich sei geplant, die elektronische Kommunikation mit dem Bundesamt weiter auszudehnen, teilte das Justizministerium mit. So seien die Gerichte daran interessiert, Beschlüsse oder Urteile ans BAMF zu übersenden. +++ Die Regeln für den LKW-Verkehr an Sonn- und Feiertagen hat Schleswig-Holsteins Verkehrsministerium gelockert und zu einem neuen Erlass zusammengefasst. Wie der NDR meldet, beruft Minister Reinhard Meyer (SPD) sich auf das Transportgewerbe, das sich über zu komplizierte Regelungen und eine uneinheitliche Anwendungspraxis beklagt habe. Neue Sonn- und Feiertagsausnahmen gibt es etwa für LKW, die aus den Häfen kommen. +++

Nachrichten

**Load-Date:** July 6, 2016



**Merkels Stunde der Wahrheit; EU-Gipfel Einigen sich die EU-Partner am Donnerstag nicht einmal ansatzweise auf eine Verteilung der Flüchtlinge, sind die Pläne der Kanzlerin Makulatur**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 17. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 1441 words

**Byline:** Eric Bonse, Ralf Sotscheck, Reinhard Wolff, Christina Schmidt, Alexandra Mostyn, Reiner Wandler, Rudolf Balmer, Michael Braun, Jannis Papadimitriou

**Highlight:** EU-Gipfel Einigen sich die EU-Partner am Donnerstag nicht einmal ansatzweise auf eine Verteilung der Flüchtlinge, sind die Pläne der Kanzlerin Makulatur

## Body

---

Aus Brüssel Eric Bonse

Wir müssen zusammenhalten – koste es, was es wolle! Das ist die Devise der Berufseuropäer in Brüssel. Kurz vor dem EU-Sondergipfel am Donnerstag warnte EU-Ratspräsident Donald Tusk davor, Griechenland in der Flüchtlingspolitik auszugrenzen oder gar aus dem Schengen-Raum zu drängen.

Griechenland hat die Flüchtlingskrise nicht heraufbeschworen, sagte Tusk bei einem Treffen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras in der griechischen Hauptstadt Athen.

Tusk stemmt sich damit gegen den Plan B von Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Danach soll die sogenannte Balkanroute für Flüchtlinge geschlossen werden. Damit einher ginge eine Isolierung Griechenlands. Österreich kündigte am Dienstag derweil weitere Grenzkontrollen an seiner Südgrenze an.

Angesichts des Widerstands vieler EU-Länder gegen eine Verteilung der Flüchtlinge in Europa erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dieses Thema sei für den Gipfel nicht entscheidend. Viel wichtiger sei, ob es gelinge, die Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage voranzubringen.

Vor dem eigentlichen Gipfeltreffen soll es wieder ein Stelldichein der Koalition der Willigen um Merkel geben, bei dem auch der türkische Regierungschef Ahmet Davutoğlu anwesend sein wird. Auch Frankreichs Staatschef François Hollande will teilnehmen. Deutsche Diplomaten hoffen, dass Hollande das Nein seines Premierminister Manuel Valls zu neuen Flüchtlingskontingenten relativieren könnte. Ohne Frankreich kann Merkel ihre Pläne für eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise nicht umsetzen.

Merkels Stunde der Wahrheit EU-Gipfel Einigen sich die EU-Partner am Donnerstag nicht einmal ansatzweise auf eine Verteilung der Flüchtlinge, sind die Pläne der K....

Bei dem zweitägigen EU-Gipfel soll die Flüchtlingskrise nur ein Thema unter mehreren sein. Im Mittelpunkt stehen neue Zugeständnisse an Großbritannien, mit denen ein EU-Austritt der sogenannte Brexit verhindert werden soll. Premier David Cameron fordert unter anderem eine Notbremse gegen unerwünschte Migration aus Europa.

Vor dem EU-Gipfel

Gelingt es, Flüchtlingen in Europa eine neue Bleibe zu bieten? taz-Korrespondenten berichten

Großbritannien sperrt sich

Am vorgesehenen Quotensystem der EU für Flüchtlinge beteiligt sich Großbritannien nicht. Bisher leben rund 130.000 Flüchtlinge im Land das sind 0,19 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 2015 wurden rund 25.000 Asylanträge gestellt, davon wurden 41 Prozent bewilligt. Auf die Bevölkerungszahl umgerechnet hat GB die wenigsten Asylanträge in der EU. Großbritannien hat seit Ausbruch des Konflikts im Jahr 2011 rund 5.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Bis 2020 sollen weitere 20.000 hinzukommen allerdings nicht aus anderen EU-Ländern, sondern aus Lagern nahe der syrischen Grenze. Vor allem sollen Waisen und Flüchtlinge, die Opfer von Folter oder sexueller Gewalt geworden sind, aufgenommen werden. RaSo

Schweden für die Flüchtlingsverteilung

Schweden, Finnland und die baltischen Staaten hatten die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des letzten Verteilschlüssels der EU akzeptiert. Was eine Quotenregelung für jetzt Ankommende angeht, hat sich bislang Schweden positiv, Finnland skeptisch und Lettland ablehnend geäußert. Dänemark steht wegen der dem Land eingeräumten Ausnahmen außerhalb der gemeinsamen EU-Asyl-und-Flüchtlings-Politik. Eine freiwillige Beteiligung hat Kopenhagen abgelehnt. In Dänemark und Schweden gibt es Kontrollen an den Grenzen. Die Regierungen aller skandinavischen und baltischen EU-Staaten betonen die Notwendigkeit einer besseren Kontrolle der EU-Außengrenzen ohne konkreter zu werden. WOLFF

Deutschland für europäische Lösung

Bundeskanzlerin Angela Merkel verlangt eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedsstaaten je nach Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft. Merkel hat dafür ein Abkommen mit der Türkei befürwortet, das federführend von Deutschland ausgehandelt wurde. Danach riegelt die Türkei die EU-Außengrenze zu Griechenland ab, nimmt Flüchtlinge zurück, die über die Türkei in die EU eingereist sind, und erhält 3 Milliarden Euro Unterstützung von der EU. Über Kontingente werden Flüchtlinge dann in die EU verteilt, ähnlich wie es mit 160.000 Flüchtlingen aus sogenannten Hotspots in Griechenland geplant ist aber nicht funktioniert. Deutschland befürwortet den Einsatz von Frontex an den EU-Außengrenzen und will Schiffe der Bundeswehr in die Ägäis schicken. Greifen diese Maßnahmen, würden deutlich weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen das ist das Ziel der Bundesregierung. crs

Ost-Mitglieder: Macht die Grenzen zu Hellas dicht!

Die Regierungschefs Ungarns, Polens, der Slowakei und Tschechiens haben ein gemeinsames Ziel. Die Mitglieder der sogenannten Visegrad-Gruppe lehnen die Migration von Flüchtlingen ab. Wir werden nicht untätig zusehen, wie Tausende von Migranten zu uns kommen, erklärte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico am Montag in Prag. In einem gemeinsamen Memorandum, sekundiert von Bulgarien und Mazedonien, verlangen die Staaten einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen.

Andernfalls könnten die Grundlagen der Europäischen Union in Zweifel gezogen werden, was ernsthafte negative wirtschaftliche, soziale und symbolische Auswirkungen mit sich bringen würde. In ihrem Plan B ist vorgesehen, die mazedonisch-griechische Grenze für Flüchtlinge zu schließen. Schon jetzt unterstützen die Visegrad-Länder Mazedonien personell und finanziell bei Grenzsicherung. Ich bin überzeugt, dass Griechenland nicht fähig ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn es um den Schutz der Schengen-Grenzen gilt, sagte Fico. MOS

Spanien fast ohne Flüchtlinge

Merkels Stunde der Wahrheit EU-Gipfel Einigen sich die EU-Partner am Donnerstag nicht einmal ansatzweise auf eine Verteilung der Flüchtlinge, sind die Pläne der K....

Die Schließung der Binnengrenzen in Europa ist in Spanien kein Thema. Spaniens Südgrenze ist EU-Außengrenze. Radar und Wärmeüberwachung schützen die Meerenge von Gibraltar, Grenzzäune die Exklaven Ceuta und Melilla. Nirgends ist die Frontex so aktiv wie hier. Wer die gut gesicherte EU-Südgrenze dennoch überwindet, will meist nicht bleiben. Ihn zieht es ins reichere Mittel- und Nordeuropa. Spanien kennt so gut wie keine Flüchtlingspolitik. Im ganzen Land gibt es nur 900 Plätze in Flüchtlingsunterkünften. Im September hat sich die Regierung nach langer Weigerung gegenüber Brüssel dazu bereit erklärt, insgesamt 17.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Das liegt weit unter dem, was Spanien proportional als Quote zukommen würde. Über die Frage einer Aufnahme weiterer Flüchtlinge hat sich die Regierung nicht festgelegt. rw

Frankreich: Nicht zu uns!

Premierminister Manuel Valls hat deutlich gemacht, dass Frankreich neue Quoten zur Verteilung der Flüchtlinge in den Mitgliedsstaaten ablehnt. Sein Land würde, wie im letzten Jahr in der EU versprochen, zwar bis zu 30.000 Flüchtlinge übernehmen -- aber nicht mehr. Darüber hinaus wünscht die französische Regierung, dass vor allem die äußeren Grenzen des Schengen-Raums schärfer kontrolliert werden und dass zur Registrierung der Asylsuchenden in diesen Außenposten so genannte Hotspots eingerichtet werden. Paris würde es in Kauf nehmen, Mitgliedsstaaten, die ihre Kontrollaufgabe nicht ernst genug nehmen, provisorisch aus der Schengen-Gemeinschaft auszuschließen. Die Regierung möchte aber vermeiden, dass durch permanente Grenzkontrollen die Freizügigkeit mit den Nachbarländern generell rückgängig wird. Diese eigenen Grenzen werden jedoch zur Terrorismusbekämpfung bereits heute punktuell überwacht. RB

Italien: Abgeben erwünscht

Wer Schengen zerstören will, will Europa zerstören, und das werden wir nicht zulassen. Drastische Worte findet Italiens Ministerpräsident Matteo, wenn es um die offenen Grenzen geht. Italien fürchtet die Schlagbäume, weil es zu den Hauptankunftsländern für die übers Mittelmeer kommenden Flüchtlinge zählt. Das in Rom ausgemalte Szenario: Die Balkanroute wird blockiert, und Hunderttausende Flüchtlinge nehmen den Weg über Albanien und die Adria Richtung Apulien. Schon hat Österreich angekündigt, binnen Wochen solle die Grenze am Brenner dicht gemacht werden. Italien begrüßt eine Flüchtlingsverteilung und geht dabei davon aus, selbst Asylbewerber in andere EU-Staaten abgeben zu können. MB

Griechenland fürchtet Stau

Eine Schließung der Binnengrenzen lehnt Griechenland ab. Bei Aufhebung der Schengen-Regeln käme es aus Athener Sicht zum Rückführungsstau; außerdem säßen Neuankömmlinge im Land fest. 2015 gelangten über 750.000 Flüchtlinge nach Hellas. Forderungen aus Brüssel, die EU-Außengrenze dicht zu machen, finden Zuspruch. Da die Flüchtlinge über die Türkei einreisen, macht Premier Tsipras allerdings das Nachbarland für die Grenzsicherung verantwortlich. Gemeinsame griechisch-türkische Patrouillen werden abgelehnt. Derzeit gehört das Mittelmeerland zu den Befürwortern einer EU-Verteilerquote und will selbst zunächst 50.000 Flüchtlinge aufnehmen. JP

**Load-Date:** February 16, 2016

## **Nun Gesetze im Eilverfahren?; Asylverschärfung Im Rennen um striktere Vorschriften macht nun auch die SPD mit. Parteichef Gabriel fordert, anerkannten Asylbewerbern ihren Wohnort vorzuschreiben**

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 575 words

**Byline:** Christina Schmidt

**Highlight:** **Asylverschärfung** Im Rennen um striktere Vorschriften macht nun auch die SPD mit. Parteichef Gabriel fordert, anerkannten **Asylbewerbern** ihren Wohnort vorzuschreiben

### **Body**

---

von Christina Schmidt

Berlin taz | Nach Tagen, in denen sich die Unionsparteien mit Ideen für Gesetzesverschärfungen überboten, ziehen nun die Sozialdemokraten nach. Am Sonntag erklärte SPD-Parteichef Sigmar Gabriel in der ARD, er wolle in den Verhandlungen um das nächste **Asylpaket** noch Dinge hinzupacken. Dafür nannte er ein Stichwort, mit dem er selbst in den Tagen nach Köln für Aufmerksamkeit sorgen kann: Wohnsitzauflage.

Dahinter verbirgt sich der Vorschlag, Flüchtlingen oder Asylbewerbern vorzuschreiben, wo sie leben dürfen. Bisher gilt eine Residenzpflicht für Asylbewerber nur in den ersten drei Monaten ihres Asylverfahrens, danach können sie frei wählen, wo in Deutschland sie leben wollen. Gabriel erklärt, eine solche Regelung solle verhindern, dass in Großstädten Gettos entstehen, weil anerkannte Asylbewerber vorrangig dorthin ziehen und sich massieren. Noch 2014 hatte die SPD gedrängt, die Residenzpflicht für Asylbewerber zu lockern. Damals argumentierte die Partei, sie wolle Bürokratie abbauen, um auf die steigenden Zahlen von Flüchtlingen zu argumentieren.

Neu ist die Idee nicht. Eine ähnliche Regelung hatte es schon einmal gegeben: Spätaussiedlern wurde der Wohnort vorgeschrieben, ungeachtet dessen, wo Familie oder Freunde lebten. Dagegen hatten Betroffene vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Am Ende war das Gesetz 2009 ausgelaufen, nachdem die Zahlen der Spätaussiedler stark gesunken waren.

Aber Gabriels Provokation funktioniert: Prompt bekräftigte CDU-Kanzleramtsminister Peter Altmeier, dass eine derartige Vereinbarung denkbar ist. Regierungssprecher Seibert teilte mit, der Vorschlag werde intensiv geprüft. Er nannte auch Flüchtlinge und subsidiär Schutzsuchende, für die eine Zuweisung gelten könnte.

Nun Gesetze im Eilverfahren? Asylverschärfung Im Rennen um striktere Vorschriften macht nun auch die SPD mit . Parteichef Gabriel fordert, anerkannten Asylbewer....

Die CDU-CSU-Fraktion spricht nur von einer längerfristigen Zuweisung von Asylbewerbern allgemein. Trotzdem sagt einer ihrer Sprecher gegenüber der taz, sie hätten die Hoffnung, in den Verhandlungen mit der SPD innerhalb weniger Tage einen Durchbruch zu erzielen. Dagegen Regierungssprecher Seibert: Ob innerhalb von Tagen, Wochen oder irgendwann über Verschärfungen entschieden werde, sei nicht abzusehen.

Innenminister de Maizière erklärte am Montag, er führe konstruktive Gespräche mit Justizminister Maas. Gemeinsam wollten sie prüfen, ob straffällige Asylbewerber und Flüchtlinge schneller ihr Recht auf Schutz verwirken könnten. Wenn nicht, werden wir Vorschläge machen , sagte Maas.

Darunter fällt beispielsweise der Vorschlag, straffällige Asylbewerber und Flüchtlinge schneller abzuschieben. Statt wie bisher bei einer Haftstrafe von mindestens drei Jahren sollte eine Verurteilung von mindestens einem Jahr ausreichen. Zusätzlich wollen die Minister prüfen, ob auch eine -Bewährungsstrafe ausreichen könne. Keiner wolle riskieren, dass man einen Verurteilten dafür, dass er hier klaut, dort einem Henker ausliefere, sagte Gabriel.

Unterdessen meldete sich die Ko-Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht, zu Wort. Sie forderte ein strikteres Vorgehen gegen straffällige Migranten. Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht eben auch verwirkt , sagte sie am Montag in Berlin. Bestehende Gesetze müssten mit großer Konsequenz angewendet werden.

Noch 2014 hatte die SPD gedrängt, die Residenzpflicht zu lockern

Die Flüchtlingsdebatte

Politiker drängen auf schärfere Gesetze, weil unter Flüchtlingen auch Straftäter sind. Flüchtlinge und Feministinnen mischen sich ein

**Load-Date:** January 11, 2016

## Deutschland fliegt Afghanen zurück; Rückkehrer 120 Afghanen sind gestern freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie sind ein Signal

taz, die tageszeitung

Mittwoch 24. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 2

**Length:** 530 words

**Byline:** Christina Schmidt

**Highlight:** Rückkehrer 120 Afghanen sind gestern freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie sind ein Signal

### Body

---

Berlin taz | 120 Afghanen sind das Signal, auf das Innenminister Thomas de Maizière (CDU) gehofft hat. Sie hatten sich gemeldet, weil sie zurück nach Afghanistan wollten. Gestern wurden sie ausgeflogen. Freiwillig, heißt es von der Internationalen Organisation für Migration (IOM), die im Auftrag der Regierung solche Rückführungen organisiert, für Menschen, die aus eigenen Mitteln nicht zurück kehren können. Sie bezahlen den Flug der Rückkehrer und einige hundert Euro als Start-finanzierung vor Ort.

Es sind nicht die ersten Afghanen, die über dieses Programm zurückkehren. Aber sie senden eine Botschaft an den Innenminister. Der hatte vor einigen Wochen gesagt, dass es trotz der angespannten Sicherheitslage auch in Afghanistan sichere Gebiete gäbe. Er wirbt dafür, abgelehnte Asylbewerber künftig auch nach Afghanistan abzuschicken. Weil es ihm bisher nicht gelungen ist, mit der afghanischen Regierung ein Rücknahmeabkommen für Abschiebungen auszuhandeln, setzt er auf freiwillige Rückkehrer.

Die nun Ausgereisten landen in Kabul, der Hauptstadt Afghanistans. Medien melden, dass es dort nach vier Wochen Unterbrechung endlich wieder Strom gebe. Dass die Regierung sich dort um Friedensverhandlungen mit den Taliban bemühe. Den Taliban, die erst am Sonntag ein Selbstmordattentat verübt hatten, bei dem 13 Menschen starben.

Die Rückkehrer erwartet auch eine neue Kampagne des Auswärtiges Amtes: Das lässt seit Sonntag Videos im Fernsehen und im Internet ausstrahlen, die das Land zur Heimat stilisieren. Ein Mädchen im gelben Strickpullover sagt beispielsweise in einem Spot, dass sie die Zukunft Afghanistans sei, eine junge Frau, dass sie Journalistin werden will, ein junger Mann Ingenieur. Am Ende erscheint die Botschaft: Bleib, damit Afghanistan überlebt. Die Bundesregierung will Afghanen davon abhalten, nach Europa aufzubrechen. Im vergangenen Jahr hatten rund 150.000 Afghanen Asyl in Deutschland beantragt. Nach syrischen und irakischen Geflüchteten sind sie die drittgrößte Gruppe Geflüchteter.

Ihre Chance auf einen Aufenthaltsstatus in Deutschland gilt aber als schlecht, da ihre Schutzquote knapp unter 50 Prozent liegt, weniger als die Hälfte aller Anträge also angenommen werden. Jedoch heißt das nicht, dass die

Deutschland fliegt Afghanen zurück Rückkehrer 120 Afghanen sind gestern freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt. Sie sind ein Signal

Mehrheit der Anträge abgelehnt wird in die Berechnung der Quote fließen beispielsweise auch Anträge ein, über die in anderen EU-Staaten entschieden wird. 2015 wurden nur 800 Anträge abgelehnt.

Christina Schmidt

Flüchtlings-Pingpong

Der Streit: Österreich streitet mit Deutschland über die Obergrenzen Wiens für Flüchtlinge.

Die Kritik: Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte zusätzliche Lasten für Deutschland beklagt und Konsequenzen angedroht, weil das Nachbarland bis zu 3.200 Migranten täglich die Durchreise nach Deutschland erlaubt.

Die Reaktion: Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) sagte, Deutschland möge doch selbst eine ihm genehme Zahl von Flüchtlingen nennen. Da hat Deutschland zu entscheiden, welche Zahl gilt. Er halte es für eine unsinnige Position, die Durchreise der Flüchtlinge auf der Balkanroute nicht zu kritisieren, Österreich aber ein Durchwinken vorzuwerfen, sagte Faymann. (dpa, taz)

**Load-Date:** February 23, 2016

**Wir machen die Vorgaben. Die sind nicht verhandelbar ; Integration Verschleierungsverbot und Jobangebot. Kürzung der Sozialleistung als Drohung und Karten fürs Schwimmbad als Belohnung. Martin Neumeyer (CSU) plädiert für einen offenen, aber klaren Umgang mit Flüchtlingen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 31. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 1489 words

**Byline:** margarete moulin

**Highlight:** Integration Verschleierungsverbot und Jobangebot. Kürzung der Sozialleistung als Drohung und Karten fürs Schwimmbad als Belohnung. Martin Neumeyer (CSU) plädiert für einen offenen, aber klaren Umgang mit **Flüchtlingen**

## Body

---

Interview Margarete Moulin

taz: Herr Neumeyer, Sie kommen gerade vom arabischen Friseur gegenüber. Sind Sie zufrieden mit dem Haarschnitt?

Martin Neumeyer: (fährt sich über den eher kahlen Kopf) Also, bei mir ist s ja eigentlich wurscht. Ich gehe wegen der Stimmung hin. Beim arabischen Friseur ist es lauter, lebendiger. Für mich ist das wie Kurzurlaub mit Kamm und Schere.

Vor sieben Jahren sind Sie durch einen Betriebsunfall zu Ihrer Aufgabe gekommen.

Stimmt. 2008 hatte die CSU die absolute Mehrheit verloren und musste mit der FDP koalieren. Die FDP wollte einen Integrationsbeauftragten, andere Bundesländer hatten den schon. Zuerst dachte man an einen Künstler oder Schauspieler. Integration das war noch so ein Orchideenfach. Damals ging es vor allem um die Türken zweiter, dritter Generation. Kein Mensch dachte da an Flucht und **Asyl**. Horst Seehofer brachte mich ins Spiel, weil ich damals die Arbeitsgruppe Islam und Integration leitete und schon Erfahrung hatte mit der muslimischen Community in Bayern. Ich musste bei der FDP ein Casting durchlaufen, so ein Bayern sucht den Superintegrator .

Anfangs war Ihr offener Religionsdiskurs nicht allen geheuer. Sie heißen in Ihrer Partei auch Türkenmartin ?

Jaja. Teppichflieger und der Kalif sind noch so Namen. Das stört mich nicht. Ich will Brücken bauen.

Wie bauen Sie die denn?



Wir machen die Vorgaben. Die sind nicht verhandelbar Integration Verschleierungsverbot und Jobangebot.  
Kürzung der Sozialleistung als Drohung und Karten fürs Sc....

Ich bin viel unterwegs, gerade jetzt, rede mit Kommunalpolitikern, mit Studenten, Senioren, kirchlichen und muslimischen Gruppierungen, Ehrenamtlichen und Mitarbeitern in Unterkünften. Ich höre genau hin, und was die Menschen mir sagen, vermittele ich weiter.

Hat sich Ihr Status jetzt vom politisch korrekten Aushängeschild zu einem Funktionsträger mit Einfluss gewandelt?

Ich bin immer noch Ehrenamtlicher. Aber seit Juli 2015 ist mein Büro in der Staatskanzlei angesiedelt, die Regierung hat die Brisanz erkannt.

Jetzt bringt Bayern ein eigenes Integrationsgesetz auf den Weg. Was soll es bringen?

Es soll Einheimischen und Migranten nutzen. Bayern nimmt richtig Geld in die Hand, 3,2 Milliarden Euro. Davon sollen 1.800 Lehrerstellen geschaffen werden, dazu neue Stellen für mehr Polizisten, Justizbeamte, Verwaltungsbeamte. Der soziale Wohnungsbau wird unterstützt. Wir werden mehr Deutsch- und Integrationskurse für Flüchtlinge anbieten, sogar schon in der Erstaufnahme. Wir wollen neue Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Allein im Freistaat planen Wirtschaft, Handwerk und Handel, bis 2019 60.000 bleibeberechtigte Migranten zu beschäftigen. Aber dafür verlangen wir eben auch etwas.

Was denn?

Wir denken darüber nach, Migranten einen Vertrag unterschreiben zu lassen, in dem sie sich verpflichten, die deutsche Rechts- und Werteordnung anzuerkennen. Demokratie, Gleichberechtigung der Frau, Rechtsstaat statt religiöser Rechtsprechung bei all diesen Punkten muss klar sein: Wir machen die Vorgaben, und die sind nicht verhandelbar.

Haben Sie den Eindruck, dass unter den Flüchtlingen welche sind, die ernsthaft verhandeln wollen?

Aus meinen vielen Begegnungen weiß ich, dass viele gläubige Muslime das ganze Leben durch einen religiösen Filter sehen. Die Trennung von Staat und Religion auch innerlich ganz zu akzeptieren fällt ihnen schwer. Für sie ist oft der Punkt der Gotteslästerung schneller erreicht, das habe ich nach dem Attentat auf Charlie Hebdo gehört. Wir aber haben ein Blasphemiegesetz, das spät greift. Die Gleichberechtigung der Frau wird schon ein Thema werden, weil sie aufgeweicht werden kann mit Begriffen wie Gleichwertigkeit. In einem Kommuniqué des Zentralrats der Muslime stand einmal: Wir werden uns an Eure Gesetze halten, solange wir in der Diaspora sind. Das ist zu wenig. Wir sind kein Religionsstaat. Gott sei Dank. (In dem Moment geht draußen eine Frau mit Gesichtsschleier vorbei.) Sehen Sie, vor einem halben Jahr hätte ich noch gesagt, ein Verbot der Verschleierung so wie in Frankreich ist für uns kein Thema. Jetzt wird es wohl kommen.

Warum?

Weil Verschleierung nicht zu unserer Auffassung von Gleichberechtigung der Frau passt. Aber auch, weil die Anschläge in Paris die Menschen sensibilisiert haben. Solche Vermummungen wirken wie Barrieren. Das erschwert das Zusammenwachsen. Wir sagen: In Bayern zeigt man Gesicht.

Laut Leitantrag soll auch mit Sanktionen gearbeitet werden. Wer nicht Deutsch lernt, fliegt?

Nein. Doch es kann zu Kürzungen von Sach- oder Geldleistungen kommen, wenn sich jemand dem Spracherwerb verweigert. Es ist halt so: Ohne Sprache keine Chance! Wer zu uns kommt, muss signalisieren, dass er sich mit uns unterhalten will. Sonst kommt er doch in die Gesellschaft nicht rein. Und beim Wollen muss man eben manchmal mit Druck nachhelfen. Meinen Sie, bei uns hätten sich die Leute freiwillig Katalysatoren in die Autos bauen lassen oder würden von allein ihren Müll trennen?

Mit Druck allein setzt man aber noch keine Integration durch.

Wir machen die Vorgaben. Die sind nicht verhandelbar Integration Verschleierungsverbot und Jobangebot.  
Kürzung der Sozialleistung als Drohung und Karten fürs Sc....

Nein. Wir müssen die Menschen an unserem Leben teilhaben lassen. Da dürfen wir nicht rein rational bleiben. Integration läuft nicht allein über Kurse und Faltblätter. Viele der Mi-gran-ten stammen gar nicht aus Lese-, sondern aus Erzählkulturen. Wir müssen die Menschen emotional erwischen, ihre Anstrengung wertschätzen.

Wie geht das?

Warum nicht den erfolgreichen Abschluss eines Deutschkurses belohnen mit Freikarten fürs Schwimmbad? Oder den Beitritt in einen Sportverein schenken? Sich einfach mal mit einem Migranten auf einen Çay zusammensetzen und ihm zeigen: Ich interessiere mich für dich! Einen Menschen einfach mal in den Arm nehmen.

Sie haben den Leitantrag vom letzten Jahr kritisiert, der verlangte, Migranten sollten auch zuhause deutsch sprechen.

Das war Quatsch. Wir können ja nicht Videokameras in jede Küche und jedes Badezimmer montieren. Umgedreht kritisieren wir das ja auch nicht, wenn deutsche Auswanderer zu Hause noch deutsch sprechen.

Leitkultur hin, Integrationsgesetz her, die Flüchtlinge werden auch uns verändern.

Natürlich. Zwar sagen viele, auch in meiner Partei: Ich will mich nicht verändern. Aber das wird nicht funktionieren. Schon allein dadurch, dass wir mit ihnen den öffentlichen Raum teilen. Es werden deutsch-arabische oder deutsch-afrikanische Ehen entstehen. Und schon hat man eine deutliche Veränderung in den Familien. Zudem verändern wir die Migranten ja auch. Ich war jüngst beim Rückkehrerstammtisch in Istanbul, da gehen die Deutschländer hin, die Türken, die hier gelebt haben. Die sagen: Uns fehlen jetzt die Christkindlmärkte. Der Weihnachtsmarkt der Deutschen Schule in Istanbul war voll. Da gehen viele Türken hin, um Christstollen zu essen.

Sie reden gerne unverblümt. Vor zwei Jahren haben Sie in einem Bierzelt gesagt: An den Fußball-WM-Stadien in Katar klebt das Blut syrischer Kinder.

Ja, da war s mucksmeiserlstill im Zelt. Aber schauen Sie: Katarische Unternehmen unterstützen mit großer Wahrscheinlichkeit und von ihrer Regierung gebilligt die IS-Truppen in Syrien. Und wir schauen uns dann in der Weihnachtszeit, so locker vom Hocker, von hier aus das Fußballspiel an oder fliegen sogar noch hin, als ob nix ist? Pardon, da ist mir zum Kotzen.

So was wollen die Leute nicht hören.

Muss aber sein. Auch den Wahnsinn mit den klimatisierten Stadien. Da reden wir von Klimaschutz und CO2-Ausstoß, und dann so was!

Herr Neumeyer, jetzt reden Sie daher wie ein Linker!

Nein, wie ein Realist!

Sind Sie eigentlich für eine Obergrenze?

Wir müssen über eine reden. Jedes Land hat eine gewisse Aufnahmefähigkeit. Es geht nicht um den guten Willen. Die Flüchtlinge brauchen Wohnungen, Kita-, Schul- und Ausbildungsplätze. Dafür brauchen wir Lehrer, Ausbilder, Juristen, Verwaltungsbeamte, Ehrenamtliche. Sogar Ayman Mayzek, der Vorsitzende vom Zentralrat der Muslime, spricht davon, dass wir eine technische Obergrenze erreicht haben.

Grenzfall

In seiner CSU wird er Türkenmartin oder Teppichflieger -genannt: Bayerns Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer

CSU will Papiere

Wir machen die Vorgaben. Die sind nicht verhandelbar Integration Verschleierungsverbot und Jobangebot.  
Kürzung der Sozialleistung als Drohung und Karten fürs Sc....

Die CSU fordert, Flüchtlinge nur noch mit gültigen Papieren nach Deutschland einreisen zu lassen. Sonst sollten sie an der Grenze zurückgewiesen werden, heißt es in einer Beschlussvorlage der CSU-Landesgruppe im Bundestag für die Klausurtagung in Wildbad Kreuth Anfang Januar.

Durch die bewusste Vernichtung von Ausweisen und falsche Angaben würden Asylverfahren nicht nur verschleppt, sondern oft vollständig unmöglich gemacht, heißt es zur Begründung.

Martin Neumeyer

Der 61-jährige CSU-Landtagsabgeordnete ist im Ehrenamt der erste Integrationsbeauftragte der bayerischen Regierung. Seit Jahren steht der überzeugte Katholik in Kontakt mit türkisch-islamischen Dachverbänden, er sucht den Dialog mit Imamen und hat einen Asylpreis ausgelobt. Mehrfach ist er in die EU-Grenzgebiete gereist, in denen Flüchtlinge stranden.

Im Migrantenviertel rund um den Münchner Hauptbahnhof fühlt er sich wohl. Den Treffpunkt für das Interview hat er selbst bestimmt: das Café Istanbul in der Landwehrstraße. Kurz vorher war er noch schnell für 8 Euro beim arabischen Friseur schräg gegenüber.

**Load-Date:** December 30, 2015

---

End of Document

**Gerührte Politiker diskutieren über Flüchtlinge; Flüchtlinge Der Auftritt der Schülerin Reem bei einem Bürgerdialog mit Merkel stößt eine Einwanderungsdebatte an. SPD-Fraktionschef Oppermann fordert junge, leistungsbereite Menschen aufzunehmen. Linksfraktion warnt vor Auslesedebatte**

taz, die tageszeitung

Montag 20. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 483 words

**Byline:** Anna Lehmann

**Highlight:** **Flüchtlinge** Der Auftritt der Schülerin Reem bei einem Bürgerdialog mit Merkel stößt eine Einwanderungsdebatte an. SPD-Fraktionschef Oppermann fordert junge, leistungsbereite Menschen aufzunehmen. Linksfraktion warnt vor Auslesedebatte

## Body

---

von anna lehmann

Wenige Sätze der 14-jährigen Schülerin Reem bei einem Bürgerdialog am vergangenen Mittwoch haben eine neue Debatte über Einwanderung und Bleiberecht ausgelöst. Nicht nur Fernsehzuschauer zeigten sich gerührt über die Tränen des palästinensischen Mädchens, das als geduldeter **Flüchtling** in ständiger Furcht vor der Abschiebung lebt. Auch SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann forderte erneut ein Einwanderungsgesetz: Es läuft etwas grundfalsch in Deutschland, wenn wir einerseits mehr Nachwuchs brauchen und andererseits junge, gut integrierte **Flüchtlinge** von der Abschiebung bedroht sind, sagte Oppermann der Welt am Sonntag.

Der SPD-Politiker verlangte eine gesetzliche Regelung, bei der alle Einwanderer schnell Klarheit haben, ob sie bleiben können oder nicht. Junge, leistungsbereite Menschen, die sich integrieren wollen, müssen wir willkommen heißen und dürfen sie nicht abschrecken, sagte Oppermann.

Zu den jungen High Potentials zählt Oppermann offenbar auch die Einserschülerin Reem, die seit 2010 mit ihrer Familie in Rostock wohnt. Sie wurde in einem Flüchtlingslager im Libanon geboren. Das Land gilt jedoch als sicherer Drittstaat.

Auch CDU-Vizechef Armin Laschet sprach sich für Korrekturen beim Bleiberecht aus. Wir brauchen ein Bleiberecht für die, die seit Jahren hier leben, sich anstrengen, sich um gute Bildung kümmern, Deutsch sprechen und sich zu unserem Land bekennen, sagte Laschet der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Es sei absurd, ein Kind wie die Schülerin Reem abzuschieben, die seit Jahren mit ihrer Familie hier lebe und zu den Klassenbesten gehöre.

Gerührte Politiker diskutieren über Flüchtlinge  
Der Auftritt der Schülerin Reem bei einem  
Bürgerdialog mit Merkel stößt eine Einwanderungsdebatte an....

Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Öz-oguz, (SPD) sieht dagegen gute Chancen für Reem. Sie spricht perfekt Deutsch und lebt offenbar schon länger hier. Genau für diese Lebenslagen haben wir gerade das Gesetz geändert. Der Bundestag hatte Anfang Juli ein neues Bleiberecht beschlossen, welches noch im Sommer in Kraft treten soll. Demnach erhalten Jugendliche, die in Deutschland seit vier Jahren die Schule besuchen, ein Bleiberecht. Das gilt allerdings nicht automatisch für ihre Eltern.

Nach Informationen des Tagesspiegels (Samstagsausgabe) will der Rostocker Oberbürgermeister Roland Methling einen möglichen Abschiebebeschluss für die Familie des Mädchens und für ähnliche Fälle zunächst nicht vollziehen.

Die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Sevim Dagdelen, kritisierte die Richtung der Debatte. Was Oppermann formuliert, ist ein Auslesegesetz, sagte sie der taz. Hier geht es um die Unterteilung in nützliche und nicht nützliche Flüchtlinge.

Das sei im Ergebnis Wasser auf die Mühlen der Pegida-Anhänger und all jener, die gegen Asylbewerberheime protestierten oder diese gar anzündeten. Dagdelen will ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge: Wir brauchen eine ehrliche Debatte über Armut als Fluchtgrund.

Wir brauchen ehrlichere Debatten

**Load-Date:** July 19, 2015

## Maximal zwei Monate; Schengen-Regeln Sind die neuen Grenzkontrollen rechtmäßig?

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 465 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** Schengen-Regeln Sind die neuen Grenzkontrollen rechtmäßig?

### Body

---

Freiburg taz | Die zeitweise Wiedereinführung von Grenzkontrollen ist mit den Schengen-Regeln vereinbar. **Asylantragsteller** sollten weiter einreisen können.

Was sind die Schengen-Regeln? Das Schengener Abkommen wurde 1985 im Luxemburger Weinort Schengen geschlossen. Es sieht den Wegfall von Grenzkontrollen innerhalb der EU vor, bei gleichzeitig verbesserter Kontrolle der EU-Außengrenzen. Es gilt als wichtiger Erfolg für ein zusammenwachsendes Europa. Seit 2006 finden sich die Regeln im Schengener Grenzkodex, einer EU-Verordnung. Zum Schengen-Raum gehören derzeit 26 Staaten. Manche EU-Staaten wie Großbritannien wollen nicht dazugehören. Manche Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz und Norwegen nehmen am Schengen-System teil.

Verbietet der Schengener Kodex jede Art von Grenzkontrollen? Nein. Grundsätzlich sind nur systematische Grenzkontrollen verboten. Stichproben sind erlaubt. Bei einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit können auch systematische Grenzkontrollen wieder eingeführt werden. Die Schengen-Regeln werden dann nicht ausgesetzt, sondern Ausnahmebestimmungen der Regeln angewandt.

Ist der Schritt der Bundesregierung rechtmäßig? Wenn so viele Flüchtlinge auf einmal einreisen, dass nicht einmal mehr eine Registrierung möglich ist, kann man darin eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung sehen. Pro Asyl aber sagt: Flüchtlinge sind Schutzsuchende und keine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Die Grenzkontrollen seien daher rechtswidrig.

Verhindern Grenzkontrollen die Einreise von Flüchtlingen? Viele Menschen, auch Syrer, dürfen nur mit Visum nach Deutschland einreisen. Wer aber auf deutschem Boden Asyl beantragt, muss einreisen können. Da deutsche Grenzkontrollen auf deutschem Boden stattfinden, dürfen Asylantragsteller nicht zurückgeschickt werden. Nach den Dublin-Regeln haben sie zwar nur Anspruch auf ein Asylverfahren in dem Land, in dem sie zuerst die EU betreten haben oder in dem sie mit Fingerabdrücken registriert wurden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat jedoch erklärt, dass es derzeit niemand nach Ungarn zurückschickt, sondern solche Asylverfahren selbst durchführt.

Maximal zwei Monate Schengen-Regeln Sind die neuen Grenzkontrollen rechtmäßig?

Was ist mit Flüchtlingen, die nach Schweden wollen? Sie hätten bisher in Deutschland keinen Asylantrag gestellt. Daher könnten sie an der Grenze zurückgewiesen werden.

Wie lange können die Grenzkontrollen aufrechterhalten werden? Bei sofortiger Einführung sind sie auf 10 Tage befristet. Möglich ist eine Verlängerung um jeweils 20 Tage, wenn die Bedrohung der Ordnung anhält. Nach diesem Verfahren dürfen die Grenzen maximal 2 Monate lang systematisch kontrolliert werden. Christian Rath

Schengen

An der Grenzen zwischen Österreich und Deutschland wird wieder kontrolliert. Was heißt das für die Flüchtlinge? Und was für die EU-Bürger?

**Load-Date:** September 14, 2015

**Und wieder sterben Hunderte; ASYL Vor der Küste Libyens sinkt ein völlig überladenes Flüchtlingsschiff, etwa 230 Menschen sterben. Hilfsorganisationen kritisieren, dass es zu wenige Rettungsschiffe der internationalen Gemeinschaft in dem Gebiet gibt. Vertreter der EU geben sich betroffen**

taz, die tageszeitung

Freitag 07. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 2

**Length:** 505 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** ASYL Vor der Küste Libyens sinkt ein völlig überladenes Flüchtlingsschiff, etwa 230 Menschen sterben. Hilfsorganisationen kritisieren, dass es zu wenige Rettungsschiffe der internationalen Gemeinschaft in dem Gebiet gibt. Vertreter der EU geben sich betroffen

## Body

---

VON CHRISTIAN JAKOB

Berlin taz | Im Mittelmeer haben Rettungsmannschaften am Donnerstag nach Hunderten Vermissten eines gesunkenen Flüchtlingsschiffs gesucht. 367 Überlebende wurden nach Palermo auf Sizilien gebracht.

Das stark überladene Fischerboot kenterte am Mittwoch etwa 15 Seemeilen vor der Küste Libyens. Nach Berichten von Augenzeugen stoppte die Fahrt schon nach wenigen Stunden, weil Wasser in den Motorraum eindrang. Als ihnen der irische Marine-Aufklärer LE Niamh zu Hilfe kam, bewegten sich die Menschen auf eine Seite - mit fatalen Folgen. Nach Angaben von Geretteten waren etwa 100 Migranten im Frachtraum, als das Schiff kenterte. Es sei binnen zwei Minuten gesunken, sagte der irische Verteidigungsminister Simon Coveney.

Die meisten Menschen an Bord stammten nach Angaben der italienischen Behörden aus Syrien. Erst war von rund 700 Flüchtlingen die Rede, nach der Befragung von Überlebenden senkten die Behörden am Donnerstag ihre Schätzung auf etwa 600. Etwa 230 Menschen wären demnach gestorben, 25 Leichen wurden geborgen.

Das Schiff Dignity I der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) traf unmittelbar nach dem Unglück ein, die MSF-Schiffe Bourbon Argos und MY Phoenix fuhren zum Unglücksort. Gemeinsam mit der italienischen und irischen Marine suchten sie in der Nacht zum Donnerstag vergeblich nach weiteren Leichen, sichteten aber am Donnerstagmorgen zwei weitere Flüchtlingsboote in dem Gebiet.



Und wieder sterben Hunderte ASYL Vor der Küste Libyens sinkt ein völlig überladenes Flüchtlingsschiff, etwa 230 Menschen sterben. Hilfsorganisationen kritisieren....

Es war ein grauenhafter Anblick, sagte Juan Matías, MSF-Projektkoordinator auf der Dignity I. Menschen hätten sich verzweifelt an Rettungsringe, Boote und allem, was sie erreichen konnten, geklammert und um ihr Leben gekämpft, inmitten von Menschen, die ertranken, und jenen, die schon gestorben waren.

MSF-Mitarbeiter berichten, sie hätten Überlebende gefragt, warum sie die lebensgefährliche Überfahrt gewagt hätten. Wir haben immer die gleiche Antwort bekommen: Es gab keine Alternative. Die Migranten hätten erklärt, lieber zu ertrinken, als in Libyen zu bleiben oder wieder nach Syrien zu gehen.

Die Organisation kritisierte die unzureichende Präsenz der internationalen Gemeinschaft in dem Seegebiet: Die Tatsache, dass wir als Erste zu Hilfe gerufen und dann gleich zu einem anderen Notfall weiter geschickt wurden, zeigt die schweren Mängel an Ressourcen für Rettungseinsätze, sagte Matías.

Ähnlich äußerte sich Amnesty International (AI): Dieses furchtbare Schiffsunglück macht erneut deutlich, dass die europäischen Regierungen umgehend sichere und legale Routen für schutzbedürftige Menschen einrichten müssen, sagte Denis Krivosheev, stellvertretender Europa-Direktor von AI. Es sei zwingend erforderlich, den Rettungsmissionen auf See höchste Priorität zu geben.

Vertreter der Brüsseler EU-Kommission schrieben am Donnerstag von großer Trauer. Schon ein einziges verlorenes Leben ist eines zu viel, schrieben die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos in einer gemeinsamen Erklärung.

**Load-Date:** August 13, 2015

## Agentur: Viele Flüchtlinge arbeiten schwarz; Arbeitsmarkt Flüchtlinge arbeiten zu Dumpinglöhnen. Verbände fordern mehr Angebote für Geflohene

taz, die tageszeitung

Mittwoch 31. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 346 words

**Highlight:** Arbeitsmarkt Flüchtlinge arbeiten zu Dumpinglöhnen. Verbände fordern mehr Angebote für Geflohene

### Body

---

Frankfurt epd | Viele Flüchtlinge in Deutschland leisten Schwarzarbeit zu Dumpinglöhnen. Immer wieder vermittelten Besucher und sogar Mitarbeiter von Flüchtlingsunterkünften illegale Jobs. Manche verlangten dafür die Hälfte des ohnehin niedrigen Lohnes als Provision, berichtete der Norddeutsche Rundfunk (NDR) am Dienstag auf seiner Website.

Zwar gibt es laut NDR-Recherchen keine verlässlichen Zahlen. Laut einer Studie der Universitäten Tübingen und Linz arbeiteten jedoch bis zu 30 Prozent der 1,1 Millionen Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind, in illegalen Jobs. Der Zoll habe allerdings bundesweit nur etwa zehn Fälle pro Monat aufgedeckt, hieß es.

Auf Anfrage sagte ein Sprecher der Zollverwaltung, man habe bisher keine Hinweise darauf, dass Flüchtlinge flächendeckend auf dem Schwarzmarkt tätig seien. Die Behörde werde mögliche Entwicklungen jedoch im Auge behalten.

Um Schwarzarbeit zu finden, quartieren sich laut dem Bericht viele Asylbewerber in größeren Städten wie Hamburg oder Berlin auf Matratzenlagern oder bei Freunden ein. Sie arbeiteten dann etwa als Tellerwäscher oder Putzkräfte, um ihre Familien zu versorgen. Manche Sozialarbeiter gingen sogar davon aus, dass fast die Hälfte der Flüchtlinge in Deutschland nicht angemeldete Jobs ausüben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterhält in Hamburg die Beratungsstelle Arbeit und Migration. Jährlich meldeten sich dort etwa 60 Flüchtlinge, die um ihren Lohn betrogen oder schlecht behandelt wurden.

Es profitieren ziemlich viele Leute davon, dass andere in Not sind, sagte die Gewerkschafterin Emilija Mitrovic dem NDR.

Die Arbeiterwohlfahrt forderte am Dienstag mehr Qualifikationsangebote für Schutzsuchende. Flüchtlinge müssen wie alle anderen Beschäftigten in Deutschland auch fair und angemessen bezahlt werden, sagte der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Die AWO setze sich dafür ein, dass Neuzuwanderer die Möglichkeit haben,

Agentur: Viele Flüchtlinge arbeiten schwarz Arbeitsmarkt Flüchtlinge arbeiten zu Dumpinglöhnen. Verbände fordern mehr Angebote für Geflohene

in Deutschland schnell am Arbeitsleben teilnehmen zu können. Auch Pro Asyl fordert mehr Angebote zur Qualifizierung und zum Spracherwerb.

**Load-Date:** August 30, 2016

---

End of Document

**Die Struktur der Ungleichheit; Philosophie Um die Asymmetrie von  
humanitären Helfern und Geretteten ging es in der Frankfurter Adorno-  
Vorlesung von Didier Fassin**

taz, die tageszeitung

Montag 20. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 13

**Length:** 743 words

**Byline:** Rudolf Walther

**Highlight:** Philosophie Um die Asymmetrie von humanitären Helfern und Geretteten ging es in der Frankfurter Adorno-Vorlesung von Didier Fassin

## Body

---

In der Antike bildete die Lehre vom richtigen Leben das Zentrum der Philosophie. Davon verabschiedete sich Theodor W. Adorno mit dem Hinweis, ein Blick auf das richtige Leben sei gar nicht mehr möglich angesichts dessen Beschlagnahme durch Entfremdung, Verdinglichung und Herrschaft sowie durch die universelle Geltung des kapitalistischen Tauschprinzips. Was anfangs des 20. Jahrhunderts in Deutschland in der Nachfolge Nietzsches als Lebensphilosophie (Ludwig Klages, Alfred Bäumler u. a.) auftrat, hielt Adorno für eine regressive Ideologie, die darüber betrügt, dass es das richtige Leben nicht mehr gibt.

Die Adorno-Vorlesungen, die vom Frankfurter Institut für Sozialforschung und dem Suhrkamp Verlag getragen werden, widmen sich nicht affirmativ der Adorno-Exegese, sondern sollen die heutigen Möglichkeiten kritischer Gesellschaftstheorie ausloten. Die Wahl des diesjährigen Referenten war ein Glücksfall. Der 1955 geborene Franzose Didier Fassin studierte Medizin und beschäftigte sich zunächst mit gesundheitspolitischen Fragen. Dabei stieß er auf die Realität der sozialen und kulturellen Ungleichheit von Leben und wandte sich der Soziologie und Anthropologie zu. Er forschte in verschiedenen Ländern Afrikas über medizinische, politische und historische Aspekte der Aids-Epidemie, aber auch über Einwanderungs-, **Flüchtlings-** und Gesundheitspolitik sowie über Polizeigewalt und die Zustände in Gefängnissen in den USA und in Europa. Seit 2009 lehrt er am Institute for Advanced Study in Princeton.

Seine drei Vorlesungen galten einem der ältesten Themen der Philosophie: dem Leben. Fassin näherte sich seinem Thema nicht als Philosoph, sondern als Sozialwissenschaftler, der in den Dichotomien von Universellem und Partikularem, Biologischem und Sozialem, Norm und Praxis eine Dialektik am Werk sieht, die er methodisch überbrücken möchte. Denn Form, Ethik und Politik des Lebens sind eng verbunden und werden bestimmt vom beschädigten Leben, das Arme, Migranten und Asylsuchende fristen. Deren Erfahrungen sind räumlich und zeitlich verschieden, verlaufen aber in ähnlichen Lebensformen. Die enormen methodischen Schwierigkeiten eines solchen Brückenschlags zwischen Normen und Erfahrungen, Theorie und Empirie unterschätzt Fassin allerdings.

Die Struktur der Ungleichheit Philosophie Um die Asymmetrie von humanitären Helfern und Geretteten ging es  
in der Frankfurter Adorno-Vorlesung von Didier Fassin

In der Vorhölle

Am Beispiel der rund 800.000 Asylsuchenden in den dunklen Behausungen von Johannesburg und jenen, die im Dschungel von Calais leben, wo Flüchtlinge aus der ganzen Welt seit Jahren buchstäblich im Dreck stranden, verwies Fassin auf die Implikationen europäischer Migrationspolitik. Technische und polizeiliche Überwachung wurden intensiviert, die Zahlen der Toten bei Fluchtversuchen und der Opfer polizeilicher Übergriffe stiegen.

Für viele Millionen von wandernden Fremden, Asylsuchenden wie Migranten, wurde so die Vorhölle zu ihrer Lebensform ein Resultat der politischen Doppelzüngigkeit und der Schaffung eines Niemandlandes zwischen Legalität und Ungesetzlichkeit (Fassin).

In der zweiten Vorlesung ging es um die Ethik des Lebens, wobei Fassin den Finger auf den wunden Punkt jeder humanitären Rettungsstrategie legte. Diese Strategien beruhen wenn nicht auf Annahme der Heiligkeit des Lebens, so doch auf dem Vorrang des Lebens als höchstem Gut. Dabei gerät die strukturelle Asymmetrie von humanitären Helfern und Geretteten, die Opfer von Armut, sozialer Verelendung und politischer Fremdherrschaft bleiben, aus dem Blickfeld.

Leidenden Körpern ist leichter zu helfen, als politisch-soziale Ansprüche auf Gleichheit universell durchzusetzen. Die partikulare, biologisch-medizinische Dimension von Hilfe überlagert die universellen, politisch-rechtlichen Aspekte von Elend etwa bei der Aids-Bekämpfung in Afrika. Fassin machte überzeugend deutlich, dass gutgemeinte erste Hilfe zur Rettung des nackten Lebens von Opfern die konfliktträchtige -Dynamik nicht stoppen kann, die Ungleichheit und Unrecht erzeugen etwa in Gaza oder in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten.

Die dritte Vorlesung drehte sich um Politics of Life, wobei sich Fassin vor allem mit der unterschiedlichen Bewertung von Leben beschäftigte. Kritisch wandte er sich gegen Foucaults konfuse Begriff Biopolitik, der nicht das Leben meint, sondern staatliche und parastaatliche Herrschaftsstrategien und die zentrale Dimension der Ungleichheit von Lebenschancen und -erwartungen völlig ausblendet. Eine beeindruckende Lehrstunde für die deutsche Foucault-Sekte.

Rudolf Walther

**Load-Date:** June 19, 2016

**Niederlage für Asylbewerberin; Asylrecht Das Bundesverwaltungsgericht erlaubt Abschiebungen in EU-Länder, auch wenn Fristen im Dublin-Verfahren versäumt wurden**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 248 words

**Highlight:** Asylrecht Das Bundesverwaltungsgericht erlaubt Abschiebungen in EU-Länder, auch wenn Fristen im Dublin-Verfahren versäumt wurden

## Body

---

Leipzig taz | Bei einer drohenden Abschiebung in ein anderes EU-Land können sich Asylbewerber nicht auf Fristversäumnisse im Dublin-Verfahren berufen. Dies gilt zumindest dann, wenn der betreffende EU-Mitgliedstaat einer Wiederaufnahme des Asylsuchenden zugestimmt hat, wie das Bundesverwaltungsgericht am Dienstag in Leipzig entschied. Die im Dublin-Verfahren festgelegten Fristen gelten demnach nur der organisatorischen Abwicklung zwischen den Mitgliedstaaten und schützen nicht den einzelnen Asylbewerber.

Geklagt hatte eine Pakistanerin, die für sich und ihre drei Kinder im Januar 2013 in Deutschland Asylanträge gestellt hatte. Genau ein Jahr später wurden diese vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als unzulässig abgelehnt, außerdem ordnete die Behörde eine Abschiebung nach Spanien an. Dort hatte die Pakistanerin bereits Asyl beantragt. Die spanischen Behörden stimmten einer Wiederaufnahme der Familie zu.

Mit ihrer Klage wollte die Frau erreichen, dass ihr Asylverfahren in Deutschland geführt wird. Denn eigentlich hätte die Bundesrepublik die spanischen Behörden spätestens innerhalb von drei Monaten um die Wiederaufnahme ersuchen müssen.

Die Frau berief sich auf Artikel 17 Absatz 1 der Dublin-II-Verordnung. Darin heißt es wörtlich: Wird das Gesuch um Aufnahme eines Antragstellers nicht innerhalb der Frist von drei Monaten unterbreitet, so ist der Mitgliedstaat, in dem der Asylantrag gestellt wurde, für die Prüfung des Asylantrags zuständig.

Schwerpunkt SEITE 5

**Load-Date:** October 27, 2015

## **Geschlagen, getreten, von Hunden gejagt; Ungarn Laut Amnesty International sind Flüchtlinge Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 419 words

**Byline:** Ralf Leonhard

**Highlight:** Ungarn Laut Amnesty International sind **Flüchtlinge** Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen

### **Body**

---

Wien taz | Viktor Orbán tritt die Vereinbarungen der Europäischen Union mit Füßen. Die Institutionen der EU sind zu feige, diese Rechtsverletzungen konsequent zu verfolgen. So kommentiert Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International Österreich, den jüngsten Bericht der Menschenrechtsorganisation über die Behandlung von **Flüchtlingen** in Ungarn: Immer mehr Mitgliedstaaten – auch Österreich – schauen weg und akzeptieren, dass die Regierung Orbán die Rolle des Bad Guy so gut erfüllt und für sie die Drecksarbeit macht.

Für den am Dienstag veröffentlichten und vorerst nur auf Englisch vorliegenden Bericht *Stranded hope: Hungary's sustained attack on the rights of refugees and migrants* hat Amnesty 143 Zeugen, hauptsächlich Flüchtlinge, befragt, sowie in Serbien, Ungarn und Österreich recherchiert. So wird kritisiert, dass ein neues Gesetz es den ungarischen Sicherheitsbehörden erlaube, Menschen, die auf der Flucht bereits unbemerkt ungarisches Territorium betreten haben, nach Serbien zurückzudrängen.

Tausende von Asylsuchenden, darunter auch unbegleitete Minderjährige, seien der Willkür der ungarischen Behörden schutzlos ausgeliefert. Der Report spricht von Misshandlungen, illegalen Zurückweisungen und willkürlichen Verhaftungen. Das Vorgehen der ungarischen Behörden habe System: Asylsuchende sollen so abgeschreckt werden.

Ungarn hat vor einem Jahr einen Zaun an der Grenze zu Serbien hochgezogen. Illegaler Grenzübertritt ist seither ein strafrechtliches Delikt und wird im Schnellverfahren abgeurteilt. Ein im vergangenen Juni in Kraft getretenes Gesetz sieht vor, dass jeder Asylsuchende, der acht Kilometer vom Grenzzaun entfernt aufgegriffen wird, sofort nach Serbien zurückgeschoben werden kann. In Serbien warten Hunderte in überfüllten Lagern auf die Weiterreise. Alleinreisende Männer, so der Amnesty-Bericht, würden in Ungarn oft wochenlang eingesperrt.

John Dalhuisen, Europadirektor von Amnesty International, wirft Premier Orbán vor, die Rechtsstaatlichkeit in seinem Land durch eine Angstherrschaft ersetzt zu haben: Seine Versuche, Flüchtlinge abzuschrecken, haben dazu geführt, dass Menschen auf der Flucht gedemütigt oder misshandelt werden. Mechanismen zu ihrem Schutz werden systematisch ausgehebelt.

Geschlagen, getreten, von Hunden gejagt Ungarn Laut Amnesty International sind Flüchtlinge Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen

Ein im Bericht zitierter Asylsuchender wurde Zeuge, wie ein Polizist einen Mann schlug. Als er versuchte, sich für ihn einzusetzen, soll der Polizist gesagt haben: Wir können tun, was wir wollen. Wenn Sie sich beschweren, wird Ihnen niemand zuhören. Ralf Leonhard

**Load-Date:** September 27, 2016

---

End of Document



## Schutz unter dem Kreuz FRIEDEN; ASYL Nur wenige Hundert Flüchtlinge finden Aufnahme in deutschen Kirchen. Zu viele, meint der Innenminister

taz, die tageszeitung

Samstag 06. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 02

**Length:** 442 words

**Byline:** SARAH EMMINGHAUS / MARION BERGERMANN

**Highlight:** ASYL Nur wenige Hundert Flüchtlinge finden Aufnahme in deutschen Kirchen. Zu viele, meint der Innenminister

### Body

---

VON SARAH EMMINGHAUS UND MARION BERGERMANN

Darf eine Einrichtung – sei sie noch so hochgeschätzt wie die Kirche – sich über bestehendes Recht hinwegsetzen? Das fragt sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Freitag auf dem Kirchentag in Stuttgart.

Nach seiner wiederholten Kritik treffen sich am 8. Juni VertreterInnen der katholischen und evangelischen Kirche mit der Spitze des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Dabei soll es um die sogenannten Dublin-III-Fälle gehen, die Kirchenasyl bekommen würden. Nach Dublin III werden Flüchtlinge in das EU-Land abgeschoben, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben – selbst wenn in diesen Ländern menschenunwürdige Bedingungen herrschen.

Diese Fälle waren Auslöser für das BAMF und de Maizière, die Praxis der Kirche zu kritisieren und sie ändern zu wollen. Nun wollen sich Kirche und Regierung über neue Vorgehensweisen verständigen.

Kirchenasyl wird nur in Einzelfällen gewährt. Vor fünf Jahren waren es 31 Flüchtlinge, 2014 dann 430. Für de Maizière ein zu starker Anstieg. Dabei hängt der vor allem mit gestiegenen Zahlen von Asylbewerber\_innen zusammen.

De Maizière geht dennoch davon aus, dass es sich inzwischen nicht mehr nur um Einzelfälle handelt. Er fürchtet, das Kirchenasyl werde instrumentalisiert, um die Flüchtlingspolitik der Regierung zu kritisieren: Es geht um die Frage, ob eine Kirche sagt: Wir bekämpfen das Dublin-System politisch, und deswegen nutzen wir Einzelfälle, um uns zu wehren.

Juristisch ist das Kirchenasyl eine Grauzone, da es aus dem Selbstverständnis der Kirche als heiligem Ort hervorgegangen ist. Die Geflüchteten und ihre Helfer\_innen machen sich eigentlich strafbar, wenn sie sich einer Abschiebung widersetzen. Das wird aber fast nie verfolgt.

## Schutz unter dem Kreuz FRIEDEN ASYL Nur wenige Hundert Flüchtlinge finden Aufnahme in deutschen Kirchen. Zu viele, meint der Innenminister

Der Verfassungs- und Kirchenrechtsprofessor Hans Michael Heinig sieht den Anstieg beim Kirchenasyl als Ausdruck eines weit größeren Problems. Das Kirchenasyl leistet keinen Beitrag dazu, die Probleme auf einer Sachebene strukturell anzugehen kann es auch nicht. So verstanden schadet es mehr, als dass es nutzt. Solche Fragen müssen wir demokratisch verhandeln.

Kirchenasyle sind angesichts der Flüchtlingszahlen ein sehr kleiner Bereich , findet Dietlind Jochims. Sie ist Vorsitzende der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und wird bei den Gesprächen in Nürnberg mitverhandeln. An den Kirchenasylen zeigt sich ja auch etwas: Die Summe aller Einzelfälle gibt dem System ein Gesicht. Und natürlich sind es immer Einzelfallentscheidungen, aber wenn wir das siebzigste Mal ähnliche Probleme mit Aufnahmebedingungen in Bulgarien haben dann ergibt sich daraus ein Bild.

**Load-Date:** June 6, 2015

---

End of Document

**Agentur: Die Schweiz wird zum neuen Transitland für Tausende Flüchtlinge;  
Schweiz Von etwa 95.000 Bootsflüchtlingen, die in diesem Jahr über das  
Mittelmeer nach Italien gelangt sind, ziehen die meisten weiter nach Norden**

taz, die tageszeitung

Montag 22. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 8

**Length:** 424 words

**Highlight:** Schweiz Von etwa 95.000 Bootsflüchtlingen, die in diesem Jahr über das Mittelmeer nach Italien gelangt sind, ziehen die meisten weiter nach Norden

## Body

---

Basel/Berlin dpa | Die Schweiz droht nach Einschätzung der Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag zum neuen Transitland für **Flüchtlinge** auf dem Weg nach Deutschland zu werden. Die Zahl von **Migranten**, die versuchten, auf diesem Wege illegal in die Bundesrepublik einzureisen, sei stark gestiegen. Die Zeitung verweist auf Angaben der Bundespolizei, wonach seit Jahresbeginn 3.385 Personen illegal aus der Schweiz nach Deutschland gelangt seien, 40 Prozent mehr als 2015.

Deutschland habe deshalb seine Kontrollen an der Grenze zur Schweiz verstärkt und in den letzten Wochen rund 90 Grenzwachter und 40 Bundespolizisten zusätzlich an diesen Grenzabschnitt delegiert, sagte Finanzminister Ueli Maurer, der auch für das Schweizer Grenzwachtkorps zuständig ist.

Das Bundesinnenministerium in Berlin bestätigte, dass die Zahl der Einreisen von Flüchtlingen aus der Schweiz gestiegen ist. Sie liege aber bislang noch pro Tag im unteren bis mittleren zweistelligen Bereich, erklärte ein Sprecher. Die Entwicklung steht im Zusammenhang mit der nach wie vor bedeutsamen Mittelmeerroute nach Italien.

Neben der Schließung der Balkanroute, auf der Flüchtlinge nach Österreich und Deutschland kamen, hat nach Ansicht der NZZ eine langjährige Schweizer Praxis unfreiwillig eine Sogwirkung: Flüchtlinge, die aus Italien in der Schweiz ankommen, werden aus Kapazitätsgründen regelmäßig nach Basel und Kreuzlingen an der deutschen Grenze gebracht. Schweizer Behörden hätten bis Ende Juli 4.833 unkontrollierte Abreisen verzeichnet, vermutlich in den meisten Fällen nach Deutschland. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, die Bundespolizei ergreife an der Grenze zur Schweiz wie bereits seit Wiedereinführung der Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze einreiseverhindernde beziehungsweise aufenthaltsbeendende Maßnahmen. Dabei gebe es zwischen der Schweiz und Deutschland einen regelmäßigen Informationsaustausch.

Agentur: Die Schweiz wird zum neuen Transitland für Tausende Flüchtlinge Schweiz Von etwa 95.000 Bootsflüchtlingen, die in diesem Jahr über das Mittelmeer nach ....

Nach Angaben der Grenzschutzagentur Frontex sind in Italien seit Jahresbeginn etwa 95.000 Bootsflüchtlinge angekommen. Allein im Juli kamen etwa 25.300 12 Prozent mehr als im Juli 2015. Die meisten dieser Migranten stammten aus Nigeria und Eritrea.

In der italienischen Stadt Como an der Grenze zur Schweiz kampieren seit Wochen Hunderte Flüchtlinge, die von der Schweiz abgewiesen wurden. Dazu erklärte das eidgenössische Grenzwachtkorps, man lasse nach wie vor Menschen ins Land, die in der Schweiz um Schutz nachsuchen. Abgewiesen werde, wer kein Asylgesuch stelle oder durch die Schweiz nach Norden reisen wolle.

**Load-Date:** August 21, 2016

---

End of Document

**Investitionen gegen die Zukunft; MIGRATION Am Flughafen Langenhagen stockt Niedersachsen derzeit den Abschiebeknast auf über hundert Plätze auf. Langfristig soll er aber umziehen, in die Nähe der JVA ins Stadtgebiet von Hannover**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 41

**Length:** 306 words

**Byline:** Jean-Philipp Baeck

**Highlight:** **MIGRATION** Am Flughafen Langenhagen stockt Niedersachsen derzeit den Abschiebeknast auf über hundert Plätze auf. Langfristig soll er aber umziehen, in die Nähe der JVA ins Stadtgebiet von Hannover

## Body

---

Die Niedersächsische Landesregierung stellt sich darauf ein, in diesem Jahr deutlich mehr Menschen abzuschieben: Derzeit wird der Abschiebeknast am Flughafen Langenhagen erheblich erweitert. Statt der momentan 30 Plätze sollen künftig bis zu 116 Menschen eingesperrt werden können, um sie aus dem Land zu bringen.

Über bis zu 1.200.000 Asylanträge könnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016 insgesamt entscheiden. Das sei laut Niedersächsischer Landesregierung zwar keine belastbare Prognose. Dennoch bedeutet das für das Land wohl auch eine sehr starke Steigerung der zwangsweisen Aufenthaltsbeendigungen. Ziel der Landesregierung bleibe die Förderung der freiwilligen Rückkehr, Haft sei Ultima Ratio zur Sicherung dieser Maßnahme. Rechtlich dürfen Menschen zwecks Abschiebung eingesperrt werden, etwa, wenn sie bereits einmal bei einem Abschiebetermin nicht an ihrer Meldeadresse angetroffen wurden, oder Fluchtgefahr bestehe.

Bereits Anfang des Jahres wurde die Kapazität des Abschiebeknasts in Hannover für diese Fälle auf 30 Haftplätze verdoppelt. Aktuell wird ein Gebäude saniert, ein weiteres wird noch diesen Monat bezugsfertig. Der Ausbau soll bis zu 200.000 Euro kosten. Dieser Investitionen ungeachtet sucht das Justizministerium bereits nach einer Fläche für einen neuen Standort. Denn der Mietvertrag für die Räume in Langenhagen läuft Ende Juni 2021 aus. Geprüft werde neben der Verlängerung des Mietvertrages und möglichen Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bundesländern auch ein Neubau auf dem Gelände der JVA Hannover, heißt es aus dem Justizministerium.

Dort, im Stadtteil Hainholz, ginge es um eine Fläche auf der sich landeseigene ehemalige Dienstwohnungen von JVA-Beamten befinden, die heute leerstehen. Würde hier tatsächlich neugebaut, könnten 25 Plätze für Abschiebegefangene entstehen. jpb

Investitionen gegen die Zukunft MIGRATION Am Flughafen Langenhagen stockt Niedersachsen derzeit den Abschiebeknast auf über hundert Plätze auf. Langfristig sol....

**Load-Date:** March 23, 2016

---

End of Document

## Von wegen eine Million; Flüchtlinge Zahlen der Regierung zeigen, dass die Zahl der Geflüchteten 2015 weniger stieg als bisher gedacht

taz, die tageszeitung

Samstag 12. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 510 words

**Byline:** Lalon Sander

### **Body**

---

**Flüchtlinge** Zahlen der Regierung zeigen, dass die Zahl der **Geflüchteten** 2015 weniger stieg als bisher gedacht

aus Berlin Lalon Sander

Die Zahl der in Deutschland lebenden **Flüchtlinge** ist 2015 weit weniger gestiegen als angenommen. Während Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) immer wieder von gut einer Million neu angekommenen Menschen spricht, sind die aktuellen Zahlen der Bundesregierung nüchterner. Demnach lebten Ende 2015 insgesamt rund 1,25 Millionen Menschen als **Flüchtlinge** in Deutschland. Ende 2014 waren es aber bereits 627.000 **Geflüchtete**, so dass ihre Zahl im Jahr 2015 nur um knapp 600.000 gestiegen ist.

Die Zahlen basieren auf einer Kleinen Anfrage der Linkspartei im Bundestag. Demnach lebten Ende letzten Jahres rund 950.000 Menschen asylberechtigt, mit Flüchtlingsstatus, laufendem Asylverfahren oder Duldung in Deutschland. Hinzu kommen rund 300.000 Menschen, die laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zwar an der Grenze als Flüchtlinge registriert wurden, aber noch keinen Asylantrag stellen konnten. Das liegt unter anderem daran, dass das Bamf nur einen Teil der gestellten Anträge bearbeitet: Während 2015 442.000 neue Anträge gestellt wurden, arbeitete das Amt nur 283.000 ab.

Grund für die große Differenz beim Anstieg der Flüchtlingszahl ist einerseits, dass die Zahl der an der Grenze registrierten Menschen nur schlecht belastbar ist. So meldete die Süddeutsche Zeitung Ende Februar, dass 130.000 Flüchtlinge nach der Registrierung verschwunden seien. Laut Bamf sind viele in andere Länder weitergereist, in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt oder wurden schlicht doppelt erfasst. Einige Flüchtlinge wurden auch abgeschoben oder sind eingebürgert worden.

Auffällig für das Jahr 2015 ist, dass vor allem die Zahl derer stieg, die nach der Genfer Konvention politisch, religiös, rassistisch oder ethnisch geschützt sind. Ihre Anzahl verdoppelte sich nahezu von 109.000 Ende 2014 auf 211.000 ein Jahr später. Auch die Zahl der laufenden Asylverfahren ist stark gestiegen, von 178.000 Ende 2014 auf 350.000. Dabei bekommen die Antragsteller immer häufiger auch einen -Schutzstatus. Laut Bamf erhielten 2014

Von wegen eine Million Flüchtlinge Zahlen der Regierung zeigen, dass die Zahl der Geflüchteten 2015 weniger stieg als bisher gedacht

nur 25 Prozent der Antragsteller Asyl oder Flüchtlingsstatus. Diese Quote stieg 2015 auf 48 Prozent und liegt Anfang 2016 bei 64 Prozent.

Die Abgeordnete der Linken, Ulla Jelpke, geht deshalb davon aus, dass ein Großteil der Flüchtlinge in Deutschland bleiben wird. Die allermeisten Menschen, die zu uns kommen, haben ein Anspruch auf Schutz , sagte sie der taz. Wir brauchen endlich tragfähige Integrationskonzepte statt einer Bundesregierung, die sich auf Abschottung und Abschiebung konzentriert.

Doch die Abschottung der EU-Länder zeigt inzwischen Wirkung: Nach der Sperrung der Balkanroute kamen am Mittwoch dieser Woche nur noch 89 Menschen in Deutschland an. Vor zwei Wochen waren es noch 500 am Tag. Glaubt man den Zahlen des Bamf, so hätten ein Großteil der zurzeit ausgesperrten Menschen ein Recht auf Schutz.

Wir brauchen endlich tragfähige Inte-grationskonzepte statt Abschottung und Abschiebung

**Load-Date:** March 11, 2016

---

End of Document



**Der gute Lobbyist; FAREWELL Er war flüchtlingspolitischer Sprecher der Piraten nach der Wahl will Fabio Reinhardt Chefs davon überzeugen, Flüchtlinge einzustellen. Porträt eines Überzeugten**

taz, die tageszeitung

Montag 12. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1146 words

**Byline:** Uta Schleiermacher

**Highlight:** FAREWELL Er war flüchtlingspolitischer Sprecher der Piraten nach der Wahl will Fabio Reinhardt Chefs davon überzeugen, Flüchtlinge einzustellen. Porträt eines Überzeugten

## Body

---

von Uta Schleiermacher

Es begann mit einer kleinen Demo am Oranienplatz 2013. Etwa 25 Flüchtlinge aus der besetzten Gerhard-Hauptmann-Schule protestierten dort an einem Montagmorgen im April gegen Pauschalkriminalisierung und gegen einen Einsatz, bei dem Polizisten die Schule auf der Suche nach Straftätern gestürmt hatten und dabei brachial vorgegangen waren.

Eigentlich sollte die Demo an der Stresemannstraße wo die Bannmeile um das Berliner Abgeordnetenhaus anfängt enden. Doch Fabio Reinhardt erklärte die Teilnehmer kurzerhand zu seinen Gästen und lud sie zur Diskussion in das Parlament ein. Bis in die Sitzung des Innenausschusses, um dort Innensenator Frank Henkel (CDU) zur Rede zu stellen, gelangten die Flüchtlinge zwar nicht.

Raus aus der linken Ecke

Doch immerhin stand die Aktion am nächsten Tag in allen Zeitungen. Flüchtlinge von öffentlicher Sitzung ausgesperrt, titelten Zeitungen dank Reinhardts spontaner Einladung. Zu seinem Thema ist der flüchtlingspolitische Sprecher der Berliner Piratenfraktion schon im Studium gekommen. An der TU Braunschweig war er als Mitglied im Studierendenparlament im Finanzausschuss, der kleinere Darlehen an Studenten vergeben konnte. Es waren sehr viele Studierende dabei mit unsicherem Aufenthaltsstatus, viele aus Afrika, die sich das Studium ohne die Unterstützung nicht leisten konnten. Da habe ich angefangen, mich mit Aufenthaltsrecht, Status und Migration zu beschäftigen.

Dass er damit bei den Piraten landete, hat sich eher nebenbei ergeben. Zu der Partei ist er über sein Interesse an Informationsfreiheit und Datenschutz gekommen. Das Thema Flucht und Migration hat er dann in die Piratenpartei

Der gute Lobbyist FAREWELL Er war flüchtlingspolitischer Sprecher der Piraten nach der Wahl will Fabio Reinhardt Chefs davon überzeugen, Flüchtlinge einzustel....

hereingetragen. Damals hat sich ja kaum jemand mit Asylpolitik beschäftigt, und wenn, dann war das sehr links besetzt, sagt er.

Reinhardt wollte das Thema aus der ganz linken Ecke herausholen. Die Piraten boten ihm seiner Ansicht nach dafür eine gute Basis. Letztendlich ging es um Zugang, Partizipation und darum, dass alle Menschen gleiche Rechte haben. Und im Asylbereich klaffen der menschenrechtliche Anspruch und das gelebte Recht in der Praxis ja am krassesten auseinander, sagt Reinhardt. Aus der Partei hat er dafür viel Zuspruch bekommen.

Flucht und Migration das sind für Reinhardt derzeit zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien. Gerade bei den Geflüchteten am Oranienplatz konnte man das gut sehen: Wenn Menschen mehr Rechte und mehr Beteiligung wollen, müssen sie sich das selbst erkämpfen. Das war bei der Arbeiterbewegung so, bei der Frauenbewegung und ist jetzt bei den Refugee-Protests auch so.

Die O-Platz-Proteste seien wichtig gewesen, um die Probleme sichtbar zu machen. Reinhardt glaubt, dass es wieder zu Protesten kommen wird: Bei den neu angekommenen Geflüchteten fehlt noch der Funke. Das wird aber noch kommen, da werden sich Gruppen finden und Emanzipationsbewegungen entstehen. Die meisten seien noch sehr mit sich selbst beschäftigt, warteten darauf, einen sicheren Status zu bekommen, wobei ihnen Gesetzesverschärfungen zu schaffen machten: Viele haben derzeit wohl eher das Gefühl, viel verlieren und wenig gewinnen zu können. Das war bei der O-Platz-Bewegung anders.

Protest ist seiner Ansicht nach aber notwendig. Ich befürchte, dass wir wenig positive Entwicklungen im Bereich Flucht und Asylrecht haben, wenn die Geflüchteten ihr Schicksal nicht wieder selbst in die Hand nehmen und sich dabei auch als emanzipatorische Bewegung verstehen.

In seinem Büro in der Kreuzberger Naunynstraße war und ist der Abgeordnete Reinhardt ansprechbar für alle, die mit einem Anliegen kommen. Etwa für einen jungen Mann, der bald 18 Jahre alt wird und dessen Mutter dann abgeschoben werden soll. Reinhardt macht Notizen, kopiert sich einzelne Seiten der mitgebrachten Akten, sagt, dass er weitere anfordern wird und die Mutter bei einem Härtefallantrag unterstützen kann. In der Landespolitik hat Reinhardt sich viel mit den Bedingungen in den Flüchtlingsunterkünften beschäftigt, Anfragen gestellt, Standards hinterfragt und auf Missstände hingewiesen. Die Unterbringung ist im Gegensatz zum Aufenthaltsrecht oder der Residenzpflicht Landesaufgabe da konnten sie mehr erreichen: etwa, dass Standards diskutiert und Betreiber wieder kontrolliert wurden.

Nach der Wahl möchte Reinhardt weiter im Flüchtlingsbereich arbeiten. Als Abgeordneter wird er das wohl nicht mehr tun können, da die Piraten voraussichtlich nicht wieder ins Abgeordnetenhaus gewählt werden er will das Thema künftig außerparlamentarisch vorantreiben.

Mit zwei Partnern hat er eine Firma gegründet, die Unternehmen in Integrationsfragen beraten soll. Wir wollen Unternehmen überzeugen, dass sie sehr davon profitieren, wenn sie Geflüchtete einstellen, dass es ihre Marke stärken kann. Dass die Botschaft, Flüchtlinge könnten der Wirtschaft nützen, eine andere ist, als die Forderung, alle ohne Bedingungen willkommen zu heißen, ist ihm klar. Wir sind aber nicht Pro Asyl, sondern richten uns an Geschäftsführer, sagt er: Wenn wir die überzeugen können, können wir darüber auch das gesellschaftliche Klima verändern.

Eine Lücke zu schließen

Hakan Ta, flüchtlingspolitischer Sprecher der Linken im Abgeordnetenhaus, schätzt die Zusammenarbeit mit Reinhardt. Er war eine große Bereicherung, wir haben gemeinsam vieles initiiert. Ich hoffe, dass die Lücke, die er lässt, anders geschlossen werden kann, sagt Ta. Seine Grünen-Kollegin Canan Bayram äußert sich vorsichtiger: Wir waren nicht immer einer Meinung, haben aber gemeinsame Anträge gestellt. Ich habe in der Zusammenarbeit mit ihm Vorsicht walten lassen und hatte das Gefühl, mich nicht so sehr auf ihn verlassen zu können wie auf Hakan Ta, sagt sie. Und dass sie erstaunt sei, dass er nun in die Unternehmensberatung ginge.

Der gute Lobbyist FAREWELL Er war flüchtlingspolitischer Sprecher der Piraten nach der Wahl will Fabio Reinhardt Chefs davon überzeugen, Flüchtlinge einzustel....

Erst mal wird es für Reinhardt wohl auf eine Politikpause hinauslaufen. Er schließt aber nicht aus, irgendwann für eine andere Partei tätig zu sein. Den Piraten fühlt er sich im Gegensatz zu anderen Fraktionsmitgliedern, die aus der Partei ausgetreten sind, weiter zugehörig. Nach ein paar Jahren die Partei und die Fraktion zu wechseln, obwohl ich nach wie vor mit den Zielen der Piraten komplett einverstanden bin, nur um mir das Mandat zu sichern, das will ich nicht. Alle sagen, dass sie das aufgrund inhaltlicher Differenzen machen. Und die meisten lügen dabei. Ich finde das schäbig.

Die Partei wechseln, um mir ein Mandat zu sichern: nein

Fabio Reinhardt

geboren 1980 in Warendorf, lebt seit 2009 in Berlin. Er hat Neuere Geschichte und Politikwissenschaft an der Technischen Universität Braunschweig studiert und trat 2007 in die ein Jahr zuvor gegründete Piratenpartei ein.

Seit 2011 Sprecher für Integrations- und Flüchtlingspolitik der Piraten-Fraktion sowie Mitglied im Hauptausschuss. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 kandidiert er als Direktkandidat für die Piraten in Friedrichshain-Kreuzberg.

**Load-Date:** September 11, 2016

---

End of Document

## Agentur: 90 Flüchtlinge tot; MIGRATION Schlauchboot verunglückt vor Libyen

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 208 words

**Highlight:** MIGRATION Schlauchboot verunglückt vor Libyen

### Body

---

Kairo/Rom dpa | Rund 90 **Flüchtlinge** und **Migranten** sind vermutlich bei einem Schiffsunglück auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen. Das berichtete der Sprecher der libyschen Marine, Ajub Gassim, am Donnerstag. Das gebrechliche Boot sei am Mittwoch im Westen Libyens in der Nähe der Hauptstadt Tripolis in See gestochen, ehe es verunglückt sei, sagte er.

29 Überlebende seien gerettet worden, sagte Gassim. Sie hätten davon berichtet, dass das Kunststoffboot zerrissen und mit Wasser vollgelaufen sei, weil alle Flüchtlinge sich auf einer Seite des Boots befunden hätten. Zu diesem Zeitpunkt habe es rund 42 Kilometer von der libyschen Küste entfernt in internationalen Gewässern gelegen. Insgesamt seien 126 Flüchtlinge und Migranten an Bord gewesen, darunter hauptsächlich Afrikaner.

Das Mittelmeer gilt als eine der gefährlichsten Seeflüchtlingsrouten weltweit. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) vom Mittwoch starben allein in diesem Jahr mindestens 3740 Menschen bei der Flucht über das Binnenmeer so viele wie in keinem Jahr zuvor. Bereits am Dienstag hatte die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen 25 tote Menschen gefunden, die unter Wasser und Benzin in einem anderen Schlauchboot vor der Küste Libyens lagen.

**Load-Date:** October 27, 2016

**Flüchtlinge bekommen ein eigenes Amt; MIGRATION Ab Januar soll sich statt des Landesamts für Gesundheit und Soziales eine eigene Behörde um die Versorgung der Flüchtlinge kümmern. Derweil geht der Streit über die Unterbringung in Turnhallen weiter**

taz, die tageszeitung

Samstag 28. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 52

**Length:** 680 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** **MIGRATION** Ab Januar soll sich statt des Landesamts für Gesundheit und Soziales eine eigene Behörde um die Versorgung der **Flüchtlinge** kümmern. Derweil geht der Streit über die Unterbringung in Turnhallen weiter

## Body

---

von Susanne Memarnia

Mitten in der Versorgungskrise für die **Flüchtlinge** steht Berlin vor einer Neuorganisation seiner Verwaltung: Nach taz-Informationen will Sozialsenator -Mario Czaja (CDU) dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) alle mit Flücht-lingen befassten Bereiche Registrierung, Unterbringung, Leis-tungen entziehen. Sie sollen einem neuen Amt für **Flüchtlingsangelegenheiten** übertragen werden. Als Präsident ist offenbar Czajas Staatssekretär Thomas Gerstle (CDU) im Gespräch. Bereits zum 1. Januar soll das Amt seine Arbeit aufnehmen und auf längere Sicht auch zuständig werden für Integrationsaufgaben, die bislang in das Ressort von Arbeitssenatorin Dilek Kolat (SPD) fallen.

Für die Grünen-Abgeordnete Canan Bayram ist die Veränderung prinzipiell eine gute Idee: Auf ihren Vorschlag hin hatten die Grünen unlängst selbst ein Landesamt für Migration und Flucht gefordert, das alle Aufgaben dieses Bereichs bündelt. Aber in der aktuellen Situation halte ich das für sehr riskant , sagte sie am Freitag der taz.

Denn eine solche Verwaltungsreform müsse gut vorbereitet sein, das sei kurzfristig nicht zu stemmen. Ich befürchte, das wird zu Lasten der Flüchtlinge gehen. Wir werden Wochen verlieren. Bayram verwies auf die derzeit rund 15.000 Flüchtlinge, die nicht einmal registriert seien. Czaja wird die neue Behörde als Befreiungsschlag darstellen, aber das Chaos ist jetzt schon programmiert , so die Juristin.

Hintergrund der Neuorganisation ist aber nicht nur die andauernde Kritik an Czaja, weil das ihm unterstehende Lageso seine gesetzlichen Aufgaben zur Versorgung der Flüchtlingen nicht in den Griff bekommt. Sie ist auch eine Konsequenz aus der Allert-Affäre : Im November vorigen Jahres war bekannt geworden, dass ein Patensohn des

Flüchtlinge bekommen ein eigenes Amt MIGRATION Ab Januar soll sich statt des Landesamts für Gesundheit und Soziales eine eigene Behörde um die Versorgung der Fl....

Lageso-Chefs Franz Allert mehrere Aufträge zum Betrieb von Flüchtlingsunterkünften bekommen hatte. Daraufhin eingesetzte externe Wirtschaftsprüfer stellten zwar keine direkte Einflussnahme Allerts fest, bemängelten aber, dass die Auswahl der Betreiber von Flüchtlingsunterkünften völlig undurchsichtig sei und das Amt keine Kontrolle über Kosten und Qualität habe.

Czajas erste Reaktion: Er entzog Allert im Juni die Aufsicht über die Berliner Unterbringungsleitstelle (BUL), die für Akquise und Betrieb von Unterkünften zuständig ist, und unterstellte sie direkt seinem Staatssekretär. Die weiteren Empfehlungen der Wirtschaftsprüfer, vor allem zur Einführung eines ordentlichen Vergabeverfahrens, harren seither allerdings der Umsetzung. Denn dann stiegen die Flüchtlingszahlen rapide: Seit September musste Berlin rund 40.000 neue Asylbewerber aufnehmen, fast täglich werden neue Notunterkünfte errichtet. Und weil die BUL mit ihren inzwischen 76 Mitarbeitern mit der Herrichtung von Gebäuden nicht hinterherkommt, kümmert sich darum inzwischen auch Czajas neuer Flüchtlingskoordinator Dieter Glietsch.

Seine Aufforderung an alle zwölf Bezirke, ihm bis zu diesem Freitag je vier Turnhallen zu benennen, die er auf seine Vorratsliste an Notunterkünften für die nächsten Wochen setzen kann, wird von diesen teils scharf kritisiert. Ich erwarte einen Strategiewechsel beim Senat, sagte Mittes Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD) der taz. Bis Jahresende brauche man rund 10.000 weitere Plätze statt die Menschen kleckerweise in Turnhallen unterzubringen, müssen wir Großobjekte fertig machen. Sein Bezirk habe wie andere dazu Vorschläge gemacht, etwa das leer stehende Gebäude des Bundesinnenministeriums (BMI).

Czajas Sprecherin Monika Hebbinghaus sagte, wenn die Bezirke die Hallen nicht freiwillig gäben, würde man eben beschlagnahmen. Natürlich sind Turnhallen keine gute Lösung, aber alle noch nicht belegten Großgebäude seien schwer bereitzustellen. So gebe es etwa bei der Tetrapak-Halle in Reinickendorf hohe Herrichtungskosten, auch fordere der Vermieter eine hohe Jahresmiete. Zu dem leeren BMI-Gebäude verwies sie auf Czajas Rede am Donnerstag im Abgeordnetenhaus: Der Vermieter sei angefragt, habe sich aber noch nicht erklärt.

Ich erwarte einen Strategiewechsel beim Senat

**Load-Date:** November 27, 2015

**Solidarität. Ausnahmsweise; EUROPA Die EU-Kommission will Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen einführen - und stößt schon beim ersten vorsichtigen Versuch auf heftigen Widerstand von Briten und Osteuropäern. Die setzen ganz auf Abwehr**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 13. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 887 words

**Byline:** ERIC BONSE / CHRISTIAN JAKOB

**Highlight:** EUROPA Die EU-Kommission will Quoten zur Verteilung von **Flüchtlingen** einführen und stößt schon beim ersten vorsichtigen Versuch auf heftigen Widerstand von Briten und Osteuropäern. Die setzen ganz auf Abwehr

## Body

---

AUS BRÜSSEL UND BERLIN ERIC BONSE UND CHRISTIAN JAKOB

Ist das die Rache von Jean-Claude Juncker? Beim EU-**Flüchtlingsgipfel** im April war ein Vorschlag der Juncker-Behörde gescheitert, ein Quotensystem zur Aufnahme von **Migranten** in allen 28 EU-Staaten einzuführen. Die Staats- und Regierungschefs waren strikt dagegen. Juncker schäumte: Kanzlerin Angela Merkel und ihre Amtskollegen hätten nur Symbolpolitik gemacht.

Nun kommt die Idee wieder auf den Tisch: Juncker hat sie in sein **Migrationspaket** verpackt, das am Mittwoch in Brüssel präsentiert wird. Wie im April versuchen auch nun wieder einige Staaten, den Vorschlag zu torpedieren. Doch diesmal scheint Juncker besser gerüstet: Offenbar will er sein Maßnahmenpaket über eine Notfallklausel des EU-Vertrags durchdrücken mit qualifizierter Mehrheit. Einzelne EU-Länder könnten den Plan dann nicht mehr stoppen, das Europaparlament hätte keine Mitsprache. Das Eilverfahren ergibt Sinn. Denn sowohl in der größten Fraktion des Parlaments, der konservativen EVP, als auch im Ministerrat baut sich eine Abwehrfront gegen die Quoten auf. Angeführt wird die Mauerfraktion vom britischen Premier David Cameron, der sich durch seinen Wahlsieg in der vergangenen Woche bestätigt fühlt. Das Vereinigte Königreich hat eine stolze Geschichte des **Asyls**, sagte ein Sprecher des britischen Innenministeriums. Aber wir glauben nicht, dass ein verpflichtendes Ansiedlungsprogramm die Antwort ist. Die EU solle sich stattdessen auf die Bekämpfung von Schlepperbanden konzentrieren.

Bei diesem Kampf geht London bereits munter voran. Im UN-Sicherheitsrat in New York brachte Großbritannien im Namen der EU einen Antrag ein, der Militäreinsätze gegen Schlepperboote möglich machen soll. Die Schiffe sollen mit Waffengewalt versenkt werden, bevor sie Flüchtlinge aufnehmen können. London möchte so den Ansturm auf

Solidarität. Ausnahmsweise EUROPA Die EU-Kommission will Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen einführen - und stößt schon beim ersten vorsichtigen Versuch auf....

Europa beenden und die Quotendebatte im Keim ersticken. Ganz ähnlich sehen das viele mittel- und osteuropäische Länder. Lettland sei gegen Flüchtlingsquoten, sagte Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma. Besser sei es, die Grenzen stärker zu überwachen. Ungarn und Tschechien machen ebenfalls die Schotten dicht. Und Bulgarien und Rumänien haben bereits jetzt so viele Probleme, dass sogar die eigenen Landsleute gen Westeuropa fliehen.

Bisher kommen nur wenige Flüchtlinge in Großbritannien oder Lettland an. Denn nach dem Dublin-Verfahren müssen Asylbewerber in dem Land bleiben, in dem sie zuerst den Boden der EU betreten haben. Das überfordert aber Länder wie Italien oder Griechenland, wo die meisten Flüchtlinge ankommen. Viele reisen nach Deutschland oder Schweden weiter. Die Quoten, die die EU-Kommission am Mittwoch vorschlagen will, sollen nun für eine gerechtere Verteilung sorgen aber nur ausnahmsweise bei besonderen Notlagen. Basis für die Verteilung der Asylbewerber sollen dabei Kriterien wie die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungszahl, die Arbeitslosenquote und die bisher aufgenommenen Asylbewerber sein. Solidarität muss geteilt werden, sagte eine Kommissionssprecherin in Brüssel.

Das umstrittene Dublin-System solle aber nicht abgeschafft werden, so die Sprecherin weiter. Wir werden am Mittwoch erklären, wie die Pläne innerhalb des Dublin-Systems funktionieren. Der 16-seitige Entwurf, der der taz vorliegt, sieht vor, dass die Dublin-Regeln in Kraft bleiben und 2016 evaluiert werden. Dafür will die EU in einem zweistufigen Verfahren besonders bedrängten Ländern beistehen. Wir dürfen nicht warten, bis der Druck unerträglich wird, heißt es in dem EU-Papier. Noch im Mai will die Kommission vorschlagen, in welchem Ausmaß die übrigen EU-Staaten Ländern an den Außengrenzen Flüchtlinge noch vor Aufnahme des Asylverfahrens abnehmen. Die Mitgliedstaaten sollen diese Plätze freiwillig bereitstellen. Eine Größenordnung wird in dem Entwurf nicht genannt. In einem früheren EU-Papier war von 5.000 Plätzen die Rede. Ende des Jahres soll dann eine verbindliche Regelung beschlossen werden, auch hier aber nur für vorübergehende Notfälle. Wo ein solcher vorliegt, wollen Rat und Kommission dann gemeinsam entscheiden.

Die Kommission darf sich nicht von der Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten einschüchtern lassen, sagte die grüne EU-Abgeordnete Ska Keller. Der Verteilungsschlüssel für Notfälle sei ein wichtiger Pflock für europäische Solidarität, nötig sei aber anstelle von Dublin ein gerechtes Asylsystem, in dem alle Staaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen.

Der Juncker-Vorschlag enthält auch Maßnahmen, um die legale Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften in die EU-Staaten zu erleichtern. Als Pilotprojekt ist eine Anlaufstelle für Flüchtlinge in Niger geplant, wo Menschen Schutz finden und sich für die Aufnahme in Europa bewerben können. Parallel treibt die EU ihre Pläne zur Kriminalisierung von Schleppern voran. Das Geschäft mit dem Leid der Flüchtlinge sei nicht nur ein humanitärer Notstand, sondern auch eine sicherheitspolitische Krise, sagte die EU-Außenvertreterin Federica Mogherini. Um der Flüchtlingskrise zu begegnen, sei die EU auf eine Partnerschaft mit den Vereinten Nationen angewiesen. Im Sicherheitsrat gibt es allerdings noch Vorbehalte gegen die Brüsseler Pläne, militärisch gegen Schlepper vorzugehen. Vor allem Russland ist dagegen, auch in Afrika stößt das EU-Vorhaben auf Skepsis.

**Load-Date:** May 12, 2015



## Christen bevorzugt; ASYL Landtagspräsident Bernd Busemann will vor allem christlichen Flüchtlingen "unbürokratisch helfen" - und auch die deutsche Marine gegen Schlepperboote einsetzen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 23. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 21

**Length:** 336 words

**Byline:** WYP

**Highlight:** ASYL Landtagspräsident Bernd Busemann will vor allem christlichen Flüchtlingen unbürokratisch helfen und auch die deutsche Marine gegen Schlepperboote einsetzen

### Body

---

Niedersachsens Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) muss für seinen Vorschlag, aus dem Bürgerkriegsland Syrien bevorzugt Christen aufzunehmen, heftige Kritik einstecken. Eine Unterscheidung in Flüchtlinge erster und zweiter Kategorie widerspricht meinem Verständnis von Nächstenliebe, sagte der Sprecher für Migration der SPD-Landtagsfraktion, Christos Pantazis, der taz.

Busemann habe seine Rolle als Landtagspräsident überschritten, findet auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Filiz Polat. In Niedersachsens Parlament sei es immer Konsens gewesen, bei der Aufnahme Schutzsuchender nicht auf die Religionszugehörigkeit zu schauen: In Syrien sind Jesiden und Muslime genauso bedroht wie Christen.

Zuvor hatte Landtagspräsident Busemann in einem Interview mit der Neuen Presse gefordert, ein humanitäres Zeichen zu setzen und 1.000 verfolgte Christen aus Syrien unbürokratisch aufzunehmen. Auch einen Seitenhieb auf seinen innerparteilichen Intimfeind Christian Wulff, der als Bundespräsident gesagt hatte, der Islam gehöre zu Deutschland, konnte Busemann nicht unterdrücken: Andere mögen diskutieren, ob der Islam zu Deutschland gehört, das Christentum gehört jedenfalls zu uns, wir müssen für diese Christen etwas tun.

Außerdem solle auch die deutsche Marine eingesetzt werden, um zu verhindern, dass in Nordafrika unsichere oder überladene Schiffe mit Flüchtlingen ablegten, so Christdemokrat Busemann. Vorsichtige Kritik kam daraufhin selbst vom Ex-Koalitionspartner FDP. Ausschlaggebend solle die individuelle Gefährdung und nicht die Religionszugehörigkeit sein, meint Fraktionschef Christian Dürr.

Zutiefst zynisch sei besonders die Idee des Militäreinsatzes zur See, findet der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen, Kai Weber: Im Libanon sei jeder vierte Mensch ein Flüchtling, in Deutschland sind

Christen bevorzugt ASYL Landtagspräsident Bernd Busemann will vor allem christlichen Flüchtlingen  
"unbürokratisch helfen" - und auch die deutsche Marine gegen S....

es nur zwei von 1.000. Trotzdem hat Europa Schutzsuchenden schon die Flucht auf dem Landweg an der  
griechisch-bulgarischen Grenze mit Stacheldraht verbaut. WYP

**Load-Date:** April 22, 2015

---

End of Document

## **Geschäftsmodell Flüchtling; EU-QUOTE Ein Brüsseler Zuschuss würde mehr Chancen als eine Quote bieten. Die Globalisierung der Waren muss besteuert werden**

taz, die tageszeitung

Freitag 29. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1033 words

**Byline:** GERD GRÖZINGER

**Highlight:** EU-QUOTE Ein Brüsseler Zuschuss würde mehr Chancen als eine Quote bieten. Die Globalisierung der Waren muss besteuert werden

### **Body**

---

Die Europäische Kommission hat es also gewagt, eine Mini-Quote für die Aufnahme von **Flüchtlingen** auf den Weg zu bringen. Und prompt schreien sie auf, die Briten und die Staaten Ost- und Mitteleuropas und auch natürlich die Rechte in jedem anderen Land noch dazu. Es ist ja so bequem, wenn man keine ausgedehnte Mittelmeer-Grenze hat. Da kann man gleichzeitig sein gutes Gewissen vorzeigen und sich doch aktueller Not verweigern. Wir haben eine stolze Geschichte des **Asyls**, ließ Cameron bei seiner Ablehnung der Brüsseler Pläne verlautbaren. Dies beinharte St.-Florians-Prinzip aufzubrechen, dürfte kaum durch Appelle gelingen, sondern nur, wenn man die Kosten-Nutzen-Kalküle veränderte. Also wenn man Nicht-Hilfe teuer oder Hilfe einträglich machte, und jedes Land daran auch partizipieren kann.

#### **BAföG für Flüchtlinge**

Die EU sollte deshalb für jede Asylbewerberin, jede Person mit Asylanerkennung, jeden nach internationalem Recht aufzunehmenden Kriegsflüchtling ihre Mitgliedsstaaten mit einem festen und im Prinzip kostendeckenden Zuschuss entlasten. Nehmen wir zum Beispiel 10.000 Euro pro Jahr und Person Flüchtlingsgeld (in Deutschland etwa BAföG-Niveau). Gewährt werden sollte die Summe dafür, dass eine angemessene Unterkunft und Ernährung gewährleistet wird, dass darin ein Taschengeld für persönliche Bedürfnisse enthalten ist, dass eine ausreichende Krankenversicherung garantiert wird. An solchen nachvollziehbaren Kriterien könnten etwa in der Gesundheitsfürsorge knausernde Staaten wie Deutschland auch erst einmal scheitern und würden dann sicher ihre Regeln in die richtige Richtung hin ändern, um nicht zu viel Geld aus Brüssel zu verlieren.

Der Zuschuss sollte auch nicht nach Berlin oder Rom oder Athen überwiesen, sondern direkt an die Kommunen gezahlt werden. Denn an einem ganz konkreten Ort werden die Flüchtlinge leben, und zwar mit der eingesessenen Bevölkerung zusammen. In Deutschland könnten wir uns dann künftig das Gezerre zwischen Bund, Ländern und Kommunen um die Kostenverteilung sparen. Denn es wird Brüssel sein, das konkret denen Geld überweist, die

## Geschäftsmodell Flüchtling EU-QUOTE Ein Brüsseler Zuschuss würde mehr Chancen als eine Quote bieten. Die Globalisierung der Waren muss besteuert werden

nachweislich Leistungen erbringen. Und die immer wieder aufscheinende Fremdenfeindlichkeit, besonders auf dem Lande oder in kleineren Städten, würde von einem wirtschaftlichen lokalen Denken sicher nicht neutralisiert, vermutlich aber doch erheblich reduziert werden können. Zum Beispiel konkret 100 Flüchtlinge aufzunehmen, brächte jährlich der Gemeinde eine Million Euro. Dazu kommen Jobs für die Heimherrichtung und -betreuung und erhebliche Sekundäreffekte durch die Kaufkraft. Da kann man sich schon vorstellen, dass manche Kommune mit prekärer Wirtschaftslage, etwa in Griechenland oder auch auf dem Apennin, vielleicht sogar in Brandenburg, das als nachhaltiges Geschäftsmodell sieht. Denn allein die Situation in Syrien und Umgebung dürfte schon dafür sorgen, dass der Zustrom so schnell nicht abreist. 10.000 Euro pro Person ist bei den vielen dafür berechtigten Menschen in der Summe nicht wenig. 1 Million Flüchtlinge bedeutet dann beispielsweise Ausgaben von 10 Milliarden Euro. Zum Vergleich: 2014 hatte die EU etwa 1,8 Millionen Flüchtlinge nach UNHCR-Kriterien. Und der EU-Haushalt liegt bei um die 140 Milliarden Euro jährlich. Ganz kurzfristig in Form einer Notstandsmaßnahme könnte man ein Flüchtlingsgeld wohl nur stemmen, indem alle Brüsseler Zuschüsse an Mitgliedstaaten einheitlich um den Prozentanteil gekürzt werden, der benötigt wird, die neue Flüchtlingshilfe zu finanzieren. Für Staaten, die sowohl europäische Programmmittel im Durchschnitt erhalten wie sie MigrantInnen im Durchschnitt aufnehmen, änderte sich in der Summe nichts. Wegfallende Gelder könnten durch die Einsparung bisheriger Ausgaben für Flüchtlinge intern kompensiert werden. Und die anderen Länder müssten ihre ablehnende Flüchtlingspolitik eben überdenken.

Aber für eine langfristige und der großen Herausforderung gegenüber angemessenere Finanzierung muss das Budget der EU erhöht werden. Die Europäische Union stolz darauf, sich nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Wertegemeinschaft zu verstehen könnte hier eine echte Vorreiterrolle für eine weltweite Lösung einnehmen. Denn nach Brüssel wandern nicht nur Teile der Mehrwertsteuer, sondern auch die Zolleinnahmen an der Außengrenze. Die EU sollte deshalb auf alle Importe einen kleinen zusätzlichen Zollsatz erheben zum Beispiel mit einem Prozent und andere Länder in der Welt auffordern, ihrerseits das Gleiche zu tun.

### Globale Kostenübernahme

Die EU könnte diese neuen Einnahmen nutzen, um die Kosten der Flüchtlingshilfe zu decken, den Rest aber dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen überweisen. Europa mag zwar subjektiv das Gefühl haben, es sei das Hauptziel aller Migrationsbewegungen. Aber gemessen an seiner Bevölkerung ist das Engagement sehr gering, wenn man es mit der Situation etwa im Libanon, der Türkei oder in Jordanien vergleicht. Es bedarf einer erheblichen Aufstockung des UNHCR-Budgets, um diese Länder zu entlasten. Endziel wäre es, ein weltweites Recht auf Kostenübernahme für Flüchtlinge zu etablieren, finanziert durch eine angemessene Steuer auf grenzüberschreitenden Warenhandel und organisiert durch die Vereinten Nationen, zum Beispiel mit 2 Prozent. Was bedeutet das quantitativ? Die Importe der EU belaufen sich auf 1,8 Billionen Euro. Eine 2-Prozent-Steuer erbringt entsprechend 36 Milliarden Euro. Weltweit liegen die Importe bei über 11 Billionen Euro, und global zählt die UNHCR über 50 Millionen Menschen, die als Flüchtlinge zu charakterisieren sind, darunter 18 Millionen grenzüberschreitend.

Eine Steuer auf Importe wäre auch ökologisch angemessen. Der internationale Handel genießt das ökonomisch unsinnige Privileg, dass die Transportkosten niedrig sind, weil Schiffsdiesel und Kerosin nicht angemessen besteuert werden. Jede Klimarechnung weiß um die besonders schädlichen Wirkungen dieser Stoffe. Fangen wir doch damit an, mit einem Flüchtlingszoll die Globalisierung der Waren, die ihren Anteil haben an der Globalisierung der Menschen, in Regress zu nehmen. GERD GRÖZINGER

Europa mag das Gefühl haben, es sei das Hauptziel aller Migrationsbewegungen. Dafür ist das Engagement aber sehr gering

**Load-Date:** May 28, 2015

**Niedersachsen will Einwanderung regeln; Migration Das Land  
Niedersachsen will eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungs-gesetz  
starten. Darin sollen klare Regeln für die Arbeitsaufnahme in Deutschland  
stehen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 31. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26

**Length:** 297 words

**Highlight:** Migration Das Land Niedersachsen will eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungs-gesetz starten. Darin sollen klare Regeln für die Arbeitsaufnahme in Deutschland stehen

## **Body**

---

Das Land Niedersachsen will gemeinsam mit Rheinland-Pfalz eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungsgesetz starten. Wir brauchen in Deutschland ein modernes Einwanderungsrecht, sagte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Einwanderung müsse planbar und organisierbar sein. Dafür muss es ein System geben, das den Bedürfnissen unserer Gesellschaft entspricht.

In Deutschland gebe es in manchen Berufen zu wenig Bewerber, sagte der Ministerpräsident. Da ist es ein ausgesprochenes Anliegen unserer eigenen Gesellschaft, dass motivierte Menschen aus anderen Ländern bereit sind, diese Arbeit zu übernehmen. Dies könne auch eine Perspektive für Zugewanderte sein, die bereits in Deutschland lebten, aber nach dem Asylrecht nicht bleiben dürften.

Laut Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) sollten Einwanderern und Arbeitgebern klare Rahmenbedingungen gesetzt und das Einwanderungsrecht sollte verständlich und transparent geregelt werden. Bisher seien die Regelungen in vielen verschiedenen Paragraphen versteckt, teilweise sehr kompliziert und viel zu starr, sagte Pistorius.

In einem Gesetzesentwurf müsse unter anderem geklärt werden, welche beruflichen Qualifikationen ein Zuwanderer haben müsse, wie der Bedarf an Arbeitskräften in verschiedenen Berufsgruppen und Regionen definiert werde und wie der Familiennachzug zu regeln sei. Die SPD-Fraktion im Bundestag arbeite bereits an einem entsprechenden Gesetzesentwurf.

Viele Probleme mit dem Zuzug von Flüchtlingen hätte es gar nicht erst gegeben, wenn schon ein eingespieltes Einwanderungsrecht existiert hätte, betonte der Minister. Im vergangenen Jahr seien viele Menschen aussichtslos ins Asylsystem gezwungen worden, weil keine anderen legalen Möglichkeiten für sie bestanden, um nach Deutschland zu kommen. (epd)

Niedersachsen will Einwanderung regeln Migration Das Land Niedersachsen will eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungs-gesetz starten. Darin sollen klare....

**Load-Date:** August 30, 2016

---

End of Document

**Bereit für ein neues Leben; Asyl Sie flohen nach Deutschland, weil sie in  
Syrien zur Armee eingezogen werden sollten. Drei Männer, die nun ihre Zeit  
mit Warten verbringen denn die Mühlen der Asylbürokratie mahlen langsam**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 1111 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** Asyl Sie flohen nach Deutschland, weil sie in Syrien zur Armee eingezogen werden sollten. Drei Männer, die nun ihre Zeit mit Warten verbringen denn die Mühlen der Asylbürokratie mahlen langsam

## Body

---

von Susanne Memarnia

Manchmal fällt Nouralla Sharro in ein tiefes Loch. Zu verzweifelt und aussichtslos scheint dem Syrer seine Lage. Wozu aufstehen, wenn er nichts tun kann außer warten? Wozu weiter Deutsch büffeln, wozu sich abmühen, wenn das alles wohl nichts nützen wird?

Seit August 2015 lebt der 34-Jährige, der in seiner Heimatstadt Kamischli Französischlehrer war, in der Notunterkunft Colditzstraße in Tempelhof. Er führt die Journalistin in den vierten Stock des ehemaligen Bürogebäudes, wo er sich mit sechs weiteren Syrern ein 25-Quadratmeter-Zimmer teilt: Betten, Spinde und ein Kühlschrank reihen sich an den Wänden auf, in der Mitte steht ein Tisch mit vier Stühlen. Die anderen sind beim Integrationskurs, erklärt Sharro, während er Wasser für einen Schwarztee aufbrüht.

Bürokratie ist ein Problem

Auch er würde lieber heute als morgen damit anfangen, aber aus für ihn unerfindlichen Gründen wird er beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit Staatsangehörigkeit unbekannt geführt und nur Syrer, Iraker und Eriträer dürfen den Integrationskurs schon während des laufenden Asylverfahrens beginnen.

Er habe sich davon zunächst nicht entmutigen lassen, erzählt Sharro, habe einen der Deutschkurse an Volkshochschulen besucht, die in Berlin allen Asylbewerbern offenstehen. Allerdings gibt es dort nur das Anfängerniveau A1/A2 und darüber ist der ehrgeizige Lehrer, der zusätzlich noch Deutschkurse von Ehrenamtlichen besucht, längst hinaus. Es muss endlich etwas passieren, klagt der hagere Mann.

Bereit für ein neues Leben Asyl Sie flohen nach Deutschland, weil sie in Syrien zur Armee eingezogen werden sollten. Drei Männer, die nun ihre Zeit mit Warten v....

Doch die Mühlen der Asylbürokratie mahlen langsam. Zuerst musste Sharro sieben Monate auf seine Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) warten. Als er im März endlich seinen Termin hatte und seine Entscheiderin fragte, warum das so lange gedauert hat, habe sie gesagt: Sie haben eben kein Glück!

Dass es eine Frage des Glücks sein soll, wie schnell ein Asylantrag bearbeitet wird, kann Sharro nicht verstehen. Wieso haben andere, die später kamen als ich und teilweise nicht mal zum Deutschkurs gehen, schon ihren Aufenthalt bekommen? Auch diese Ungerechtigkeit nagt an ihm.

Dazu kommt die Angst: Wie wird das BAMF entscheiden, wenn es denn endlich mal entscheidet? Viele Syrer, die Sharro kennt, bekommen gemäß der neuen Politik zumeist nicht mehr volles Asyl, sondern nur noch subsidiären Schutz. Das aber heißt, nur noch ein Jahr Aufenthaltserlaubnis statt drei, und vor allem: drei Jahre lang keinen Familiennachzug. Für Sharro, der Frau und Kind in Syrien und den erst acht Monate alten Sohn noch nie gesehen hat, ist diese Aussicht unerträglich: Wenn meine Frau und mein Kind nicht nachkommen dürfen, gehe ich zurück.

Dasselbe sagt sein Freund Abdulahim Atta, der ebenfalls aus Kamischli kommt und dort vier Kinder und eine Frau hat. Auch er wartet seit März auf eine Entscheidung des BAMF. Ich bin nicht hierher gekommen, um zu essen und zu schlafen, sondern um meinen Kindern eine Zukunft zu geben. Wenn er das hier nicht kann, könne er nicht bleiben.

Atta, Sharro und ein dritter Freund, Joussef Alali, sind gemeinsam aus Kamischli geflohen im vorigen Sommer. Alle drei sollten zur Armee eingezogen werden. Bis vor Kurzem waren sie auch gemeinsam in der Tempelhofer Notunterkunft untergebracht, was gut war, so konnten sie sich gegenseitig Halt und Trost geben. Doch inzwischen haben Atta und Alali vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) Plätze in anderen Unterkünften zugewiesen bekommen, mit mehr Platz und vor allem: mit Kochmöglichkeit. Bei mir im Zimmer ist auch ein Bett frei, erzählt Atta. Sharro ergänzt: Aber als ich beim LAF sagte, ich würde gerne zu meinem Freund ziehen, hieß es, das geht nicht.

#### Ein neues Leben aufbauen

Kürzlich war er so deprimiert, dass er vier Tage lang nichts gegessen hat. Sein Freund Atta hat ihn aus Sorge ins Wenkebach-Klinikum gebracht: Ambulante Wiedervorstellung bei einem niedergelassenen Psychiater bei Verschlechterung der depressiven Symptomatik, notierten die Ärzte als Empfehlung. Atta hat daraufhin herumtelefoniert erfolglos. Die Wartelisten bei Psychiatern sind lang, sagt er.

Englischlehrer Atta wundert dies nicht, er kommt viel in Berliner Heimen herum: Seit sieben Monaten macht er eine einjährige Ausbildung zum psychosozialen Berater bei der Organisation Ipso (International Psychosocial Organisation) und hat in diesem Rahmen regelmäßig Sprechstunden in Unterkünften. Viele Flüchtlinge sind depressiv, erzählt er. Sie wollen nichts mehr essen, weinen viel. Manchmal kann ich einen Rat geben, manchmal nicht, aber oft hilft es ihnen schon, wenn ihnen einfach mal jemand zuhört. Und auch ihm selbst helfe die Arbeit: Es geht mir so viel besser, seit ich etwas Sinnvolles zu tun habe.

Endlich arbeiten, sich in Deutschland ein neues Leben aufbauen können: Auch Sharro und Alali wünschen sich nichts sehnlicher. Wir wollen uns doch integrieren. Warum lässt man uns nicht, fragt Alali. Wie sollen sie Arbeit finden, eine Wohnung, wenn sie voraussichtlich nur eine einjährige Aufenthaltserlaubnis bekommen werden? So nimmt uns doch niemand!

Neulich hat ihnen der ehrenamtliche Deutschlehrer die Hausaufgabe gestellt, Vorschläge zu entwickeln, was die Bundesregierung besser machen könnte. Sharro liest vor, was er aufgeschrieben hat: Wenn es klare Gesetze gibt, wäre es gut für die Regierung und die Flüchtlinge. Zum Beispiel sollten die Flüchtlinge, die Deutsch lernen, das Recht haben, einen Aufenthalt zu bekommen. Und die Flüchtlinge, die nicht Deutsch lernen wollen, sie haben kein Recht auf Aufenthalt. Der zweite Schritt ist, nachdem die Flüchtlinge gut Deutsch sprechen, sie müssen arbeiten.

Die anderen lachen: Ah, du bist also AfD? Nein, nicht AfD. Aber ich glaube, es ist besser für uns, wenn die Regierung streng ist.



Bereit für ein neues Leben Asyl Sie flohen nach Deutschland, weil sie in Syrien zur Armee eingezogen werden sollten. Drei Männer, die nun ihre Zeit mit Warten v....

Ich bin hierher gekommen, um meinen Kindern eine Zukunft zu geben

Das Warten nach der Flucht

Aktuell kommen täglich etwa 25 Flüchtlinge nach Berlin, die meisten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan.

Nicht alle, die hier ihren Erstaufnahmeantrag stellen, bleiben für die Dauer des Asylverfahrens in Berlin. Grundsätzlich nimmt die Hauptstadt fünf Prozent der in Deutschland Asylsuchenden auf, das waren 2015 etwa 40.000 von bundesweit insgesamt 800.000 Flüchtlingen.

Derzeit wohnen in Berlin zirka 22.000 Geflüchtete in Notunterkünften, davon 4.000 in Turnhallen, 1.300 in den Hangars des Tempelhofer Exflughafens.

Auch Geflüchtete, über deren Asylantrag noch nicht entschieden ist, dürfen sich Wohnungen suchen. Ihre Chancen bei Vermietern sind mangels sicherer Bleibeperspektive aber schlecht. Staatlich finanzierte Sprach- und Integrationskurse stehen nur anerkannten Geflüchteten zu. (akw)

**Load-Date:** November 1, 2016

**Doppelt schutzlos; Asyl II Flüchtlingskinder mit Behinderungen sind besonders schutzbedürftig. Doch Berlin erfasst weder sie noch ihre Bedürfnisse**

taz, die tageszeitung

Samstag 08. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 52

**Length:** 433 words

**Byline:** Alke Wierth

**Highlight:** Asyl II Flüchtlingskinder mit Behinderungen sind besonders schutzbedürftig. Doch Berlin erfasst weder sie noch ihre Bedürfnisse

## Body

---

Der Senat weiß nicht, wie viele Flüchtlingskinder mit Behinderungen in Berlin leben. Er weiß daher auch nicht, wie viel Personal benötigt wird, um die speziellen Bedürfnisse dieser Flüchtlingsgruppe zu decken. Das geht aus einer noch unveröffentlichten Antwort der Senatsverwaltung für Soziales auf eine Kleine Anfrage der kinder- und jugendpolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion, Marianne Burkert-Eulitz, hervor, die der taz vorliegt. Eine gesonderte statistische Erfassung dieser Personengruppe erfolgt nicht, heißt es darin. Aus diesem Grund ist auch keine Einschätzung über die erforderlichen Personalressourcen möglich.

Flüchtlinge mit Behinderungen gelten nach EU-Richtlinien wie schwangere, alleinerziehende oder traumatisierte Flüchtlinge, Alte und Minderjährige als besonders schutzbedürftig. Angehörige dieser Flüchtlingsgruppen sollten direkt bei der Aufnahme identifiziert werden, damit bei ihrer Unterbringung und Versorgung ihre speziellen Bedürfnisse berücksichtigt werden können.

Dass das in Berlin in Bezug auf behinderte Kinder in der Regel nicht geschieht, prangern Fachkräfte seit Langem an. So würden Flüchtlingsfamilien mit behinderten Kindern oft nicht barrierefrei untergebracht, auf die Bewilligung von Hilfsmitteln wie Rollstühlen oder nötige Therapien müssten sie teils -jahrelang warten, was den Gesundheitszustand der Kinder häufig verschlimmere, heißt es in einer Broschüre zu einem 2014 abgehaltenen Fachsymposium. Dessen TeilnehmerInnen forderten damals unter anderem eine besser geregelte Bedarfsfeststellung und schnellere Leistungsverfahren.

Seither sei jedoch nichts passiert, so Burkert-Eulitz. Und Besserung ist nicht in Sicht: Aus der Antwort auf ihre Anfrage geht auch hervor, dass die einzige auf diese Flüchtlingsgruppe spezialisierte Beratungsstelle in Berlin im September mangels Weiterfinanzierung schließen muss.

Doppelt schutzlos Asyl II Flüchtlingskinder mit Behinderungen sind besonders schutzbedürftig. Doch Berlin erfasst weder sie noch ihre Bedürfnisse

Der Senat sieht dennoch offenbar keinen Handlungsbedarf. Schließlich stünden alle Beratungsstellen der öffentlichen und freien Jugendhilfe auch Flüchtlingsfamilien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung offen. So-zial-staatssekretär Dirk Gerstele verweist in seiner Antwort etwa ausdrücklich auf den Fachdienst Migration und Behinderung der Arbeiterwohlfahrt, der auch Kulturabende veranstalte.

Für Burkert-Eulitz ist die Haltung des Senats ein Skandal : Die Situation behinderter Kinder ist in Berlin sowieso nicht so toll. Aber was sich in Sachen behinderter Flüchtlingskinder abspielt, ist teilweise dramatisch , so die Abgeordnete: Da muss etwas passieren. Alke Wierth

Der Senat sieht offenbar keinen Handlungsbedarf

**Load-Date:** August 7, 2015

---

End of Document

**Der europäische Monolog; Gipfel Europa und Afrika wollen auf ihrem Valletta-Gipfel gemeinsam die Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer eindämmen. Kritiker befürchten mehr Zusammenarbeit der EU mit repressiven Regimen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 11. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 5

**Length:** 765 words

**Byline:** Francois Misser

**Highlight:** Gipfel Europa und Afrika wollen auf ihrem Valletta-Gipfel gemeinsam die **Flüchtlingsbewegungen** über das Mittelmeer eindämmen. Kritiker befürchten mehr Zusammenarbeit der EU mit repressiven Regimen

## Body

---

Aus Brüssel Francois Misser

Wenn europäische und afrikanische Regierungen miteinander über Flucht und **Migration** reden, lautet das Thema: Kampf gegen Fluchtursachen durch Stabilität, Arbeitsplätze, Bildung und Kleinkredite, mehr Investitionen und billigere Geldüberweisungen.

All dies steht auch im Aktionsplan der EU, den 63 Staats- und Regierungschefs aus Europa und Afrika bei ihrem zweitägigen Gipfel in Maltas Hauptstadt Valletta ab Mittwoch verabschieden wollen. Studentenaustausch, mehr Rettungsoperationen im Mittelmeer und mehr Hilfe für afrikanische Aufnahmelande von **Flüchtlingen** kommen ebenfalls vor. Aber das eigentliche Thema ist die illegale **Migration** und der Kampf gegen Schleuser, die Afrikaner nach Europa bringen. Europa möchte diese Aktivität als organisierte Kriminalität definiert sehen und die entsprechende UN-Konvention in den Gesetzgebungen afrikanischer Länder verankert sehen.

Der Aktionsplan von Valletta sieht einen besseren Informationsaustausch auf Interpol-Ebene über Menschensmuggel vor, außerdem polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern von **Flüchtlingen**. Das betrifft die Überwachung von Telekommunikation und Seewegen oder auch die Feststellung der Nationalität von **Flüchtlingen**, die unterwegs ihre Papiere vernichtet haben. Anfang 2016 sollen dafür afrikanische Grenzpolizisten in zehn EU-Länder eingeladen werden. Geplant ist auch ein Informationszentrum in Agadez, Niger. Dort soll **Migranten** geholfen werden, wieder in ihr Heimatland zurückzukehren.

Die wichtigste Geldquelle dafür ist ein Topf von 1,8 Milliarden Euro aus dem europäischen Entwicklungsfonds, den EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im September vor dem EU-Parlament vorstellte. Je 750 Millionen Euro sind für die Sahelstaaten und die Länder am Horn von Afrika vorgesehen, 300 Millionen für Nordafrika.

Der europäische Monolog Gipfel Europa und Afrika wollen auf ihrem Valletta-Gipfel gemeinsam die Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer eindämmen. Kritiker be....

Das konkrete Vorgehen erprobte die EU im Oktober bei einer Somalia-Geberkonferenz. Somalias Premierminister Omar Abdirashid Ali Sharmake flog mit Zusagen von 105 Millionen Dollar nach Hause. Das Geld fließt aber nicht an die Regierung, sondern in Ausbildungs- und Arbeitsplätze für 10.000 Rückkehrer aus den gigantischen somalischen Flüchtlingslagern von Dadaab, Kenia. Wenn dieses Pilotprojekt Erfolg hat, könnte es auch für somalische Rückkehrer aus Europa angewandt werden. Somalia ist allerdings noch Bürgerkriegsland, kaum jemand kehrt dahin zurück, erkannte auch die Geberkonferenz.

Das Grundproblem des Valletta-Aktionsplan besteht darin, dass er die Prioritäten Europas widerspiegelt, nicht die Prioritäten Afrikas. Wir hören von der EU einen Monolog, mit dem sie bloß ihre eigene Agenda durchsetzen will, klagte ein hochrangiger afrikanischer Teilnehmer beim letzten Vorbereitungs-treffen zum Valletta-Gipfel in Ägypten.

Immer noch gehen die Regierungen von Österreich, Polen und Litauen davon aus, dass die afrikanischen Staaten mehr EU-Entwicklungshilfe bekommen, die ihre illegalen Auswanderer zurücknehmen. Dies führt dazu, dass die skrupellosesten afrikanischen Diktatoren Europas pflegeleichteste Partner sind. Eritreas Diktator Isaias Afeworki gehöre nach Den Haag, nicht nach Valletta, sagt die italienische Grünen-Abgeordnete Barbara Spinelli. Kooperation mit Diktatoren wie in Eritrea oder Sudan, sagt Kloé Tricot von der britischen Organisation Saferworld, sei kein probates Mittel zur Eindämmung von Flucht.

Ein weiteres praktisches Problem betrifft die uneinheitliche Regelung: Definitionen von Flüchtlingsstatus gibt es so viele wie EU-Länder.

#### Afrikas Flüchtlinge

Heute startet der EU-Afrika-Gipfel auf Malta. Hauptthema: Migration. Die Außenministerin von Ruanda ist hoffnungsvoll

#### "Sichere Herkunftsländer"

Regelung: Seit 1999 versucht die EU, eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer zu erstellen, die es bis heute nicht gibt. Nur 12 der 28 EU-Mitglieder haben überhaupt solche Listen, jedes eine andere.

Beispiele: Ghana ist für Bulgarien, Deutschland, Frankreich und Malta ein sicheres Herkunftsland, laut Großbritannien und Luxemburg ist es das nur für Männer, alle anderen Länder definieren es als unsicher. Senegal ist sicher nach Ansicht von Deutschland, Frankreich und Luxemburg, für die anderen nicht. Südafrika wird nur von Großbritannien, Irland und der Slowakei als sicher eingestuft. Auf der britischen Liste stehen auch Länder mit islamistischen Terrorbewegungen wie Kenia und Mali. Äthiopien und Algerien gelten nur in Bulgarien als sicher, die Seychellen nur in Malta.

Frauen: Aus Gambia, Ghana, Liberia, Malawi, Mauritius und Sierra Leone können in Groß-britannien nur Frauen Asyl erhalten. (f.m)

**Load-Date:** November 10, 2015

## Asyl gegen Information; Geheimdienste Noch immer nutzen deutsche Sicherheitsbehörden Flüchtlinge als Quelle

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 538 words

**Byline:** Hannah Weiner

**Highlight:** Geheimdienste Noch immer nutzen deutsche Sicherheitsbehörden Flüchtlinge als Quelle

### Body

---

berlin taz | Im Tausch für Informationen bekommen Geflüchtete in Deutschland Asyl. Bereits in Erstaufnahmeeinrichtungen werden sie von Sicherheitsbehörden kontaktiert, die sich davon Wissen über die Herkunftsländer versprechen. Diese Praxis, die federführend vom Bundesnachrichtendienst (BND) betrieben wird, galt seit 2013 als abgeschafft. Eine Antwort der Bundesregierung auf Anfragen der Linkspartei und Recherchen der Zeit sowie von Zeit Online offenbaren aber, dass noch immer Asylsuchende als Informanten rekrutiert werden.

Die Bundesregierung bestätigt zudem, dass die Flüchtlinge, die mit Geheimdiensten und Polizeibehörden kooperierten, im Gegenzug Asyl bekamen. Fast 1.000 dieser Interventionsfälle gab es in den vergangenen 15 Jahren. Bis 2013 lief die Rekrutierung über die Hauptstelle für Befragungswesen (HBW), einer Dienststelle des BND. Das Ziel war, die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland zu wahren, erklärte die Bundesregierung 2013 in einer Fragestunde zum Thema. Es sei das legitime Recht eines jeden souveränen Staats, Personen sicherheitlich zu befragen, die in diesem Land einen Aufenthalt begehren, heißt es weiter.

Bis 2013 fanden pro Jahr 500 bis 800 Vorgespräche mit Flüchtlingen statt, 200 bis 300 Personen wurden anschließend intensiver befragt. Nach aktuellstem Stand war nicht nur der BND damit befasst, sondern auch BKA, Bundespolizei, Zoll und Verfassungsschutz.

Wenn Geflüchtete für sie interessante Informationen liefern konnten oder als Quellen angeworben wurden, baten die Sicherheitsbehörden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) darum, ihnen Asyl zu gewähren. Von 2000 bis 2013 sind dem Flüchtlingsamt 850 Fälle gemeldet worden, in denen es zuvor nachrichtendienstlichen Kontakt mit dem BND und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gegeben hatte. Fast allen Informanten gewährte das Bamf daraufhin Asyl.

Im Jahr 2014 wurde die HBW aufgelöst. Damit hätte auch die umstrittene Rekrutierung von Flüchtlingen als Informanten ein Ende haben können. Seitdem habe es keine verdeckten Befragungen in Erstaufnahmeeinrichtungen mehr gegeben, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Durch das BfV gebe es nur in Einzelfällen anlassbezogene Kontaktaufnahmen mit Asylsuchenden. Dazu gibt es jedoch keine Statistiken.

## Asyl gegen Information Geheimdienste Noch immer nutzen deutsche Sicherheitsbehörden Flüchtlinge als Quelle

Eine Zahl ist allerdings bekannt. Sie belegt, dass noch immer Informanten rekrutiert werden. 2014 und 2015 wurden dem Bamf neun Personen gemeldet, mit denen es zuvor nachrichtendienstlichen Kontakt gab. Sie alle kamen aus dem Nahen oder Mittleren Osten.

Es ist fragwürdig, wenn Geflüchtete in einer Zwangssituation noch in der Erstaufnahmeeinrichtung Besuch vom Geheimdienst bekommen, kritisiert die Linkspartei-Abgeordnete Martina Renner. Die Asylsuchenden würden unter Druck gesetzt, wenn sie suggeriert bekämen, dass Kooperation zu einem sicheren Aufenthaltsstatus führt. Zudem sieht sie die sehr intransparente Rekrutierung von Informanten durch Behörden auf Landesebene problematisch. Ein einziger Polizist kann darüber entscheiden, ob ein Flüchtling zum Interventionsfall wird oder nicht. Das konterkariere die Schutzpflicht des Landes. HANNAH WEINER

Im Jahr 2014 und 2015 gab es Geheimdienstkontakte mit neun Flüchtlingen

**Load-Date:** April 11, 2016

---

End of Document

## **Der Kapitalismus ist keine Torte; Ulrike Herrmann über die Kosten durch Flüchtlinge**

taz, die tageszeitung

Freitag 21. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 321 words

**Byline:** Ulrike Herrmann

### **Body**

---

Ulrike Herrmann über die Kosten durch **Flüchtlinge**

Kann sich Deutschland die vielen **Flüchtlinge** leisten? Diese beliebte Sorge erhält jetzt neue Nahrung: Etwa zehn Milliarden Euro wird Deutschland in diesem Jahr für **Asylbewerber** aufbringen müssen.

Doch so eigenartig es klingen mag: Eigentlich wäre es kein Problem, diese Milliarden zu mobilisieren. Das zeigt die deutsche Wiedervereinigung, die unendlich viel teurer war. Seit 1990 wurden rund zwei Billionen Euro in den deutschen Osten gepumpt. Pleite ist Deutschland trotzdem nicht. Stattdessen liegt die Staatsverschuldung hierzulande sogar niedriger als in Frankreich oder Großbritannien, die keine Wiedervereinigung zu stemmen hatten.

Es führt in die Irre, immer nur auf die Ausgaben zu starren – denn sie sind auch Einnahmen. Bauunternehmer verdienen, weil sie Flüchtlingsheime errichten. Caterer machen gute Geschäfte, wenn sie Asylantenunterkünfte beliefern. Für die Flüchtlinge gilt, was auch bei der Wiedervereinigung zu beobachten war: Die staatlichen Kosten wirken wie ein Konjunkturprogramm.

Viele Menschen stellen sich die Wirtschaft wie eine Torte vor. Nach dem Motto: Es kann nur verteilt werden, was vorhanden ist. Doch der moderne Kapitalismus funktioniert eher wie ein menschlicher Magen. Er dehnt sich einfach, wenn mehr hineingestopft wird. Mit der Zahl der Konsumenten und Arbeitnehmer steigt auch der Umfang der produzierten Güter. Fertig ist das Wachstum.

In Deutschland haben 16 Millionen Bürger einen Migrationshintergrund. Kosten sind nicht entstanden, im Gegenteil. Die Bertelsmann-Stiftung hat eine Studie veröffentlicht, die sich nur mit den Einwohnern mit Ausländerstatus befasste: Pro Kopf und Jahr zahlen sie 3.300 Euro mehr an Steuern und Sozialbeiträgen, als sie selbst vom Staat erhalten.

Für Panik gibt es also keinen Grund. Stattdessen sollten die Flüchtlinge so schnell wie möglich integriert werden. Das lohnt sich. Für alle.



Der Kapitalismus ist keine Torte Ulrike Herrmann über die Kosten durch Flüchtlinge

Aktuelles SEITE 2

**Load-Date:** August 20, 2015

---

End of Document

## **SPD auf die Pelle gerückt; Asyl Die Gesetze sollen verschärft werden. Es regt sich Protest**

taz, die tageszeitung

Freitag 26. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 335 words

**Byline:** Peter Nowak

**Highlight:** Asyl Die Gesetze sollen verschärft werden. Es regt sich Protest

### **Body**

---

In den nächsten Tagen wollen antirassistische Gruppen ihre Proteste gegen die Verschärfung der Asylgesetze intensivieren. Denn am 2. Juli ist die zweite und dritte Lesung des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung im Bundestag geplant. Die Gesetzesvorlage sieht eine erhebliche Ausweitung der Abschiebehaft vor.

AktivistInnen aus Flüchtlings- und Antirassismus-Gruppen, die sich im Bündnis Asylrechtsverschärfung stoppen zusammengeschlossen haben, wollen in den nächsten Tagen den Protest gegen die Gesetzesverschärfung auf die Straße und vor die Bundeszentrale der Regierungsparteien tragen. Ihr Motto Wer nicht ertrinkt, wird eingesperrt war schon in den letzten Wochen bei antirassistischen Protesten zu lesen. Damit wollen die KritikerInnen der Gesetzesverschärfung an der Empörung anknüpfen, die das massenhafte Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer in Teilen der Gesellschaft in Deutschland ausgelöst hat.

Am heutigen Freitag findet in der Technischen Universität Berlin der bundesweite Jugendkongress Flucht, Migration, Vertreibung statt. Dort sollen Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft diskutiert werden, erklärte ein Mitglied der Vorbereitungsgruppe gegenüber der taz.

An Willy Brandt erinnert

Im Vorfeld der Abstimmung im Bundestag planen die AntirassistInnen eine Mahnwache vor der SPD-Bundeszentrale. Mit dem Motto Wir hätten Willy abgeschoben wollen sie an die Biografie des Namensgebers des Gebäudes erinnern. Brandt musste als junger Sozialist während des NS-Regimes Deutschland verlassen und fand Asyl in Schweden.

Auch am 2. Juli sind Proteste in der Nähe des Bundestags geplant. Doch eine Wiederholung des 26. Mai 1993 erwartet niemand an diesen Tag blockierten Tausende AntirassistInnen aus der ganzen Republik stundenlang die Zugänge zum Bonner Parlament und sorgten für massive Staus. So konnte damals erst mit stundenlanger

SPD auf die Pelle gerückt Asyl Die Gesetze sollen verschärft werden. Es regt sich Protest

Verzögerung die massive Verschärfung des Asylrechts durch CDU/CSU, SPD und FDP beschlossen werden. Peter Nowak

**Load-Date:** June 25, 2015

---

End of Document

**Spontane Flucht nach vorn; Asyl Wegen der Ungarnkrise erwartet Senat erneut steigende Flüchtlingszahlen. Regierender Müller sagt, Standards bei Unterbringung seien nicht mehr zu halten**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 477 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** Asyl Wegen der Ungarnkrise erwartet Senat erneut steigende Flüchtlingszahlen. Regierender Müller sagt, Standards bei Unterbringung seien nicht mehr zu halten

## Body

---

von Susanne Memarnia

Berlin bekommt nun doch eine Zeltstadt für Flüchtlinge. In der Spandauer Knobelsdorf-Kaserne würden binnen 48 Stunden Zelte für rund 600 Menschen aufgestellt, erklärte So-zialsenator Mario Czaja (CDU) am Mittwochnachmittag auf einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz. Im selben Zeitraum könnten zudem 1.000 Plätze in drei weiteren Objekten zur Verfügung gestellt werden. Außerdem werde geprüft, ob man in zwei Hangars des ehemaligen Flughafengebäudes Tempelhof kurzfristig eine Not-aufnahme mit 1.500 Plätzen einrichten könne.

Das Gebäude sei zwar nicht ideal, ergänzte der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD), aber angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise werden wir auch über Standards reden. Die Frage ist, Zelt oder gar kein Dach überm Kopf. Auch eine temporäre Unterbringung im ICC werde geprüft.

Hintergrund dieser zwar erwartbaren, in ihrer Eile aber doch überraschenden Entscheidungen ist offenbar die Lage in Budapest. Berlin müsse sich in den kommenden Tagen auf deutlich mehr Flüchtlinge einstellen, so Müller. Aktuell seien 14.000 Menschen in Zügen auf der Route Budapest Wien München unterwegs, weitere Züge sind zu erwarten über unterschiedliche Routen, etwa über Prag und Dresden nach Berlin. Allerdings gebe es derzeit keine konkreten Informationen, wann mit Flüchtlingszügen oder auch Bussen zu rechnen sei.

Klar sei jedoch: Wir werden die Situation haben, dass jenseits der ohnehin schon steigenden Flüchtlingszahlen weitere neue Flüchtlingsgruppen hinzukommen, so Müller. Berlin habe im August 5.300 Flüchtlinge aufgenommen, am Dienstag seien es 400 gewesen. So-zialsenator Czaja wies darauf hin, dass von den in München ankommenden Flüchtlingen Berlin nach dem bundesweiten Verteilschlüssel etwa 5 Prozent übernehmen muss.

Spontane Flucht nach vorn Asyl Wegen der Ungarnkrise erwartet Senat erneut steigende Flüchtlingszahlen.  
Regierender Müller sagt, Standards bei Unterbringung sei....

Um das mit der Registrierung und Erstaufnahme von Asylbewerbern völlig überforderte Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in der Moabiter Turmstraße zu entlasten, verkündete Czaja die sofortige Beschlagnahme des ehemaligen Sparkassengebäudes in der Bundesallee 171 in Wilmersdorf. Das Haus sei für die Erstaufnahme von Flüchtlingen sehr gut geeignet, so Czaja, weil es große Wartebereiche habe und zudem Tresore, die man für Bargeldauszahlungen benötige. Ziel sei, ergänzte Müller, mit der Arbeit dort in der kommenden Woche zu beginnen.

Innensenator Frank Henkel (CDU) betonte, die Eskalation der Flüchtlingssituation sei besorgniserregend. Er sprach sich dafür aus, dass vor allem Menschen aus dem Westbalkan in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) schnell zurückgeführt werden. In Berlin mache diese Flüchtlingsgruppe rund 40 Prozent der Asylsuchenden aus. Henkel forderte zudem eine europäische Regelung. Er schlug einen Verteilungsschlüssel innerhalb der EU-Staaten vor.

Die Frage ist, Zelt oder gar kein Dach überm Kopf

**Load-Date:** September 2, 2015

---

End of Document

## Auf der Flucht nach Europa; ABSCHOTTUNG Die Zahl der Menschen, die in Deutschland ankommen, sinkt. Die Zahl der MigrantInnen, die im Mittelmeer ertrinken, steigt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 264 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** ABSCHOTTUNG Die Zahl der Menschen, die in Deutschland ankommen, sinkt. Die Zahl der MigrantInnen, die im Mittelmeer ertrinken, steigt

### Body

---

Berlin taz | Die Zahl der nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge hat im Mai einen neuen Tiefstand erreicht. Gleichzeitig ertranken in dieser Zeit so viele Menschen im Mittelmeer wie noch nie.

Bundesweit kamen nach Angaben der Bundespolizei im vergangenen Monat 4.470 Flüchtlinge über die Grenze. Vor der Schließung der Balkanroute im Februar waren noch 38.570 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen.

Gleichzeitig gab die Internationale Organisation für Migration in Genf bekannt, dass in den vergangenen acht Tagen bei fünf Schiffsunglücken zwischen Libyen und Italien etwa 1.000 Menschen ertrunken sind. Damit stieg die Zahl der Toten im Mittelmeer zwischen Januar und Mai auf fast 3.000 – der höchste bislang verzeichnete Wert. Anders als in der Zeit zuvor wurden nun wieder Flüchtlinge aus Syrien und Irak auf den Schiffen in Richtung Italien registriert.

Nach der Schließung der Balkanroute ist das Land zum Haupttor für MigrantInnen nach Europa geworden. Nach UN-Zahlen kamen zwischen dem 19. und 26. Mai fast 5.700 Menschen nach Italien, Griechenland erreichten in der selben Zeit weniger als 300. Die meisten brechen von Libyen auf. Dort warten nach Schätzungen der UN bis zu 200.000 Menschen auf die Überfahrt nach Europa.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner hat derweil einen Abschiebepflicht von Bund und Ländern und einen nationalen Abschiebeplan gefordert. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, den Abschiebevollzug in Bundeshand zu geben.

Der Tag SEITE 2

Nach der Schließung der Balkanroute ist Italien wieder zum Haupttor für MigrantInnen nach Europa geworden

Auf der Flucht nach Europa ABSCHOTTUNG Die Zahl der Menschen, die in Deutschland ankommen, sinkt.  
Die Zahl der MigrantInnen, die im Mittelmeer ertrinken, steigt

**Load-Date:** June 1, 2016

---

End of Document

## **Merkels schockierende Wende; Kommentar von Eric Bonse über den schmutzigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 09. März 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 405 words

**Byline:** Eric Bonse

### **Body**

---

Kommentar von Eric Bonse über den schmutzigen **Flüchtlingsdeal** mit der Türkei

Die Windungen und Wendungen der EU-**Flüchtlingspolitik** sind atemberaubend. Beim Türkei-Gipfel in Brüssel hat Kanzlerin Angela Merkel die Europäer nun zu einem besonders gewagten Manöver verführt. Plötzlich soll nicht nur die Balkanroute für **Flüchtlinge** geschlossen werden, wie es die Hardliner fordern; nein, ganz Europa wird zur krisenfreien Zone erklärt. Die Landtagswahlen fest im Blick, hat Merkel eine schockierende Wende vollzogen.

Wenn ihr neuer Plan umgesetzt wird, dann wird die EU ihre Asylpolitik in die Türkei auslagern. Für jeden illegalen Migranten, den Griechenland zurückschickt, soll ein legaler aus der Türkei nach Europa kommen. Das klingt gut, ist aber fatal. Das sogenannte Eins-zu-eins-Prinzip bedeutet nämlich einen Bruch mit dem Asylrecht. Bisher war es ein Individualrecht, nun soll es mit Massenabschiebungen ausgehebelt werden. Das ist juristisch fragwürdig, moralisch ist es unerträglich.

Völlig zu Recht warnen Pro Asyl und das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR denn auch vor diesem schmutzigen Deal. Er wäre nicht nötig gewesen, wenn sich die EU an ihre eigenen Pläne gehalten und nur offensichtlich unberechtigte Asylbewerber in die Türkei zurückgeschickt hätte. Doch das passte Merkels Schlüsselpartner Ahmet Davuto lu nicht in den Kram. Er wollte den ganz großen Deal und scheint ihn auch zu bekommen. Neben neuen Milliardenhilfen verspricht die EU die Streichung der Visumpflicht für Türken und Beitrittsgespräche im Sauseschritt. Und das kurz nach dem Coup gegen die Pressefreiheit!

Es ist völlig unverständlich, wieso sich Merkel auf diese abenteuerlichen Forderungen eingelassen hat. Damit bringt sie nicht nur CDU und CSU in Erklärungszwang, die bisher strikt gegen einen EU-Beitritt der Türkei waren: Sie drängt ganz Europa auf die schiefe Ebene.

Zwar wurden Beschlüsse vertagt, sie sollen erst beim nächsten EU-Gipfel in einer Woche fallen. Doch die Europäer haben sich unter Führung Deutschlands von der Türkei abhängig gemacht. Die EU ist schwach und erpressbar geworden. Aber vielleicht besinnen sich die EU-Granden ja eines Besseren. Noch lässt sich der Deal korrigieren.



## Merkels schockierende Wende Kommentar von Eric Bonse über den schmutzigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei

Italien hat schon aufgemuckt. Auch Frankreich und die Benelux-Staaten sollten den Mut haben, den Salto mortale zu stoppen und den drohenden Ausverkauf zu verhindern.

Die EU hat sich unter Führung Deutschlands von der Türkei abhängig gemacht

**Load-Date:** March 8, 2016

---

End of Document

## HelferInnen machen Druck auf Czaja; FLÜCHTLINGE II Bei einer Kundgebung beklagen engagierte BürgerInnen das Versagen des Staates

taz, die tageszeitung

Donnerstag 27. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 21

**Length:** 597 words

**Byline:** Susanne Memarnia

**Highlight:** FLÜCHTLINGE II Bei einer Kundgebung beklagen engagierte BürgerInnen das Versagen des Staates

### Body

---

Mehr Unterstützung für Flüchtlinge und Helfer sowie ein klares Bekenntnis gegen rechte Gewalt: Auf diesen Nenner lassen sich die Forderungen von rund 300 DemonstrantInnen bringen, die am Mittwochmittag vor dem Amtssitz von Sozialsenator Mario Czaja (CDU) demonstrierten. Die große Gefahr kommt von rechts, nicht von geflüchteten Familien, sagte Mareike Wenzel von der Initiative Moabit hilft unter großem Applaus. Auch der Moderator der Kundgebung, Ralph Ehrlich von der Aidshilfe, kam auf die jüngsten Anschläge gegen Flüchtlinge und Heime zu sprechen: Dem Hass und der Brandstiftung setzen wir Liebe und Verantwortung entgegen.

Mit mir meinte Ehrlich die zahlreichen Freiwilligen, die seit Wochen neu ankommende Flüchtlinge auf dem völlig überfüllten Gelände der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Moabit sowie in den neu eingerichteten Notunterkünften betreuen. Sie bildeten, abgesehen von einigen Politikern der Linken, Grünen und SPD, offenkundig einen beträchtlichen Teil der DemonstrantInnen. Dass der Staat in Berlin in Gestalt des für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständigen Sozialsenators in der aktuellen Flüchtlingskrise versagt, darüber herrschte Einigkeit. Wer überfordert ist, darf zurücktreten, Herr Czaja!, lautete ein viel beklatschtes Transparent.

#### Entsetzt über Zustände

Ich bin ehrlich erzürnt, dass wir Bürger so viel machen und die Politiker zu Hause sitzen, sagte Julia Krauskopf, eine junge Krankenschwester, am Rande der Veranstaltung der taz. Sie habe vor einigen Tagen beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Moabit ausgeholfen und sei entsetzt über die Zustände dort. Die Menschen hätten ihr Wasser und Lebensmittel förmlich aus den Händen gerissen. Ich dachte nicht, dass es so etwas in Berlin gibt. Auch Hakan Demir, stellvertretender Landesvorsitzender der AG Migration der SPD, erzählte, er habe vor Kurzem zehn Stunden beim Lageso ausgeholfen. Der Staat versagt, ja, aber die Zivilgesellschaft ist da, wenn man sie braucht, lobte der Politiker die HelferInnen.

Auf Rednerseite berichtete Özgür Özata von Wilmersdorf hilft von der Unterstützung vieler BürgerInnen für die rund 500 Flüchtlinge, die seit Kurzem im ehemaligen Rathaus Wil-mers-dorf untergebracht sind. Jeden Tag kämen

## HelferInnen machen Druck auf Czaja FLÜCHTLINGE II Bei einer Kundgebung beklagen engagierte BürgerInnen das Versagen des Staates

Dutzende Helfer, sortierten und verteilten Spenden: Aber wir kommen an unsere Grenze. Wir brauchen mehr Hilfe, Herr Czaja!

Wenzel von Moabit hilft schilderte sichtlich bewegt die chaotischen Zustände in der Moabiter Turmstraße, wo Flüchtlinge orientierungslos herumliefen, weil sie von niemandem Informationen bekämen, und weiterhin Hostelgutscheine verteilt würden, mit denen man kein Obdach finde. Ihrer Wut auf die Trägheit von Politik und Verwaltung, die nur sehr verzögert auf die Missstände reagieren, machte sie mit einem lauten Schrei ins Mikrofon Luft.

Wütend war auch Jouanna Hassoun. Die Projektleiterin des Zentrums für Migranten, Lesben und Schwule des Lesben- und Schwulenverbands organisiert für Moabit hilft die medizinische Erstversorgung in der Turmstraße. Seit drei Wochen warten wir auf institutionelle Hilfe und einen richtigen Medi-Point, beschwerte sie sich stattdessen würden den freiwilligen Ärzten ständig Steine in den Weg gelegt.

Zudem bereite ihr Sorge, dass unter den obdachlos im Park nächtigenden Flüchtlingen auch Schwule und Transleute seien, es habe bereits einige Missbrauchsfälle gegeben. Auch hier muss sich der Staat endlich kümmern, forderte Hassoun. Wieder großer Applaus. Zum Schluss ein Wutschrei aus 300 Kehlen. Ob Czaja den gehört hat? Angeblich war er nicht im Haus. SuM

**Load-Date:** August 26, 2015

## Im Zwischenreich; Barbara Dribbusch über subsidiären Flüchtlingsschutz

taz, die tageszeitung

Montag 22. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

**Length:** 345 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

### Body

---

Barbara Dribbusch über subsidiären **Flüchtlingsschutz**

Manche **Flüchtlinge** sind durch Gewalt in ihrem Herkunftsland traumatisiert, manche erleben das Trauma erst durch die Erlebnisse auf der Flucht, und einige machen die existenziell bedrohlichsten Erfahrungen im deutschen **Asylsystem**. Jüngstes Beispiel ist der subsidiäre Schutz, der Syrern immer öfter statt des höherwertigen **Flüchtlingsschutzes** nach der Genfer Konvention zugesprochen wird. Im Januar endeten weniger als 1 Prozent der Entscheidungen über einen **Asylantrag** eines Syrers mit Gewährung des sogenannten subsidiären Schutzes, im Juli war es schon mehr als die Hälfte. Wer nur subsidiären Schutz bekommt, erhält erst mal nur für ein Jahr eine Aufenthaltserlaubnis und kann in den nächsten zwei Jahren weder Ehepartner noch Kinder nachholen.

Vor dem Hintergrund dieser Verschlechterung lässt die jüngste Aussage von Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration, aufhorchen. Er betonte, wer in Deutschland eine Arbeit finde, der solle auf jeden Fall bleiben dürfen, auch mit befristetem Aufenthaltsrecht. Der Integrationsdruck auf Flüchtlinge steigt also, interessanterweise zeitgleich mit der Erkenntnis, dass die Integration in den Jobmarkt für Neuankömmlinge, die aus einem völlig anderen Wirtschafts-, Bildungs- und Sprachsystem kommen, viel schwieriger als gedacht ist. Die öffentlich finanzierten Deutschkurse reichen in der Regel nicht aus, um anschließend eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung beginnen zu können.

Deutschland ist nicht so sicher, wie man es den syrischen Flüchtlingen am Anfang vermittelte. Die Leute sollen viel Lebenszeit und Kraft in Deutsch- und sonstige Kurse investieren, ohne die Sicherheit zu haben, dass sie sich und ihrer Familie am Ende eine tragfähige Existenz in Deutschland aufbauen können. Um diese Ungewissheit aushalten zu können, ohne depressiv zu werden, muss man verdrängen können. Eigentlich ist es zu viel verlangt.

Inland 5 SEITE

Wer subsidiären Schutz bekommt, erhält erst mal nur für ein Jahr eine Aufenthaltserlaubnis

**Load-Date:** August 21, 2016

---

End of Document

**Angst vor der Abschiebung; SUIZIDVERSUCH Ein Asylbewerber aus dem Landkreis Emsland hat sich auf offener Straße mit Benzin übergossen und selbst angezündet. Am Montag sollte er abgeschoben werden**

taz, die tageszeitung

Dienstag 21. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 22

**Length:** 418 words

**Byline:** ANDREA SCHARPEN

**Highlight:** SUIZIDVERSUCH Ein Asylbewerber aus dem Landkreis Emsland hat sich auf offener Straße mit Benzin übergossen und selbst angezündet. Am Montag sollte er abgeschoben werden

## Body

---

VON ANDREA SCHARPEN

Ein Asylbewerber aus dem Landkreis Emsland hat sich am Samstagabend vor dem Parkplatz eines Supermarktes in Lingen selbst angezündet. Er sollte am Montag abgeschoben werden. Lokale Flüchtlingsorganisationen kritisieren den hohen psychischen Druck, der auf Flüchtlingen im Asylverfahren lastet.

Laut Polizei übergoss der 36-jährige Marokkaner seine Hosenbeine mit Benzin und rief dann mit seinem Handy den Notruf und kündigte seinen Suizid an. Dann habe sich der Mann mit einem Feuerzeug angezündet. Passanten rissen den Mann zu Boden und versuchten, das Feuer zu löschen. Erst die herbeigerufenen Polizisten erstickten die Flammen jedoch mit einem Feuerlöscher. Der Asylbewerber wurde mit einem Rettungshubschrauber in eine Spezialklinik in Gelsenkirchen geflogen, schwebt laut einem Polizeisprecher aber noch immer in Lebensgefahr. Rund 25 Prozent seiner Haut seien verbrannt.

In seinem Zimmer in einer Flüchtlingswohnung in Geeste fanden die Beamten einen handgeschriebenen Zettel. Der Marokkaner kündigte darin auf deutsch sein Vorhaben an. Es steht aber nichts über das Motiv darin, sagte der Sprecher.

Der Marokkaner lebte seit September 2014 in Deutschland und sollte nun in sein EU-Erstaufnahmeland Bulgarien überwiesen werden. Ob ihm die Abschiebung droht, falls er wieder gesund wird, wollte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am Montag nicht sagen.

Rund 50 Menschen versammelten sich am Sonntag spontan in Lingen, um ihre Solidarität zu zeigen. Schon das Wort Abschiebung löst bei Flüchtlingen ein Angstgefühl aus, sagt Martin Evers vom antirassistischen Bündnis Grenzenlos. Das Asylverfahren bedeute eine ständige psychische Belastung. Für Markus Riegelt von der Initiative

Angst vor der Abschiebung SUIZIDVERSUCH Ein Asylbewerber aus dem Landkreis Emsland hat sich auf offener Straße mit Benzin übergossen und selbst angezündet. Am M....

No Lager Osnabrück ist psychologische Unterstützung für Flüchtlinge deshalb ebenso wichtig wie eine humane Unterbringung. Manche gehen am Warten zugrunde , sagt er. Der Fall in Lingen zeige zudem, dass einige Flüchtlinge lieber hier in der Öffentlichkeit sterben wollten, als abgeschoben zu werden.

Auch der Lingener Oberbürgermeister Dieter Krone (parteilos) zeigte sich erschüttert allerdings nicht nur von dem Vorfall, sondern auch von den Reaktionen darauf. Viele Lingener setzten sich für die Integration von Flüchtlingen ein, sagte er. Umso mehr macht es mich betroffen, dass in einigen Facebook-Gruppen teilweise rassistische und menschenverachtende Kommentare zu dieser Tragödie zu lesen waren , so Krone. Es sei erschreckend, dass der Asylbewerber keinen anderen Ausweg mehr gesehen habe.

**Load-Date:** April 20, 2015

---

End of Document

**De Maizières neuer Alleingang spaltet; Asylstreit Rückkehr zu Dublin-Verfahren bei Syrern verblüfft alle. SPD kritisiert Chaostage bei der Union. Doch es gibt auch Lob**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 2

**Length:** 691 words

**Byline:** Daniel Bax

**Highlight:** **Asylstreit** Rückkehr zu Dublin-Verfahren bei Syrern verblüfft alle. SPD kritisiert Chaostage bei der Union. Doch es gibt auch Lob

## Body

---

von Daniel Bax

Berlin taz | Die Rückkehr zum Dublin -Verfahren für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge stößt bei SPD , Grünen und Fachleuten auf blankes Entsetzen.

Der Menschenrechtsverband Pro **Asyl** warf Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vor, ein integrationspolitisches Fiasko anzurichten. Die aufwendigen Einzelfallprüfungen würden das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) lahmlegen und die Unsicherheit der Betroffenen über ihren Rechtsstatus um Jahre verlängern. Und der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Wolfgang Stadler, kritisiert, der Vorstoß de Maizières sei ein hilfloser Versuch, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und Stammtischparolen zu bedienen .

Am Dienstag hatte das Bundesinnenministerium überraschend mitgeteilt, die Dublin-Regeln würden seit Ende Oktober auch wieder für Syrer gelten außer wenn sie zuerst in Griechenland registriert wurden. Sie könnten dann in das europäische Land zurückgeschickt werden, in dem sie erstmals den Boden der EU betreten haben. Mit seinen Partnern hatte de Maizière diese Entscheidung zuvor aber offensichtlich nicht abgesprochen.

Merkel macht trotzdem gute Miene zum bösen Spiel. Die Rückkehr zum Dublin-Verfahren stellt nach Ansicht von Vizeregierungssprecherin Christiane Wirtz keine Abkehr vom bisherigen Kurs der Kanzlerin dar. Es hat nichts damit zu tun, dass in irgendeiner Form die politische Richtung sich geändert hat und irgendwie die Willkommenskultur oder Ähnliches sich verändert hätte , sagte Wirtz am Mittwoch in Berlin. Merkel selbst und Kanzleramtsminister Peter Altmaier seien aber nicht informiert gewesen, gab sie zu. Das ist auch kein Faktum, über das im Einzelnen dann das Kanzleramt oder eben die Bundeskanzlerin persönlich informiert werden müsste , behauptete sie.



De Maizières neuer Alleingang spaltet Asylstreit Rückkehr zu Dublin-Verfahren bei Syrern verblüfft alle. SPD kritisiert Chaostage bei der Union. Doch es gibt ....

Dafür räumt das Innenministerium inzwischen ein, dass viele Flüchtlinge gar nicht in andere EU-Ländern zurückgeschickt werden können, weil sie dort nicht registriert wurden. Außerdem wollen die meisten Länder sie nicht zurück. De Maizières Sprecher Johannes Dimroth erklärte, die neue Regelung werde zwar längst nicht alle Flüchtlinge betreffen, aber es werde auch keine verschwindend geringe Zahl von Menschen sein.

Die SPD ist empört und wirft dem Koalitionspartner mangelnde Absprache vor. Chaostage und ein Tohuwabohu herrschten bei CDU und CSU. Wir haben keine Koalitionskrise. Wir haben eine Unionskrise, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht. De Maizières (CDU) Alleingang sei aberwitzig, in der Union herrsche ein offener Machtkampf: Das hat nichts mehr mit einem verantwortungsbewussten Handeln zu tun. Und der SPD-Vize Ralf Stegner prophezeite, de Maizières werde damit in der Innenministerkonferenz der Länder scheitern.

Linkspartei und Grüne sprechen ebenfalls von blankem Chaos, so Simone Peter: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sei jetzt schon unterbesetzt und überlastet. Es brauche keinen zusätzlichen Bürokratieaufwand, sondern endlich einfachere Verfahren und mehr Personal. Auch BAMF-Chef Hans-Jürgen Weise soll von der Entscheidung überrascht gewesen sein, heißt es aus SPD-Kreisen.

Doch es gibt auch Lob. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Armin Schuster sagte, es sei ein Fehler gewesen, seit Ende August auf Einzelfallprüfungen verzichtet zu haben. Die Rückkehr zu Dublin-Verfahren sei der richtige Weg. Auch der Städte- und Gemeindebund NRW hält den Kursschwenk des Bundes angesichts der Überlastung vieler Kommunen für richtig. Der Zustrom von Flüchtlingen müsse begrenzt werden, die Aufnahmekapazitäten seien begrenzt, betonte dessen Geschäftsführer Bernd Schneider. Auch Österreichs konservative Innenministerin Johanna Mikl-Leitner lobte den Schritt ihres deutschen Amtskollegen: Dies sei eine Rückkehr zur Vernunft, sagte sie dem ZDF. Auf dieses Signal habe man in den letzten Wochen gewartet.

Kommentar SEITE 1

Meinung + Diskussion SEITE 12

Viele Flüchtlinge können gar nicht in EU-Länder zurück-geschickt werden

Fluchtbremsen

Der Bundesinnenminister will Flüchtlinge aus Syrien wieder loswerden. Die slowenische Regierung will sie mit Zäunen abhalten

**Load-Date:** November 11, 2015

## Der Nachzug wird verwehrt TAG DES FLÜCHTLINGS; Asylverfahren Günter Burkhardt von Pro Asyl rügt die verschlechterten Lebensbedingungen auch für anerkannte Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea

taz, die tageszeitung

Freitag 30. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 487 words

**Byline:** Barbara Dribbusch

**Highlight:** Asylverfahren Günter Burkhardt von Pro Asyl rügt die verschlechterten Lebensbedingungen auch für anerkannte Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea

### Body

---

Interview Barbara Dribbusch

taz: Herr Burkhardt, die Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland verändern sich. Syrische Asylsuchende bekommen in Deutschland zu 70 Prozent nur noch den sogenannten subsidiären Schutz, das heißt, sie können ihre Familienangehörigen mindestens zwei Jahre lang nicht nachholen. Mit welchem Argument vergibt das Bundesamt für Migration diese Bescheide?

Günter Burkhardt: Bei den Syrern argumentiert das Bundesamt, dass das Assad-Regime jetzt Pässe ausstellt. Wer aber einen Pass von der Regierung bekommen habe, der könne doch nicht individuell verfolgt sein, heißt es. Ein falscher Rückschluss, denn das Regime verdient mit der Ausstellung der Pässe rund 470 Millionen Euro. Wer flieht, gilt als Oppositioneller und kann nicht zurück.

Den Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention bekommt man bei individueller Verfolgung, den subsidiären Schutz gibt es für Flüchtlinge, die vor Krieg und Terror in einer Region fliehen, der alle bedroht. Nicht nur die Syrer, auch ein Viertel der Eritreer erhält nur noch den subsidiären Schutz. Woher kommt diese Wende in der Anerkennungspolitik?

Eritrea ist eine brutale Militärdiktatur, in der die Leute zum Militärdienst gezwungen werden, lebenslang. Bisher bekamen Eritreer den Flüchtlingsschutz. Jetzt sagt das Bundesamt, wer den Einberufungsbefehl zum Militär noch nicht habe, der sei doch noch gar nicht verfolgt. Also kriegen viele Eritreer auch nur noch den subsidiären Schutz. Dabei muss, wer eine begründete Furcht vor Verfolgung hat, den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention bekommen.

Der Nachzug wird verwehrt TAG DES FLÜCHTLINGS Asylverfahren Günter Burkhardt von Pro Asyl rügt die verschlechterten Lebensbedingungen auch für anerkannte Flücht....

Soll Deutschland mit den neuen, verschlechterten Bedingungen für den Familiennachzug unattraktiver werden für Asylsuchende?

Offensichtlich ja. Es gibt zunehmend Syrer, die nach Syrien zurückkehren und sagen, ich lass meine Familie nicht allein, lieber sterben wir zusammen. Andere Flüchtlinge, die nur noch subsidiären Schutz haben, denken darüber nach, wie sie für ihre Familien das Geld für die Schlepper zusammenbekommen, weil ihnen die Rettung der Angehörigen über den normalen Familiennachzug verwehrt wird.

Verschärfen die Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge deren Lebensbedingungen?

Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge sind integrationsfeindlich. Die Leute wollen in der Nähe von Bekannten und Verwandten, von Landsleuten wohnen. Durch diese Netzwerke haben sie auch bessere Chancen auf Jobs. Es bringt überhaupt nichts, die Menschen in irgendwelche strukturschwachen Regionen zu verteilen.

Wie wird es weitergehen?

Wenn den Menschen der Schutz verwehrt wird, werden sie gegen ihre Bescheide klagen. Es droht eine Überlastung der Gerichte. Und vor allem: Die Menschen leben jahrelang in Unsicherheit.

Günter Burkhardt

59, ist Geschäftsführer von Pro Asyl in Frankfurt und hat die Organisation im Jahre 1986 mitgegründet. Die Arbeit der Menschenrechtsorganisation wird durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Stiftungszuwendungen finanziert.

**Load-Date:** September 29, 2016

**Wir müssen Ängste zu Fragen wandeln ; Migrationsmuseum Es muss einen Ort geben, an dem jenseits von angstmachenden Zahlen über Zuwanderung diskutiert werden kann**

taz, die tageszeitung

Freitag 02. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** REISE; S. 36

**Length:** 1196 words

**Byline:** Benno Schirrmeister

## **Body**

---

**Migrationsmuseum** Es muss einen Ort geben, an dem jenseits von angstmachenden Zahlen über Zuwanderung diskutiert werden kann

Interview Benno Schirrmeister

taz: Frau Eick, ist die Idee, ein Museum über Auswanderung zu machen, durch die aktuellen Entwicklungen überholt?

Simone Eick: Nicht, wenn man ein Museum als einen Ort begreift, an dem man nicht nur etwas über die Vergangenheit erfahren, sondern auch etwas für die Gegenwart lernen kann.

Kann man bei Ihnen denn etwas für die jetzige Situation lernen?

Ja, eine ganze Menge. Man kann vor allem die aktuellen Migrationsbewegungen mit anderen, historischen vergleichen.

Mit welchen?

Unsere Dauerausstellung spannt den Bogen von der Einwanderung der französischen Glaubensflüchtlinge, der Hugenotten, nach Preußen bis zu den Flüchtlingen des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien: Dazwischen haben wir sehr unterschiedliche Wanderbewegungen, da ist die Gruppe der 1848er, die mit ihren Vorstellungen von Freiheit in die USA aufgebrochen ist, und wir widmen uns der Flucht vor den -Nazis.

Flucht ist ein Dauerthema?

Das erste Forschungsprojekt zum Thema Flüchtlinge hatten wir im Jahr 2009: Damals hatten wir uns mit Afghanistan beschäftigt und haben die damaligen Bewegungen mit der Ankunft der Boatpeople aus Vietnam in

Wir müssen Ängste zu Fragen wandeln Migrationsmuseum Es muss einen Ort geben, an dem jenseits von angstmachenden Zahlen über Zuwanderung diskutiert werden kann

den 1970er Jahren verglichen: Was wir hier im Haus versuchen, ist, die jeweilige Bewegung zu relativieren. Wenn man das zu einer Aussage zusammenfassen will, dann ist das diese: Flucht gehört zum Menschsein dazu. Solange es Kriege gibt und gewaltsame Auseinandersetzungen, gibt es Flucht.

Aber es gibt auch Unterschiede?

Selbstverständlich, schon in den Ursachen. Krieg ist nicht der einzige Fluchtgrund, sondern auch die ethnische oder die religiöse Verfolgung, die politische Verfolgung, der wir in den 1848er Jahren begegnen. Man schaut sich immer die Ursachen an, die in der Zeitgeschichte wurzeln

es gibt doch auch natürliche Fluchtgründe!

Das ist richtig. Hunger spielt eine sehr wichtige Rolle, und neuerdings sprechen wir auch von Klimaflüchtlingen. Unsere Aufgabe ist es, diese Zusammenhänge kenntlich und nachvollziehbar zu machen. Deswegen machen wir seit einem Dreivierteljahr eine Oral-History-Reihe mit syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen. Gleichzeitig interessiert uns aber auch die Sichtweise der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dafür haben wir jetzt fast 600 Besucherinnen und Besucher befragt. Wir wollen herausfinden: Wo und wie entstehen Ängste, welche Wissenslücken sind dafür verantwortlich.

Welche Erklärung haben Sie gefunden?

Erstens: Die Statistiken machen vielen Menschen Angst. Die Statistiken sind so komplex, die Zahlen, mit denen in ihnen umgegangen wird, so abstrakt, und gleichzeitig sind die Begrifflichkeiten, die sich in diesen Zahlenwerken spiegeln sollen: Duldung, Abschiebung, Aufenthaltsstatus, Ankünfte damit können viele Menschen schlecht umgehen. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel: Wir haben unsere Besucherinnen und Besucher gefragt: Wissen Sie, wie vielen Asylanträgen in diesem Jahr, 2014, stattgegeben wurde, wie viele BewerberInnen aufgenommen wurden?

Wie haben die Leute abgeschnitten?

Über 56 Prozent unserer BesucherInnen haben deutlich mehr angegeben, als tatsächlich aufgenommen wurden, über ein Viertel der Teilnehmenden hatte sogar die Vorstellung, es seien zwischen 300.000 und eine Million Menschen gewesen. Angesichts solcher Zahlenverwirrungen bekommt das Thema Angst eine andere Qualität.

Was heißt das für das Museum?

Wir müssen solche Informationen transparent machen. Wir müssen die Ängste, die daraus entstehen, so umwandeln, dass die Leute eher anfangen, Fragen zu stellen. Gerade wenn man tagesaktuelle Ereignisse hat, muss es ja einen Ort geben, an dem, jenseits von Zeitungen und statistischen Instituten, darüber reflektiert werden kann.

Und deshalb wurde der Fokus des Museums, der vor zehn Jahren bei der Gründung fast exklusiv auf der Auswanderung nach Amerika lag, geändert?

Als wir hier angefangen haben, hatten wir allein das Thema deutsche Auswanderungsgeschichte, das stimmt. Für uns als GestalterInnen und WissenschaftlerInnen war die Vorstellung, dass die aktuellen Bezüge so ohne Weiteres transferiert werden, also dass die BesucherInnen merken: Okay, das haben die Deutschen im 19. Jahrhundert so erlebt, und sehr viele Menschen erleben das in der Gegenwart. Aber das hat überhaupt nicht funktioniert.

Hat sich die Gesellschaft gewandelt?

Als ich in den 1990er Jahren mit Migrationsforschung anfang, war das eine sehr kleine Nische in den Gesellschaftswissenschaften. In den 2000er Jahren hat die Gesellschaft begonnen, sich zu öffnen, wir führen Debatten von der Diskussion über das Kopftuch, über die Beschneidung bis hin zum Schächten und zum Kruzifix

Wir müssen Ängste zu Fragen wandeln Migrationsmuseum Es muss seinen Ort geben, an dem jenseits von angstmachenden Zahlen über Zuwanderung diskutiert werden kann

Und das ist gut, denn der Fokus hat sich verschoben: Es geht bei diesen Debatten darum, wie wir zusammenleben und nicht um die Frage: Wie viele wollen wir denn hier haben.

Hilft es dabei, über Fluchtgründe nachzudenken oder ermöglicht das nur neue Formen der Diskriminierung?

Ich denke, etwas über die Intention und die Motive der Menschen zu erfahren, die Situation in der sie sich befinden, und aus der sie kommen, ist hilfreich.

Die Bezeichnung Wirtschaftsflüchtling wirkt aber stark stigmatisierend

Das Wort Wirtschaftsflüchtling mag ich persönlich überhaupt nicht: Hunger ist eindeutig ein Fluchtgrund. Aber Hunger bewirkt derzeit vor allem eine innerafrikanische Migration. Die Menschen, die Hunger leiden und deswegen ihre Heimat verlassen, die schaffen es meistens nicht bis hier: Davon sehen wir hier in Deutschland allenfalls schreckliche Bilder. Diejenigen, die als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet werden, sind meist Menschen, die stärker planen, wo oft die Familien zusammensitzen und entscheiden: Du gehst nach Europa, versuchst dort dein Glück zu machen und schickst uns Geld.

Das ist keine Flucht?

Ich finde das Wort nicht passend: Das sind Menschen, die sehr genau überlegen, was will ich mit meinem Leben anfangen. Wo kann ich arbeiten und damit etwas zum Wohle meiner Familie beitragen. Das ist etwas anderes, als wenn ich vor einer akuten Gefahr fliehe.

Auch, weil die Reise selbst eine andere Form hat?

Wir haben hier Interviews geführt mit Flüchtlingen: mit Senioren, die über ihre Flucht im Zweiten Weltkrieg erzählen; mit ehemaligen Boatpeople und mit Syrern. Ihnen allen ist gemein, dass die Geschichten voller Adrenalin sind. Diese Angstgefühle verstummen nicht. Das ist der riesige Unterschied zur Arbeitsmigration, und man muss mit diesen Menschen auch unterschiedlich umgehen.

Simone Eick

Die Person: Die 43-jährige Historikerin promovierte an der Universität Hannover. In ihrer Dissertation beschäftigte sie sich mit der Auswanderung in die USA aus dem Schaumburger Land. Eick arbeitet schon seit der Konzeptionsphase am 2005 eröffneten Deutschen Auswandererhaus in Bremerhaven. Sie ist seit 2006 dessen Direktorin.

Das Museum: Das Auswandererhaus versteht sich seit 2012 als Migrationsmuseum. Es forscht unter anderem zu jüdischen Flüchtlingen und Naziverbrechern in Argentinien nach 1945, zu Flüchtlingen und Asylbewerbern in der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 2015 und zur deutschen Australien-Auswanderung seit 1860. <http://dah-bremerhaven.de>

**Load-Date:** October 1, 2015

## **NPD darf Flüchtlinge besuchen; Migration Verfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns kippt Besuchsverbot in Aufnahmelager. Auch für NPD-Abgeordnete gälten alle parlamentarischen Rechte**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 02. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 26

**Length:** 561 words

**Byline:** Andreas Speit

**Highlight:** ***Migration*** Verfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns kippt Besuchsverbot in Aufnahmelager. Auch für NPD-Abgeordnete gälten alle parlamentarischen Rechte

### **Body**

---

von Andreas Speit

NPD-Abgeordnete dürfen eine ***Flüchtlingsunterkunft*** besuchen allerdings nur unter Auflagen. Das Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern hat ein generelles Besuchsverbot des Innenministeriums aufgehoben. Mit dem Verbot, sagte der Sprecher des Gerichts, Sven Nickels, habe Minister Lorenz Caffier (CDU) das Selbstinformations- und Kontrollrecht der Landtagsabgeordneten verletzt. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs zeigte sich erfreut: Der Beschluss des Landesverfassungsgerichts ist eine herbe Schlappe für den Innenminister, sagte er.

In der Sommerpause hatte die NPD-Landtagsfraktion angekündigt, am 6. September das Erstaufnahmelager für Flüchtlinge in Nostorf-Horst besuchen zu wollen. In der ehemaligen Kaserne sind 650 Menschen untergebracht. Caffier nannte das Ansinnen scheinheilig und verbot den Besuch.

Daraufhin wandte sich die NPD an das Landesverfassungsgericht in Greifswald: Die Landtagsabgeordneten hätten das Recht, das Treiben der Regierung zu kontrollieren, argumentierte die NPD und bekam Recht. Mitarbeitern der NPD-Fraktion wurde kein Zugangsrecht eingeräumt.

Mit deutlichen Worten und persönlichem Tonfall hatte Caffier das Verbot ausgesprochen: Es sei für ihn nicht zu ertragen, dass die Leute, die tagtäglich gegen Asylbewerber hetzten und auf deren Rücken Politik machten, die Landesaufnahmeeinrichtung besuchen wollten. Der Besuch würde das friedliche Zusammenleben der Flüchtling beeinträchtigen, hatte das Innenministerium zudem argumentiert. Die Situation in der ausgelasteten Unterkunft sei ohnehin angespannt. Die Abgeordneten hätten selbstverständlich einen Informationsanspruch, aber dieser sei nicht schrankenlos, erklärte das Innenministerium.

NPD darf Flüchtlinge besuchen Migration Verfassungsgericht Mecklenburg -Vorpommerns kippt Besuchsverbot in Aufnahmelager. Auch für NPD-Abgeordnete gälten alle p....

In der Entscheidung widersprach das Landesverfassungsgericht der Sichtweise des Innenministeriums. Auch für NPD-Abgeordnete würden alle parlamentarischen Rechte gelten. Unter bestimmten Aspekten könne zwar das Informationsrecht eingeschränkt werden, aber der Grundsatz der Gleichbehandlung dürfte nicht verletzt werden.

In der Sache steht den Abgeordneten im Grundsatz ein verfassungsunmittelbares (Selbst-)Informationsgewinnungsrecht zu, das auch nachgeordnete Einrichtungen des Landes und den Zugang zu diesen einschließt, heißt es in der Entscheidung vom 27. August. Gründe für eine Einschränkung des Informationsrechts seien im vorliegenden Einzelfall vom Innenminister nicht geltend gemacht worden.

Der Innenminister muss nun innerhalb einer Frist erneut über das Besuchsbegehren entscheiden. Dabei könne er, so das Gericht, durchaus Einzelheiten für den Besuch festlegen wie etwa das Datum, die Dauer, den Ablauf, die Untersagung von Filmaufnahmen und räumliche Beschränkungen. Das Gericht betonte auch, dass die NPD-Abgeordneten nicht verlangen könnten, die Aufnahmeeinrichtung bis zu einem bestimmten Datum zu besuchen. Diesem Rechtsbegehren folgte das Gericht nicht.

Durch diese Einschränkungen fühlt sich Caffier bestärkt, weil das Gericht auch den Besuch der kompletten Fraktion ablehnte. Der Rechtsanwalt der NPD, Peter Richter, hat den Innenminister bereits aufgefordert, zeitnah einen Termin vorzuschlagen.

Minister Caffier hatte sich mit deutlichen Worten für das Verbot ausgesprochen: Es sei für ihn nicht zu ertragen, dass die Leute, die gegen Asylbewerber hetzten, die Landesaufnahmeeinrichtung besuchen wollten

**Load-Date:** September 1, 2015



## Agentur: Anträge auf Asyl nehmen stark zu; Türkei/ Deutschland

taz, die tageszeitung

Samstag 19. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 6

**Length:** 283 words

**Highlight:** Türkei i/ Deutschland

### Body

---

Berlin/Istanbul/Brüssel dpa/afp/rtr | Die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei in Deutschland ist deutlich gestiegen. Von Januar bis Oktober stellten 4.437 Menschen aus der Türkei einen Asylantrag in Deutschland, berichteten die Blätter der Funke-Gruppe unter Berufung auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Im Jahr zuvor seien es nur 1.767 Personen gewesen. Auch die Nato hat Asylanträge türkischer Offiziere in mehreren Mitgliedstaaten nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei bestätigt. Es sei richtig, dass einige Offiziere aus den Nato-Kommandostrukturen in den jeweiligen Einsatzländern Asyl beantragt hätten, sagte der Generalsekretär des Bündnisses, Jens Stoltenberg, am Freitag in Brüssel. Über die Anträge werde wie immer durch die verschiedenen Nato-Alliierten als nationale Angelegenheit entschieden .

Die türkischen Behörden haben derweil die Festnahme von 103 Akademikern an der Technischen Universität Yildiz in Istanbul angeordnet. 73 von ihnen seien schon in Gewahrsam, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Freitag. Ihnen werde Mitgliedschaft in einer Terrororganisation vorgeworfen. Konkret gehe es um mutmaßliche Verbindungen zu dem in den USA lebenden islamischen Prediger Fethullah Gülen. Die Türkei macht Gülen für den Putschversuch vom 15. Juli verantwortlich. Im EU-Parlament wird der Ruf nach Aussetzung der Beitrittsgespräche mit der Türkei immer lauter. Laut Fraktionskreisen soll eine entsprechende Forderung in der kommenden Woche erhoben werden. Am Dienstag solle ein gemeinsamer Entschließungsantrag erarbeitet werden; am selben Tag sei eine Debatte zu dem Thema vorgesehen. Die Abstimmung sei dann am Donnerstag in Straßburg geplant.

**Load-Date:** November 18, 2016

**Es ist sehr sehr schwierig für uns ; KRÖTEN SCHLUCKEN Beim Flüchtlingsgipfel haben die Grünen Finanzhilfe für manche mit Verschärfungen für andere erkaufte. Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin in Niedersachsen, hält die Beschlüsse für falsch**

taz, die tageszeitung

Montag 28. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 884 words

**Highlight:** KRÖTEN SCHLUCKEN Beim Flüchtlingsgipfel haben die Grünen Finanzhilfe für manche mit Verschärfungen für andere erkaufte. Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin in Niedersachsen, hält die Beschlüsse für falsch

## Body

---

INTERVIEW Friederike Gräff

taz: War die Zustimmung der Grünen beim Flüchtlingsgipfel klug oder schäbig, Frau Polat?

Filiz Polat: Jedes Bundesland bewertet die Ergebnisse jetzt individuell. Einerseits sind für die Grünen jetzt Verschärfungen enthalten, auf der anderen Seite sagt ein Großteil unserer Leute, dass durch unsere Verhandlungen einiges für die Flüchtlinge erreicht wurde.

KritikerInnen sagen, dass jetzt offiziell die Zweiklassengesellschaft für Flüchtlinge beginnt, mit den Guten aus Syrien und den Schlechten vom Balkan.

Für uns Grüne in Niedersachsen ist ganz klar, dass diese Beschlüsse erst einmal nicht positiv zu bewerten sind. Und die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten, die viele jetzt begrüßen, bleibt für uns hinter den Erwartungen zurück. Eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling ist zu wenig. Wir sind einmal wie die Kommunen von mindestens 1.000 Euro ausgegangen.

Sehen Sie Möglichkeiten für Nachverhandlungen?

Das wird schwierig sein. Wir als niedersächsische Grüne werden bis zur nächsten Bundesratssitzung am 16. Oktober mit unserem Koalitionspartner, der SPD, die Verschärfungen, die mit dem Beschluss kommen werden, noch einmal in Frage zu stellen. Aber meine Prognose ist, dass da wenig Spielraum ist: wenn die Grünen das Fass noch einmal öffnen, besteht die Gefahr, dass CDU/CSU es auch noch einmal machen.

Es ist sehr sehr schwierig für uns KRÖTEN SCHLUCKEN Beim Flüchtlingsgipfel haben die Grünen Finanzhilfe für manche mit Verschärfungen für andere erkaufte. Filiz ....

Kosovo, Albanien und Montenegro sollen künftig als sichere Herkunftsländer gelten. Müssen die Grünen damit leben?

Auf dem Gipfel wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Bundeswehr im Kosovo den längsten Einsatz ihrer Geschichte hat auch vor diesem Hintergrund ist es schon sehr sehr schwierig für uns.

Flüchtlinge sollen künftig bis zu sechs Monate in den Erstaufnahmelagern bleiben, wovon man sich schnellere Entscheidungen über ihre Asylanträge verspricht. Ist das realistisch?

Unsere Erfahrung in den Ländern ist, dass die Verfahren trotz anderer Zusagen vom Bund im vergangenen Jahr nicht kürzer wurden. Je nach Herkunftsland dauerten sie von fünf bis zu 18 Monaten. Und man muss immer bedenken, dass unter den Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen viele Kinder und Jugendliche sind.

Einer der Erfolge aus grüner Sicht sind die verbesserten legalen Arbeitsmöglichkeiten für Menschen aus dem Westbalkan. Reichen die?

Wir haben immer gesagt: es muss legale Einreisemöglichkeiten auch für Leute geben, die nicht primär wegen Krieg und Verfolgung kommen. Aber auch hier hat sich der Bundesinnenminister durchgesetzt: Personen, die zwei Jahre vom Asylbewerberleistungsgesetz profitiert haben, sollen keine Einreisemöglichkeit haben. Wir wissen, dass viele Menschen gerade aus dem Kosovo und Serbien schon einmal in Deutschland waren. Wichtig gewesen wäre ein Spurwechsel vor allem für diejenigen, die jetzt hier sind: sie nicht erst ausreisen zu lassen, sondern ihnen, wenn sie einen Arbeitsvertrag vorlegen, eine Aufenthaltsmöglichkeit zu geben.

Werden die Kröten, die hier geschluckt wurden, zu einer Zerreißprobe für die Grünen ähnlich wie einst der Kosovokrieg?

Wir haben noch keine Stimmen aus den einzelnen Fraktionen, das wird sich erst über die nächsten Wochen entwickeln. Wenn es zum Schwur im Bundesrat kommt, wird innerhalb der Grünen schon diskutiert werden, was das für Auswirkungen in der bündnisgrünen Flüchtlingspolitik hat. Schließlich sagen wir alle, dass das weitreichende Eingriffe in das Asylrecht sind.

Hätten Sie sich gewünscht, dass Niedersachsen Nein sagt?

Bei der letzten Entscheidung zu den sicheren Herkunftsländern hat sich das Land enthalten, weil die SPD das mittragen konnte, wir aber nicht. Diese Möglichkeit steht auch jetzt im Raum. Zumal unser Koalitionsvertrag eine ganz andere Ausrichtung hat, sich unser Ministerpräsident aber bereits sehr positiv geäußert hat.

Es ist kein Thema, an dem die rot-grüne Koalition zerbrechen würde?

Das denke ich nicht. Das eine ist die Bundesratsabstimmung, das andere ist Umsetzung in der Praxis und mögliche Spielräume, die wir noch prüfen und diskutieren müssen. Wenn man Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen belässt und dann noch Wertgutscheine verteilt, verschärft sich die Lage zwischen den Flüchtlingsgruppen, außerdem wird eine einzelne Gruppe stigmatisiert. Das sind historisch wiederkehrende Momente, wir erleben ein Revival der 90er Jahre und bieten die selben Lösungen an.

Inwiefern?

So wie man jetzt sagt, die Dublin-Verträge sind gescheitert, müsste man sagen, auch die Asylgesetzgebung der 90er ist nicht dazu geeignet, die heutigen Probleme zu lösen. Wir haben ein Verteilungs- und Organisationsproblem, weil unser System die Kommunen finanziell extrem belastet und die Flüchtlinge vom Arbeitsmarkt fernhält.

Bietet der genügend Platz auch für gering Qualifizierte?

Es ist sehr sehr schwierig für uns KRÖTEN SCHLUCKEN Beim Flüchtlingsgipfel haben die Grünen Finanzhilfe für manche mit Verschärfungen für andere erkaufte. Filiz ....

Wir haben in den EU-Beitrittsländern des Westbalkan eine sehr junge Bevölkerung und hier fehlen uns junge Auszubildende. Wir hatten in den 90er Jahren das gleiche mit den polnischen Zuwanderern: sie kamen seit den 80er Jahren als Asylbewerber, obwohl sie in erster Linie Arbeitsmigranten waren und mussten abgeschoben werden. Wir hatten bis ins Jahr der polnischen EU-Beitritts diese Abschiebungen, heute ist es die größte Einwanderergruppe und niemand spricht über sie.

Filiz Polat

37, Politikerin aus dem Kreis Osnabrück, sitzt seit 2004 für Bündnis 90/Die Grünen im niedersächsischen Landtag.

**Load-Date:** September 27, 2015

**Schaufensterpolitik statt Flüchtlingshilfe; MIGRATION Auf Antrag der CDU debattiert Niedersachsens Landtag über Schutzsuchende, doch frische Ideen fehlen: Die Christdemokraten fordern schnellere Abschiebungen und mehr Polizei, für die FDP gehört der Mindestlohn abgeschafft**

taz, die tageszeitung

Freitag 11. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 624 words

**Byline:** Andreas Wyputta

**Highlight:** **MIGRATION** Auf Antrag der CDU debattiert Niedersachsens Landtag über Schutzsuchende, doch frische Ideen fehlen: Die Christdemokraten fordern schnellere Abschiebungen und mehr Polizei, für die FDP gehört der Mindestlohn abgeschafft

## Body

---

VON ANDREAS WYPUTTA

Wenn es dem Parteiinteresse dient, kann Björn Thümler herzerreißend werden: Menschenunwürdig sei die Unterbringung der **Flüchtlinge** in den landeseigenen Erstaufnahmeeinrichtungen etwa in Friedland oder Bramsche, klagte der Fraktionschef der CDU am gestrigen Donnerstag, und das im Rahmen einer Sondersitzung des Landesparlaments in Hannover, die seine Fraktion durchgesetzt hatte einziges Thema: **Flüchtlinge**.

Da müssten Menschen in Gängen und Treppenhäusern schlafen, es fehle an Schlafsäcken und Bettbezügen, die Wartezeit an den Essensausgaben betrage über zwei Stunden. Äußerlich wirkten manche der Containerdörfer wie Gefängnisse, führte der Christdemokrat aus, aus Angst, eingesperrt zu werden, habe sich beispielsweise eine Familie in Oldenburg stundenlang geweigert, ein solches Quartier zu beziehen, berichtete Thümler. Diese Familie sei traumatisiert und stamme aus Albanien.

Wieso Albanien? Gerade Menschen aus diesem Land will Thümler möglichst schnell abschieben lassen. Wie seine Parteifreunde im Bund fordert der CDU-Mann schon seit Tagen, den Balkanstaat so wie auch Kosovo und Mazedonien auf die Liste der sicheren Herkunftsländer setzen zu lassen. Vor allem von dort nach Deutschland gekommene Roma sollen künftig noch schneller abgeschoben werden können: In ihren Herkunftsländern leben sie zwar oft am Rand von Müllkippen, haben kaum Chancen auf Bildung und Jobs als politisch verfolgt gelten sie deswegen noch lange nicht.

Überhaupt müssten Abgelehnte schneller abgeschoben werden, forderte Thümler noch und warnte vor möglichen Schäfern unter den Schutzsuchenden, also potenziellen Attentätern etwa der Terrormiliz Islamischer Staat. Auch

## Schaufensterpolitik statt Flüchtlingshilfe MIGRATION Auf Antrag der CDU debattiert Niedersachsens Landtag über Schutzsuchende, doch frische Ideen fehlen: Die Ch....

für ein anderes Klischee fand der Christdemokrat in seiner Rede noch Zeit: Vor dem Hintergrund steigender Kriminalität, so Thümler, müsse über Polizei-Sonderkommissionen in der Nähe von Erstaufnahmeeinrichtungen nachgedacht werden.

Ideologisch gab sich in der auf zwölf Stunden anberaumten Sondersitzung, mit der die Opposition die rot-grüne Landesregierung wachrütteln wollte, auch die FDP: Ausgerechnet der Mindestlohn behindere Flüchtlinge bei der Arbeitssuche, so Fraktionschef Christian Dürr. Schließlich seien auch unbezahlte Praktika beschränkt worden.

Schaufensterpolitik würden Christdemokraten und Liberale betreiben, so hatte der Geschäftsführer des niedersächsischen Flüchtlingsrats, Kai Weber, schon am Vortag gewarnt: Zwar seien die Erstaufnahmen des Landes tatsächlich überfüllt. Das ist aber wie nach einer Flutkatastrophe, so Weber: Die Landesbediensteten tun, was sie können. Wer Flüchtlingen wirklich helfen wolle, müsse vor allem Druck und Bürokratie reduzieren: Hilfe in Form von Sachleistungen statt als Geld, was nun die CDU fordert, auch die Residenzpflicht oder die Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften über Jahre seien Relikte aus den 90er-Jahren, so Weber weiter: Abschreckung und Restriktionen sind nicht integrationsfördernd.

Im Namen des Flüchtlingsrats fordert Weber außerdem ein Ende der Ausgrenzung von Flüchtlingen durch das Asylbewerberleistungsgesetz, das die Betroffenen beispielsweise von der Beratung durch die Arbeitsagenturen ausschließt. Und schließlich sei ein groß angelegtes Wohnungsbauprogramm für sozial Schwache vonnöten.

Schneller, flexibler, pragmatischer müsse die Betreuung der Flüchtlinge werden, das sagte dann auch Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil. Per Nachtragshaushalt will er 300 Millionen Euro bereitstellen vor allem in Flüchtlingsunterbringung, Sprachförderung und sozialen Wohnungsbau soll das Geld fließen. Er sprach von der größten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg, aber: Wir schaffen das.

taz.fluchthilfe SEITE , 2 3

**Load-Date:** September 10, 2015

## **Schneller Abschied; ASYL Deutschland will kosovarische Flüchtlinge rascher abfertigen, um die Einwanderungswelle zu stoppen**

taz, die tageszeitung

Samstag 14. Februar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 04

**Length:** 643 words

**Byline:** ANNA LEHMANN

**Highlight:** ASYL Deutschland will kosovarische Flüchtlinge rascher abfertigen, um die Einwanderungswelle zu stoppen

### **Body**

---

AUS BERLIN ANNA LEHMANN

Menschen aus dem Kosovo genießen in Deutschland jetzt Priorität. Eine, die sie sich so nicht erhofft haben dürften. Das Bundesinnenministerium (BMI) hat den Innenministern der Länder am Freitag zugesagt, dass Asylverfahren für Menschen aus dem Kosovo priorisiert werden und in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern von durchschnittlich viereinhalb Monaten auf zwei Wochen verkürzt werden. Das heißt für die Betroffenen in der Regel, dass sie nach 14 Tagen abgeschoben werden können.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte die Turbobürokratie. Das werden sicher keine vorurteilsfreien Verfahren sein, sagte der Europareferent von Pro Asyl, Karl Kopp, der taz. Es wird vor allem darum gehen, die Menschen so schnell wie möglich für abschiebereif zu erklären.

Bedenken hat auch die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Luise Amtsberg. Das Recht auf ein zügiges Asylverfahren gelte für alle Flüchtlinge. Nun aber konzentriert sich die Bundesregierung auf jene, von denen sie glaubt, dass sie kein Recht haben, in Deutschland zu sein.

In den vergangenen Monaten erlebte das Kosovo eine beispiellose Ausreisewelle. Von den 1,8 Millionen Einwohnern sollen rund 50.000 das Land verlassen haben. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach Angaben des Auswärtigen Amtes (AA) 30 Prozent, die Korruption grassiert.

In Deutschland stellten 2014 fast 9.000 Kosovaren einen Antrag auf Asyl – doppelt so viele wie im Vorjahr. Allein im Januar verzeichnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, 3.650 Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo, damit schnellte das Land in der Statistik auf Platz 2 hinter Syrien.

Doch während die meisten syrischen Flüchtlingen als solche anerkannt werden, gilt das nur für drei von tausend Kosovaren.

## Schneller Abschied ASYL Deutschland will kosovarische Flüchtlinge rascher abfertigen, um die Einwanderungswelle zu stoppen

In Deutschland ist daher eine Debatte darum entbrannt, wie der Zuzug aus dem Kosovo gestoppt werde könnte. Am vergangenen Wochenende zitierte die Bild aus einer Mail der deutschen Botschaft in Prishtina. Die Gesandten riefen dazu auf, eine größere Anzahl von Kosovaren medienwirksam per Sammel-Charterflieger zurückzufliegen.

Am Montag nahm Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann den Faden auf und appellierte an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Verfahrensdauer der Asylverfahren möglichst kurz zu halten. In dem Schreiben dringt Kretschmann auch darauf, das Personal des BAMF deutlich aufzustocken.

Das passiert nach Auskunft des BMI jedoch nicht: Es gibt jetzt kein zusätzliches weiteres Personal, sagte der Sprecher von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der taz. Stattdessen würden Mitarbeiter des BAMF an den Erstaufnahmestellen der vier am stärksten frequentierten Länder zusammengezogen.

In Baden-Württemberg ist man dennoch froh über die Einigung: Wir begrüßen das natürlich, sagte ein Sprecher der taz. Zurückgelehnt betrachtet man nun die von Bayern entfachte Debatte um die Einstufung des Kosovo als sicherer Herkunftsstaat. Wir sehen das neutral, sagte der Sprecher.

Von Grünen-Chefin Simone Peter kommt hingegen eine scharfe Absage: Die Einstufung des Kosovo als vermeintlich sicherer Herkunftsstaat wäre eine Scheinlösung auf Kosten der Menschlichkeit. Sie bringt nichts, stigmatisiert aber Menschen, die vor Not und Diskriminierung zu uns fliehen, sagte Peter der taz.

Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten können schneller abgewiesen werden. Das Bundesinnenministerium plant derzeit keinen Gesetzentwurf. Erst im Herbst waren Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft worden. Was den Ausreisewillen dort jedoch nicht dämpfte. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland blieb auf gleichem Niveau.

Die Einstufung des Kosovo als vermeintlich sicherer Herkunftsstaat wäre eine Scheinlösung auf Kosten der Menschlichkeit

SIMONE PETER, GRÜNEN-CHEFIN

**Load-Date:** February 13, 2015



**Schärfere Strafen; Asyl Die EU-Kommission legt den zweiten Teil ihrer Reform vor. Dazu gehört auch eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer . Kritik von EU-Abgeordneten**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 14. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 429 words

**Byline:** Eric Bonse

**Highlight:** Asyl Die EU-Kommission legt den zweiten Teil ihrer Reform vor. Dazu gehört auch eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer . Kritik von EU-Abgeordneten

## Body

---

Aus Brüssel Eric Bonse

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Nach diesem Motto möchte die EU-Kommission mit Asylbewerbern umgehen. Ziel sei ein System, das sich großzügig zeigt gegenüber den Verletzlichsten, aber streng gegenüber jenen, die es missbrauchen wollen, sagte Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos in Brüssel.

Der griechische Kommissar hatte Anfang Mai ein erstes Asylpaket vorgelegt, das sich vor allem um die sogenannte Dublin-Verordnung also um die Zuständigkeit für Asylverfahren drehte. Nun legte er noch drei neue Entwürfe vor. Dabei geht es vor allem um die Aufnahme von Flüchtlingen sowie um gemeinsame Asylstandards.

Diese Standards will Avramopoulos anheben, um zum Beispiel die miserablen Zustände in Griechenland zu beenden. Gleichzeitig möchte er aber auch die Pull-Faktoren verringern, die Anreize für Asylsuchende schaffen. Effizient, fair und human soll das Asylsystem werden doch in der Praxis läuft es vor allem auf eine Verschärfung hinaus.

Wer nicht mit den Behörden des Aufnahmestaats zusammenarbeitet, dem würde nach dem Kommissions-Vorschlag die Ablehnung seines Asylantrags drohen. Wer sein Ankunftsland unerlaubt verlässt oder falsche Angaben macht, soll in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden.

Auf eine weitere Abschottung deutet auch der Vorschlag hin, die nationalen Listen sicherer Herkunftsländer zu vereinheitlichen und durch eine einzige europäische Liste zu ersetzen.

Schärfere Strafen Asyl Die EU-Kommission legt den zweiten Teil ihrer Reform vor. Dazu gehört auch eine gemeinsame Liste sicherer Herkunftsländer . Kritik von E....

Zugleich legte die EU-Kommission einen Rahmen für die dauerhafte Neuansiedlung ( Resettlement ) von Flüchtlingen vor. Dabei werden Schutzbedürftige auf legalem Weg direkt aus Ländern außerhalb Europas in die EU geholt.

Allerdings sollen auch weiter die nationalen Regierungen über die Zahl der Neuansiedlungen entscheiden. Im Juli 2015 war die Neuansiedlung von 22.500 Menschen vereinbart worden. Bisher wurden davon erst knapp 8.300 Menschen aufgenommen. Dennoch sprach Avramopoulos von ermutigenden Zahlen.

Zufrieden äußerte er sich auch über den Flüchtlingspakt mit der Türkei. Der Deal funktioniert , so der Kommissar, die Zahl der Neuankömmlinge sei massiv zurückgegangen. Als Nächstes stehe die geplante Visa-Liberalisierung an. Hier gebe es nur noch fünf offene Punkte, die die Türkei erfüllen muss.

Die Vorschläge müssen noch vom EU-Ministerrat und vom Europaparlament diskutiert und abgesegnet werden. Aus dem Parlament kommt bereits Kritik. Abschreckung und Sanktionen sollen zur Leitlinie des gemeinsamen europäischen Asylsystems werden , sagte die grüne Abgeordnete Ska Keller.

Der Deal mit der Türkei funktioniert

**Load-Date:** July 13, 2016

## Schaffen wir das?; Kommentar von Lukas Wallraff zur neuen deutschen Willkommenskultur

taz, die tageszeitung

Montag 07. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 407 words

**Byline:** Lukas Wallraff

### **Body**

---

Kommentar von Lukas Wallraff zur neuen deutschen Willkommenskultur

Geschichte wird gemacht. 25 Jahre nach dem Mauerfall geht es wieder um offene Grenzen in Europa. Deutschland steht im Mittelpunkt des Interesses und weiß noch nicht genau, wie es damit umgehen soll. Die vergleichsweise offen formulierte **Flüchtlingspolitik** Angela Merkels ( Wir schaffen das ) ist von vielen, die sich derzeit auf der Flucht befinden, als Einladung verstanden worden – zumindest aber als Einverständnis zur Einreise nach Deutschland. Die Haltung Merkels ist höchst erfreulich. Doch wie kann sie, wie können wir diese hohen Erwartungen dauerhaft erfüllen?

Natürlich hat die Attraktivität Deutschlands als Fluchtziel nicht nur politische Gründe. Auch der Wohlstand und die hier vermuteten Arbeitsmöglichkeiten ziehen viele Menschen an. Trotzdem ist es bemerkenswert, dass eine CDU-Kanzlerin inzwischen flüchtlingspolitisch europaweit links außen steht. Merkel ist damit ein großes Risiko eingegangen.

Vor ein paar Wochen wurde in Deutschland noch darüber räsoniert, ob wir ein neues Einwanderungsgesetz brauchen oder nicht. Die CDU war eher skeptisch bis ablehnend. Jetzt kommen Tausende. Täglich. In vollen Zügen oder schlicht zu Fuß. Obwohl sie das nach geltenden EU-Regeln eigentlich nicht dürften. Und was macht die CDU-Kanzlerin? Sie äußert sich unbürokratisch, menschlich.

Die Flüchtlinge werden derzeit von den Behörden durchgewunken und, endlich in Merkel-Land angekommen, von vielen Bürgern freundlich begrüßt, weil viele begriffen haben: Jetzt geht es nicht mehr um Einwanderung in der Theorie, sondern um Schutz und konkrete Hilfe für Flüchtlinge in Not. Doch gleichzeitig bröckelt die politische Hilfsbereitschaft. Die CSU hat sich bereits distanziert. Auch in der CDU wird es lautere Fragen geben: Was genau können wir schaffen?

Wer die aktuelle Aufnahmebereitschaft aufrechterhalten will, muss auch auf unangenehme Fragen Antworten finden: Wie erreichen wir mehr Solidarität in der Gesamt-EU? Und ja, auch das: Wie gehen wir mit Menschen um, die keinen Anspruch auf Asyl haben? Einfach offene Grenzen zu fordern wird nie mehrheitsfähig sein. Die

Schaffen wir das? Kommentar von Lukas Wallraff zur neuen deutschen Willkommenskultur

Diskussionen über harte Seiten der Migrationspolitik müssen auch Linke führen. Sonst übernehmen die ganz Rechten die Debatte. Und einfach auf Merkel sollte man sich auch nicht verlassen. Dafür hat sie ihre Meinung schon zu oft geändert.

Die Diskussion über Härte in der Migrationspolitik müssen auch Linke führen

**Load-Date:** September 6, 2015

---

End of Document

## **Familien und Minderjährige werden gezielt diskriminiert; Schweden Das Parlament verschärft mit großer Mehrheit das Asylgesetz. Bleiberecht nur auf Zeit**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 23. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 9

**Length:** 510 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Schweden Das Parlament verschärft mit großer Mehrheit das Asylgesetz. Bleiberecht nur auf Zeit

### **Body**

---

Stockholm taz | Ihr habt Blut an den Händen stand auf einem Plakat, Schande! auf einem anderen. Dem Protestaufruf vor dem Reichstag in Stockholm, zu dem Flüchtlings- und Kinderhilfsorganisationen, die schwedische Kirche, das Rote Kreuz und andere aufgerufen hatten, waren am Dienstag Hunderte DemonstrantInnen gefolgt. Ihr Protest galt einem Gesetz, das zeitgleich im Parlament verhandelt wurde und das Asylrecht weiter verschärft.

Mehrheitlich verabschiedeten die Abgeordneten der rot-grünen Regierungsparteien zusammen mit den Konservativen und den rechtspopulistischen Schwedendemokraten eine Gesetzänderung, mit der sich Schweden laut Regierungschef Stefan Löfven auf dem Minimumniveau der Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU positioniert. Mit der Neuregelung, die am 20. Juli in Kraft tritt, wird vor allem die bislang dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung für anerkannte Asylsuchende auf drei Jahre beschränkt, der Familiennachzug so erschwert, dass nach Einschätzung der Kinderhilfsorganisation Rädda Barnen nun zwei Drittel aller unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auch nach Erhalt eines Bleiberechts erst einmal ihre Eltern und Geschwister nicht nachkommen lassen können.

Schweden könne es sich nicht leisten, großzügiger als andere EU-Länder zu sein, begründete Justiz- und Migrationsminister Morgan Johansson die notwendigen und vorbeugenden Verschärfungen, ansonsten laufe man Gefahr, in eine ähnliche Situation wie im vergangenen Jahr zu geraten. 2015 waren 163.000 Asylsuchende nach Schweden gekommen, in Relation zur Einwohnerzahl so viele wie in keinem anderen EU-Land. Nach der Einführung von Grenzkontrollen war diese Zahl seit Jahresbeginn massiv gesunken, derzeit stellen im Schnitt nur noch 60 bis 70 Flüchtlinge pro Tag einen Asylantrag, so wenig wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Diese aktuellen Zahlen spielten keine Rolle, erklärte Johansson. Ministerpräsident Löfven verteidigte die Neuregelung: Wir wollen damit auch erreichen, dass andere Länder mehr tun. Formal soll die jetzige Regelung zunächst bis 2019 gelten, mehrere PolitikerInnen kündigten bereits an, ein Zurück zur Asylpolitik der Vergangenheit werde es nicht geben.

Familien und Minderjährige werden gezielt diskriminiert Schweden Das Parlament verschärft mit großer Mehrheit das Asylgesetz. Bleiberecht nur auf Zeit

Neben der Linkspartei stimmte die liberale Zentrumsparterie gegen die Verschärfungen, Christdemokraten und Liberale enthielten sich. Kritisiert wurde von diesen vor allem, dass die schwedische Politik die Integration erschwere und zu einer dauerhaften Trennung von Familien führe, was gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstoße. Christina Höj Larsen, Abgeordnete der Linkspartei, sprach von einem Scheißgesetz und einer Schande , und die Zentrumsparlamentarierin Johanna Jönsson kritisierte es als höchst inhuman , verfolgten Familien kein Zusammenleben zu ermöglichen.

Schweden steht mit den Verschärfungen in Nord-europa nicht allein. Auch in Finnland, Norwegen und Dänemark sind Maßnahmen zur Bleiberechtsbegrenzung und zur Einschränkung des Angehörigennachzugs beschlossen oder in Vorbereitung. Reinhard Wolff

Meinung + Diskussion Seite 10

2015 sind 163.000 Asylsuchende nach Schweden gekommen

**Load-Date:** June 22, 2016

---

End of Document

## Eheringe zur Abschreckung; Reinhard Wolff über Dänemarks restriktive Asylpolitik

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 315 words

**Byline:** Reinhard Wolff

### **Body**

---

Reinhard Wolff über Dänemarks restriktive Asylpolitik

Es sei der am meisten missverstandene Gesetzesvorschlag Dänemarks, klagte Ministerpräsident Løkke Rasmussen. Tatsächlich war das Schmuckgesetz, das einige Medien zum Vergleich mit Nazimethoden veranlasst hatte, schon vor seiner parlamentarischen Behandlung am Dienstag von allen dänischen Asylverschärfungen diejenige gewesen, die international die größte Aufmerksamkeit erregte. Und das war durchaus Kalkül. Bei jedem weiteren empörten Bericht, Dänemark wolle Asylsuchenden nicht nur Geld, sondern auch Schmuck und womöglich Eheringe und Handys abnehmen, dürfte sich Migrationsministerin Inger Støjberg zufrieden die Hände gerieben haben.

Natürlich geht es Kopenhagen nicht um Geld oder Schmuck, sondern allein um Abschreckung. Die Furcht, sich an der Grenze erst einmal einer Leibesvisitation unterziehen zu müssen und regelrecht ausgeplündert zu werden, soll Flüchtlinge davon abhalten, Dänemark überhaupt als Asylland in Erwägung zu ziehen. Die von Støjberg auch im EU-Parlament wiederholte Klage, man sei missverstanden worden, ist nichts als Theater. Die Symbolpolitik von Regierung und Parlamentsmehrheit zielt darauf ab, genau so verstanden zu werden: bloß nicht Gefahr laufen, den Spitzenplatz als Land mit der schärfsten Asylgesetzgebung in Zweifel ziehen lassen.

Die Schmuckdebatte lenkt darüber hinaus von den wirklich substanziellen Asylrechtsverschärfungen ab. Beispielsweise von den Erschwernissen bei der Familienzusammenführung, die gegen die Menschenrechtscharta verstoßen. Dänemark wurde zwar vor das Europäische Parlament zitiert, bekam aber dort von der Großen Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten kaum Kritik zu hören. Und das hat einen offensichtlichen Grund: Viel von dem, was Dänemark in den letzten Jahren vormachte, haben sich mittlerweile andere -Regierungen zum Vorbild genommen.

Ausland 10 SEITE

**Load-Date:** January 26, 2016

---

End of Document



**Eine Lektion besonderer Güte; Norwegen Um Härte zu demonstrieren, hatte Oslo Flüchtlinge nach Russland zurück-geschickt. Das hat Moskau jetzt unterbunden und ein geordnetes Verfahren verlangt**

taz, die tageszeitung

Montag 25. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 528 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Norwegen Um Härte zu demonstrieren, hatte Oslo **Flüchtlinge** nach Russland zurück-geschickt. Das hat Moskau jetzt unterbunden und ein geordnetes Verfahren verlangt

## Body

---

Von Reinhard Wolff

Stockholm taz | Wir sind erleichtert, sagt Jon Ole Martinsen von der **Flüchtlingshilfeorganisation** Noas: Oslo könne nun seine **Asylpraxis** so ändern, dass diese nicht gegen Menschenrechte verstößt. Und dafür müsse man sich ausgerechnet bei Russland bedanken.

Was weder Warnungen des -UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR vor einem eklatanten Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention vermochten noch Appelle diverser Organisationen, dazu hat jetzt Russland die norwegische Regierung gezwungen. Am Samstag erklärte Moskau, mit sofortiger Wirkung aus Sicherheitsgründen die Abschiebung von Flüchtlingen über den Grenzübergang Storskog nicht mehr zu akzeptieren. Man wolle erst Verhandlungen zwischen beiden Ländern über ein geordnetes Verfahren.

Norwegen hatte Ende November sein Asylrecht massiv verschärft, die Grenze zu Russland für Flüchtlinge praktisch blockiert und Russland zu einem sicheren Drittland erklärt. Außerdem hatte Migrationsministerin Sylvi Listhaug angeordnet, alle rund 5.500 über Russland eingereiste Flüchtlinge würden ohne sachliche Prüfung ihrer Asylgründe in dieses für sie angeblich sichere Asylland zurückgeschickt.

Bei der Abschiebepaxis wollte man offenbar bewusst Härte demonstrieren. Bis Weihnachten wurden 371 Asylsuchende, darunter Familien mit Kindern, trotz Schnee und bitterer Kälte mit Fahrrädern über die Grenze abgeschoben. Was mit diesen auf russischer Seite passierte, ist bis heute nicht bekannt. Weil Russland offenbar gegen diese Vorgehensweise protestierte, einigte man sich Anfang Januar für die Zukunft auf Bustransporte. Zustande kam bislang aber nur ein einziger Transport mit 13 abgeschobenen Flüchtlingen. Ende vergangener Woche verhinderten AktivistInnen von Welcome Refugees to the Arctic weitere Abschiebungen und konnten einige Flüchtlinge aus dem Abschiebelager herausholen. Sie fanden in einem Kirchenasyl vorläufige Zuflucht.

Eine Lektion besonderer Güte Norwegen Um Härte zu demonstrieren, hatte Oslo Flüchtlinge nach Russland zurück-geschickt. Das hat Moskau jetzt unterbunden und ein....

Die Polizei nahm daraufhin am Donnerstagabend alle 82 Personen im Abschiebelager in Haft, darunter 15 Kinder, das jüngste keine 2 Jahre alt. Erst als Medien diese Aktion heftig kritisierten, wurden einen Tag später zumindest Familien mit Kindern wieder freigelassen. Am Sonntag wurde mitgeteilt, alle Inhaftierten seien wieder frei, dürften aber das Lager nicht ohne Erlaubnis verlassen. Begründet wird das mit einem Antiterrorgesetz aus dem Jahre 2008. Und das Justizministerium kündigte an, die seit Jahrzehnten bestehende Praxis, Kirchenasyl zu respektieren und niemand mit Gewalt aus Kirchen herauszuholen, sei nicht mehr aktuell, das untergrabe das Asylsystem.

Man werde jetzt mit Moskau verhandeln, erklärte Außenminister Børge Brende. Nun können wir erst einmal etwas entspannen, meint Eirik Nilsen von Welcome Refugees to the Arctic. Bei einer fünfköpfigen Familie aus Syrien kündigte die Ausländerbehörde wenigstens eine Asylprüfung in der Sache an. Dabei dürfe es nicht bleiben, fordert das liberale Dagbladet: Vermutlich könne man tatsächlich einen Teil der Flüchtlinge nach Russland zurückschicken, aber doch nicht automatisch, ohne Einzelfallprüfung und unter Verweigerung jeglichen Rechtsschutzes.

Nun können wir erst einmal etwas entspannen

**Load-Date:** January 24, 2016

---

End of Document

## Hilfe nur in engen Grenzen; Rudolf Balmer über Frankreichs restriktive Asylpolitik

taz, die tageszeitung

Montag 15. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

**Length:** 315 words

**Byline:** Rudolf Balmer

### **Body**

---

Rudolf Balmer über Frankreichs restriktive Asylpolitik

Wenigstens von Frankreich hätte die deutsche Bundesregierung in der europäischen Flüchtlingspolitik etwas mehr Solidarität erwarten dürfen. Die echten Freunde erkennt man, wenn es darauf ankommt. Die Bewältigung der Flüchtlingskrise in Europa ist ein solcher Fall. Doch Frankreichs Hilfsbereitschaft hat Grenzen.

Offiziell soll Frankreich 30.000 Vertriebene aufnehmen. In Wirklichkeit sind bisher aber fast gar keine gekommen. Die Flüchtlinge aus Syrien zogen an Frankreich vorbei, das jedoch andere Migrationsprobleme (zum Beispiel die Flüchtlinge in Calais) hat. Mit dem wohlfeilen Boot ist voll -Bild kann Frankreich nicht argumentieren.

Die Pariser Regierung will trotzdem keine zusätzlichen Quoten bei einer obligatorischen Aufteilung der Ankommenden innerhalb der Europäischen Union, das hat der französische Regierungschef Manuel Valls bei seinem Besuch am Wochenende in München nochmals betont.

Warum sich der französische Premierminister nun so deutlich von Angela Merkel distanziert, sagt er nicht ganz so deutlich. Frankreich hat Angst, sich an der Seite von Berlin in der EU zu isolieren, weil es laut Valls für Merkels Politik keine Mehrheit gibt. Was er noch weniger offen zugibt, ist sein Gefühl der Ohnmacht vor dem nationalen Egoismus und der wachsenden Fremdenfeindlichkeit. Das bestimmt sein Kalkül. Mit seiner Haltung kapituliert er im vorausseilenden Gehorsam vor der Ablehnung, und er übernimmt sogar teilweise die Argumente der Populisten.

Valls versteht seine Absage an Merkel als explizite Botschaft der verschlossenen Tür: Jetzt nehmen wir keine weiteren Flüchtlinge mehr auf! , müsse die EU den Einreisewilligen klipp und klar mitteilen. Diese sollen in der Türkei oder im Libanon Zuflucht suchen. Dafür gibt es eine andere, für Paris nicht sehr schmeichelhafte Metapher: die vom Schwarzen Peter.

Der Tag 2 SEITE

Hilfe nur in engen Grenzen Rudolf Balmer über Frankreichs restriktive Asylpolitik

**Load-Date:** February 14, 2016

---

End of Document

**Agentur: Auswärtiges Amt: Wir bieten Asyl; TÜRKEI Die Bundesregierung versichert allen kritischen Geistern in der Türkei ihre Solidarität**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 09. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 252 words

**Highlight:** TÜRKEI Die Bundesregierung versichert allen kritischen Geistern in der Türkei ihre Solidarität

## Body

---

BERLIN epd/dpa | Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), hat verfolgten türkischen Oppositionspolitikern, Wissenschaftlern und Journalisten die Solidarität der Bundesregierung zugesichert. In der Welt verwies Roth auf das Grundrecht auf Asyl: Deutschland stehe allen politisch Verfolgten im Grundsatz offen.

Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurden in diesem Jahr bis Ende September knapp 3.800 Asylanträge aus der Türkei gestellt. Im gesamten Jahr 2015 waren es rund 1.800.

Roth sagte, dass verfolgte Türken in Deutschland Asyl beantragen können. Dies gelte dezidiert nicht nur für Journalisten. Über die Aufnahme politisch Verfolgter entschieden dann die zuständigen Behörden. Was derzeit in der Türkei geschieht, hat mit unserem Verständnis von europäischen Werten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Medienfreiheit nichts zu tun, betonte der Staatsminister. Alle kritischen Geister in der Türkei sollen wissen, dass die Bundesregierung ihnen solidarisch beisteht.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu konterte: Deutschland sei das Land, das Terroristen aus der Türkei am stärksten unterstütze. Forderungen nach einem Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wies Roth zurück: Gespräche zu beenden ist leicht. Gespräche in dieser Zeit mit Ankara zu führen ist ungleich schwieriger. Gerade wir in Deutschland mit drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln sollten auf eine Fortsetzung der Gespräche drängen.

Meinung + Diskussion SEITE 12

**Load-Date:** November 8, 2016

**Zurück nach Libyen; EU-Beamte trainieren auf hoher See zweifelhafte libysche Küstenschützer. Die sollen bald Flüchtlinge aus dem Meer zurücknehmen und internieren. So will die EU Libyen zum sicheren Drittstaat machen**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 5

**Length:** 1689 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** EU-Beamte trainieren auf hoher See zweifelhafte libysche Küstenschützer. Die sollen bald **Flüchtlinge** aus dem Meer zurücknehmen und internieren. So will die EU Libyen zum sicheren Drittstaat machen

## Body

---

Aus Rom und Brüssel Christian Jakob

Eigentlich ist Manlio Scopigno kein Seemann. Der Brigadegeneral kommandierte Fallschirmregimenter. Italien entsandte ihn nach Somalia, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Libanon. Heute befehligt Scopigno die größte Seestreitmacht der EU: Die Militärmission Eunavfor Med, auch genannt Operation Sophia, die vor Libyens Küsten kreuzt, wo dieses Jahr schon über 4.600 **Flüchtlinge** auf dem Weg nach Europa ertrunken sind. Eunavfor Med steht für European Union Naval Force Mediterranean: EU-Marineverband für das Mittelmeer. Sophia soll den humanitären Aspekt unterstreichen und steht für das **Flüchtlingskind** Sophia, das an Bord der Fregatte Schleswig-Holstein geboren wurde.

Manlio Scopigno sitzt an einem Nachmittag im November in den Katakomben eines Backsteinbaus auf einem Militärflughafen im Süden Roms. Er zeigt Bilder von Fregatten. Acht Schiffe sind für Sophia unterwegs, zwei hat die Bundeswehr geschickt. 25 der 28 EU-Staaten sind an Sophia beteiligt, insgesamt 1.200 Armeeangehörige.

Ihr Gegner ist keine Armee. Unser Auftrag ist, die Schlepperboote zu identifizieren und zu zerstören, sagt Scopigno. In Zukunft aber sollen die Soldaten anderes tun, sagt Scopigno, die **Flüchtlinge** zurück nach Libyen bringen. Beamte der EU-Polizeiausbildungsmission Eubam Libya, an der auch die deutsche Bundespolizei beteiligt ist, beraten bereits die libysche Regierung, was mit den **Flüchtlingen** geschehen soll.

Am 13. Oktober trafen sich die EU-Innenminister in Luxemburg. Wieder einmal forderte Thomas de Maizière (CDU), dass die im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge nach Nordafrika zurück gebracht werden. In sicheren Unterbringungsmöglichkeiten solle dort ein Asylanspruch geprüft werden. 2003 hatte SPD-Innenminister Otto Schily das erstmals vorgeschlagen. Seither tauchte die Idee immer wieder auf. Tunesien war als möglicher Ort für

Zurück nach Libyen EU-Beamte trainieren auf hoher See zweifelhafte libysche Küstenschützer. Die sollen bald Flüchtlinge aus dem Meer zurücknehmen und internieren....

die Aufnahmelager im Gespräch. Aber wie wäre es zu rechtfertigen, Hunderttausende Menschen, die aus Libyen kommen, im Mittelmeer zu stoppen und im winzigen Tunesien abzuladen?

Und so verlangte der Maizières österreichische Kollege Wolfgang Sobotka in Luxemburg Abkommen, damit Europa Flüchtlinge sofort auch wieder nach Libyen zurückschicken könne. Ungarn hatte sich ähnlich geäußert. 256.000 Migranten halten sich nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration derzeit in Libyen auf.

Die libysche Regierung GNA (Government of National Accord), die auf einer Marinebasis in Tripolis residiert, lehnt dies bislang ab. Die Regierung und der 7-köpfige Präsidialrat wurden von der EU und UN anerkannt, spielen aber im Land kaum eine Rolle. Dennoch wälze die EU ihre Verantwortung auf unseren Schultern ab, sagte GNA-Außenminister Taher Siala.

Als im April 2015 in einer Woche über 1.000 Menschen ertranken, beschloss die EU einen 10-Punkte-Plan. Sophia war Punkt 2. Etwa 168.000 Menschen sind seit Anfang des Jahres über Libyen nach Italien gekommen, über 4.600 starben in den Schlauchbooten, für die die Schlepper pro Platz etwa 1.000 Dollar kassieren. Seenotrettung ist zwar nicht unser Kernmandat, sagt Scopigno, aber natürlich eine Pflicht. Rund 30.000 Menschen in Not haben Sophia-Schiffe bislang nach Italien gebracht.

Bis jetzt nehmen meist zivile Schiffe die Schiffbrüchigen nahe der libyschen Küste auf, dann versenken EU-Fregatten die Boote. Im Sommer verlängerte die EU das Sophia-Mandat um ein Jahr bis 2017. Jetzt soll die Mission die völlig desorganisierte und undurchsichtige libysche Küstenwache trainieren.

Dafür verließen am 24. Oktober ein niederländisches und ein italienisches Trainingsschiff den Hafen von Catania. Monatelang hatte die EU in Libyen nach Teilnehmern gesucht, Bedingung: seit zwei Jahren im Dienst Libyens und eine Selbstverpflichtung für weitere zwei Jahre sowie Loyalität zur GNA. Ein Sicherheitscheck sollte zudem verhindern, dass Dschihadisten dabei waren.

Am 26. Oktober gingen 78 Auserwählte an Bord. In der ersten Phase sollen sie 84 Stunden büffeln, auf dem Stundenplan Menschenrechte, Seerecht, Maritime Sicherheit, Meeresschutz, Seenotrettung, Fischereiüberwachung und Englisch macht 12 Stunden pro Fach. Die Ausbilder stammen aus Belgien, Griechenland, Deutschland und den Niederlanden. Außerdem schicken das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die EU-Grenzschutzagentur Frontex Experten. Im Januar 2017 soll das Training in Malta und Griechenland weitergehen.

#### Gaddafis Wächter

Manche der Küstenwächter stammten noch aus Gaddafis Zeiten, sagt Scopigno. Deren Fähigkeiten wolle man verbessern. Eine dem libyschen Innenministerium unterstehende Truppe ist nicht dabei. Die Kontaktaufnahme hat nicht geklappt, begründet Scopigno. Die antworten uns nicht. Die Übrigen aber seien gut organisiert, wissbegierig und lernfähig. Allerdings hätten sie keine Kenntnis über Menschenrechte oder Seerecht und waren nicht auf dem Stand westlicher Küstenwachen. Dadurch seien sie durch sehr aggressives Auftreten aufgefallen, sagt Scopigno. Ziel des Trainings sei deshalb weniger aggressives Verhalten.

Ende Oktober hatte ein Boot der libyschen Küstenwache eine Rettungsaktion der deutschen NGO Sea Watch gestört. Mehr als zwei Dutzend Menschen ertranken. Sea Watch hat deshalb in Deutschland Anzeige nach dem Weltrechtsprinzip erstattet, wie Sprecher Ruben Neugebauer sagt. Zwar habe es auch Begegnungen gegeben, wo die libysche Küstenwache bei der Rettung mitgeholfen hat. Trotzdem sieht Neugebauer die Truppe extrem kritisch. Was wir sehr oft hören, ist, dass die Küstenwache die Flüchtenden zurückbringt. In Libyen werden sie eingesperrt und können sich dann wieder freikaufen, sagt er. Die libysche Küstenwache ist selbst Teil des Schleppergeschäfts.

Gleichwohl soll sie bald Ausrüstung aus Europa bekommen. Als Diktator Gaddafi 2007 Italien einen milliardenschweren Nachbarschaftsvertrag aus der Nase zog, versprach Rom die Lieferung von zehn Patrouillenbooten. Ausgeliefert wurden sie nie. Bis heute liegen sechs Boote in Tunesien, vier in Italien. Man muss sichergehen, dass die Richtigen sie bekommen, sagt Scopigno. Die Richtigen sollen die sein, die die EU jetzt

Zurück nach Libyen EU-Beamte trainieren auf hoher See zweifelhafte libysche Küstenschützer. Die sollen bald Flüchtlinge aus dem Meer zurücknehmen und internieren....

ausgebildet. Und dann soll Sophia in die dritte Phase eintreten. Dann sollen die Schlepper direkt an der Küste bekämpft werden. Vor allem soll die libysche Regierung GNA den Europäern erlauben, in libyschen Gewässern zu patrouillieren und gemeinsam mit den frisch von der EU ausgebildeten eigenen Grenzern Schiffbrüchige aufnehmen. Das würde die Lage grundsätzlich ändern.

Wenn man akzeptiert, dass die Libyer retten können, dann muss man auch akzeptieren, dass sie sich um die Flüchtlinge kümmern können, sagt Scopigno. Gerettete sollen nach Libyen gebracht werden, nicht mehr nach Italien. Und was soll dann mit den Menschen dort geschehen? Es gibt Verantwortliche für die Flüchtlingscamps in Libyen, die der Regierung unterstehen, sagt Scopigno. Es werde sondiert, ob diese Camps so gestaltet werden können, dass sie aufnahmefähig werden.

Die Genfer NGO Global Detention Project zählt in Libyen 24 Internierungslager. 15 wurden in den letzten zwei Jahren eröffnet, 9 stammen aus Gaddafis Zeit. Die wenigen NGOs, denen es in den Wirren der letzten Jahre gelang, einen Blick in die Lager zu werfen, sprachen von grauerregenden Zuständen. In mindestens zehn der Lager sind nach taz-Recherchen willkürlich verhaftete Migranten untergebracht. Damit wollen sich lokale Milizen und Behörden als Partner für die EU zeigen. Nicht wenige hoffen, von der EU bezahlt zu werden.

Ausgerechnet das im Chaos versunkene Libyen soll zum sicheren Drittstaat erklärt werden. Wohin die Menschen nach einer Rückschiebung kommen sollen, sondieren nach Angaben von Scopigno derzeit Beamte von Eubam Libya.

Doch die für dieses Jahr mit 17 Millionen Euro ausgestattete Eubam Libya ist das beste Beispiel, wie prekär die Lage ist. Seit Jahren sollen die Beamten in Libyen ausbilden, die Bekämpfung irregulärer Migration war ein Hauptziel. Doch nie war die Situation annähernd stabil genug, dass sie hätten beginnen könnten. Alle Diplomaten wurden 2014 nach Tunesien evakuiert. Die GNA-Regierung verfügt weder über Sicherheitskräfte noch ein Budget. Nur eine Rumpfmannschaft von Eubam wartet von Tunis aus auf den Einsatz.

Beim Europäischen Auswärtigen Dienst heißt es dazu: Die Voraussetzungen für den Übergang zur Sophia Phase III liegen noch nicht vor. Dazu müsste Libyen Migranten nach internationalen Standards aufnehmen können. Dies ist derzeit nicht der Fall. Damit sich dies ändere, führe Eubam einen engen Dialog, unter anderem mit den libyschen Behörden.

Nicht einmal der mit 1,8 Milliarden Euro ausgestatteten Trust Funds for Africa, mit dem die EU die Flüchtlinge aufhalten will, kann so greifen. Aus dem Projekt sind gerade einmal 6 Millionen Euro für Libyen vorgesehen. Mit dem Geld sollen die lokalen Behörden Alternativen zur Internierung, vor allem für Kinder entwickeln. Aber ein Start des Programms ist nicht in Sicht. Wann immer das möglich ist, werde ein Konsortium unter Führung des dänischen Flüchtlingsrates mit der Umsetzung beginnen, heißt es bei der EU.

Mitarbeit: Mirco Keilberth, Fabian Grieger, Paul Welch Guerra.

Ein Teil der Recherche fand im Rahmen einer Reise der EU-Kommission statt, die die Kosten trug

Wenn man akzeptiert, dass die Libyer retten können, dann muss man auch akzeptieren, dass sie sich um die Flüchtlinge kümmern können

Europas Grenzen in Afrika

Libyen ist tiefer im Chaos versunken als irgendein anderes Land im Maghreb. Dorthin will die EU nun Flüchtlinge zurückschicken

taz-Rechercheprojekt

Vor dramatischer Migration aus Afrika warnt die Bundesregierung, von einem Marshallplan ist die Rede. Doch die Milliardensummen, die Europa in Afrika ausgeben will, dienen nicht nur dem Kampf gegen Armut. Erklärtes Ziel ist es, Flüchtlinge und Migranten tief im Inneren Afrikas aufzuhalten. Die taz berichtet darüber in einem Recherche-



Zurück nach Libyen EU-Beamte trainieren auf hoher See zweifelhafte libysche Küstenschützer. Die sollen bald Flüchtlinge aus dem Meer zurücknehmen und internieren....

Schwerpunkt. Die ersten Teile erschienen am 17. November (Zusammenarbeit der EU und Deutschlands mit Sudans Regime) und am 23. November (Sudanesische Schleuser packen aus). Die Recherche wurde gefördert von Fleiß und Mut e. V. (fleissundmut.org).

**Load-Date:** November 23, 2016

---

End of Document

## **Die Paten von Rom; Korrupte Geschäfte mit der Versorgung von Flüchtlingen von Stefano Liberti**

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Januar 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 21

**Length:** 2055 words

**Byline:** Stefano Liberti

**Highlight:** Korrupte Geschäfte mit der Versorgung von **Flüchtlingen** von Stefano Liberti

### **Body**

---

Mit den **Flüchtlingen** lässt sich mehr Geld machen als mit dem Drogenhandel. Mit diesem Satz beschrieb Salvatore Buzzi, Vorsitzender der Genossenschaft 29. Juni 1, in einem abgehörten Telefongespräch, worum es bei den Ermittlungen namens Mafia capitale (Hauptstadtmafia) geht. Die Untersuchung, die derzeit die Regierungspaläste der Stadt Rom erschüttert, hat ein gigantisches Netzwerk systematischer Korruption aufgedeckt, in dem mit sozialen Diensten, insbesondere mit den Auffangstrukturen für **Flüchtlinge**, im großen Stil Geld verdient wurde.

Mitgemacht haben anscheinend alle: die linken wie rechten Stadtregierungen, die nacheinander das Zepter in der Hand hatten, Geschäftemacher aus den unterschiedlichsten kriminellen Milieus sowie Handlager und Vermittler zwischen Politik und Unterwelt: Zu Letzterer gehören der genannte Salvatore Buzzi, 1980 wegen Mordes und Betrugs zu 25 Jahren Haft verurteilt und 1992 von Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro begnadigt, sowie der neofaschistische Extremist Massimo Carminati, der als Boss der Bande den Ehrentitel König von Rom verliehen bekam.

Die Hierarchien sind flach, die Organisation ist weit verzweigt. Es ist eine Mafia neuen Typs, sagt Staatsanwalt Giuseppe Pignatone, der die Ermittlungen leitet. Es handelt sich nicht um eine cupola, um eine Kuppel über Rom, die von oben alles unter Kontrolle hat. Die Organisation hat nicht die Macht, die ganze Hauptstadt in Schach zu halten, sondern investiert in etliche mafiöse Unternehmen im Stadtgebiet. Sie hat keine militärische Struktur, sondern ist wie eine Holding in mehrere Geschäftsfelder gegliedert.

Einzelne Personen, die über exklusiven Zugang zu den Schaltstellen der Stadtverwaltung und zum Innenministerium verfügen, haben im Lauf der letzten Jahre eine Reihe von kommunalen, sozialen Dienstleistern unter ihre Kontrolle gebracht, darunter mindestens zwei Hühnchen, die wahrhaft goldene Eier legen: die Asylbewerberheime und die Lager für die Roma. Die Summen, um die es dabei geht, sind stattlich: Die Genossenschaft, der Buzzi vorsitzt und die für mehrere Aufnahmelager zuständig ist, hat für 2013 einen Umsatz

## Die Paten von Rom Korrupte Geschäfte mit der Versorgung von Flüchtlingen von Stefano Liberti

von 58,8 Millionen Euro ausgewiesen: Mit Ausländern und Zigeunern haben wir 40 Millionen gemacht , prahlte Buzzi in einem weiteren abgehörten Telefonat.

Wie aber konnten ausgerechnet Roma und Flüchtlinge zu einer sprudelnden Einnahmequelle werden? Die Antwort besteht in einem einzigen Wort: Notstand. Denn in Zeiten des Notstands werden festgelegte Verfahrensweisen umgangen, Kontrollen vernachlässigt, und Regeln gelten nicht mehr. Erst der Zigeuner-Notstand von 2008, in dem Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden, um die berüchtigten Großlager am Stadtrand von Rom zu errichten, dann 2011 der Flüchtlings-Notstand im Mittelmeer das waren die Rammböcke, die Rom und sein Sozialwesen zur Ausplünderung durch die Mafia capitale freigegeben haben, und zwar in einem Ausmaß, dass man fast von einer Monopolstellung sprechen kann: Durch Bestechung und versteckte Drohungen hat sich die Genossenschaft 29. Juni die Verwaltung des größten Roma-Lagers der Stadt und ungefähr die Hälfte der Flüchtlingslager gesichert.

Ihr Interesse für das Flüchtlingsbusiness entdeckte die Organisation Anfang 2011. In dem Jahr führte die Revolution in Tunesien und dann der Bürgerkrieg in Libyen dazu, dass die Zahl der Bootsflüchtlinge, die an Siziliens Küsten ankamen, mit insgesamt 63 000 Menschen völlig neue Dimensionen erreichte. Dies veranlasste die damalige Regierung Berlusconi, ein zusätzliches Aufnahmesystem zu etablieren, das den örtlichen Präfekturen über die normalen Strukturen hinaus gestattete, Turnhallen, Hotels und andere Immobilien zu Aufnahmestätten für Flüchtlinge umzufunktionieren.

In ganz Italien entwickelten sich daraufhin Zentren, Kooperativen und Vereine, die dieser Aufforderung der Regierung Folge leisteten und für einen durchschnittlichen Tagessatz von 45 Euro Migranten unterbrachten. Die Bewilligungen für die provisorischen Lager wurden ohne jegliche Überprüfung vergeben, es gab keine öffentlichen Ausschreibungen. Neben ein paar kleinen Verbänden und Vereinigungen waren es vor allem große Zusammenschlüsse wie die Genossenschaft 29. Juni , die in dem Sektor erhebliche Verdienstmöglichkeiten witterten.

Ebenfalls im Jahr 2011 wurde in Sizilien das Zentrum für Asylbewerber Mineo eingeweiht. Im ehemaligen Sperrgebiet der US-Militärbasis Sigonella bei Catania liegt in einer von der Sonne verwöhnten, landwirtschaftlich genutzten Ebene das sogenannte Orangencamp. Pastellfarbene Reihenhäuser stehen an breiten Wegen artig nebeneinander, es gibt Spielplätze, Fußballfelder und Basketballkäfige.

Seit dem Abzug der Amerikaner 2010 stand das Gelände leer aber nicht allzu lang. Die Regierung Berlusconi öffnete es während des Notstands für die Flüchtlinge. Mit seinen 4 000 Bewohnern ist es das derzeit größte Flüchtlingsheim Europas. Die Gäste scheinen wie aus der Welt gefallen: Sie leben dort auf unbestimmte Zeit, an einem Ort, wo es keine Berührung mit dem Gastland gibt, abgesehen vom Kontakt mit den Mitarbeitern des Camps und vom Blick auf die Soldaten in Tarnanzügen, die den Eingang bewachen.

Mineo ist das Symbol für das italienische Aufnahmesystem: Weit weg von bewohnten Zentren, bildet es eine entfremdete Welt für sich, deren Bewohner von der Realität, in der sie um Asyl bitten, auf maximale Distanz gehalten werden. Aber vor allem ist es eine Gelddruckmaschine. Mit dem verantwortlichen Unternehmen einem Konsortium aus Firmen und Genossenschaften mit exzellenten Beziehungen zur sizilianischen Politik wurde erst kürzlich ein Dreijahresvertrag über 97,9 Millionen Euro abgeschlossen.

Seit 2011 ist Mineo einer der zentralen Knotenpunkte im großen Asylnotstandsbusiness. Die Insassen werden hier festgehalten oder in andere Zentren weitergereicht, je nach Bedarf oder nach Anweisung aus Rom. Als Berater fungierte Luca Odevaine, Exmitglied in der Stadtregierung von Roms Bürgermeister Walter Veltroni (PD), dann Teilnehmer am Runden Tisch zur Bewältigung des Flüchtlingsnotstands , der Institution, die direkt über Einsatz und Vergabe der Gelder entscheidet.

Feldbetten auf der Tanzfläche

Odevaine wurde im Zuge von Mafia capitale verhaftet. Es heißt, er habe ein monatliches Fixum von 5 000 Euro für diverse Gefälligkeiten erhalten. Dazu gehörte anscheinend auch die regelmäßige Lieferung einer festgelegten Anzahl von Migranten aus Sizilien nach Rom an die Genossenschaft von Buzzi.

## Die Paten von Rom Korrupte Geschäfte mit der Versorgung von Flüchtlingen von Stefano Liberti

Der 2011 ausgerufenen Notstand Nordafrika wurde am 28. Februar 2013 per Verordnung für beendet erklärt, mit Kosten für den italienischen Staat in Höhe von 1,3 Milliarden Euro. Die Flüchtlinge, die noch in den besagten Einrichtungen untergebracht waren, wurden aufgefordert, mit 500 Euro Handgeld ausgestattet ihren Weg zu gehen nachdem viel Geld für sie ausgegeben, aber nichts für ihre Integration getan worden war. Viele verließen Italien umgehend und machten sich auf in andere europäische Staaten. Aber die Geschäftsbeziehungen, die Profiteure und die Kunden blieben erhalten und wurden ausgebaut. Denn der nächste Notstand wartete schon an der Ecke.

Als die Überfahrten der Flüchtlinge in der zweiten Jahreshälfte 2013 wieder einsetzten, erwies sich das System als gut erprobt und voll funktionsfähig. 2014 kamen über 160.000 Flüchtlinge übers Meer nach Italien, die meisten von ihnen wurden von der italienischen Marine im Rahmen der Hilfsoperation Mare Nostrum gerettet.<sup>2</sup> So wurde wahr, was Salvatore Buzzi Ende 2013 sich und einem Mitglied der römischen Stadtregierung per SMS wünschte: Hoffen wir auf ein weiteres Jahr voller Müll, Flüchtlinge, Migranten, Evakuierter und Minderjähriger, und möge es viel regnen, damit es mehr Heu zu ernten gibt, und ein Schneesturm würde auch nicht schaden: Hoch lebe die soziale Zusammenarbeit!

Von den Menschen, die übers Meer in Italien angekommen sind, hat sich ein großer Teil über ganz Europa verteilt. Das wurde möglich, weil die italienischen Behörden die Vorgaben der EU, den Flüchtlingen Fingerabdrücke zur Identifikation abzunehmen, äußerst lax handhabten. Mit dem Rest jedoch verfuhr man ganz nach dem 2011 eingeübten System. Wieder wurden die Präfekturen aufgefordert, in ihren Provinzen neben den bestehenden Aufnahmestrukturen zusätzliche Orte zu benennen. Und wieder fanden sich Hotels, Turnhallen, Stadien und andere offensichtlich ungeeignete Immobilien wie etwa das Tropicana, ein Nachtclub in Ragusa an der Südspitze Siziliens, in dem Feldbetten einfach auf die Tanzfläche gestellt wurden.<sup>3</sup>

Inzwischen hat das Innenministerium den Tagessatz auf 35 Euro heruntergesetzt, aber das Geschäft lohnt sich nach wie vor. Die sogenannten Sonderaufnahmelager stehen Erwachsenen und unbegleiteten Minderjährigen offen die Anzahl von allein ankommenden Kindern und Jugendlichen ist zuletzt stark gestiegen: 11 507 waren es laut Save the Children zwischen Januar und Oktober 2014. Und für minderjährige Flüchtlinge zahlt der italienische Staat immer noch 91 Euro am Tag.

Allein in den Sonderaufnahmelagern sind bis heute 34 705 Flüchtlinge untergebracht, die Kosten betragen 1 Million Euro pro Tag. Geleitet werden die Einrichtungen wiederum von zahlreichen Freiwilligen, von Verbänden und Individuen, die zumeist nur über geringe soziale Kompetenz im Umgang mit Flüchtlingen verfügen, aber politisch bestens vernetzt sind.

Das Tropicana in Ragusa etwa gehört Giovanni Occhipinti, dem Vizepräsidenten von Forza Italia auf Sizilien. Während er in der Öffentlichkeit gegen die italienische Seerettungsoperation Mare Nostrum wetterte, kassierte er als Geschäfts- und Privatmann 3 500 Euro pro Tag für die Unterbringung von 94 Flüchtlingen auf der Tanzfläche seiner ehemaligen Diskothek.

Um wie viel Geld geht es dabei eigentlich insgesamt? Zwischen 700 und 800 Millionen Euro pro Jahr, sagt Mario Morcone, Leiter der Abteilung Immigration beim Innenministerium. Ein sehr kleiner Teil dieses Geldes kommt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (Amif) der Europäischen Union. Für Italien stehen für die Zeit von 2014 bis 2020 wenig mehr als 320 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 45 Millionen pro Jahr. Der Rest kommt von der italienischen Regierung. Da muss man Salvatore Buzzi wohl recht geben: Die Flüchtlinge bringen mehr Geld als der Drogenhandel.

Das Thema Zuwanderung beschäftigt Italien schon seit Jahrzehnten. Als 1991 27 000 Albaner übers Meer kamen, sah sich das Land zum ersten Mal mit einer Massenflucht konfrontiert. Die von der Regierung eingesetzte Sonderbeauftragte Margherita Boniver sagte damals vor dem Parlament: Es ist richtig und sogar notwendig, dass rechtzeitig und regelmäßig aktualisierte Pläne zur Aufnahme von Flüchtlingen unter Einbeziehung aller zuständigen Behörden erstellt werden, damit solche Massenphänomene unser Land nicht unvorbereitet treffen. Mehr als 20 Jahre später hat sich nichts geändert. Das jetzt aufgedeckte kriminelle Geflecht in Rom zeigt, dass es vielen gerade recht kommt, wenn die Aufnahmestrukturen weiterhin der Dynamik des Notstands gehorchen.

## Die Paten von Rom Korrupte Geschäfte mit der Versorgung von Flüchtlingen von Stefano Liberti

Im November 2014, noch vor dem Bekanntwerden der Ermittlungen von Mafia capitale mit insgesamt 37 sofortigen Verhaftungen und über 100 Ermittlungsverfahren, kam es zu einer Reihe von rassistischen Angriffen durch aufgehetzte Bürger und Neofaschisten auf Flüchtlingsheime in der römischen Peripherie. Innenminister Angelino Alfano rechtfertigte diese Attacken. Sie seien das Resultat einer übertriebenen Asylpolitik. Alfanos Worte klingen heute noch zynischer. Denn übertrieben war gewiss nicht die Gastfreundschaft, mit der die Flüchtlinge in Italien aufgenommen wurden, sondern die Gewinne und politischen Karrieren derer, die aus dem Schicksal der Flüchtlinge ein Business gemacht haben.

Fußnoten: 1 Der 29. Juni ist (nur) in Rom ein gesetzlicher Feiertag, zu Ehren von St. Peter und St. Paul, den beiden Schutzheiligen der Stadt. 2 Stefano Liberti, Brüssel liegt nicht am Meer, Le Monde diplomatique, November 2014. 3 Siehe al-Dschasira, Catania mayor calls for EU help with migrants : [www.youtube.com/watch?v=nLQeii8w3k](http://www.youtube.com/watch?v=nLQeii8w3k). Aus dem Italienischen von Ambros Waibel Stefano Liberti ist Journalist in Rom und der Autor von Landraub. Reisen ins Reich des neuen Kolonialismus, Berlin (Rotbuch) 2012. Sein Twitter-Account ist @abutiago. © Le Monde diplomatique, Berlin

**Load-Date:** January 8, 2015

---

End of Document

**Das falsche Wort; Rechte Gewalt Übergriffe auf Flüchtlingsheime werden Terror genannt. Gut gemeint, aber daneben. So wird der institutionelle Rassismus abgestritten**

taz, die tageszeitung

Dienstag 15. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10

**Length:** 1048 words

**Byline:** Sybille Biermann

**Highlight:** Rechte Gewalt Übergriffe auf **Flüchtlingsheime** werden Terror genannt. Gut gemeint, aber daneben. So wird der institutionelle Rassismus abgestritten

## Body

---

Jetzt, nach den Attacken von Heidenau, warnt auch Bundeskanzlerin Angela Merkel vor einer Gefahr des rechten Terrors, und der Kölner Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen stellt in einem Interview rassistische Hetze und konkrete Übergriffe in einen direkten Zusammenhang. Plötzlich wird reagiert, werden scharfe Worte gesprochen, kündigt Merkel den Hetzern eine Null-Toleranz-Politik an, mit allen Mitteln des Rechtsstaates. Eine Schande wie die Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund dürfe sich nicht wiederholen, sagt sie im Pressegespräch. Lobbygruppen wie Pro **Asyl** sprechen schon länger von rechtem Terror, und viele Kommentatoren folgten. Dahinter stehen die Forderungen nach härteren Maßnahmen. Aber welchen Handlungsspielraum eröffnet die Benennung als Terrorismus wirklich?

### Deutsches Kontinuum

Was gegenwärtig in Deutschland passiert, ist hässlich, aber eben kein Ausnahmezustand, sondern ein deutsches Kontinuum, das gerade mal wieder eskaliert und an die Oberfläche tritt. Das einzugestehen tut weh. Auf einer zweiten Ebene wünscht man sich also auch, dass man die Täter und ihre Taten außerhalb des moralischen Konsenses unserer Gesellschaft stellt. Denn Terroristen, das sind immer die anderen.

Das letzte Jahrzehnt war dominiert von einem Angstdiskurs um islamistischen Terrorismus, der so weit ging, ganze Bevölkerungsschichten unter Generalverdacht zu stellen, und der den etablierten antimuslimischen Rassismus salonfähig machte.

Auch bei der Mordserie des NSU wurde erst einmal auf einen irgendwie ethnisch definierten Kriminalitätsverdacht gesetzt; die Opferfamilien wurden in Verhören belästigt und retraumatisiert, die Opfer über ihren Tod hinaus stigmatisiert. Ist es da nicht ein Korrektiv, wenn nun von weißen deutschen Brandstiftern endlich mal als Terroristen

Das falsche Wort Rechte Gewalt Übergriffe auf Flüchtlingsheime werden Terror genannt. Gut gemeint, aber daneben. So wird der institutionelle Rassismus abgestrit....

gesprochen wird, und zwar nicht erst Jahre nach ihren Taten? Die aktuelle Gewalt muss verurteilt, verhindert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Schon im Juli stellte Pro Asyl einige Forderungen auf: polizeiliche Präventionsarbeit, konsequente Strafverfolgung, Ausschluss von rassistischem Sicherheitspersonal und nicht zuletzt die Unterbindung bedrohlicher Kundgebungen. Diese Forderungen bedürfen keines Terrorismusbegriffs, den Handlungsspielraum hat der Sicherheitsapparat jetzt schon. Wer das Grundrecht auf Asyl angreift, verstößt gegen das Strafgesetz.

Im Zweifel eröffnen wir den Sicherheitsbehörden mit dem Terrorismusbegriff weitere Spielräume, um Freiheiten einzuschränken. In der Vergangenheit haben insbesondere linke und migrantische Gruppierungen diese Einschränkungen in der Folge zu spüren bekommen. Einmal von der Leine gelassen, wer kontrolliert dann den Staatsschutz? Seit 9/11 sitzen Polizei und Verfassungsschutz, wie schon zu RAF-Zeiten, erneut an einem Tisch. Das war seit der Nazizeit eigentlich nicht mehr denkbar.

Setzen wir auf Terrorismusbekämpfung, dann setzen wir auf Sicherheitsbehörden, denen besonders nach der Selbstenttarnung des NSU nicht vertraut werden kann. Sicherheitsbehörden, die sich weigern, in ihren eigenen Reihen mit individuellem, aber noch viel wichtiger: mit institutionellem Rassismus aufzuräumen. Polizisten machen sich auch immer wieder mit kriminellen Neonazis gemein.

#### Kein Frühwarnsystem

Noch ist unklar, inwiefern die derzeitigen Brandstifter dem organisierten Spektrum zuzuordnen sind. Rechte Gewalttäter hinterlassen nur selten Bekennerschreiben oder Mitgliedsausweise. Vieles, was nicht parteipolitisch organisiert ist, bleibt also unter dem Radar. Die Rechte in Deutschland stellt sich bereits seit Jahren neu auf, und spätestens seit dem NSU ist das bedrohliche Ausmaß dessen klar.

Ob der Verfassungsschutz hier Abhilfe schaffen kann, ist zu bezweifeln. Im Gegenteil profitieren die rechtsextremen Netzwerke davon, wenn aus der Szene angeworbene V-Männer wie Tino Brandt das Gehalt für ihre geheimdienstlichen Tätigkeiten in die Strukturen zurückfließen lassen. Es gab Reformen, die sehen hier aber lediglich eine Gehaltsgrenze vor. Auch als Frühwarnsystem funktioniert der Verfassungsschutz nicht, warnen Experten aus dem kritischen Spektrum, zum Beispiel das Bündnis NSU Watch. Dass sich die Rechte wieder auf plumpe Einpunktprogramme, also Ausländer-raus-Kampagnen, zurückbesinnt, hat man dort bereits vor Jahren angemahnt.

#### Verankerter Rassismus

Aber: Die Rechte ist in der bequemen Situation, sich in ihren Diskursen aus der sarrazinischen Mitte bedienen zu können. Auch das ist nicht neu. Dass Rassismus in der deutschen Gesellschaft fest verankert ist, belegte zuletzt eine Studie der Universität Leipzig. Während dort nur knapp 6 Prozent der Befragten ein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufwiesen, so waren es weit über die Hälfte in der Kategorie Abwertung von Flüchtlingen .

Man mag es kaum glauben angesichts der Welle der Barmherzigkeit, auf der das Land gerade taumelt, aber das war vor gerade mal drei Jahren. Dass man aus den Reihen der Politik zunächst Verständnis für die rassistischen Sorgen der Asylkritiker anmahnte, war somit zwar nicht überraschend, aber deshalb nicht minder verantwortungslos. Wenn nun nach einer Benennung der Gewalt als terroristisch gerufen wird, dann ist das auch der Versuch, das Problem des Rassismus zu externalisieren. Dann wollen wir uns vielleicht auch der kritischen Selbst- und Ursachenprüfung als Passdeutsche, Politiker, Medienmacher entledigen, indem wir die Täter außerhalb der moralischen Gemeinschaft verorten.

Rassismus terrorisiert und traumatisiert. Um das zu verstehen, muss man bloß ein wenig zuhören wenn Betroffene Passdeutsche wie Migrant\*innen von ihren Erfahrungen sprechen. Solange deren Forderungen aber nicht ernst genommen oder diese gar kriminalisiert werden; solange wir Themen wie die leidige N-Wort-Debatte, Racial Profiling, institutioneller Rassismus, um nur einige Beispiele zu nennen, weiter wegdiskutieren, wird auch der Terrorismusbegriff deutsche Zustände nicht ändern können. Sybille Biermann

Das falsche Wort Rechte Gewalt Übergriffe auf Flüchtlingsheime werden Terror genannt. Gut gemeint, aber daneben. So wird der institutionelle Rassismus abgestrit....

Die Rechte kann sich in ihren Diskursen aus der sarrazinischen Mitte bedienen

Sybille Biermann

studierte Migrations- und Diaspora-studien an der School of Oriental and African Studies (SOAS), London und schreibt unter anderen in der taz zu den Themen Migration, Rassismus und politische Bewegungen.

**Load-Date:** September 14, 2015

---

End of Document



**Jetzt muss Schluss sein mit dem ewigen Abwiegen; Zu Gast beim taz.lab  
Daniel Cohn-Bendit fordert EU-Kommissar und Minister für Einwanderung,  
Asyl und Integration**

taz, die tageszeitung

Samstag 23. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 30

**Length:** 666 words

## Body

---

Zu Gast beim taz.lab Daniel Cohn-Bendit fordert EU-Kommissar und Minister für Einwanderung, Asyl und Integration

Von Peter Unfried

Zwar ist der Grieche Dimitris Avramopoulos in der Kommission Juncker für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständig und läuft unter Flüchtlingskommissar, doch sei er hilflos angesichts der bestehenden und nicht funktionierenden Strukturen. Es braucht eine neue europäische Direktive zu Einwanderung, Asyl und Migration, die die Arbeit des Kommissars auf eine andere Grundlage stellt, sagte Cohn-Bendit der taz.

Die globale Flüchtlingsdynamik und -integration könne nur als gemeinsames EU-Projekt gemeistert werden und nur in durchgängig funktionierenden Strukturen: EU, Bund, Länder. Daher brauche es auch ein eigenes Bundesministerium und ein Einwanderungsgesetz. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Vertriebenen integriert werden mussten, gab es ein Vertriebenenministerium. Nun braucht es ein Ministerium für Einwanderung, Asyl und Integration, sagt Cohn-Bendit. Das Ministerium müsse unverzüglich installiert werden, so wie entsprechende Ministerien in allen Bundesländern. Nur so ist Deutschland fähig, als Einwanderungsland politisch zu handeln.

Cohn-Bendit, 70, wird am 2. April Gast beim tazlab sein. Er dürfte der bekannteste Europapolitiker des Kontinents sein, lebt und arbeitet in zwei Kulturen, der französischen und der deutschen; er gehört zu den profiliertesten Befürwortern des europäischen Projekts jenseits von Nationalstaaten. 1989 hatte er in Frankfurt am Main nach einem rot-grünen Wahlsieg das erste Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) gegen SPD und Teile der Grünen durchgesetzt. Er war dann bis 1997 dessen erster Leiter.

Ich komme mir im Moment vor wie damals in Frankfurt, sagt er. Immer das gleiche Abwiegen, die Frage: Was soll das? Und die ewige Rede, das könne man doch auch in den etablierten Strukturen machen. Könnte man nicht, das zeige ja die Situation.

Jetzt muss Schluss sein mit dem ewigen Abwiegen. Zu Gast beim taz.lab Daniel Cohn-Bendit fordert EU-Kommissar und Minister für Einwanderung, Asyl und Integratio....

Das Innenministerium sei für diese Aufgabe nicht geeignet, weil es der Logik der Abwehr von Gefahren verpflichtet sei. Man brauche einen auf gelingende Einwanderung konzentrierten Ansatz und vor allem auch einen eigenen Haushalt, eine Struktur, eine politische Pyramide. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird in seinem Konzept dem neuen Ministerium untergeordnet; Finanzminister Schäuble stellt dem neuen Einwanderungsminister die zwölf Milliarden Euro zu Verfügung, die er gerade als Überschuss gefunden hat. Damit kann man es organisieren, dass wir es -schaffen .

Mit dem Einwanderungsministerium will Cohn-Bendit jenseits der Fragen von Obergrenzen, Abschiebungen und der auf offene vs. geschlossene Grenzen fixierten Gesamtdiskussion das Problem der Integration jener angehen, die bereits im Land sind. Der entscheidende Faktor sei jetzt die Zeit. Das aufwendige Filtern von jenen, die bleiben können, bessere im Moment die Lage nicht. Man muss alle -anerkennen, die da sind. Wenn man jetzt auf null stellt, kann man die ganze Sache richtig angehen.

Es gehe darum, sich der Einwanderung mit politischer und administrativer Struktur zu stellen. Das ist seine Lehre aus den Frankfurter Jahren. Die CDU habe damals jedes Jahr versucht, sein Amt abzuschaffen. Als dann aber ihre Kandidatin Petra Roth Bürgermeisterin wurde, wurde es nicht abgeschafft. Cohn-Bendit folgert nun: Wenn es das einmal gibt, dann bleibt es auch, weil alle sehen, dass es etwas bringt. Das macht dann auch die CSU.

Es gibt bisher keine Anzeichen dafür, dass Kanzlerin Merkel ihr Kabinett umbilden und gar erweitern könnte. Warum sollte sie? Weil es sonst nicht klappt, sagt Cohn-Bendit. Wir schaffen es nur, wenn sie im Kabinett radikal umsteuert. Damit würde in der Konsequenz auch Merkel gestützt. Es sei eine Ironie der Geschichte, dass ihre größten Unterstützer im Jahr 2016 Leute wie Joschka Fischer und er seien aber der Komplexität der Gegenwart durchaus angemessen.

Es braucht auch ein eigenes Bundesministerium und ein Einwanderungsgesetz

**Load-Date:** January 22, 2016

**Innenressort prüft Fragebogen ; MIGRATION Das Innenressort will Abläufe um ein Formular der Ausländerbehörde überprüfen. Die taz berichtete, dass MitarbeiterInnen der Inneren Mission Flüchtlinge drängen, es auszufüllen**

taz, die tageszeitung

Dienstag 30. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 29

**Length:** 553 words

**Byline:** Jean-Philipp Baeck

**Highlight:** **MIGRATION** Das Innenressort will Abläufe um ein Formular der Ausländerbehörde überprüfen. Die taz berichtete, dass MitarbeiterInnen der Inneren Mission **Flüchtlinge** drängen, es auszufüllen

## Body

---

Das Vorgehen sei nicht zwingend, es erfolge im Interesse der Betroffenen und dient auch der Beschleunigung der Verfahren. Das erklärte das Innenressort am Montag in Bezug auf Stadtamt-Fragebögen, die in der Notunterkunft Gottlieb-Daimler-Straße an **Flüchtlinge** ausgeteilt werden. Der Zettel solle aber geändert und die Abläufe mit dem Sozialressort erneut erörtert werden, um Irritationen zu vermeiden.

Die taz hatte berichtet, dass MitarbeiterInnen der Inneren Mission Flüchtlinge dazu drängen, Formulare auszufüllen, die mit Stadtamt Bremen überschrieben sind sowie mit Anhörung zwecks Feststellung der erlaubten/unerlaubten Einreise und ggf. Umverteilung gemäß § 15a AufenthG. Gefragt wird darin unter anderem, ob ein Asylantrag gestellt werden möchte und ob ein zwingender Grund für einen Verbleib in Bremen bestehe. Meist folgt auf die Unterschrift eine Verteilung in ein anderes Bundesland. Anwälte und Flüchtlingsinitiativen kritisieren das Vorgehen als unrechtmäßig: Aufenthaltsrechtliche Anhörungen würden als Aufgabe auf SozialarbeiterInnen übertragen.

Das Innenressort erklärte dazu nun: Es erfolgt keine Aufgabenübertragung auf MitarbeiterInnen der Inneren Mission. Bei dem Fragebogen handle es sich nicht um eine verwaltungsverfahrenrechtliche Anhörung. Um dies deutlich zu machen, sollen die Bögen zukünftig die Überschrift Fragebogen erhalten. Die Betroffenen sind nicht verpflichtet, die Fragebögen auszufüllen. Vielmehr erhielten sie über den von der Ausländerbehörde erstellten Fragebogen zu einem frühen Zeitpunkt die Möglichkeit, die Behörden über Umstände zu unterrichten, die einer Umverteilung entgegenstehen.

Nach taz-Informationen hatten Unterkünfte-MitarbeiterInnen Flüchtlingen gedroht, sie rauszuwerfen, wenn sie die Formulare nicht ausfüllen. In der Notunterkunft Gottlieb-Daimler-Straße geht es dabei um junge Flüchtlinge, die das Jugendamt nach einer Altersschätzung nicht für unbegleitete Minderjährige, sondern für Erwachsene hält. Die Umverteilung erfolgt auch, wenn gegen die Altersfeststellung Widerspruch eingelegt wurde.

Innenressort prüft Fragebogen MIGRATION Das Innenressort will Abläufe um ein Formular der Ausländerbehörde überprüfen. Die taz berichtete, dass MitarbeiterInnen....

Laut Innenressort prüfe die Ausländerbehörde, ob die Flüchtlinge unerlaubt eingereist seien, was rechtlich zwingend zu einer Umverteilung innerhalb Deutschlands führe. In wenigen Einzelfällen wurde von der Verteilung abgesehen, weil zwingende Gründe (z.B. Vaterschaft), die einer solchen Verteilung entgegenstehen, über die Fragebögen übermittelt wurden.

Der grüne Innenpolitiker Wilko Zicht erklärte: Der Vorgang wirke für ihn eher seltsam : Es kann nicht sein, dass MitarbeiterInnen der Inneren Mission aufenthaltsrechtliche Verfahren durchführen und bislang habe ich keine Argumente gehört, warum dies hier nicht der Fall sein soll.

Auch für Sofia Leonidakis, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, handelt es sich um eine Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf SozialarbeiterInnen: Früher hat es in diesem Verfahren eine mündliche Anhörung bei der Ausländerbehörde gegeben. Jetzt haben die Betroffenen keinen Kontakt mehr zur Behörde, sondern nur noch zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Inneren Mission. Träger von Unterkünften dürften dabei nicht der verlängerter Arm der Ausländerbehörde werden, so Leonidakis. jpb

Träger von Unterkünften dürfen nicht der verlängerter Arm der Ausländerbehörde werden

**Load-Date:** August 29, 2016

**EU kürt Erdo an zum obersten Grenzschrützer; Flüchtlinge Die EU und die Türkei verständigen sich auf einen Aktionsplan, der Flüchtlinge künftlg von Europa fernhalten soll. Das Europaparlament übt scharfe Kritik. Doch Merkel und Juncker planen schon die nächsten Schritte zur Abwehr illegaler Flüchtlinge**

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. Dezember 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 13

**Length:** 634 words

**Byline:** Eric Bonse

**Highlight:** Flüchtlinge Die EU und die Türkei verständigen sich auf einen Aktionsplan, der Flüchtlinge künftlg von Europa fernhalten soll. Das Europaparlament übt scharfe Kritik. Doch Merkel und Juncker planen schon die nächsten Schritte zur Abwehr illegaler Flüchtlinge

## Body

---

Aus Brüssel Eric Bonse

Die Einigung zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei auf die gemeinsame Abwehr irregulärer Migranten ist im Europaparlament auf scharfen Protest gestoßen. -Liberaler, Linke und Grüne kritisierten, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die 27 anderen EU-Chefs die Lösung des Flüchtlingsproblems outsourcen wollten.

Es sei schäbig, dass die EU nun Präsident Recep Tayyip Erdo an zum obersten Grenzschrützer mache, schimpft Ska Keller von den deutschen Grünen. Er könne nicht verstehen, wieso die Menschenrechte nicht ganz oben auf die Agenda standen, klagt Liberalen-Chef Guy Verhofstadt.

Auch aus der CSU kam Kritik: Die Einigung sei kein Blankoscheck, sagte Manfred Weber, der die konservative Fraktion im Europaparlament führt. Die Christsozialen seien weiter gegen einen EU-Beitritt der Türkei und für eine privilegierte Partnerschaft. CDU und SPD hielten sich dagegen mit Kritik zurück.

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davuto lu und die 28 Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich am Sonntag auf einen Aktionsplan zur Flüchtlingskrise sowie auf die Wiederbelebung der seit Jahren gestörten Beziehungen verständigt. So sollen die EU-Beitrittsgespräche wieder aufgenommen werden; ab Oktober 2016 könnten Türken auch ohne Visum in die EU einreisen.

EU kürt Erdo an zum obersten Grenzschrützer Flüchtlinge Die EU und die Türkei verständigen sich auf einen Aktionsplan, der Flüchtlinge künftig von Europa fernhal....

Im Gegenzug soll die Türkei verstärkt gegen illegale Migration übers Mittelmeer vorgehen. Ab Sommer 2016 soll sie zudem abgewiesene Asylbewerber aus Europa zurücknehmen. Die Türkei muss ihr Äußerstes tun, um illegale Einwanderung nach Europa aufzuhalten, und die Zahl der Flüchtlinge muss erheblich zurückgehen , sagte Marc Rutte, Regierungschef der Niederlande.

Doch der Aktionsplan vom Sonntagabend bietet keinerlei Garantien für die geforderte Abschottung. Er bindet beide Seiten, nicht nur oder vor allem die Türkei. Und für die Begrenzung der Flüchtlings ströme bietet er nur vage Kann- und Soll-Formulierungen. Wie es weitergeht, bleibt jedoch unklar.

Muss die Türkei nun die Flüchtlinge von der Überfahrt über die Ägäis nach Griechenland abhalten, zur Not auch mit Gewalt? Oder muss die EU zuerst die zugesagte Finanzhilfe leisten? Selbst Kanzlerin Merkel konnte dies nicht sagen. Es müsse noch darüber diskutiert werden, wer den ersten Zug macht , sagte sie nach dem Gipfel.

Offen ist auch, wie die EU die zugesagten 3 Milliarden Euro finanziert, mit denen die EU Flüchtlingsprojekte in der Türkei fördern will. Aus dem EU-Budget stehen nur 500 Millionen Euro bereit. Über den Restbetrag müssen sich die 28 Staats- und Regierungschefs noch einigen.

Auch Deutschland habe noch keine Zusagen gemacht, betonte Merkel. Offenbar will sie die Unklarheit nutzen, um Druck auf die widerstrebenden Osteuropäer zu machen und ihnen mit einem Stopp von EU-Mitteln zu drohen.

Und was wird mit den europäischen Kontingenten, die Merkel neuerdings in Berlin propagiert? Darüber will die Kanzlerin beim nächsten regulären EU-Gipfel kurz vor Weihnachten reden. Dazu hat sie eine Koalition der Willigen gebildet, der neben Griechenland und Italien auch die Benelux-Staaten, Schweden und Finnland angehören.

Bei einem eigens angesetzten Treffen vor dem EU-Gipfel konnte sich der Merkel-Freundeskreis aber auf keine Beschlüsse einigen. Die Niederlande stellten sich quer, Belgien meldete Sicherheitsbedenken an. Es wurden keine Zahlen genannt , betonte Merkel nach dem Treffen.

Allerdings kann die Kanzlerin auf Hilfe aus Brüssel hoffen. Kommissionschef Juncker kündigte am Montag an, seine Behörde werde im März einen Vorschlag zur Umverteilung von Flüchtlingen vorlegen. Die EU-Kontingente könnten also doch kommen wenn alle Mitgliedstaaten mitspielen und für die Türkei zahlen. Bisher sieht es danach allerdings nicht aus.

Offen ist, wie die EU die zugesagten 3 Milliarden Euro für die Türkei finanziert

**Load-Date:** November 30, 2015

## Mit Waffen gegen die Schlepper; SEENOTRETTUNG Der 10-Punkte-Plan der EU-Kommission gegen das Flüchtlingssterben bleibt schwammig. Sicher ist nur: Frontex soll mehr Geld bekommen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** THEMEN DES TAGES; S. 03

**Length:** 961 words

**Byline:** CHRISTIAN JAKOB / ERIC BONSE

**Highlight:** SEENOTRETTUNG Der 10-Punkte-Plan der EU-Kommission gegen das Flüchtlingssterben bleibt schwammig. Sicher ist nur: Frontex soll mehr Geld bekommen

### Body

---

AUS BERLIN UND BRÜSSEL CHRISTIAN JAKOB UND ERIC BONSE

Die EU-Grenzschutzagentur selbst hat immer wieder klargestellt, wofür sie sich verantwortlich fühlt und wofür nicht: Frontex ist für die Überwachung der Grenzen zuständig und hat nicht den Auftrag, Flüchtlinge zu retten, sagte ihr Vizedirektor Gil Arias vor einigen Monaten im Tagesspiegel.

Da war gerade die italienische Seenotrettungsmission Mare Nostrum im zentralen Mittelmeer eingestellt worden. Dafür startete Frontex das Programm Triton, das Mare Nostrum weder ganz noch teilweise ersetzen werde, wie Arias damals sagte. Seine Behörde könne lediglich auf die unmittelbaren EU-Küstengewässer schauen.

Nun ist alles anders. Nach der dramatischen Eskalation der Schiffskatastrophen hat die EU-Kommission einen 10-Punkte-Plan präsentiert. Am Donnerstag soll er bei einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs beschlossen werden. Der Status quo ist keine Option, so EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte, Europa müsse alles tun, um weitere Opfer zu verhindern. Kurz zuvor hatte der Verband Deutscher Reeder Hilfe von Merkel gefordert: Unsere Besatzungen sehen die Menschen sterben, sie ertrinken vor unseren Augen oder erfrieren an Bord, schrieben sie der Kanzlerin (siehe Interview unten).

Kern des EU-Pakets: Frontex bekommt mehr Geld und Schiffe, um Triton und das Grenzschutzprojekt Poseidon auszuweiten. Welche Länder diese Schiffe stellen sollen, ist offen, Frontex hat so gut wie keine eigenen Boote. Zudem, so die EU-Kommission, könnte das Gebiet, auf dem die Schiffe unterwegs sind, vergrößert werden.

Die Frage ist: Wie weit? Italien konnte mit Mare Nostrum deshalb so viele Menschenleben retten, weil es seine Marine bis kurz vor Nordafrika schickte. Es war der Frontex-Operativdirektor Klaus Rösler, der die italienische

## Mit Waffen gegen die Schlepper SEENOTRETTUNG Der 10-Punkte-Plan der EU-Kommission gegen das Flüchtlingssterben bleibt schwammig. Sicher ist nur: Frontex soll me....

Regierung am 10. Dezember per Brief aufforderte, ebendies bleiben zu lassen. Etwas verklausuliert forderte er das Innenministerium auf, keinen Notrufen außerhalb der 30-Meilen-Zone mehr nachzukommen. Stattdessen solle die libysche Küstenwache ausrücken. Erst kurz zuvor hatte Frontex in einem Konzeptpapier festgestellt, dass Rettungseinsätze nahe Libyen Flüchtlinge und MigrantInnen ermutigen würden, die Überfahrt anzutreten. In der Frontex-Logik ist das folgerichtig: Denn die Behörde ist nun mal dafür da, irreguläre Grenzübertritte zu verhindern.

Wird also jetzt der Bock zum Gärtner gemacht? Die Verstärkung der Frontex-Missionen ist dann richtig, wenn auch das Operationsgebiet vergrößert wird, sagt Vincent Cochetel vom UN-Flüchtlingswerk in Genf. Aber werden die Boote auch bis in libysche Gewässer operieren? Insgesamt wertet Cochetel das Papier eher positiv: Einige Sorgen, die wir zum Ausdruck gebracht haben und Vorschläge, die wir gemacht haben, finden sich darin wieder, sagt er.

Italien und andere südeuropäische Staaten verlangen, dass die geretteten Flüchtlinge nicht nur ihnen aufgebürdet werden. Eine ganze Reihe von EU-Staaten nimmt praktisch gar keine Flüchtlinge auf. Doch einen Vorstoß für einen europäischen Verteilungsschlüssel unternimmt die Kommission auch jetzt nicht. In ihrem 10-Punkte Plan findet sich lediglich ein freiwilliges Pilotprojekt zur Verteilung von Flüchtlingen. In einem ersten Schritt könnte dies 5.000 Plätze für schutzbedürftige Personen bieten – das wäre etwa 1 Prozent der im vergangenen Jahr in der EU Angekommenen. Wer die 5.000 Umzuverteilenden nach welchen Kriterien aussuchen soll, lässt das Kommissionspapier offen.

Weiterhin sollen Möglichkeiten ausgelotet werden, ob Flüchtlinge im Notfall über einen Sondermechanismus verteilt werden können. Dem Vernehmen nach ist hierbei vor allem an SyrerInnen in Italien und Griechenland gedacht. Dorthin soll das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) Teams schicken, um Asylanträge schnell zu bearbeiten. Derzeit warten Antragsteller in diesen Ländern bis zu drei Jahre auf eine Entscheidung. Die meisten aber stellen erst gar keinen Asylantrag, sondern gehen als irreguläre Migranten weiter nach Zentral- und Nordeuropa, wo sie nicht bleiben dürfen. Offen ist, ob dieser neue Sondermechanismus mit den 5.000 Plätzen aus dem freiwilligen Kontingent zusammenfällt und wer entscheidet, ob ein Notfall vorliegt. Das grundsätzliche Problem der extrem ungleichen Lastenverteilung innerhalb der EU bleibt bestehen.

Deutlich entschiedener will die EU hingegen in Sachen Schlepperbekämpfung zu Werke gehen: mit Waffengewalt. Dazu muss es am Donnerstag einen Beschluss der Regierungschefs geben. Offenbar sollen vor allem Schiffe von Schleuserbanden zerstört werden. Als Vorbild für eine mögliche Militäroperation hatte die EU-Kommission den Anti-Piraten-Einsatz Atalanta am Horn von Afrika genannt. Die daran beteiligten Einheiten hatten unter anderem die Befugnis, an Stränden gelegene Piratenlager anzugreifen. Unklar ist nicht nur, wie ein vergleichbares Vorgehen im Fall der libyschen Schlepperbanden überhaupt aussehen und völkerrechtlich begründet werden könnte, sondern auch, was mit den Flüchtlingen geschehen soll, die sich dann im zerfallenden Libyen aufstauen würden.

Die Mitgliedstaaten drücken sich davor, das Problem bei den Wurzeln zu packen, sagt die grüne EU-Abgeordnete Ska Keller. Die EU müsse auch dafür sorgen, dass Schutzsuchende nicht mehr auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer gezwungen werden. Sie verwies auf die derzeit laufenden Verhandlungen zum europäischen Visa-Kodex. Dabei müsse auch über humanitäre Einreiseerlaubnisse für Flüchtlinge geredet werden.

Erst kurz zuvor hatte Frontex in einem Konzeptpapier festgestellt, dass Rettungseinsätze bis nah an die libyschen Küstengewässer Flüchtlinge und MigrantInnen ermutigen würden, die Überfahrt anzutreten

**Load-Date:** April 21, 2015



## Lieber sterben als zurück; Asyl Das lange Warten für Flüchtlinge aus Afghanistan im Asylverfahren

taz, die tageszeitung

Montag 02. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN; S. 23

**Length:** 552 words

**Highlight:** Asyl Das lange Warten für Flüchtlinge aus Afghanistan im Asylverfahren

### Body

---

Für Mohamad (Name geändert) ist die Sache klar: Lieber sterbe er, als nach Afghanistan zurückzugehen. Vor sechs Monaten hat der 22-Jährige seine Heimatstadt Masar-i-Scharif in Nordafghanistan verlassen, seit Anfang September ist er in Berlin. Das Geld für die Flucht hat er sich unterwegs im Iran und in der Türkei verdient.

Seit seiner Ankunft in Berlin hat Mohamad erst einen der vielen komplizierten Schritte seines Asylverfahrens absolvieren können: die Erstregistrierung beim Berliner Lageso, das Flüchtlinge unterbringt und versorgt. Das hat ihm zunächst immerhin einen Schlafplatz in einer Notaufnahmeeinrichtung, ein BVG-Ticket und etwas Taschengeld verschafft. Sein Termin für die vollständige Registrierung als Asylsuchender in Berlin ist erst Ende Dezember. Und wann er beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Gründe für seinen Asylantrag vortragen kann, steht ganz in den Sternen. Derzeit warten AsylbewerberInnen, die nicht aus Syrien kommen, auf Termine dort in der Regel länger als ein Jahr.

Wann der junge Afghane mit den kurz geschorenen Haaren also Gewissheit darüber haben wird, wie sich seine Zukunft gestaltet, ist ungewiss. Drei bis fünf Jahre, manchmal sogar acht, könne es dauern, bis Asylverfahren mit allen Widerspruchsmöglichkeiten beendet seien, sagt Tahera Maiwand-Grevemeyer, die aus Afghanistan stammt und seit Jahrzehnten in Deutschland lebt. Im Verein iranischer Flüchtlinge am Neuköllner Reuterplatz berät sie AsylbewerberInnen aus Afghanistan – auch Mohamad.

Sicher ist im Moment nur: Er wird die Wartezeit in Angst verbringen. Denn anders als bisher will Deutschland nun abgelehnte Asylbewerber aus Afghanistan dorthin abschieben. Die EU-Kommission verhandle derzeit auf Drängen Deutschlands mit Kabul über ein Rücknahmeabkommen, erklärte Bundesinnenminister Thomas de Maizière kürzlich.

Für Mohamad und seinen Freund Oumid (Name geändert), der ebenfalls in Frau Maiwands Beratungszimmer sitzt, eine unerklärliche Entscheidung: Jede Minute haben wir in Afghanistan Angst um unser Leben gehabt, sagt Mohamad: Hier können wir zur Ruhe kommen und vor allem: etwas aus unserem Leben machen. Das sei in Afghanistan unmöglich. Denn seit 40 Jahren herrsche Krieg in dem Land, ergänzt der 25-jährige Oumid. Wer aus

## Lieber sterben als zurück Asyl Das lange Warten für Flüchtlinge aus Afghanistan im Asylverfahren

Afghanistan flüchte, sagen beide deshalb, tue das nicht aus Lust und Laune : Es ist sehr schwer, bis hierher zu kommen.

Oumid, der einen Uniabschluss hat, sucht bereits nach Auswegen: vielleicht Italien? Freunde von ihm seien dort hingegangen in der Hoffnung, dann nicht abgeschoben zu werden. Mohamad berichtet von Freunden, die sich zur freiwilligen Rückkehr nach Afghanistan entschlossen hätten. Das kommt für ihn nicht infrage: Lieber sterbe ich! Alke Wierth

### Flucht aus Afghanistan

Von den knapp 275.000 Asyl- Erstanträgen, die in Deutschland seit Beginn des Jahres bis Ende September gestellt wurden, kamen 16.000 Flüchtlinge, das sind 5,8 Prozent, aus Afghanistan. Berlin wurden davon im ersten Halbjahr 2015 knapp 500 Personen zugeteilt. Die Anerkennungsquote im Asylverfahren liegt bei AfghanInnen bei etwa 10 Prozent. Bislang hat Deutschland jedoch auch abgelehnte AsylbewerberInnen aus dem Kriegsland nicht dorthin zurückgeschickt. Sie durften als Geduldete bleiben: ein kurzfristig erteilter Aufenthaltsstatus, der jederzeit veränderbar ist.(akw)

**Load-Date:** November 1, 2015

## Enge neue Heimat; Flüchtlinge Landratsamt verbietet alle Aktionen um Freitaler Asylheim. Weitere Zeltstädte entstehen

taz, die tageszeitung

Samstag 01. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 523 words

**Byline:** Josephine Schulz

### Body

---

**Flüchtlinge** Landratsamt verbietet alle Aktionen um Freitaler **Asylheim**. Weitere Zeltstädte entstehen

aus Berlin JoSePHine Schulz

Die Anschlagsserie gegen Unterkünfte für Asylbewerber geht weiter. In Luzenau bei Chemnitz wurde in der Nacht auf Freitag ein Mehrfamilienhaus mit Molotowcocktails beworfen, eine Hecke ging dabei in Flammen auf. 50 **Flüchtlinge** sollten dort eigentlich demnächst einziehen. Und der Angriff ist nicht der erste: Am Mittwoch war das Haus mit Wasser geflutet worden.

Im sächsischen Freital mobilisieren Fremdenfeinde erneut. Freital zur Festung machen! , ruft eine Bürgerwehr im Internet auf. Für Freitagnachmittag erwarteten die Flüchtlingsgegner antifaschistische Gruppen, die aus Leipzig anreisen wollten. Die Linken wollen alle Bars, Banken und Friseurläden in Schutt und Asche legen , schreiben sie auf Facebook. Und weiter: Sollten sie auch nur ansatzweise hier Terror machen, lassen wir sie tanzen.

Angemeldet waren für Freitag mehrere Veranstaltungen in der Nähe der Asylbewerber-unterkunft. Die Organisation für Weltoffenheit und Toleranz plante ein Straßenfest, gleichzeitig sollte eine Demonstration gegen Rassismus zum Heim führen. Gegner der Unterkunft zogen nach und kündigten ein Konzert mit der Neonazi-Band A3stus und einen Fackelmarsch an. Das Landrats-amt sprach jedoch kurzfristig ein Verbot für alle Versammlungen im Umkreis aus. Angesichts der jüngsten Konfronta-tio-nen dort und wegen aktuell in sozialen Netzwerken angekündigter Aktionen seien erneute gewalttätige Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen, hieß es zur Begründung. Die Initiative der Flüchtlingsunterstützer prüfte rechtliche Mittel gegen das Verbot. Sie wollen mit den Flüchtlingen nun an einem anderen Ort feiern.

Die Unterbringung der Flüchtlinge bleibt unterdessen auch in anderen Bundesländern Thema Nummer eins. Nach Zahlen des Bundesamts für Migration kamen im Juli 79.000 Asylbewerber nach Deutschland. Der Präsident des Amtes sprach von einem Allzeitrekord . Die bundesweite Antwort lautet: Zeltstädte. In München mobilisierte Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) am Donnerstagabend Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Hilfsorganisationen, um Zelte für rund 300 Flüchtlinge aufzuschlagen. Eine Sprecherin der oberbayrischen

Enge neue Heimat Flüchtlinge Landratsamt verbietet alle Aktionen um Freitaler Asylheim. Weitere Zeltstädte entstehen

Regierung sagte, innerhalb von 24 Stunden seien mehr als 750 Flüchtlinge angekommen, das zentrale Ankunftszenrum sei völlig überfüllt.

In Köln soll ab kommender Woche ein Camp für rund 1.000 Flüchtlinge auf einem Parkplatz entstehen als Übergangslösung, bis Container geliefert werden können. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, mahnte, dass solche Camps nur eine Notlösung sein könnten. Ab Oktober sind Zelte als Unterkünfte nicht mehr möglich. Im Dresdner Camp, wo seit einer Woche Flüchtlinge leben, gibt es zudem erste Probleme mit der Hygiene. Dietrich Gökelmann, Chef der Landesdirektion Sachsen, sagte der Sächsischen Zeitung, es habe Schwierigkeiten mit Reinigung und Müllentsorgung gegeben. Als die Entscheidung für das Camp fiel, hätte man alle verfügbaren mobilen Toilettenhäuschen bestellt. Der Markt für Toiletten und Duschcontainer sei leergefegt.

**Load-Date:** August 14, 2015

---

End of Document

**Amnesty: Rassismus im System; GEWALT Straftaten gegen Flüchtlinge würden nicht konsequent verfolgt, Unterkünfte nicht richtig geschützt, kritisiert die Organisation und ist damit nicht allein**

taz, die tageszeitung

Freitag 10. Juni 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 5

**Length:** 479 words

**Byline:** Konrad Litschko

**Highlight:** GEWALT Straftaten gegen **Flüchtlinge** würden nicht konsequent verfolgt, Unterkünfte nicht richtig geschützt, kritisiert die Organisation und ist damit nicht allein

## Body

---

Aus Berlin Konrad Litschko

Erst vor wenigen Tagen zündete ein Brandsatz in einer unbewohnten **Flüchtlingsunterkunft** in Münster. Feuer schnellte die Wände hoch, Deckenplatten verbrannten. Diesmal reagierte die Polizei schnell: Nur wenig später nahm sie zwei junge Männer fest. Sie gestanden, sie hätten den Einzug der **Flüchtlinge** verhindern wollen.

Für Menschenrechtsinitiativen gibt es solche Ermittlungserfolge zu selten. Deutschland vernachlässigt seine Pflicht, Geflüchtete vor rassistischen Angriffen zu schützen, kritisierte am Donnerstag Selmin Çal kan, Generalsekretärin von Amnesty International. Zuvor hatte schon Pro Asyl gefordert, Straftaten gegen Flüchtlinge konsequenter zu verfolgen. Die Antonio-Amadeu-Stiftung appellierte, der Schutz von Asylbewerbern müsse endlich mit Priorität behandelt werden.

1.031 Straftaten gegen Asylunterkünfte gab es im vergangenen Jahr, davon 94 Brandstiftungen ein trauriger Rekord. Die Aufklärungsquote betrug gerade mal 26 Prozent. Und die Angriffe steigen in diesem Jahr weiter. Rassistische Ressentiments werden mit erschreckender Hemmungslosigkeit ausgelebt, stellte Çal kan fest.

Amnesty legte nun eine eigene Untersuchung zu rassistischer Gewalt in Deutschland vor. Zwei Jahre lang prüfte die Organisation Fälle in Berlin, Sachsen, Bayern und Sachsen-Anhalt, sprach mit 30 Gewalt-opfern, 15 Anwälten und vielen Behördenvertretern.

Das Ergebnis: Die Polizei erkenne rassistische Straftaten nicht immer als solche. Oft sei die Rede von unpolitischen Gewalttaten, ohne die Ethnie der Opfer zu beachten. Zudem fehle ein einheitliches Schutzkonzept für Flüchtlingsunterkünfte.

Amnesty: Rassismus im System GEWALT Straftaten gegen Flüchtlinge würden nicht konsequent verfolgt, Unterkünfte nicht richtig geschützt, kritisiert die Organisat....

Çal kan warf den Behörden institutionellen Rassismus vor. Es gebe deutliche Hinweise auf ein Unvermögen, alle Menschen angemessen zu behandeln, unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihres kulturellen Hintergrunds oder ethnischen Herkunft. Schon bei den NSU-Morden seien die migrantischen Opfer über Jahre selbst verdächtigt worden, statt eine rechtsextreme Spur zu verfolgen. Die Strafverfolgungsbehörden haben aus ihrem NSU-Versagen wenig gelernt.

Çal kan forderte eine unabhängige Untersuchung, inwieweit behördlicher Rassismus Ermittlungen behindere. Zudem müssten die Innenminister bessere Schutzkonzepte für Flüchtlingsunterkünfte vorlegen.

Die Behörden haben aber auch reagiert. Nach dem NSU-Debakel richteten sie ein Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus ein. Das BKA wertet seit 2014 alle Angriffe auf Asylunterkünfte aus. Das Justizministerium sorgte für eine Gesetzesänderung, mit der rassistische Motive bei der Strafzumessung berücksichtigt werden müssen. Zudem arbeiten mehrere NSU-Untersuchungsausschüsse den Rechtsterror auf.

Çal kan begrüßte das Engagement. Bei allem aber, sagte sie, bleibe die Grundfrage außen vor: wie viel Rassismus in den Behörden selbst stecke.

Es gibt deutliche Hinweise auf institutionellen Rassismus

**Load-Date:** June 9, 2016

**Der tragische Tod im Tunnel; Frankreich Der Ansturm von Flüchtlingen auf den Eurotunnel von Calais fordert immer wieder Todesopfer. Zumeist bleiben die Toten namenlos. Kein Ende des Elends in Sicht**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. Juli 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 11

**Length:** 587 words

**Byline:** Rudolf Balmer

**Highlight:** Frankreich Der Ansturm von **Flüchtlingen** auf den Eurotunnel von Calais fordert immer wieder Todesopfer. Zumeist bleiben die Toten namenlos. Kein Ende des Elends in Sicht

## Body

---

Aus Paris Rudolf Balmer

In der Nacht auf Mittwoch haben 1.500 Menschen versucht, auf das Gelände des Eurotunnels unter dem Ärmelkanal vorzudringen und auf einen Zug in Richtung Dover auf der britischen Seite aufzuspringen. Um ihre Chancen zu erhöhen, gehen sie seit wenigen Wochen in größeren Gruppen vor, manchmal sollen es bis zu 2.000 sein. Nur wenigen gelingt es aber, unentdeckt als blinde Passagiere ins Gelobte Land Großbritannien zu gelangen.

Alle aber nehmen bei ihren nächtlichen Versuchen enorme Risiken auf sich. Seit Anfang Juni sind zehn Menschen ums Leben gekommen. 2014 waren es 14 Todesopfer. Die meisten von ihnen haben keine Identität, oft steht nicht einmal ihr Herkunftsland mit Sicherheit fest. Kürzlich hat die Libération versucht, den Toten der letzten Wochen wenigstens einen Namen zu geben. Zumeist vergeblich.

Auch in der letzten Nacht fand die Polizei nach einer stundenlangen Jagd auf die Eindringlinge im Eurotunnel-Areal den leblosen Körper eines 25- bis 30-jährigen Manns, der vermutlich aus dem Sudan stammte. Nach Angaben der Polizei wurde er von einem LKW gerammt, der gerade einen Shuttle-Zug verließ. Ein tragisches Einzelschicksal von vielen. Die erst 17-jährige Ababa aus Eritrea hat in der nordfranzösischen Lokalzeitung Voix du Nord geschildert, wie auch sie seit zwei Wochen jede Nacht unter Lebensgefahr ihr Glück im Frachttunnel versucht. Bisher aber ohne Erfolg. Zuerst schlüpfte ich durch ein kleines Loch im Zaun. Dann warte ich in der Nähe der Geleise, wenn die LKWs auf die Shuttle-Züge aufgeladen werden. Erst wenn der Zug anfährt, versuchst du aufzuspringen.

Der tragische Tod im Tunnel Frankreich Der Ansturm von Flüchtlingen auf den Eurotunnel von Calais fordert immer wieder Todesopfer. Zumeist bleiben die Toten nam....

Nur eine Minderheit hat Geld, um die Schlepper zu bezahlen, die wie Geier um das Hütten- und Zeltlager außerhalb von Calais kreisen, wo derzeit mit Duldung der französischen Behörden rund 3.000 Menschen hausen. Angeblich kostet ein Platz in einem LKW bei den Schlepperbanden um die 1.500 Euro ohne Erfolgsgarantie.

Die große Mehrheit der Durchreisenden aber hat nach einem langen und beschwerlichen Weg durch mehrere Länder sowie einer meist riskanten und kostspieligen Überquerung des Mittelmeers kein Geld mehr für diese skrupellosen Schlepper. Sie sind bereit, jedes Risiko auf sich zu nehmen. Schon beim Versuch, unbemerkt in der Finsternis die Autobahn zu überqueren, werden viele angefahren und verletzt. Auch gehen Polizisten oder LKW-Fahrer, die eine hohe Geldstrafe riskieren, wenn sie mit blinden Passagieren erwischt werden, manchmal sehr brutal gegen die Migranten vor.

Die Gesellschaft Eurotunnel vermeldet, sie habe seit Jahresbeginn 37.000 Migranten mit ihren eigenen Mitteln und Beschäftigten gestoppt und verlangt dafür von Großbritannien und Frankreich eine finanzielle Entschädigung. Nach einem Treffen der beiden Innenminister hat Großbritannien weitere zehn Millionen Euro für den Ausbau der Schutzzäune in Calais versprochen. Am Grundproblem ändert dies alles gar nichts, und auch nicht an der Lage der Migranten, die vorwiegend aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Somalia und Sudan stammen, die um jeden Preis nach Großbritannien wollen, wo sie viel leichter Arbeit finden und untertauchen können. Einfach ausweisen kann Frankreich diese Menschen nicht, weil sie meistens aus Konfliktzonen kommen. Doch in Frankreich dauert ihnen die Asylprozedur viel zu lange. Seit Jahren ist -darum Calais am Ärmelkanal ein Engpass im Strom von Flüchtlingen und Migranten. Und ein Ende dieser Tragödie ist nicht abzusehen.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Erst wenn der Zug anfährt, versuchst du aufzuspringen

**Load-Date:** July 29, 2015



## Gabriel propagiert & "Haft im Heimatland"; Politische Debatte Große Koalition will strengere Gesetze und schnellere Abschiebungen

taz, die tageszeitung

Samstag 09. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 301 words

**Byline:** Daniel Bax

### Body

---

Politische Debatte Große Koalition will strengere Gesetze und schnellere Abschiebungen

BERLIN taz | Angesichts der massiven Übergriffe in der Kölner Silvesternacht überbieten sich Politiker aller Parteien im Ruf nach Konsequenzen. Aus Kuba meldete sich SPD-Chef Sigmar Gabriel zu Wort und forderte, straffällige **Flüchtlinge** schneller in ihre Heimat zurückzuschicken. Warum sollen deutsche Steuerzahler ausländischen Kriminellen die Haftzeit bezahlen? , sagte er der Bild-Zeitung. Er sprach sich für den Grundsatz Haft im Heimatland aus.

Auch die CDU-Spitze fordert strengere Gesetze. Bei erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sollten verdachtsunabhängige Personenkontrollen eingeführt werden können, die sogenannte Schleierfahndung. Das steht in der Mainzer Erklärung , die jetzt bei einer Vorstandsklausur verabschiedet werden soll.

Flüchtlinge und Asylbewerber, die zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt werden, sollen ihr Recht auf Asyl verlieren diese Formulierung geht über den CDU-Parteitagsbeschluss von Dezember hinaus. Die Hürden vor der Ausweisung und Abschiebung straffälliger Ausländer sollten abgesenkt werden, heißt es in dem Entwurf.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) tritt außerdem für mehr Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ein. Und CDU-Vizechefin Julia Klöckner fordert mehr Personal für die Polizei.

Auch die Grünen fordern eine bessere Ausstattung der Polizei. Dass mehr Personal, auch mit Migrationshintergrund, notwendig ist, drängt sich auf , sagte Parteichef Cem Özdemir am Donnerstag der Welt. Und Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sprach sich für eine Reform des Sexualstrafrechts aus. Es muss klar sein: Ein Nein ist ein Nein , sagte sie am Freitag nach einer Klausurtagung der Grünen-Fraktion in Weimar.

DANIEL BAX

Gabriel propagiert &"Haft im Heimatland&" Politische Debatte Große Koalition will strengere Gesetze und schnellere Abschiebungen

**Load-Date:** January 8, 2016

---

End of Document

## **Tsipras baut die Regierung um; Griechenland Gegner des Sparkurses und der Reformpolitik müssen ihre Posten räumen. Künftig gibt es ein Ministerium für Migrations- und Flüchtlingsfragen**

taz, die tageszeitung

Montag 07. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 424 words

**Byline:** Theodora Mavropoulos

**Highlight:** Griechenland Gegner des Sparkurses und der Reformpolitik müssen ihre Posten räumen. Künftig gibt es ein Ministerium für Migrations- und Flüchtlingsfragen

### **Body**

---

Aus Athen Theodora Mavropoulos

Griechenland hat eine neue Regierung: Am Freitagabend wurde eine Umstrukturierung der Ministerien beschlossen, am Samstag wurden die Kabinettsmitglieder vereidigt.

Neben der Entlassung zahlreicher Sparkursgegner wurde ein Ministerium für Migration ins Leben gerufen. Bisher gab es nur ein stellvertretendes Ministerium für Migrationsangelegenheiten, das dem Innenministerium untergeordnet war. Die Leitung des neuen Ministeriums wird der zuvor für Flüchtlingsfragen verantwortliche Ioannis Mouzalas übernehmen.

Durch die Bildung eines Migrationsministeriums gibt der Regierungschef der Flüchtlingskrise in Griechenland eine stärkere Gewichtung, sagt ein Sprecher des neuen Ministeriums. Wir können autonom Entscheidungen treffen und brauchen keine Unterschriften anderer MinisterInnen mehr einzusammeln. So könne man endlich unkompliziert sowohl mit den griechischen als auch den EU-Ministern kommunizieren. Bisher ging das nur über Gesandte und verzögerte Entscheidungen, so der Sprecher. In Griechenland stationierte Hilfsorganisationen wollen sich noch nicht dazu äußern, ob die Bildung des Migrationsministeriums auch ihre Arbeit erleichtert. Man warte ab.

Die links geführte griechische Regierung unter Syriza-Chef Alexis Tsipras hat in den letzten Monaten stark an Zuspruch verloren. Man wolle mit der radikalen Regierungsumbildung ein Zeichen der Entschlossenheit und Stabilität setzen, vermuten politische Beobachter in Griechenland. Wir müssen einiges reparieren und alles dafür tun, um das Land aus der wirtschaftlichen Krise herauszuholen, so Tsipras.

Um gegenüber den Gläubigern Entschlossenheit beim vereinbarten Sparkurs zu demonstrieren, entließ Tsipras alle Gegner der Spar- und Reformpolitik. So musste Schifffahrtsminister Thodoris Dritsas gehen, der sich gegen die

Tsipras baut die Regierung um Griechenland Gegner des Sparkurses und der Reformpolitik müssen ihre Posten räumen. Künftig gibt es ein Ministerium für Migrations....

Verpachtung der Häfen von Piräus und Thessaloniki an internationale Investoren ausgesprochen hatte. Kulturminister Aristidis Baltas hatte mit juristischen Mitteln versucht, den Verkauf des alten Athener Flughafens abzuwenden. Auch er musste gehen.

Panos Skourletis bisher Energieminister wurde ins Innenministerium versetzt. Er hatte die Privatisierung der Elektrizitätsgesellschaft und anderer griechischer Staatsfirmen verhindern wollen. Finanzminister Euklid Tsakalotos bleibt. Er ist neben Tsipras der Verantwortliche für die Verhandlungen mit den internationalen Geldgebern und somit für den vereinbarten Sparkurs Griechenlands.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Die Regierung hat in den letzten Monaten stark an Zuspruch verloren

**Load-Date:** November 6, 2016

## Agentur: Brandenburg will Identität von Flüchtlingen überprüfen; Asyl Streit über Daten: Bundesamt verweigert Herausgabe. Protest von Generalstaatsanwalt

taz, die tageszeitung

Montag 19. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 26

**Length:** 523 words

**Highlight:** Asyl Streit über Daten: Bundesamt verweigert Herausgabe. Protest von Generalstaatsanwalt

### Body

---

Die Brandenburger Generalstaatsanwaltschaft will die Identität von Tausenden Flüchtlingen prüfen, die 2015 über Ungarn und Österreich ins Land gekommen sind. Denn sie wurden wegen Überlastung nicht von der Bundespolizei überprüft. Doch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) verweigert Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg die Herausgabe von 18.000 Datensätzen, die in der Mark von Flüchtlingen erhoben wurden. Daher hat Rautenberg nun die Beschlagnahmung der Daten beim Bamf beantragt.

Ich habe am 8. April hierzu den Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise angeschrieben, sagte der Jurist am Samstag und bestätigte damit einen RBB-Bericht. Das Amt erklärte jedoch einen Monat später in einem Antwortschreiben, dass diese Forderung unverhältnismäßig sei. Das Bamf sei außerdem nicht verpflichtet, diese Daten an Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten.

Das Bamf verteidigte am Wochenende seine Entscheidung: Der Staatsanwaltschaft sei es konkret um Anzeigen wegen illegaler Einreise gegangen, teilte die Behörde mit. Die angeforderte Übermittlung von 18.000 Datensätzen sei vom Bamf als unverhältnismäßig eingestuft worden, weil solche Strafverfahren von den Gerichten wegen späterer Asylanträge in der Regel wieder eingestellt würden, hieß es in der Mitteilung. Diese Rechtsauffassung vertritt das Bamf auch weiterhin.

Unterdessen hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) in 50 Musterfällen Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsbeschlüsse beim Amtsgericht beantragt. In 18 Fällen sind diese bereits abgelehnt worden. Zudem ist die erste Beschwerde beim Landgericht Frankfurt (Oder) abgewiesen worden, berichtete der Frankfurter Behördenchef Helmut Lange.

Seit den Anschlägen von Paris wissen wir, dass sich unter der Masse der Geflüchteten auch IS-Schläfer befinden können, begründete Rautenberg sein Vorgehen. Wenn sich die Gerichte der Auffassung des Bundesamts anschließen sollten, ist keine Beschwerde mehr möglich. Und wenn es dann irgendwo knallt, und es stellt sich heraus, dass derjenige illegal und mit falscher Identität in Brandenburg war, kann ich mir sagen, dass ich alles

Agentur: Brandenburg will Identität von Flüchtlingen überprüfen Asyl Streit über Daten: Bundesamt verweigert  
Herausgabe. Protest von Generalstaatsanwalt

versucht habe , sagte der Generalstaatsanwalt. Er betonte, dass es ihm nicht um einen Generalverdacht gegen Flüchtlinge gehe, sondern darum, diesen Verdacht von der Masse der Asylsuchenden abzuwenden .

Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter teilt Rautenbergs Auffassung. Wir müssen in der Tat zweifelsfrei wissen, wer sich überhaupt in unserem Land aufhält. Der Generalstaatsanwalt verfolgt ein völlig legitimes und berechtigtes Anliegen , sagte der SPD-Politiker.

Neben Brandenburg misstrauen auch andere Bundesländer den Identitätsprüfungen des Bamf, so der RBB. In Bayern sind nach Angaben von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bei Stichproben von Flüchtlingspässen Fälschungen und nicht zutreffende Identitäten in einem erheblichen Anteil entdeckt worden.

Das Bamf wies auch diese Vorwürfe zurück. Der Behörde lägen derzeit keine konkreten Hinweise aus den Bundesländern vor, dass vom Bamf akzeptierte Pässe dort beanstandet worden seien, hieß es in einer Stellungnahme. (dpa)

Wir müssen wissen, wer sich in unserem Land aufhält.

**Load-Date:** September 18, 2016

**Von Augenhöhe bis Zuhause; Initiative Viele wollen Flüchtlingen helfen, wissen aber nicht, wie, wo und was sinnvoll ist. Ein Abc**

taz, die tageszeitung

Samstag 15. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 32

**Length:** 1486 words

**Byline:** Luciana Ferrando

## Body

---

Initiative Viele wollen **Flüchtlingen** helfen, wissen aber nicht, wie, wo und was sinnvoll ist. Ein Abc

von Luciana Ferrando

Auf Augenhöhe begegnen: Die **Flüchtlinge** brauchen Kontakt zu Einheimischen. Franziska Birnbach hat die Initiative Start with a friend gegründet. Geflohene Menschen brauchen das Gefühl, willkommen zu sein. Sie sind keine Nummern im **Flüchtlingsheim**, sondern individuelle Personen mit einer Geschichte und Bedürfnissen wie wir alle, sagt sie. Heime besuchen, Treffpunkte schaffen und sich austauschen, empfiehlt auch die Menschenrechtsorganisation Pro **Asyl**.

Bürokratie erleichtern: Zur Ausländerbehörde, zu Jobcentern, Ämtern oder Ärzten zu gehen ist für viele Menschen ein großes Problem, weil sie Angst oder Diskriminierungserfahrungen haben und meist wenig Deutsch sprechen. Bei Kommunen und NGOs wie dem Berliner Verein KUB (Kontakt- und Beratungsstelle für **Flüchtlinge** und **MigrantInnen**) kann man sich als Integrationslotse oder Begleiter melden.

Computer: Das Internet ist für viele **Flüchtlinge** ein wichtiges Kommunikationsmittel, auch um der Isolation zu entgehen. Projekte wie Refugees Emancipation, ein selbst organisiertes **Flüchtlingsprojekt** bieten Kurse in Word, Excel und anderen Computerprogrammen an. Wer solche Kenntnisse vermitteln oder Hardware spenden will, kann über die Webseite refugeesemancipation.com Kontakt aufnehmen.

Deutsch-Unterricht: (siehe das Tagebuch auf Seite 30, 31) Wer ehrenamtlich Deutsch unterrichten will, kann sich an die Unterstützungsorganisationen wenden oder direkt in Flüchtlingsheimen anfragen. Im Internet finden sich auch Plattformen, die Lernmaterialien anbieten wie tun-starhilfe.de.

Einzelne Bedürfnisse: Man darf bei aller Unterstützung nicht vergessen, dass es um einzelne Menschen geht, sagt Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von Pro Asyl. Die Bedürfnisse sind anders, je nach Herkunft und Status. Die Broschüre Herzlich Willkommen von Pro Asyl liefert Informationen darüber, wie man Flüchtlinge im Alltag unterstützen kann.

Von A ugenhöhe bis Z uhause Initiative Viele wollen Flüchtlingen helfen, wissen aber nicht, wie, wo und was sinnvoll ist. Ein Abc

**Fußball:** Das Wichtigste ist, eine aktive unbürokratische Hilfe anzubieten. Das geht beim Fußball ganz gut. Fußball, Sport und Kultur sind eine gute Basis, um Vertrauen zu entwickeln, Sprachbrücken zu bauen und Freunde zu gewinnen, sagt Rüdiger Heid von Buntkicktgut in München. Wer Winterjacken oder Fußballschuhe spenden will oder sich als Trainer oder Assistenztrainer zur Verfügung stellen möchte, kann sich hier melden.

**Geld:** Spenden kann man bei jeder Flüchtlingsinitiative oder NGO. Wer konkret syrische Flüchtlinge unterstützen will, kann sich an den Freundeskreis zur Unterstützung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Nahen Osten e. V. wenden. Um syrische Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet legal nach Deutschland zu holen, muss man der Ausländerbehörde beweisen, dass hier Angehörige leben und dass die finanzielle Lage abgesichert ist, erklärt Martin Keune vom Freundeskreis. Der Verein bietet deshalb Gruppenpatenschaften an. Auch kleine, regelmäßig gespendete Beträge werden zusammengefasst. Mehr Infos: [fluechtlingspaten-syrien.de](http://fluechtlingspaten-syrien.de)

**Hilfe zum Helfen:** Auf der Internet-Plattform [wie-kann-ich-helfen.info](http://wie-kann-ich-helfen.info) findet sich eine riesige Liste mit Hilfsprojekten für Flüchtlinge in ganz Deutschland. Es reicht ein Stichwort in der Suchmaschine.

**Isolierung aufheben:** Jahrelang wurde darum gekämpft, dass abgelegene Unterkünfte geschlossen werden. Aktuell sind viele wieder in Betrieb, sagt Bernd Mesovic von Pro Asyl. Da gibt es eine Hilfelücke. Die Menschen sind isoliert und brauchen vieles: eine gute Verkehrsverbindung, ein Telefon, einen Computer. Man kann Petitionen gegen die sogenannte Dschungelheime unterschreiben oder dorthin fahren. Organisation wie der bayerische Helferkreis Asyl organisieren solche Fahrten.

**Juristische Beratung:** Wer Flüchtlinge rechtlich beraten will, kriegte bei Landesflüchtlingsräten, dem Informationsverbund Asyl und Migration, der Caritas und der Diakonie Informationen. Um sich speziell zu Asylrechtsfragen weiterbilden zu lassen, kann man sich beispielsweise an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender in Münster wenden.

**Kinderbetreuung:** Bei den meisten Flüchtlingsinitiativen kann man sich melden, um bei Hausaufgaben oder Freizeitaktivitäten zu helfen. Kitas können sich wie Das Haus Leuchter in Flensburg für Familien im Asylverfahren öffnen.

**Kleiderspenden:** Markus Böck, Pressesprecher der Deutschen Kleider Stiftung, empfiehlt, nicht wahllos Klamotten zu den Heimen zu bringen. Wir bekommen die Anfragen direkt von den Einrichtungen. Sie sagen uns, was sie im Moment brauchen, und wir schicken sie ihnen.

**Lebensunterhalt:** Asylbewerber können nach drei Monaten auf Arbeitssuche gehen. Allerdings kriegen sie nur Stellen, die keine Deutschen, EU-Bürger und -bürgerinnen oder anerkannte Flüchtlinge machen wollen. Wer einen Job zu vergeben hat, kann sich beispielsweise an die Jobbörse [worker.de](http://worker.de) wenden. Mobilität: Da sich Flüchtlinge von den geringen Sozialleistungen auch die Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel kaufen müssen, sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Fahrräder können Abhilfe schaffen. Auf der Website des Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club (ADFC) kann man sich erkundigen, was wo benötigt wird.

**Neue Nachbarn:** Wer sich in kirchlichen Kreisen bewegt, kann sich beispielsweise beim Erzbistum Köln engagieren. Die Aktion Neue Nachbarn hat ein umfangreiches Hilfsangebot von Spendensammeln bis Kinderbetreuung, bei dem man sich nützlich machen kann.

**Organisieren helfen:** Als Feministin kann man sich beispielsweise an der Selbstorganisation des Brandenburger Projekts Women in Exil beteiligen. Sie bieten Austausch, Beratung und Hilfe an.

**Patenschaften:** Bei der Initiative Münchner Mentoren kann man sich melden, um die Patenschaft als ehrenamtlicher Vormund oder als Pflegefamilie für junge, minderjährige und unbegleitete Flüchtlinge zu übernehmen.

**Quatschen:** Eine andere Sprache lernt man am besten in der Praxis. Die einfachste Hilfe, die jeder leisten kann: mit Flüchtlingen sprechen. Rechte Gewalt verurteilen: Um den Protest lauter werden zu lassen, kann man sich bei



Von A ugenhöhe bis Z uause Initiative Viele wollen Flüchtlingen helfen, wissen aber nicht, wie, wo und was sinnvoll ist. Ein Abc

Initiativen engagieren wie beispielsweise Hellersdorf hilft , Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr-berlin) oder der Amadeu Antonio Stiftung, die seit Jahren Erfahrung im Umgang mit rechter Gewalt haben.

Systematisieren: Um die immer unübersichtlicher werdenden Hilfsangebote zu koordinieren, haben die Länder Koordinierungszentren für Freiwillige eingerichtet. In Internet zu finden unter Lagfa (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen). In Bayern gibt es daneben eine eigene Hotline zum bürgerschaftlichen Engagement für Flüchtlinge : (08 00) 0 00 58 02.

Therapieren: Psychosoziale Hilfe für traumatisierte Folterüberlebende und Kriegsflüchtlingen bietet beispielsweise Xenion an. Dort kann man sich als Mentor engagieren oder als ehrenamtlicher Vormund für unbegleitete Minderjährige. Einen Überblick über Zentren, die psychosoziale Hilfe für Flüchtlinge anbieten, gibt es bei der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (baff-zentren.org).

Übersetzen: Menschen mit Fremdsprachenkenntnissen werden immer gebraucht. Am meisten gesucht: Arabisch, Kurdisch, Persisch, Serbisch, Somalisch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Russisch, Türkisch und afrikanische Dialekte. Viele Universitäten bieten Dolmetscherpools an, beispielsweise die Uni-Mainz (fb06.uni-mainz.de), wo man den Bedarf erfragen kann.

Verhindern: Auf [www.wir-treten-ein.de](http://www.wir-treten-ein.de) kann man die Pro-Asyl-Kampagne unterstützen, die sich gegen die Abschiebung von Flüchtlingen in EU-Staaten wehren, in denen sie in Elend und Obdachlosigkeit leben. Gegen Abschiebung kann man sich auch bei anderen Initiativen wie Abschiebestopp oder Bündnis gegen Abschiebung , die direkte Aktionen wie Sitzblockaden an Flughäfen oder Wohnungen organisieren.

Willkommen-Initiativen: Wer nicht weiß, ob in seiner Stadt oder seinem Dorf Flüchtlinge leben, braucht einfach nur Wohnort, Willkommen, Flüchtlinge in die Suchmaschine seines Internets tippen. Die meisten Orte, in denen Flüchtlinge leben, haben eine Willkommen-Initiative.

Yoga: Flüchtlinge, die an Yogastunden teilnehmen, können sich eine Weile aus den Belastungen, Erinnerungen und Herausforderungen entführen und Werkzeuge entwickeln, sich selbst und die Verbindung zum eigenen Körper wieder zu stärken , sagt Simone Brenner von Projekt Yoga e. V. , einem Verein, der 36 jugendlichen unbegleiteten Flüchtlingen in Hamburg Yoga und Meditation unterrichtet. Wer helfen möchte, kann sich als Lehrer anbieten oder bei Veranstaltungen als Botschafter, Koch, Musiker, etc. mitmachen.

Zuhause: Die Gemeinschaftsunterkünfte zu verlassen ist für Flüchtlinge ein erster Schritt, um hier anzukommen. Flüchtlinge Willkommen beispielsweise vermittelt WG-Zimmer an Flüchtlinge. Was sie tun können: Geld spenden das Projekt braucht es dringend.

**Load-Date:** August 14, 2015

**Bundeswehr und Zoll sollen in der Asylbehörde aushelfen; Sondertreffen  
Der Bund will die Länder mehr unterstützen, bleibt aber vorerst  
unverbindlich. Die Ministerpräsidenten zeigten sich am Mittwoch enttäuscht**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 17. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 507 words

**Byline:** Tobias Schulze

**Highlight:** Sondertreffen Der Bund will die Länder mehr unterstützen, bleibt aber vorerst unverbindlich. Die Ministerpräsidenten zeigten sich am Mittwoch enttäuscht

## Body

---

Berlin taz | Von ihrem Termin im Kanzleramt hatten sich die Ministerpräsidenten etwas mehr erwartet: Über die Ergebnisse ihres Treffens mit der Bundeskanzlerin äußerten sich die Regierungschefs der Länder am Mittwoch überwiegend enttäuscht.

Man sei zwar einen Schritt vorwärtsgekommen, sagte zum Beispiel Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer, zufrieden sei er aber noch nicht. Die Bundesregierung müsse jetzt ihre Hausaufgaben machen, sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Und: Es sei noch Luft nach oben, sagte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig. Die Runde am Vorabend hatte länger gedauert als erwartet. Erst kurz vor 23 Uhr verkündeten die Teilnehmer das Ergebnis: Der Bund will den Ländern künftig stärker unter die Arme greifen, Details blieben aber offen.

Problem eins: 40 000 Plätze für neu ankommende Flüchtlinge will die Bundesregierung einrichten. Die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder würden dadurch entlastet. Unklar ist noch, welche Funktion diese Unterkünfte genau erfüllen sollen: Ob sie als Pendant zu den regulären Erstaufnahmелagern der Länder dienen (in dem Fall würden Flüchtlinge für drei Monate dort bleiben, bevor sie an die Kommunen verteilt werden) oder ob sie als Puffer für Stoßzeiten gedacht sind (dann würden Flüchtlinge dort nur für ein paar Tage bleiben und an die Länder verteilt werden, sobald in deren Lagern wieder Platz ist).

Problem zwei: Einziges Bahn-Drehkreuz, von dem ankommende Flüchtlinge auf die Länder verteilt werden, ist bislang München. Um Bayern zu entlasten, sollen weitere Knotenpunkte eingerichtet werden. Wo und wann, das ist noch nicht geklärt. Die Gespräche laufen noch, sagte ein Sprecher des Innenministeriums am Mittwoch. Seitdem die Bundesregierung Grenzkontrollen eingeführt hat, dränge das Problem aber nicht mehr so sehr: Die meisten Flüchtlinge kämen seitdem nicht mehr per Zug in München an, sondern würden schon an der Grenze aufgegriffen.

Bundeswehr und Zoll sollen in der Asylbehörde aushelfen Sondertreffen Der Bund will die Länder mehr unterstützen, bleibt aber vorerst unverbindlich. Die Ministe....

Problem drei: Weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu wenig Personal hat, müssen Asylbewerber derzeit Monate warten, bis ihre Asylanträge bearbeitet sind. Kanzlerin Merkel kündigte nach dem Gipfel an, dass Mitarbeiter von Bundeswehr und Zoll demnächst beim Bundesamt aushelfen werden. Ab wann sie los-legen, ist aber noch unklar. Details sollen bis zum nächsten Gipfel am 24. September geklärt werden.

Problem vier: Schon zu Monatsbeginn hatte sich die Große Koalition auf Änderungen im Asylrecht geeinigt. Unter anderem will sie drei weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklären. Ob die Länder im Bundesrat zustimmen, ist noch unklar. Auch darüber wollen Merkel und die Ministerpräsidenten erst am 24. September sprechen. Tobias Schulze

Die Bundesregierung will Einrichtungen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen und Drehkreuze zu ihrer Verteilung einrichten. Wo, wann und wie das ist aber noch offen

Föderalismus

Bund und Länder einigen sich über die Verteilung der Flüchtlinge. Nur hinter der Finanzierung steht noch ein großes Fragezeichen

**Load-Date:** September 16, 2015

## **Bundesregierung hat keinen Schimmer von Frauen; ASYL Grüne wollten wissen: Wie geht es weiblichen Flüchtlingen? Antwort: Keine Ahnung**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 19. Mai 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 8

**Length:** 396 words

**Byline:** Simone Schmollack

**Highlight:** ASYL Grüne wollten wissen: Wie geht es weiblichen Flüchtlingen? Antwort: Keine Ahnung

### **Body**

---

berlin taz | Ein Drittel aller Flüchtlinge, die im Januar in Deutschland zum ersten Mal einen Asylantrag gestellt hatten, sind Frauen und Mädchen, etwa 17.000. Diese Angabe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lässt viele Menschen fragen, was mit den Frauen hierzulande passiert.

Antworten sind mitunter schnell gegeben: Sie verlassen ihre Unterkünfte kaum, kümmern sich um ihre Kinder, in Integrationskursen tauchen Frauen nur selten auf. So jedenfalls stellt es sich dar, wenn man Flüchtlingsheime besucht und sich mit geflüchteten Frauen unterhält.

Die Grünen im Bundestag wollten es etwas genauer wissen und haben der Bundesregierung eine kleine Anfrage geschickt. So wollte die Fraktion wissen, wie viele der geflüchteten Frauen als Analphabetinnen hergekommen sind. Wie häufig sie Integrationskurse besuchen. Ob sie auf Dauer in Deutschland bleiben und hier auch arbeiten wollen.

Doch schlauer sind die Grünen jetzt sicher nicht. Der Bundesregierung liegen keine validen Daten zum Bildungsstand geflüchteter Frauen und Mädchen im Vergleich zu männlichen Altersgenossen aus ihren jeweiligen Ländern vor, heißt es in der Antwort an die Partei, die der taz vorliegt.

Ebenso wenig weiß die Bundesregierung, wie die spezifische Situation der seit 2015 nach Deutschland geflüchteten Frauen und Mädchen ist: Ob sie verheiratet sind, ob sie in ihren Heimatländern zur Schule gegangen sind, ob sie einen Beruf gelernt haben. Ulle Schauws, frauenpolitische Sprecherin, ist unzufrieden. Es ist dringend erforderlich, dass sich die Bundesregierung einen Überblick mit Daten und Fakten darüber verschafft, welche Gruppen welche Angebote brauchen, kritisiert sie.

Unabhängig von ihren persönlichen Umständen, wünscht sich die Bundesregierung nämlich von den geflüchteten Frauen laut dem Papier, dass diese ermutigt werden, ihre Lebenssituation zu reflektieren, realistische Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Bundesregierung hat keinen Schimmer von Frauen ASYL Grüne wollten wissen: Wie geht es weiblichen Flüchtlingen? Antwort: Keine Ahnung

Die Bundesregierung verweist auf mehrere aktuelle Untersuchungen, die einen Überblick über die Lebensumstände der weiblichen Flüchtlinge in Deutschland geben sollen. Die Ergebnisse, die in diesem und im kommenden Jahr vorliegen sollen, dürften bereits vorhandene Erkenntnisse des BAMF ergänzen. Das weiß seit einiger Zeit, dass ein Drittel der Flüchtlingsfrauen in Deutschland keine Schule besucht hat und 82 Prozent keinen Beruf haben.

Simone Schmollack

**Load-Date:** May 18, 2016

---

End of Document

## Schutz unter dem Kreuz; ASYL Nur wenige Hundert Flüchtlinge finden Aufnahme in deutschen Kirchen. Zu viele, meint der Innenminister FRIEDEN

taz, die tageszeitung

Samstag 06. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** HINTERGRUND; S. 02

**Length:** 442 words

**Byline:** SARAH EMMINGHAUS / MARION BERGERMANN

**Highlight:** ASYL Nur wenige Hundert Flüchtlinge finden Aufnahme in deutschen Kirchen. Zu viele, meint der Innenminister

### Body

---

VON SARAH EMMINGHAUS UND MARION BERGERMANN

Darf eine Einrichtung – sei sie noch so hochgeschätzt wie die Kirche – sich über bestehendes Recht hinwegsetzen? Das fragt sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Freitag auf dem Kirchentag in Stuttgart.

Nach seiner wiederholten Kritik treffen sich am 8. Juni VertreterInnen der katholischen und evangelischen Kirche mit der Spitze des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg. Dabei soll es um die sogenannten Dublin-III-Fälle gehen, die Kirchenasyl bekommen würden. Nach Dublin III werden Flüchtlinge in das EU-Land abgeschoben, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben – selbst wenn in diesen Ländern menschenunwürdige Bedingungen herrschen.

Diese Fälle waren Auslöser für das BAMF und de Maizière, die Praxis der Kirche zu kritisieren und sie ändern zu wollen. Nun wollen sich Kirche und Regierung über neue Vorgehensweisen verständigen.

Kirchenasyl wird nur in Einzelfällen gewährt. Vor fünf Jahren waren es 31 Flüchtlinge, 2014 dann 430. Für de Maizière ein zu starker Anstieg. Dabei hängt der vor allem mit gestiegenen Zahlen von Asylbewerber\_innen zusammen.

De Maizière geht dennoch davon aus, dass es sich inzwischen nicht mehr nur um Einzelfälle handelt. Er fürchtet, das Kirchenasyl werde instrumentalisiert, um die Flüchtlingspolitik der Regierung zu kritisieren: Es geht um die Frage, ob eine Kirche sagt: Wir bekämpfen das Dublin-System politisch, und deswegen nutzen wir Einzelfälle, um uns zu wehren.

Juristisch ist das Kirchenasyl eine Grauzone, da es aus dem Selbstverständnis der Kirche als heiligem Ort hervorgegangen ist. Die Geflüchteten und ihre Helfer\_innen machen sich eigentlich strafbar, wenn sie sich einer Abschiebung widersetzen. Das wird aber fast nie verfolgt.

Schutz unter dem Kreuz ASYL Nur wenige Hundert Flüchtlinge finden Aufnahme in deutschen Kirchen. Zu viele, meint der Innenminister FRIEDEN

Der Verfassungs- und Kirchenrechtsprofessor Hans Michael Heinig sieht den Anstieg beim Kirchenasyl als Ausdruck eines weit größeren Problems. Das Kirchenasyl leistet keinen Beitrag dazu, die Probleme auf einer Sachebene strukturell anzugehen kann es auch nicht. So verstanden schadet es mehr, als dass es nutzt. Solche Fragen müssen wir demokratisch verhandeln.

Kirchenasyle sind angesichts der Flüchtlingszahlen ein sehr kleiner Bereich , findet Dietlind Jochims. Sie ist Vorsitzende der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und wird bei den Gesprächen in Nürnberg mitverhandeln. An den Kirchenasylen zeigt sich ja auch etwas: Die Summe aller Einzelfälle gibt dem System ein Gesicht. Und natürlich sind es immer Einzelfallentscheidungen, aber wenn wir das siebzigste Mal ähnliche Probleme mit Aufnahmebedingungen in Bulgarien haben dann ergibt sich daraus ein Bild.

**Load-Date:** June 5, 2015

---

End of Document

## Nur hohl; Christian Rath zu geplanten Asylrechtsverschärfungen

taz, die tageszeitung

Freitag 20. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 321 words

**Byline:** Christian Rath

### Body

---

Christian Rath zu geplanten Asylrechtsverschärfungen

Für Asylanträge mit geringen Erfolgsaussichten soll es künftig ein beschleunigtes Verfahren geben. Binnen einer Woche soll dabei das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über die Anträge entscheiden. Das gerichtliche Verfahren soll in zwei weiteren Wochen abgewickelt sein. Das plant die Bundesregierung im zweiten Asylbeschleunigungsgesetz, dessen Entwurf jetzt bekannt wurde.

Vermutlich sind das aber nur hohle Ankündigungen. Wahrscheinlich dauert es weiterhin schon einige Wochen bis der Antragsteller überhaupt registriert und einer besonderen Aufnahmeeinrichtung zugewiesen wird. Dann wird das BAMF in der Regel wegen Überlastung die geplante Ein-Wochen-Frist nicht einhalten können, denn auch im beschleunigten Verfahren muss jeder Antragsteller individuell mit seinen Argumenten angehört werden.

Am Ende wird der Antragsteller also doch oft im normalen Verfahren landen. Und ansonsten wird auch das gerichtliche Verfahren vermutlich viel länger dauern als geplant.

Das beschleunigte Verfahren war ursprünglich vor allem für Antragsteller aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten gedacht, insbesondere aus den Westbalkanstaaten Kosovo und Albanien. Nun ging die Zahl der Asylanträge aus diesen Ländern aber schon vor den jüngsten Gesetzesverschärfungen stark zurück. Sie machen nur noch knapp drei Prozent aller Anträge aus. Deshalb wurde das beschleunigte Verfahren nun für eine Vielzahl anderer Antragsteller geöffnet, etwa für Leute, die angeblich ihren Pass vernichtet haben oder die völlig irrelevante Begründungen für ihr Asylgesuch abgegeben haben sollen.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl befürchtet bereits, dass die Sonderprozedur zum Standardverfahren wird. Doch das überlastete BAMF dürfte gar kein Interesse am zusätzlichen Erledigungsdruck haben und deshalb die Zahlen im Eilverfahren letztlich doch eher klein halten.

Inland 8 SEITE



Nur hohl Christian Rath zu geplanten Asylrechtsverschärfungen

**Load-Date:** November 19, 2015

---

End of Document

## in aller kürze; Flüchtlinge frieren am AmtRund 3

taz, die tageszeitung

Dienstag 19. Januar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BREMEN AKTUELL; S. 29

**Length:** 319 words

### Body

---

in aller kürze

#### Flüchtlinge frieren am Amt

Rund 300 Menschen haben nachts in der Kälte vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Steinsetzerstraße in der Hoffnung auf eine schnelle Bearbeitung ihres Asylantrags gewartet. In sozialen Netzwerken hatte es nach Medien-Informationen zuvor Gerüchte gegeben, dass die Asylanträge in der Regionalstelle auch ohne Termin bearbeitet werden. Ob dem tatsächlich so ist, war zunächst nicht zu erfahren das Bundesamt war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Die Flüchtlinge harhten am frühen Montagmorgen mehrere Stunden aus. Die Polizei stellte Absperrgitter auf, um den Andrang zu ordnen. Das Deutsche Rote Kreuz und die Feuerwehr verteilten warme Getränke an die Wartenden. (dpa)

#### Projekt gegen Zwangsheirat

Einen Infoflyer für von Zwangsheirat bedrohte Mädchen hat die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten bei der Sozialsenatorin herausgegeben. Unter dem Titel Heiraten wen ich will und wann ich will informiert das Papier über die Rechtslage und listet Anlaufstellen in Bremen und Bremerhaven auf. Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauße sagte, dass auch in Bremen Mädchen plötzlich nicht mehr zur Schule kämen, weil sie offenbar im Ausland verheiratet wurden. Eine Polarisierung zwischen Traditionen und Selbstbestimmung wurde vermieden, um die Jugendlichen zu erreichen. (taz)

#### Aufbruch in den Iran

Bremer Unternehmen versprechen sich laut Radio Bremen gute Geschäfte vom Ende der Sanktionen gegen den Iran. Die Handelskammer spricht von Aufbruchstimmung. Obwohl die Sanktionen 2014 noch bestanden, haben Bremer Unternehmen bereits damals Waren im Wert von 6,7 Millionen Euro in den Iran exportiert. Dennoch ist der Nachholbedarf laut Handelskammer enorm. Mit steigenden Gewinnen rechnen vor allem die Logistikbranche, der Hafen und Händler von Maschinen und Ersatzteilen. (taz)

in aller kürze Flüchtlinge frieren am AmtRund 3

**Load-Date:** January 19, 2016

---

End of Document

## **Czaja will schneller abschieben; Flüchtlinge Mehr Geld vom Bund: Der Senat begrüßt das Ergebnis des Bund-Länder-Gipfels. Flüchtlinge sollen schneller registriert werden. Lage vorm Lageso bleibt kritisch**

taz, die tageszeitung

Samstag 26. September 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 52

**Length:** 524 words

**Byline:** Uta Schleiermacher

**Highlight:** **Flüchtlinge** Mehr Geld vom Bund: Der Senat begrüßt das Ergebnis des Bund-Länder-Gipfels. **Flüchtlinge** sollen schneller registriert werden. Lage vorm Lageso bleibt kritisch

### **Body**

---

von Uta Schleiermacher

Der Bund zahlt im kommenden Jahr etwa die Hälfte der Kosten, die Berlin pro **Flüchtling** aufwenden muss. Dieses Ergebnis des **Flüchtlingsgipfels** von Bund und Ländern wertete die rot-schwarze Berliner Landesregierung am Freitag als Erfolg. Wir wollen helfen, aber wir müssen auch helfen können. Das wird uns jetzt besser gelingen, sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD).

Die Finanzverwaltung rechnet für 2016 mit Zuschüssen von rund 242 Millionen Euro. Davon seien etwa 210 Millionen dafür vorgesehen, die Flüchtlinge zu versorgen, 32 Millionen gingen in die Wohnungsbauförderung. Im laufenden Jahr bekomme Berlin statt der zuvor zugesagten 55 Millionen nun 110 Millionen Euro vom Bund. Es soll jeweils nachgerechnet werden, ob die zugesagte Kopfpauschale von 670 Euro pro Flüchtling und Monat ausgereicht hat.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) hatte vorgerechnet, dass Berlin rund 1.200 Euro im Monat pro Flüchtling ausgibt. Darin sind neben 800 Euro für die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz für Unterbringung und Gesundheitshilfe auch Kosten beispielsweise für Kitaplätze und Willkommensklassen enthalten, hieß es.

Innensenator Frank Henkel (CDU) lobte besonders, dass Albanien, das Kosovo und Mazedonien zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen. Die Linksfraktion dagegen kritisierte das: Die Verschärfung des Asylrechts führe zu mehr Abschottung und nicht zu mehr Humanität. Dem dürfe Berlin im Bundesrat nicht zustimmen.

Sozialsenator Mario Czaja (CDU) kündigte für Ende September ein geändertes Verfahren für Flüchtlinge aus dem Westbalkan an. Dazu würden diese innerhalb eines Tages registriert und könnten innerhalb von 14 Tagen

Czaja will schneller abschieben Flüchtlinge Mehr Geld vom Bund: Der Senat begrüßt das Ergebnis des Bund-Länder-Gipfels. Flüchtlinge sollen schneller registriert....

zurückgeschickt werden. Czaja besuchte am Freitag die neu eingerichtete Registrierungsstelle in der Kruppstraße in Moabit. Die Mitarbeiter registrieren dort nach Angaben des Landesamts für Gesundheit und Soziales (Lageso) 150 Flüchtlinge am Tag. Sie werden dabei von Polizisten und Soldaten unterstützt.

Die Soldaten leisten dem Lageso Amtshilfe. Sie haben keinen direkten Kontakt zu den Flüchtlingen, sondern geben Daten in das sogenannte Easy-System ein, das die Verteilung der Asylsuchenden auf die Bundesländer regelt. Mit dieser Aufgabe können nur Personen betraut werden, die eine Sicherheitsprüfung hinter sich hätten, sagte Czaja. Mitarbeiter etwa von Sozialämtern, die dafür auch infrage kämen, seien derzeit überlastet.

Die registrierten Flüchtlinge erhalten dann ihre Bescheinigung zur Meldung als Asylsuchende und bekommen einen Termin beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wo sie ihren Asylantrag stellen können.

Vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) warteten am Freitag erneut Hunderte Flüchtlinge auf ihre Registrierung. Die neu eingerichteten Registrierungsstellen würden an ihrer Situation nichts ändern, bestätigte Michael Thiel vom Lageso. Da gucken wir morgens, wie wir bis zum Mittag kommen, mittags, wie wir bis zum Abend durchhalten, und abends, wie wir alle in die Busse kriegen, so Thiel.

Politik 6 SEITE

Sozialsenator Czaja kündigte ein ge-ändertes Verfahren für Flüchtlinge vom Westbalkan an

**Load-Date:** September 25, 2015

## Flüchtlingsamt geht ins Konzil; MIGRATION Ein Deal zwischen Christen und Behörden sollte die Zahl der Kirchenasyle senken. Weil es mit der Umsetzung hapert, setzen die Beteiligten neue Gespräche an

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. Mai 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 07

**Length:** 593 words

**Byline:** STEFANIE JÄRKEL

**Highlight:** **MIGRATION** Ein Deal zwischen Christen und Behörden sollte die Zahl der Kirchenasyle senken. Weil es mit der Umsetzung hapert, setzen die Beteiligten neue Gespräche an

### Body

---

STUTTGART taz | Die Kirchen und das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) wollen ihre Zusammenarbeit beim Thema Kirchenasyl konkretisieren. Dazu treffen sich am 8. Juni Vertreter beider Seiten in Nürnberg, wie die Evangelische Kirche Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz auf Nachfrage bestätigten. Weitere Angaben wollten die Behörde und die Kirchenspitzen nicht machen. Hintergrund ist der Streit aus dem Winter, der sich um die hohe Zahl an Kirchenasylan drehte. Von der Basis kommt indes Kritik an der Umsetzung einer Vereinbarung aus dem Februar.

Damals hatten sich die Kirchen bereit erklärt, dem BAMF künftig Personen zu melden, die für ein Kirchenasyl infrage kommen. Die Behörde wollte deren Fälle daraufhin nochmals auf ein mögliches Aufenthaltsrecht hin überprüfen um so die Zahl der Kirchenasyle zu senken. Im Herbst sollte das Verfahren bewertet werden.

Dieter Müller vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst in Bayern bezeichnet die Vereinbarung vom Februar als sehr unklar formuliert. Er sagt: Wir wissen nicht, welche Kriterien ausschlaggebend für die Anerkennung eines Härtefalls sind. Allerdings sieht Müller vor allem das Bemühen der Kirchenleitung, die Zahl der Kirchenasyle zu begrenzen. Einzelne Bistümer wie Augsburg versuchten ihre Gemeinden stärker zu kontrollieren und forderten sie auf, Fälle für Kirchenasyl sorgfältiger auszuwählen.

Veränderungen kommen zudem nur langsam in Gang: Bei der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau beginnen die fünf neu eingesetzten Ansprechpersonen nun erst damit, Dossiers über die Flüchtlinge in den mehr als zehn Kirchenasylan zu erstellen. Darin sollen die Gemeinden dem BAMF unter anderem erklären, warum sie bestimmten Personen Schutz gewähren.

Für Verärgerung bei den Kirchen hat zudem eine E-Mail der Behörde gesorgt. Darin steht, dass die Einreichung der Dossiers keine aufschiebende Wirkung für die Verfahren hat. Und weiter: Im Zweifel sollten Sie daher die

Flüchtlingsamt geht ins Konzil MIGRATION Ein Deal zwischen Christen und Behörden sollte die Zahl der Kirchenasyle senken. Weil es mit der Umsetzung hapert, setz....

Unterbringung eines Betroffenen im Kirchenasyl in die Wege leiten. Nicht dass dieser vorher noch schnell abgeschoben würde.

Das ist vollkommen absurd , sagt Ines Welge, die für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau an dem Treffen am 8. Juni teilnimmt. Letztlich gehe es doch darum, mit dem neuen Verfahren die Zahl der Kirchenasyle zu senken. Sie fordert eine aufschiebende Wirkung, damit es für uns gefahrlos möglich ist, zu sagen: Diese Leute müssen überprüft werden, weil nach unserer Auffassung besondere Härten vorliegen.

Mindestens 430 Kirchenasyle gab es nach Kirchenangaben im vergangenen Jahr in Deutschland. In 378 Fällen nahmen die Gemeinden Flüchtlinge auf, die in ein EU-Land abgeschoben werden sollten. Nach der Dublin-Regelung muss ein Asylverfahren stets in dem Mitgliedsland der Europäischen Union bearbeitet werden, in das ein Flüchtling zuerst einreist es sei denn, er hält sich schon länger als sechs Monate in einem anderen Land auf. Das Kirchenasyl hilft häufig, diese Frist zu überbrücken.

Ende 2014 waren Pläne des Innenministeriums bekannt geworden, wonach Menschen im Kirchenasyl künftig als untergetaucht gelten sollten. Damit könnte ein Dublin-Flüchtling auch noch nach 18 Monaten abgeschoben werden. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) warf den Kirchen aufgrund der hohen Zahl an Dublin-Fällen vor, geltendes Recht abzulehnen und gesetzliche Fristen zu ignorieren. Dagegen sagte Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe: Kirchenasyl ist für uns immer Ultima Ratio. STEFANIE JÄRKEL

Mindestens 430 Kirchenasyle gab es im vergangenen Jahr in Deutschland

**Load-Date:** May 25, 2015

## Agentur: Regierung will konzertiert Afghanen abschieben; ASYL Noch im Dezember sollen Sammelausweisungen stattfinden. Protest von Pro Asyl

taz, die tageszeitung

Montag 05. Dezember 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 456 words

**Highlight:** ASYL Noch im Dezember sollen Sammelausweisungen stattfinden. Protest von Pro Asyl

### Body

---

BERLIN dpa | Ungeachtet der Kritik von Menschenrechtlern will die Bundesregierung die Abschiebung von Flüchtligen in ihre Heimat weiter forcieren. Noch in diesem Monat sollen nach Informationen des Spiegels bis zu 50 Afghanen mit einem Flugzeug in ihr Heimatland zurückgebracht werden. Eine für das Bundesflüchtlingsamt erstellte Studie empfiehlt nach einem Bericht der Welt zudem mehr Druck auf abgelehnte Asylbewerber, damit diese in ihre Heimat zurückkehren.

Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums erklärte am Wochenende: Auf Grundlage der zwischen Afghanistan und Deutschland getroffenen Vereinbarung wird derzeit die Rückkehr von Afghanen voraussichtlich noch im Dezember organisiert. Die Rückkehr betrifft sowohl freiwillig Ausreisende als auch Personen, die sich derzeit ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland aufhalten.

Nach Angaben der Regierung sind mehr als 12.000 Afghanen zur Ausreise aus Deutschland aufgefordert. Im ersten Halbjahr 2016 wurden 18 abgelehnte afghanische Asylbewerber abgeschoben, 2015 waren es 9.

Abschiebungen von Asylbewerbern aus Afghanistan sind umstritten, weil es am Hindukusch immer wieder zu Anschlägen der radikalislamischen Taliban kommt. Die Hilfsorganisation Pro Asyl spricht von über 1.600 Toten und mehr als 3.500 Verletzten unter der afghanischen Zivilbevölkerung allein im ersten Halbjahr 2016.

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte der Bild, Deutschland habe enorme Hilfsbereitschaft gezeigt. Aber wenn wir diese Hilfsbereitschaft erhalten wollen, müssen diejenigen wieder gehen, die kein Recht haben zu bleiben. Schäuble unterstützte damit das Konzept von CDU-Vize Thomas Strobl für eine schärfere Abschiebep Praxis.

Auch Bayern begrüßt die geplanten Sammelabschiebungen. Ich halte das für absolut richtig und konsequent, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Eine Rückführung sei in manche Regionen Afghanistans zwar nicht zumutbar. Es gebe aber solche wie Masar-i-Scharif, wo auch die Bundeswehr für ein Mindestmaß an Sicherheit Sorge.



Agentur: Regierung will konzertiert Afghanan abschieben ASYL Noch im Dezember sollen Sammelausweisungen stattfinden. Protest von Pro Asyl

## Schwangere kein Tabu

CDU-Vize Julia Klöckner kritisierte die bisherige Praxis, Schwangere von Abschiebungen auszunehmen. Es ist ein Unterschied, ob jemand im zweiten Monat oder hochschwanger ist, sagte sie der Berliner B.Z. Es müsse Menschen geholfen werden, die wirklich Hilfe brauchten. Ansonsten ist das Asylrecht hinfällig.

Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beauftragte Berater der Firma McKinsey plädieren in einer Studie für ein mit den Bundesländern koordiniertes Rückkehrmanagement. Dazu sind entsprechende Abschiebungshaft- und Gewahrsamsanstalten einzurichten, heißt es darin laut Welt. Abgelehnte Asylbewerber, die wegen Krankheit oder fehlender Papiere geduldet werden, sollten nur noch Sachleistungen erhalten.

**Load-Date:** December 4, 2016

---

End of Document

**Ohne Richter im Transitknast; Justiz Oberlandesgericht Frankfurt  
beanstandet Flughafenverfahren gegen Asylbewerber**

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. April 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 301 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** Justiz Oberlandesgericht Frankfurt beanstandet Flughafenverfahren gegen Asylbewerber

## Body

---

Freiburg taz | Abgelehnte Asylbewerber dürfen nur mit richterlicher Genehmigung im Flughafentransit festgehalten werden. Das entschied jetzt das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt nach einem jahrelangen Rechtsstreit.

Das Flughafenverfahren sieht vor, dass Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug nach Deutschland kommen, oft nicht einreisen dürfen. Einfache Verfahren werden erledigt, solange die Antragsteller noch im Transit sind. 1996 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass dies keine Freiheitsentziehung ist.

Auch abgelehnte Antragsteller mussten seither auf dem Frankfurter Flughafen in der Transiteinrichtung bleiben, einer Art Flughafenknast, weit draußen auf dem Rollfeld. Erst nach 30 Tagen wurde bisher ein Richter gefragt.

In einem rechtskräftigen Urteil hat das OLG Frankfurt nun entschieden, dass diese Praxis rechtswidrig war. Wenn jemand gegen seinen Willen im Flughafentransit festgehalten wird, handle es sich zumindest nach Abschluss des Asylverfahrens um eine Freiheitsentziehung. Darüber müsse ein Richter unverzüglich, spätestens aber nach Ablauf des nächsten Tages entscheiden (Az. 20 W 9/15).

Anwalt Peter Fahlbusch, der das Urteil erstritten hat, geht davon aus, dass einige hundert Migranten zumindest zeitweise rechtswidrig inhaftiert waren.

Die Bundesregierung will das Frankfurter Urteil erst mal in Ruhe auswerten, sagte sie auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Deren Abgeordnete Ulla Jelpke fordert: Die Regierung muss jetzt die Rechtslage ändern.

Anwalt Fahlbusch hat schon neue Klagen angestrengt, um eine Korrektur des Karlsruher Urteils von 1996 zu erreichen. Nach meiner Ansicht ist es auch schon eine Freiheitsentziehung, wenn der Antragsteller während des Verfahrens in der Transiteinrichtung festgehalten wird, erklärte Fahlbusch. Christian Rath

**Load-Date:** April 4, 2016

Ohne Richter im Transitknast Justiz Oberlandesgericht Frankfurt beanstandet Flughafenverfahren gegen  
Asylbewerber

---

End of Document

**Was tun mit den Flüchtlingen?; MIGRATION In dem Dokumentarfilm "Willkommen auf Deutsch" zeigen Carsten Rau und Hauke Wendler, wie in der norddeutschen Provinz mit Asylbewerbern umgegangen wird**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. März 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** KULTUR; S. 23

**Length:** 970 words

**Byline:** WILFRIED HIPPEN

**Highlight:** **MIGRATION** In dem Dokumentarfilm Willkommen auf Deutsch zeigen Carsten Rau und Hauke Wendler, wie in der norddeutschen Provinz mit **Asylbewerbern** umgegangen wird

## Body

---

VON WILFRIED HIPPEN

Manchmal kommt ein Film zur richtigen Zeit. Der Dokumentarfilm Willkommen auf Deutsch hat heute seinen Kinostart. Er wirkt wie ein Kommentar zu dem Rücktritt des ehrenamtlichen Bürgermeisters von Tröglitz in Sachsen-Anhalt. Dieser sah sich durch Rechtsextreme bedroht, weil es Pläne des Landkreises gibt, in seinem Ort **Asylbewerber** unterzubringen.

Wie sieht der alltägliche Umgang mit **Asylbewerbern** in der deutschen Provinz aus? Eine Antwort darauf liefert diese Dokumentation. Fast ein Jahr lang begleiteten Carsten Rau und Hauke Wendler mit ihrer Kamera **Flüchtlinge**, Bürger, die sich gegen die Ansiedlung von **Flüchtlingen** in ihrem Ort wehren, und Bedienstete einer Landkreisverwaltung.

Dafür gingen sie in die wohlgeordnete norddeutsche Provinz. Südlich von Hamburg leben im Landkreis Harburg 240.000 Einwohner. Dort gibt es keine Zuspitzung wie in Tröglitz, also keinen rechtsradikalen Mob und keinen belagerten Staatsdiener, und deshalb ist hier ein genauer Blick möglich und nötig.

Die erste Überraschung ist, dass man Anwohner, die sich dagegen wehren, dass Flüchtlinge in ihrem Ort untergebracht werden, durchaus verstehen kann. Das Dorf Appel hat ganze 415 Einwohner und dort soll ein ehemaliges Altersheim so umgebaut werden, dass 53 alleinstehende Flüchtlinge darin wohnen können. Dadurch würde sich das Dorfleben grundsätzlich ändern und wenn einer der Begründer einer Bürgerinitiative gegen diesen Umbau sagt, er fühle sich von den Politikern und der Verwaltung in Stich gelassen, kann man dies gut nachvollziehen.

Was tun mit den Flüchtlingen? MIGRATION In dem Dokumentarfilm "Willkommen auf Deutsch" zeigen Carsten Rau und Hauke Wendler, wie in der norddeutschen Provinz mi....

Bei Bürgerversammlungen fallen dann aber auch bedenkliche Bemerkungen. Es wird davon gesprochen, dass die Töchter sich nicht mehr trauen würden, alleine auf die Straße zu gehen. Man würde sich einfach unwohl fühlen, und wenn dann der Leiter des Fachbereichs Soziales Reiner Kaminski aus Harburg anreist, um seine Pläne zu verteidigen, wird er bei der Bürgerversammlung beschimpft.

Die Filmemacher beginnen diese Sequenz mit der Nahaufnahme eines gefüllten Bierglases, denn die Versammlung findet in der Kneipe Deutsches Haus statt, wo eine Stammtischatmosphäre herrscht. Aber die Filmemacher versuchen, beiden Seiten gerecht zu werden.

Sie zeigen, wie sich die Bürger von Appel gegen die Ansiedlung wehren und auch die Bemühungen des Landesbediensteten, der die Filmemacher sogar dazu einlädt, Lagebesprechungen in seinem Amt mitzufilmen. Dort spricht er dann von der Willkommenskultur während gleichzeitig an seinem Tisch davon die Rede ist, dass die Behörden Flüchtlinge wieder ausweisen können. Es ist eine der Qualitäten des Films, dass Rau und Wendler immer wieder solche Zwischentöne einfangen.

In einem zweiten Erzählstrang zeigen sie ein bereits bestehendes Wohnprojekt für Flüchtlinge im Landkreis Harburg. In der Gemeinde Tespe wurde eine ehemalige Sparkassenfiliale so umgebaut, dass darin einige Familien leben können. Dort ist eine Mutter mit sechs Kindern aus Tschetschenien eingezogen.

Zu Beginn der Dreharbeiten war die einzige Erwachsene in der Familie psychisch zusammengebrochen und in eine Klinik in Lüneburg eingeliefert worden. So erzählt ihre älteste Tochter Larisa bei den ersten Aufnahmen davon, dass es Anfeindungen aus der Bevölkerung gab. Wenn abends ein Kind auf dem Balkon weinte, wurde gleich die Polizei gerufen und auch die ständige Angst davor, abgeschoben zu werden, überforderte ihre Mutter.

Zugleich spricht die junge Frau von der schönen großen Wohnung, die ihnen zugewiesen wurde. Im Laufe der Dreharbeiten wird auch sie die Grenzen ihrer Kräfte überschreiten müssen und schließlich liegt auch sie nach einem Zusammenbruch im gleichen Krankenhaus wie ihre Mutter. Doch inzwischen gibt es Hilfe aus dem Ort.

Die Rentnerin Ingeborg Neupert aus Tespe hat eine Art von Patenschaft für die Flüchtlinge in dem Haus übernommen. Sie bringt ihnen die deutsche Sprache bei, berät sie in ihrem Umgang mit den Behörden, die ständig mit der Ausweisung drohen und kümmert sich, nachdem beide Versorgerinnen ausgefallen sind, gemeinsam mit einer Freundin um die Familie. So wird eine Unterbringung der kleinen Kinder in einem Heim vermieden, wofür auch Kaminski vom Landkreis verantwortlich ist, der sich als erstaunlich engagiert und fürsorglich erweist.

Rau und Wendler zeigen, wie beschwerlich und karg das Leben der Flüchtlinge in Tespe ist. So begleiten sie auch das Ehepaar Malik und Abida, das aus Pakistan fliehen musste, weil er ein Muslim und sie eine Christin ist. Die beiden ziehen in das Haus in Tespe ein und es wird deutlich, wie absolut und mühsam ihr Neuanfang in diesem ihnen völlig fremden Land ist.

In Appel gab es inzwischen eine erstaunliche Entwicklung. Die Unterbringung von 53 Flüchtlingen im Ort wurde zwar durch politische Trickereien mit Bebauungsplänen und Baugenehmigungen verhindert, aber der Wirt des örtlichen Gasthofs hatte bei den ersten Verhandlungen angeboten, Zimmer für elf Flüchtlinge in seinem Haus bereitzustellen. Dies klang damals nach nicht viel mehr als einem taktischen Zug, aber das Angebot wurde nicht zurückgezogen und so zeigt der Film, wie eine Gruppe von Flüchtlingen aus Albanien in das Deutsche Haus in Appel einzieht.

Rau und Wendler schauen genau hin und machen so deutlich, wie schwierig und widersprüchlich das Problem für die Betroffenen ist. Alle Protagonisten werden mit ihren Ängsten und Bemühungen ernst genommen, und so ist schließlich der eher steif wirkende Fachbereichsleiter Kaminski genauso ein Held des Films wie die vielgeplagte Larisa aus Tschetschenien und die 80-jährige Flüchtlings-Patin Ingeborg Neupert. Der Film endet deshalb hoffnungsfroh, aber die porträtierten Flüchtlinge leben weiter in einem Zwischenreich, denn bis zum Ende der Dreharbeiten wurde über keinen ihrer Asylanträge entschieden.

Wenn abends ein Kind auf dem Balkon weinte, wurde gleich die Polizei gerufen

Was tun mit den Flüchtlingen? MIGRATION In dem Dokumentarfilm "Willkommen auf Deutsch" zeigen Carsten Rau und Hauke Wendler, wie in der norddeutschen Provinz mi....

**Load-Date:** March 11, 2015

---

End of Document

## Humanitäre Fahren für Europa; DER ROTE FADEN

taz, die tageszeitung

Samstag 25. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 10-11

**Length:** 767 words

**Byline:** INES KAPPERT

### Body

---

Ob im Staatsfernsehen oder in der bürgerlichen Presse, selbst in der Bild-Zeitung war man sich einig, dass 1.200 Ertrunkene kein Petitesse mehr seien, dass man helfen müsse.

Eilig wurde eine Sondersitzung in Brüssel anberaumt und die EU-Staats- und Regierungschefs entschieden anders: Sie stocken den Etat der EU-Grenzschutzagentur auf neun Millionen Euro pro Monat auf und wollen gegen Schlepper in Libyen intervenieren. Militärisch. Ein neues Programm zur Seenotrettung wird es nicht geben, auch über eine neue, gemeinsame europäische Migrations- und Visapolitik muss weiterhin beraten werden. Also wird auch in diesem Punkt nichts passieren.

Wer gehofft hatte, dass die breite öffentliche Empörung ein Umdenken einleiten würde, hat vergessen, dass die Konservativen einen Teufel für Flüchtlingen tun werden, wo ihnen die Rechten zu Hause doch so massiv zusetzen. In Großbritannien etwa sind am 7. Mai Wahlen und die rechte Ukip ist im Aufwind. Weshalb das ehemalige Einwanderungsland selbst aus Syrien gerade einmal ganze 143 Menschen aufgenommen hat und Premier David Cameron auf dem Flüchtlingsgipfel sagte: Wir sind mit unseren Schiffen dabei, und wir werden die Menschen im nächsten sicheren Hafen absetzen, und zwar in Italien. Aber diese Menschen werden bei uns keine Möglichkeit haben, Asyl zu bekommen. Bravo.

Auch die Bundesrepublik wird Schiffe der Marine schicken. Aber auch sie will kein Geld für humanitäre Fahren ausgeben oder das Visasystem ändern. Nur das aber würde die Menschen retten: die Möglichkeit, auf hochseetauglichen Fahren nach Europa zu kommen, um dort einen Asylantrag zu stellen, der tatsächlich darauf geprüft wird, ob es sich um besonders schutzbedürftige Menschen handelt oder nicht. Und der nicht abgelehnt wird, weil das Kontingent schon voll ist. Humanitäre Fahren kämen auch billiger als die punktuellen Rettungsaktionen von Frontex. Aber sie schrecken nicht ab. Weshalb sie für die gegenwärtigen Politikchefs keine Option darstellen.

Als der Chef von Frontex, Klaus Rösler, diese Woche aus Warschau anreiste, um Berliner SchülerInnen über die Arbeit der Agentur aufzuklären, stellte er schmallippig fest, er sehe nicht ein, warum ausgerechnet seine Agentur vor der Küste Libyens Menschen aus dem Wasser fischen sollte. Das sollten, wenn, doch bitte andere tun. Denn sein Auftrag lautet, Grenzen zu schützen, nicht Menschen zu retten. Frontex berät die EU-Regierungen in Sachen EU-Außengrenzen. Er fügte hinzu: So nah an die libysche Küste zu fahren wäre auch zu gefährlich.

## Humanitäre Fahren für Europa DER ROTE FADEN

Doch auf dem Höhepunkt der Kämpfe in Libyen 2011 wurden mit humanitären Fahren Tausende gestrandete Menschen von Misrata bis Bengasi gerettet. Obwohl die Schiffe mit Granaten beschossen wurden und Seeminen ausweichen mussten. Damals gab es den politischen Willen. Gegenwärtig fehlt er. Den Preis für den massiven Rechtsruck in Europa bezahlen die Menschen, die wissen, dass die Chance, die Passage nach Europa zu überleben, klein ist. Und doch gehen sie das Risiko ein, denn sie haben keine Wahl.

Solidarisch legten sich Hunderte Menschen unter Leinentücher in Einkaufszonen und auch vors Kanzleramt. Umsonst.

Aber noch ist die Messe nicht gelesen. Denn es gibt mehr und mehr Initiativen, um Menschen ohne Rückkehrproption zu helfen. ForscherInnen der Humboldt-Universität Berlin und der Universität in Oxford haben rund 460 Ehrenamtliche und mehr als 70 Organisationen in der Flüchtlingsarbeit online befragt. Das ergibt noch keine repräsentative Umfrage, aber die unter dem Titel Institute für empirische Integrations- und Migrationsforschung lässt Rückschlüsse darauf zu, dass offenbar das Leid in Syrien zu mehr Engagement geführt hat. Und wer hilft?

In Deutschland sind das zu 70 Prozent Frauen zwischen 20 und 30, die vorzugsweise in Städten leben. 74 Prozent der Befragten gaben als Motiv für ihr Engagement an, die Gesellschaft gestalten zu wollen. Nur 3,5 Prozent sagten, sie versprächen sich davon berufliche Vorteile. Das ist laut der Studie ein viel niedrigerer Anteil als bei Freiwilligen in anderen Bereichen, schreibt der Spiegel.

Wenn jetzt Bundespräsident Gauck in der Flüchtlingsfrage so viel Mut zeigte wie diese Woche bei seiner Rede zum Völkermord an den Armeniern; wenn er klarstellte, dass nicht die Schlepper das zentrale Problem sind, sondern die westliche Visapolitik samt der Aufrüstung der EU-Außengrenzen; wenn er auch klarstellte, dass Migration für die reichen Länder kein ökonomisches Problem, sondern vielmehr eine ökonomische Chance ist dann würden sich zu den Helferinnen noch viele andere gesellen. Ob sein Christenmut so weit reicht?

INES KAPPERT

**Load-Date:** April 24, 2015



**Es ist katastrophal ; GRIECHENLAND Die EU verhindert, dass unsere sechs Flüchtlingsgefängnisse geschlossen werden, erklärt die Ministerin für Einwanderung**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 11. Juni 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

**Length:** 1017 words

**Byline:** CHRISTINA PALITZSCH

**Highlight:** GRIECHENLAND Die EU verhindert, dass unsere sechs Flüchtlingsgefängnisse geschlossen werden, erklärt die Ministerin für Einwanderung

## Body

---

### INTERVIEW CHRISTINA PALITZSCH

taz: Frau Christodouloupoulou, für Griechenland kann man den Begriff Einwanderer streichen, es kommen nur noch Geflüchtete ins Land.

Tasia Christodouloupoulou: Im Prinzip stimmt das. Aufgrund der wirtschaftlichen Situation gibt es ja kaum noch Arbeit. Insofern handelt es sich bei 90 Prozent der Menschen, die hierherkommen, um Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, Afghanistan und Eritrea. Sie bekommen eine sechsmonatige Aufenthaltserlaubnis, basierend auf europäischem und griechischem Recht. In dieser Zeit könnten sie Asyl in der zentralen Behörde in Athen beantragen.

Das macht aber so gut wie niemand.

Mit der Asylbehörde gab es in der Vergangenheit sehr viele Schwierigkeiten, nicht zuletzt, weil täglich 600 bis 700 Menschen vor dem Gebäude warteten. Daher haben wir seit dem 25. Mai nur Antragsteller vorgelassen, die vorab einen Termin via Skype vereinbart hatten.

Wie geht eine Gesellschaft damit um, dass sich so viele Menschen im Land im Transit befinden?

Wir können die Wege der Menschen, die nach Griechenland kommen und schnell wieder das Land verlassen, natürlich nur schwer nachverfolgen. Die Transitsituation ist eine Bürde, die zuweilen Rassismus hervorbringt, aber es gibt auch viel Verständnis für die Geflüchteten bei uns.

Die meisten Menschen kommen auf den Ägäischen Inseln an. Wie ist die Situation dort?

Es ist katastrophal GRIECHENLAND Die EU verhindert, dass unsere sechs Flüchtlingsgefängnisse geschlossen werden, erklärt die Ministerin für Einwanderung

Sie ist katastrophal, weil wir nicht alle innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens unterbringen und betreuen können. Viele enden vorerst an den Häfen oder bei Polizeistationen würdelos und ohne ein Dach über dem Kopf. Wir wissen nicht, wie wir ihnen in unserer derzeitigen Situation helfen können. Auf der einen Seite steigen die Flüchtlingszahlen auf den Inseln stark an, auf der anderen Seite kommt die Unterstützung von Europa in dem Punkt immer langsamer. Beim letzten europäischen Gipfeltreffen zur Migrationskrise wurde der Bedarf durch unsere wirtschaftliche Notsituation diskutiert. Aber soweit wir wissen, wird in absehbarer Zeit keine Hilfe eintreffen. Die aber brauchen wir dringend, denn mit dem Sommer kommen die Touristen. Das stellt die Bewohner der Inseln und die Gestrandeten vor größte Schwierigkeiten.

Wie reagieren die Bewohner?

Es gibt starke Solidaritätsbewegungen und sie helfen, so gut sie können, um die Flüchtlinge zu unterstützen. Sie haben eigene Gelder und ein starkes Gemeinwesen. Daher ist es dort besser als in Athen, wo die Leute eher auf sich allein gestellt sind. Außerdem hat uns das Internationale Rote Kreuz mit Material wie Zelten und Schlafsäcken im Wert von 400.000 Euro unterstützt. Leider reicht das alles nicht, denn wir müssen dauerhaft mit jährlich mindestens 40.000 neuen Flüchtlingen zurechtkommen.

Die linke Syriza-Regierung hatte angekündigt, alle Flüchtlingshaftanstalten zu schließen und einen Kurswechsel einzuleiten. Das ist bislang nicht geschehen. Warum?

Amygdaleza wurde wie die anderen sechs Flüchtlingsgefängnisse 2012 unter der Vorgängerregierung gebaut. Die Gelder für den Bau der Haftzentren stammten zum Großteil aus Töpfen der EU. Einvernehmlich mit europäischem Recht haben diese Zentren eine Laufzeit von zehn Jahren. Als wir sie schließen wollten, forderte die EU, dass wir dann das Geld zurückgeben müssen, das die damalige Regierung für den Bau der Haftzentren erhalten hatte.

Das wären zweistellige Millionenbeträge.

Und dieses Geld hat Griechenland derzeit nicht. Als wir hörten, dass wir dann Strafe zahlen müssen, hatten wir natürlich ein Problem. Also haben wir versucht herauszufinden, was wir tun können, ohne diese hohe Summe zahlen zu müssen. Zuerst haben wir die entlassen, die illegal eingesperrt waren, also die Asylantragssteller, Kranke, schwangere Frauen, die, die man abschieben wollte, aber deren Antrag noch nicht bearbeitet wurde, und vor allem die unbegleiteten Minderjährigen. Neu ist nun immerhin, dass seit diesem Jahr alle, die auf den Inseln ankommen, gleich eine sechsmonatige Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Wäre es möglich, die Flüchtlingsgefängnisse als Aufnahme- oder Willkommenszentren umzugestalten, ohne die EU-Vorgaben zu verletzen?

Nein. Das Geld war nur für Gefängnisse bewilligt, also nur für geschlossene Einrichtungen, in denen Menschen festgehalten werden.

Welche Hilfe benötigen Sie von der Europäischen Union?

Glücklicherweise ist die Dublin-Verordnung für Griechenland bis 2016 ausgesetzt. Daher wird man keinen Flüchtling, der in Deutschland oder Frankreich festgenommen wurde, nach Griechenland zurückschicken. Was wir brauchen, ist Geld, um Willkommenszentren zu bauen, damit wir den Menschen angemessen begegnen und eine Unterkunft bieten können. Die neue Regierung will sich vor allem um die zahlreichen, unbegleiteten Flüchtlingskinder kümmern.

Wie viele unbegleitete Minderjährige passieren jährlich die griechische Grenze?

Dazu haben wir bisher leider keine genaue Statistik. Erst kürzlich wurde in der Nähe von Amygdaleza ein neues Zentrum für unbegleitete Minderjährige eröffnet. Es ist natürlich offen, die Kinder können sich frei bewegen, besuchen die örtliche Schule und können ein Teil der griechischen Gesellschaft werden.

Die Rechte der Flüchtlingskinder zu stärken scheint ein zentrales politisches Ziel für Sie zu sein.

Es ist katastrophal GRIECHENLAND Die EU verhindert, dass unsere sechs Flüchtlingsgefängnisse geschlossen werden, erklärt die Ministerin für Einwanderung

In einer Woche werden wir über ein Gesetz abstimmen, um Kindern von Einwanderern unmittelbar die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Es geht uns um die zweite Generation oder die, die in sehr jungem Alter kamen, hier zur Schule gehen und kein anderes Land kennen. Ihnen sollen keine rechtlichen Steine mehr in den Weg gelegt werden.

Wird Ihr rechter Koalitionspartner Unabhängige Griechen dem Gesetz zustimmen?

Ich glaube schon. Wir haben sie gut erzogen.

Zuerst haben wir die entlassen, die illegal eingesperrt waren, Kranke, schwangere Frauen, die, die man abschieben wollte, aber deren Antrag noch nicht bearbeitet wurde, und vor allem die unbegleiteten Minderjährigen

Tasia Christodouloupoulou

Die Anwältin und Gewerkschafterin setzt sich seit Jahren für Menschenrechte ein. Bevor die Parteilose ins Kabinett von Syriza eintrat, entwickelte sie Maßnahmen für die Rechte der Gefangenen, Drogenabhängigen, Migranten.

**Load-Date:** June 10, 2015

**Mit Kakerlaken im Baumarkt; Migration In Hamburg häufen sich Pannen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Zum zweiten Mal binnen weniger Tage werden Schutzsuchende in eine leere, notdürftig gereinigte Halle verlegt. Der Senat erklärt das mit der Notlage angesichts der vielen Flüchtlinge**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 07. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 696 words

**Byline:** Gernot Knödler, Lena Kaiser

**Highlight:** Migration In Hamburg häufen sich Pannen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Zum zweiten Mal binnen weniger Tage werden Schutzsuchende in eine leere, notdürftig gereinigte Halle verlegt. Der Senat erklärt das mit der Notlage angesichts der vielen Flüchtlinge

## Body

---

von Gernot Knödler und Lena KaiserundGernot Knödler und Lena Kaiser

Osama zögert nicht lange. Er zieht ein Papier mit den Forderungen aus seiner Jackentasche, das er gemeinsam mit anderen Geflüchteten verfasst hat, um es den Journalisten zu zeigen. Gebt uns eine klare Deadline für unsere Asylverfahren und alle wichtigen Daten, die wir brauchen, steht da. Richtet unsere Unterkunft her, reinigt sie, so dass wir nicht krank werden. Und gebt uns bessere Duschen und Toiletten. Danke.

Osama, 25 Jahre alt, geflohen aus dem Bürgerkrieg in Syrien, wurde am Montag aus dem Stadtteilkulturzentrum Hamburgerhaus zu einem leerstehenden Baumarkt in Hamburg-Eidelstedt gebracht. Dabei sei es im Hamburgerhaus ganz okay gewesen, sagt er. Anders als hier, wo wir uns mit 500 Leuten zwei Toiletten teilen mussten. Mittlerweile wurden zehn mobile Toiletten auf den Parkplatz gestellt.

Vor ihrer Ankunft hatte sich offenbar niemand dafür zuständig gefühlt, den Baumarkt für eine Unterbringung von Flüchtlingen herzurichten. Noch nicht einmal Betten standen bereit. Wir mussten auf dem Boden schlafen, sagt Mohammed aus Syrien. Er holt sein Handy hervor und zeigt Fotos von Kakerlaken. Die krabbeln dort rum, niemand hat das Gebäude vor unserer Ankunft gereinigt, sagt er. Bundeswehrsoldaten und ehrenamtliche Helfer versuchten vergeblich, das Chaos in den Griff zu bekommen. Seitens der Stadt kümmerte sich zunächst niemand um die Bewohner.

Die Hamburger Innenbehörde behauptet, die Halle sei besenrein gewesen und bedauert, dass sie nicht ausgestattet war. Im Übrigen verweist sie auf eine Notlage. Im Moment kann unser Anspruch nur sein,

Mit Kakerlaken im Baumarkt Migration In Hamburg häufen sich Pannen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Zum zweiten Mal binnen weniger Tage werden Schutzsuch....

Obdachlosigkeit zu vermeiden , sagt Behördensprecher Frank Reschreiter. Denn nach 6.700 Flüchtlingen, die allein im August nach Hamburg kamen, sei die Zahl im September noch einmal gestiegen: auf rund 10.000.

Warum die Menschen aus ihrer alten Unterkunft geholt wurden, bevor die neue vorbereitet war, kann der Innenbehörden-Sprecher nicht sagen. Bei bis zu 600 Ankömmlingen am Tag sei es einfach schwer, zu reagieren. Da läuft nicht immer alles rund , sagt Reschreiter.

In der vergangenen Woche hatte es einen ähnlichen Vorfall gegeben, bei dem Flüchtlinge in einer leeren Halle in Hamburg-Bergedorf landeten und aus Protest gegen die Zustände in der Unterkunft im Freien kampierten. In der Folge hatten zehn leitende Mitarbeiter des städtischen Trägers Fördern & Wohnen dem rot-grünen Senat vorgeworfen, konzeptlos zu handeln. Notmaßnahmen, die darin gipfeln, dass alle bisherigen Standards der öffentlichen Unterbringung über Bord geworfen werden, stören den sozialen Frieden in den Unterkünften , schrieben sie in einem offenen Brief.

Während in Hamburg Fördern & Wohnen fast alle Unterkünfte betreibt, sind in Bremen Wohlfahrtsverbände wie der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Innere Mission zuständig. Finanziert und gebaut werden die Einrichtungen von der Stadt Bremen.

Hamburg wird neben dem Roten Kreuz demnächst einen weiteren Wohlfahrtsverband einbinden. Der professionelle Träger für diese Aufgaben sei aber laut Innenbehörde weiter Fördern & Wohnen.

Wegen der vielen Flüchtlinge greift auch Bremen, wo im September 3.300 Flüchtlinge ankamen, zu ungewöhnlichen Maßnahmen. Wir belegen zunehmend Sporthallen, weil das die einzigen Möglichkeiten sind, die kurzfristig zur Verfügung stehen , sagt Bernd Schneider, Sprecher der Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne). Auch Bremen lebe von der Hand in den Mund, sagt Schneider. Aber: Wir hatten bisher zumindest immer eine Matratze.

Aufgenommen

In Hamburg sind im August 6.700 Schutzsuchende angekommen, im September waren es 10.000.

Im Jahr 2014 sind in Hamburg insgesamt 12.700 Flüchtlinge aufgenommen worden, im Jahr davor waren es 7.800.

Von 25.000 bis Ende August angekommenen Asylbewerbern bleiben 10.000 in Hamburg; die übrigen werden nach dem Königsteiner Schlüssel anderen Bundesländern zugewiesen.

Bremen hat nach Auskunft des Sozialsenats im September 3.300 Flüchtlinge aufgenommen. Davon sollen 700 auf andere Bundesländer verteilt werden.

Im Pro-Kopf-Vergleich nimmt Bremen (630.000 Einwohner) weniger Flüchtlinge auf als Hamburg (1,7 Millionen Einwohner).

**Load-Date:** October 6, 2015

## Asyl in Ankara statt Augsburg; Brüssel/Berlin afp/taz | Die Tü

taz, die tageszeitung

Montag 05. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 4

**Length:** 256 words

### Body

---

Brüssel/Berlin afp/taz | Die Türkei soll der entscheidende Partner der EU bei der Bewältigung der **Flüchtlingskrise** werden. Am Montag trifft Präsident Recep Tayyip Erdoğan in Brüssel EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und Ratspräsident Donald Tusk. Auf dem Tisch liegt laut einem Medienbericht ein Aktionsplan, der den Aufbau von neuen Aufnahmelagern in der Türkei für bis zu 2 Millionen Menschen sowie die Zusammenarbeit beim Grenzschutz vorsieht, um die **Flüchtlinge** vor den griechischen Inseln abzufangen und zurückzubringen. Im Gegenzug wolle die EU bis zu 500.000 **Migranten** aufnehmen.

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) berichtete, mit EU-Finanzierung sollten auf türkischem Boden sechs neue Flüchtlingslager für bis zu 2 Millionen Menschen entstehen. Die EU wolle sich dann verpflichten, bis zu eine halbe Million Flüchtlinge ohne Schleuser auf sicherem Weg nach Europa zu holen.

Unter Berufung auf Kreise der EU-Kommission und der Bundesregierung schrieb das Blatt weiter, die türkische und die griechische Küstenwache sollten auch gemeinsam in der östlichen Ägäis patrouillieren, koordiniert von der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Alle geretteten Flüchtlinge sollten zunächst in die Türkei zurückgebracht werden.

Seit dem Frühsommer machen sich täglich Tausende Menschen von der türkischen Ägäis-Küste in Schlepperbooten auf den Weg zu den griechischen Inseln. Dutzende ertranken dabei.

Volksreden

Die Stimmung dreht sich. Immer mehr Politiker sehen in den Flüchtlingen nicht eine Bereicherung, sondern eine Überforderung

**Load-Date:** October 4, 2015

## Die Nebenrolle Karlsruhes; Asylrecht Mit der Göttinger Rechtsprofessorin Christine Langenfeld ist eine Asylexpertin neue Verfassungsrichterin in Karlsruhe. Was sich dadurch ändert

taz, die tageszeitung

Samstag 06. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 56-57

**Length:** 629 words

**Byline:** Christian Rath

**Highlight:** Asylrecht Mit der Göttinger Rechtsprofessorin Christine Langenfeld ist eine Asylexpertin neue Verfassungsrichterin in Karlsruhe. Was sich dadurch ändert

### Body

---

Seit einer Woche ist mit Christine Langenfeld erstmals eine Asylexpertin als Richterin am Bundesverfassungsgericht tätig. Die Göttinger Rechtsprofessorin war seit 2012 Vorsitzende des Sachverständigenrats für Migration und Integration. Obwohl Langenfeld CDU-Mitglied ist, warb sie für Einwanderung. Und als CSU-Chef Horst Seehofer Anfang des Jahres von einer Herrschaft des Unrechts sprach, verteidigte Langenfeld Kanzlerin Merkel. Seehofer sei europarechtlich extrem uninformatiert. Es hätte also interessant werden können, wenn Bayern tatsächlich die angedrohte Verfassungsklage für besseren Schutz der deutschen Grenzen in Karlsruhe eingereicht hätte.

Nun sitzt Langenfeld zwar in dem für Asylrecht zuständigen Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts, federführend für Asylfragen bleibt aber ihr Kollege Ulrich Maidowski, das heißt, er wird entsprechende Urteile vorbereiten. Maidowski ist ein ehemaliger Bundesverwaltungsrichter, kosmopolitisch aufgewachsen in Tokio und Kabul. Im achtköpfigen Senat hat allerdings jeder Richter eine Stimme, und als Asylexpertin hätte Langenfeld sicher eine besonders gewichtige Stimme.

Bei den jüngsten Asyldiskussionen ging es mehrfach um Verfassungsfragen, zum Beispiel bei der geplanten Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. Pro Asyl wies darauf hin, dass Karlsruhe 1996 gefordert hatte, dass die Freiheit von Verfolgung landesweit und für alle Bevölkerungsgruppen bestehen muss. Da dies zumindest für Homosexuelle eindeutig nicht gegeben ist, könnte eine Verfassungsklage interessant werden. Noch aber ist das vor allem symbolisch wichtige Gesetz nicht beschlossen.

Dagegen erhalten vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, die nicht unverschuldet an der Ausreise gehindert sind, schon seit dem 1. November 2015 nur noch Unterkunft, Ernährung, Körper- und Gesundheitspflege. Damit sind in der Regel Leistungen des sozialen Existenzminimums (für Telefonate, Verkehr, Medien, Kultur) ausgeschlossen.

Die Nebenrolle Karlsruhes Asylrecht Mit der Göttinger Rechtsprofessorin Christine Langenfeld ist eine Asylexpertin neue Verfassungsrichterin in Karlsruhe. Was s....

Pro Asyl sah darin eine Verletzung von Menschenwürde und Sozialstaatsprinzip. Doch es gibt noch keine entsprechenden Fälle in Karlsruhe.

Die letzte große Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Flüchtlingsrecht war 2012 im Ersten Senat, der Sozialleistungen für Flüchtlinge für evident unzureichend hielt. Die Sätze des seit 1993 geltenden Asylbewerberleistungsgesetzes waren fast zwanzig Jahre lang nicht erhöht worden. Nun mussten sie auf knapp unter Hartz-IV-Niveau angehoben werden. Federführend war hier die einst von den Grünen nominierte feministische Rechtsprofessorin Susanne Baer.

Derzeit sind aber weder am Ersten noch am Zweiten Senat in Karlsruhe grundlegende Asylprobleme anhängig. Das könnte auch damit zu tun haben, dass das Asylgrundrecht 1993 von Union und SPD weitgehend abgeschafft wurde. Auf das Grundrecht kann sich nur noch berufen, wer per Flugzeug ankommt und nicht über einen sicheren Drittstaat einreist.

Dass es heute immer noch ein Asylrecht gibt, hat andere Gründe, vor allem dass die EU Mindeststandards für Asylverfahren und -anerkennung vorgibt. Diese Standards sind höher als früher beim Asylgrundrecht. So gibt es jetzt auch fast gleichwertigen Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge.

Für die Auslegung des EU-Asylrechts ist aber nicht das Bundesverfassungsgericht zuständig, sondern der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Der EuGH hat etwa entschieden, dass von Homosexuellen nicht verlangt werden kann, dass sie in ihren Herkunftsländern heimlich leben sollen, um nicht verfolgt zu werden.

Eine ergänzende Rolle spielt auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Er hat zum Beispiel 2011 durchgesetzt, dass Abschiebungen nach Griechenland unzulässig sind, weil Flüchtlinge dort nicht ausreichend versorgt werden. Christian Rath

**Load-Date:** August 5, 2016



## Politisch motivierte Zahlenspiele; Statistik Das Bundesamt für Flüchtlinge behauptet, eine Einstufung als sicher senke Asylbewerberzahlen. Das stimmt so nicht

taz, die tageszeitung

Montag 24. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 4

**Length:** 583 words

**Byline:** Ulrich Schulte

**Highlight:** Statistik Das Bundesamt für Flüchtlinge behauptet, eine Einstufung als sicher senke Asylbewerberzahlen. Das stimmt so nicht

### Body

---

Berlin taz | Die umstrittene Maßnahme wirkt wunderbar. Das findet jedenfalls das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Einstufung als sichere Herkunftsstaaten habe den konstant starken Anstieg der Zugangszahlen beendet, sagte eine BAMF-Sprecherin der taz. Es gebe eine dämpfende Wirkung .

Seitdem die Bundesregierung Serbien, Mazedonien und Bos-nien--Herzegowina im November 2014 zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt habe, habe es 23 Prozent mehr Asylanträge aus den drei Staaten gegeben. Demgegenüber stieg die Zahl der Asylanträge aus Albanien, Kosovo und Montenegro jedoch ungebremsst um 515 Prozent , sagte die Sprecherin. Die Große Koalition möchte auch Albanien, Kosovo und Montenegro als sicher einstufen. Aber: So eindeutig wie behauptet belegen die Zahlen die Wirksamkeit dieser Maßnahme keineswegs.

Die Asylanträge aus Serbien und Mazedonien stiegen von Dezember 2014 bis Juni 2015 gegenüber den sieben Monaten davor deutlich an. Aus Serbien kamen vor der Einstufung als sicher pro Monat im Durchschnitt rund 2.400 Menschen nach Deutschland, seither waren es knapp 2.700 (plus 12,5 Prozent). Aus Mazedonien kamen vor der Einstufung monatlich im Schnitt 750 Asylsuchende, danach gut 1.000 (plus 33,3 Prozent). Die Menschen in den betroffenen Staaten finden Deutschland sogar attraktiver, seit ihre Heimat als sicher eingestuft wurde.

Richtig ist, dass die Zahl der Asylbewerber aus Albanien und dem Kosovo noch rasanter wuchs. Aus dem Kosovo kamen zwischen Mai und November 2014 durchschnittlich 740 Menschen pro Monat nach Deutschland, zwischen Dezember 2014 und Juni 2015 waren es 4.700. Aus Albanien kamen in derselben Zeit monatlich erst 650 Menschen, dann knapp 3.300. Asylanträge aus Montenegro fallen kaum ins Gewicht.

Die Gründe für die Anstiege sind vielschichtig. Maßgeblich sind vor allem innenpolitische Entwicklungen in den Ländern selbst. Ein von der deutschen Regierung verliehenes Etikett dürfte sie kaum beeinflussen.

Politisch motivierte Zahlenspiele Statistik Das Bundesamt für Flüchtlinge behauptet, eine Einstufung als sicher senke Asylbewerberzahlen. Das stimmt so nicht

Die Einreise aus Albanien ist vergleichsweise einfach, seitdem die EU Ende 2011 die Visum-pflicht aufhob. Jetzt reicht ein biometrischer Reisepass. Dagegen sank die Antragszahl aus dem Kosovo seit dem Frühjahr stark, nachdem die dortige Regierung massiv vor falschen Versprechen der Schlepper gewarnt hatte.

Entscheidend ist aber: Die Einreise auch für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten ist eine rationale Strategie, weil sie trotz Ablehnung überwiegend in Deutschland bleiben können. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ermittelte laut Frankfurter Allgemeiner Sonntagszeitung, dass in den vergangenen Jahren kaum 15 Prozent der rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber tatsächlich ausreisten oder abgeschoben wurden. Ulrich Schulte

Flüchtlinge

Asylanträge sollen schneller bearbeitet werden. Aber wie kann das geschehen? Mit schneidiger Symbolpolitik wird nichts daraus

Grüner Vorschlag

Was? Schleswig-Holsteins Energiewendeminister Robert Habeck (Grüne) möchte die Liste der sicheren Herkunftsstaaten streichen. Der Begriff diene als Kampfbegriff für eine vermeintlich härtere Gangart, sagte er dem Spiegel. Habeck will stattdessen die Schnelligkeit der Asylverfahren an die Schutzquote koppeln. Als Schutzquote bezeichnet man den Anteil der Asylbewerber, die in Deutschland bleiben dürfen. Bei den Westbalkanstaaten sind diese Quoten gering, weil die meisten Menschen vor Armut flüchten und nicht vor politischer Verfolgung.

Folge: Bei dauerhaft geringen Schutzquoten aus einem Land dürften die deutschen Behörden Asylverfahren beschleunigen.

**Load-Date:** August 23, 2015

## Agentur: 368 Flüchtlinge allein im Januar ertrunken; Ägäis Die Zahl der Flüchtenden nimmt nicht ab. Tausende auf der Balkanroute unterwegs

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Februar 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 363 words

**Highlight:** Ägäis Die Zahl der Flüchtenden nimmt nicht ab. Tausende auf der Balkanroute unterwegs

### Body

---

Genf/Athen ap/afp/dpa | In der Ägäis sind am Dienstag erneut mindestens neun **Flüchtlinge** ertrunken. Unter den Toten seien auch zwei Kinder, berichtete die private türkische Nachrichtenagentur Dogan. Ihr Boot sei vor der türkischen Hafenstadt Seferihisar gesunken, die nur wenige Kilometer von der griechischen Insel Samos entfernt liegt. Zwei Verunglückte seien lebend aus dem Wasser gezogen worden, elf weitere hätten sich aus eigener Kraft ans Ufer retten können.

Bei der Flucht über das Mittelmeer sind im Januar 368 Menschen ums Leben gekommen. Das seien mehr als viermal so viele wie im Januar 2015, berichtete die Internationale Organisation für Migration (IOM) am Dienstag in Genf. Vor den Küsten Griechenlands, der Türkei und Italien sind alleine am jüngsten Januar-Wochenende über 100 Männer, Frauen und Kinder gestorben.

Auch die Zahl der Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten ist im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat extrem gestiegen. So gelangten mehr als 67.000 Flüchtende über das Mittelmeer, vor allem über Griechenland, nach Europa. 2015 waren es nur 5.000. Jeder Dritte war minderjährig. Im Juni 2015, als der große Migrationszustrom in der Ägäis einsetzte, kamen knapp 55.000 Migranten an.

In der griechischen Hafenstadt Piräus trafen am Dienstag mehr als 1.700 neue Migranten von den Inseln in der Ostägäis ein. Bereits am Montag waren knapp 6.500 Migranten angekommen. Dies teilte die Küstenwache mit.

In der Nacht zum Dienstag machten sich mehr als 70 Busse mit Migranten auf dem Weg zum Grenzübergang zwischen Griechenland und Mazedonien bei Idomeni-Gevgelija, wie Augenzeugen im griechischen Rundfunk berichteten. Reportern sagte sie, sie wollen nach Mitteleuropa weiterreisen.

Um eine Eskalation der Krise zu verhindern hat Jordaniens König Abdullah von der internationalen Gemeinschaft mehr Hilfe bei der Versorgung syrischer Flüchtlinge gefordert. Falls sein Land keine größere Unterstützung erhalte, werde sich die Lage verschärfen, sagte er am Dienstag. Das Bildungs- und Gesundheitssystem seines Landes seien bereits überlastet. Die Jordanier litten darunter, dass sie keinen Arbeitsplatz finden. Früher oder später, denke ich, wird der Damm brechen.

Agentur: 368 Flüchtlinge allein im Januar ertrunken Ägäis Die Zahl der Flüchtenden nimmt nicht ab. Tausende auf der Balkanroute unterwegs

**Load-Date:** February 2, 2016

---

End of Document

## **Chinas Familienpolitik ist ein Asylgrund; Justiz Das vierte Kind einer Familie aus China in Deutschland wird als Flüchtling anerkannt**

taz, die tageszeitung

Freitag 16. September 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 7

**Length:** 266 words

**Byline:** Judith Freese

**Highlight:** Justiz Das vierte Kind einer Familie aus China in Deutschland wird als **Flüchtling** anerkannt

### **Body**

---

Berlin taz/dpa | Das vierte Kind einer chinesischen Familie erhält den **Flüchtlingsstatus**. Das entschied am Donnerstag der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg. Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge**, so die Richter, müsse den Jungen als **Flüchtling** anerkennen, weil er im Falle seiner Abschiebung in China starke gesellschaftliche Diskriminierung befürchten müsse. Das Urteil könnte Signalwirkung für ähnlich gelagerte Fälle haben. Offizieller Kläger in diesem Fall war das 2015 geborene Kind, vertreten wurde es durch seine Eltern.

Während in China lange die Ein-Kind-Politik galt, sind Paaren seit Anfang des Jahres zwei Kinder erlaubt. In China würde der Junge nicht registriert werden, könnte nicht in die Schule und bekäme keine Sozialleistungen, erläuterte der Anwalt am Rande der Verhandlung. Auch eine empfindliche Geldstrafe drohe der Familie. Seit acht Jahren lebt das unverheiratete Paar in Deutschland, alle vier Kinder wurden hier geboren.

Die Eltern und ihre beiden ältesten Kinder werden offiziell geduldet. Das dritte Kind steht unter subsidiärem Schutz, es könnte also abgeschoben werden, sollten sich die Bedingungen im Heimatland ändern.

Durch die aktuelle Gerichtsentscheidung könnte nun auch dieses Kind auf den Flüchtlingsstatus hoffen, sagte ein Sprecher.

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hatte den Jungen nicht als Flüchtling anerkannt. Dagegen hatte die Familie Berufung eingelegt. Gegen den aktuellen Beschluss hat das Bundesamt die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen und vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. (Az. A 11 S 1125/16)

Judith Freese

Ausland SEITE 11

**Load-Date:** September 15, 2016

Chinas Familienpolitik ist ein Asylgrund Justiz Das vierte Kind einer Familie aus China in Deutschland wird als Flüchtling anerkannt

---

End of Document

## **Rückführungen trotz Gefahr durch Taliban; Abschiebungen Bundesinnenminister verkündet intensivere Zusammenarbeit mit Afghanistan**

taz, die tageszeitung

Dienstag 04. Oktober 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 289 words

**Byline:** Dinah Riese

**Highlight:** Abschiebungen Bundesinnenminister verkündet intensivere Zusammenarbeit mit Afghanistan

### **Body**

---

Berlin taz | Der Zeitpunkt des Talibanangriffs auf die afghanische Provinzhauptstadt Kundus am Montag ist symbolträchtig: Vor einem Jahr hatten sie die Stadt schon einmal vorübergehend erobert. Symbolträchtig ist auch, dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) jetzt just am Vortag die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit in Fragen der Migration zwischen Deutschland und Afghanistan verkündet hat.

Er danke der afghanischen Regierung für ihre Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit bei der Rückkehr ausreisepflichtiger Personen, erklärte de Maizière. Die Bundesrepublik gewähre denjenigen afghanischen Asylsuchenden Schutz, die schutzberechtigt sind.

Für Rückführungen gebe es ausreichend sichere Regionen, betonte de Maizière mehrfach. Eine dauerhafte Einnahme von Provinzhauptstädten durch die Taliban zeichne sich aufgrund der Präsenz afghanischer Sicherheitskräfte bisher nicht ab, sagte das Ministerium noch im April auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei.

Pro Asyl zählte im ersten Halbjahr 2016 über 1.600 Tote und mehr als 3.500 verletzten ZivilistInnen. Die Schutzquote für Menschen aus Afghanistan sank allerdings von 78 Prozent im Jahr 2015 auf gerade mal 48 Prozent im August dieses Jahres. Die Vereinbarung sei der Höhepunkt einer menschenrechtlich ignoranten Politik, sagte Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen. Dass de Maizière die erneuten Angriffe auf Kundus nicht zum Anlass nehme, seine Politik zu überdenken, sei schlimm und das Gegenteil einer besonnenen Außenpolitik. Seit Jahren verweigere die Bundesregierung den afghanischen Flüchtlingen die Integration. Alles an dieser Politik ist falsch, sagte Amtsberg. Dinah Riese

**Load-Date:** October 3, 2016

Rückführungen trotz Gefahr durch Taliban Abschiebungen Bundesinnenminister verkündet intensivere  
Zusammenarbeit mit Afghanistan

---

End of Document



## **UNO kritisiert verschärftes Asylrecht; Dänemark Regierung lehnt Abschaffung der neuen Vorschriften ab. Sie dienen dem Schutz des Landes**

taz, die tageszeitung

Montag 18. Juli 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AUSLAND; S. 10

**Length:** 471 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Dänemark Regierung lehnt Abschaffung der neuen Vorschriften ab. Sie dienen dem Schutz des Landes

### **Body**

---

Stockholm taz | Das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen hat in einem am Freitag veröffentlichten Bericht Teile der **Asylrechtsverschärfungen**, die Dänemark in den letzten Monaten erlassen hat, scharf kritisiert. Darunter das Schmuckgesetz, das der Polizei erlaubt, **Flüchtlings** Geld und Wertgegenstände von umgerechnet mehr als 1.350 Euro wegzunehmen, um damit deren Unterbringungskosten mit zu finanzieren. Das umstrittene Gesetz war Ende Juni erstmals angewendet worden.

Das Komitee fordert Kopenhagen auf, dieses Gesetz umgehend wieder abzuschaffen. Das ist nur einer von 21 Kritikpunkten, angesichts derer sich dieses Gremium besorgt zeigt, die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Dänemark könnten nicht ausreichend geschützt sein.

Kritisiert wird auch die zeitliche Erschwernis von Familienzusammenführungen und mangelnder Rechtsschutz wegen der Möglichkeit der Inhaftierung Asylsuchender ohne Gerichtsbeschluss und der Durchführung von Abschiebungen trotz drohender Gefahr von Verfolgung und Folter. Im Prinzip bestätigt das Komitee damit Warnungen, die von Flüchtlingshilfe- und Menschenrechtsorganisationen schon bei Erlass dieser Gesetzesvorschriften geäußert wurden: Dänemark verstoße gegen internationales Recht.

Doch das Komitee kann nur Empfehlungen geben. In einer ersten Reaktion kündigte Marcus Knuth, migrationspolitischer Sprecher der regierenden rechtsliberalen Venstre, an, man werde diesen nicht folgen: Die Beschränkungen dienen dem Schutz Dänemarks.

Die Kritik der Vereinten Nationen kommt zu einem Zeitpunkt, an dem in Kopenhagen die Geltung internationales Rechts, wie der UN-Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zunehmend infrage gestellt wird. Die zunächst von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DF) gestartete Kampagne, diese Konventionen hinderten Dänemark daran eine effektive Ausländerpolitik zu führen, findet mittlerweile ein positives Echo auf dem gesamten rechten Parteiflügel bis hin zu Teilen der Sozialdemokraten. Konventionsvorschriften könnten nicht ewig gelten, meint der DF-Europaparlamentarier Morten Messerschmidt:

UNO kritisiert verschärftes Asylrecht Dänemark Regierung lehnt Abschaffung der neuen Vorschriften ab. Sie dienten dem Schutz des Landes

Man könne nicht durch die EMRK die Demokratie außer Kraft setzen lassen . Er forderte, Dänemark solle sich an die Spitze einer Reformdebatte stellen, wenn es 2017 den Vorsitz im Ministerrat des Europarats übernimmt.

Auch Premier Lars Løkke Rasmussen sprach von der Notwendigkeit, die Spielregeln zu ändern , also bestimmte Konventionsvorschriften zu modernisieren oder anders auszulegen. In Kopenhagen hofft man dabei auch auf Unterstützung aus London. Premierministerin Theresa May hatte als Innenministerin im Frühjahr die weitere Geltung der EMRK für Großbritannien zur Disposition gestellt. Reinhard Wolff

In Kopenhagen wird die Geltung inter-nationalen Rechts zunehmend infrage gestellt

**Load-Date:** July 17, 2016

---

End of Document

**Die "Kakerlaken" und wir; RASSISMUS Eine Kolumnistin der größten britischen Zeitung "The Sun" setzt Flüchtlinge und Ungeziefer gleich. Damit erzeugt sie eine Welle der Empörung**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 22. April 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** FLIMMERN UND RAUSCHEN; S. 17

**Length:** 497 words

**Byline:** DOMINIC JOHNSON

**Highlight:** RASSISMUS Eine Kolumnistin der größten britischen Zeitung The Sun setzt Flüchtlinge und Ungeziefer gleich. Damit erzeugt sie eine Welle der Empörung

## Body

---

VON DOMINIC JOHNSON

Macht euch nichts vor: Diese Migranten sind wie Kakerlaken, steht schon in der Unterzeile. Im Text geht es weiter: Flüchtlinge in Calais breiten sich aus wie ein Norovirus auf einem Kreuzfahrtschiff, die Fliehenden im Mittelmeer sind Streuner, man müsse sie mit vorgehaltener Waffe zurückschicken und ihre Boote verbrennen, und sie aufnehmen komme überhaupt nicht in Frage: Manche unserer Städte sind schwärende Wunden, sie sind befallen von Schwärmen von Migranten und Asylanten und schütten Sozialhilfe aus als wäre es Monopoly-Geld.

All das und noch mehr steht in einer Kolumne der britischen Zeitung The Sun, die am 17. April unter dem Titel Rettungsboote? Ich würde Kanonenboote einsetzen, um illegale Migranten zu stoppen erschien. Die Autorin, Katie Hopkins, ist eine der kontroversesten Kolumnistinnen Großbritanniens. Sie setzt der politischen Korrektheit entgegen, was man auf Deutsch gesundes Volksempfinden nennen würde und was sie auf ihrer Webseite als einzigartigen Zugang und ehrliche Ansichten anpreist. Zum Beispiel, dass sie keine Dicken anstellen würde oder dass Feministinnen bloß bedürftig wären. Wenn sich dann Empörung einstellt, ist sie zufrieden: Es hat funktioniert.

Diesmal allerdings, mitten in einem Wahlkampf, in dem die rechtspopulistische Ukip mit Hetze gegen Einwanderer punktet und sogar die linke Opposition ein Ende der Freizügigkeit verspricht, sprengt die Empörung den üblichen Rahmen. Eine von einer 22-Jährigen gestartete Onlinepetition, Hopkins als Kolumnistin zu feuern, erhielt bereits 200.000 Unterschriften.

Der Verband Schwarzer Juristen in London erstattete gegen Katie Hopkins sowie gegen Sun-Chefredakteur David Dinsmore Anzeige wegen Aufstachelung zum Rassenhass und kündigte zugleich an, notfalls den Internationalen Strafgerichtshof anzurufen, sollte die Polizei nicht tätig werden. Zuvor hatte Hopkins ihre Äußerungen in einer

Die "Kakerlaken" und wir RASSISMUS Eine Kolumnistin der größten britischen Zeitung "The Sun" setzt Flüchtlinge und Ungeziefer gleich. Damit erzeugt sie eine Wel....

Radio-Livesendung noch einmal verteidigt. Dann bedankte sie sich bei ihren 557.000 Twitter-Followern für die Solidarität.

Während der Guardian empfahl, Katie Hopkins durch Ignorieren zu bestrafen, wiesen zahlreiche Kommentatoren darauf hin, dass die Gleichsetzung von Menschen mit Ungeziefer die Grenze zu hate speech überschreitet und nicht hingenommen werden sollte. Menschen als Kakerlaken zu bezeichnen gehörte zur ideologischen Unterfütterung des Völkermords an Ruandas Tutsi 1994. Ein ruandischer Leser auf Twitter erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass der britische BBC-Rundfunk vor Kurzem eine Ruanda-Sendung produziert hat, die unkritisch Thesen der Völkermordleugner verbreitete.

Von Selbstzweifeln oder gar Ironie scheint Katie Hopkins indes nicht geplagt zu sein. Auf ihrer Webseite prangt prominent der Spruch, man solle aufhören, immer andere für die eigenen Probleme verantwortlich zu machen. Und eine ihrer vorigen Sun-Kolumnen trug den Titel: Wenn Ed Miliband Premierminister wird, wandere ich aus. Noch hat ihr niemand ein Schlauchboot geschenkt.

**Load-Date:** April 21, 2015

---

End of Document

**Alles auf Los; ASYL Täglich kommen Hunderte Flüchtlinge nach Berlin. Sie alle suchen eine Perspektive. Dabei sind die Aussichten auf ein Bleiberecht denkbar ungleich verteilt. Was bedeutet das konkret für die Menschen? Die taz begleitet eine syrische und eine serbische Familie im neuen Berliner Alltag**

taz, die tageszeitung

Samstag 28. November 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** BERLIN AKTUELL; S. 41

**Length:** 444 words

**Byline:** Anna Klöppler

**Highlight:** ASYL Täglich kommen Hunderte Flüchtlinge nach Berlin. Sie alle suchen eine Perspektive. Dabei sind die Aussichten auf ein Bleiberecht denkbar ungleich verteilt. Was bedeutet das konkret für die Menschen? Die taz begleitet eine syrische und eine serbische Familie im neuen Berliner Alltag

## Body

---

Von Anna Klöppler

Gibt man bei Google das Wort Flüchtling ein, bietet die Suchmaschine folgende Optionen zum Vervollständigen des Suchbegriffs an: Strom , Flut , Welle , Krise . Die Sprachbilder, die für die Menschen bemüht werden, die derzeit bei uns Zuflucht suchen, sind die für Naturkatastrophen. Eine Bedrohung wird dadurch suggeriert und eine gewisse Hilflosigkeit, ein Ausgeliefertsein.

Was man dabei übersieht, beim furchtsamen Blick auf die Welle , sind die vielen persönlichen Geschichten, die einzelnen Tropfen in der Welle . Sie bleiben unsichtbar.

So wie Mahmoud Mottaweh und seine Frau Salwa Kamel. Die beiden Syrer sagen, sie fahren lieber mit ihren vier Kindern noch mal übers Mittelmeer, als die Razzien der Soldaten von Machthaber Assad in Damaskus zu ertragen. So wie Maria Jovanovi \* aus Serbien, die mit ihrem kleinen Bruder und ihrer Mutter Mitra\* trotz zweier Ablehnungen zum dritten Mal einen Asylantrag stellen will weil alles besser ist als Serbien .

Die Startbedingungen für die Familien in Berlin sind dabei denkbar ungleich verteilt: Mahmoud Mottaweh, seine Frau und ihre vier Kinder werden mit ziemlicher Sicherheit bleiben können. Die Anerkennungsquote von syrischen Flüchtlingen liegt laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei 93,2 Prozent. Die andere, Familie Jovanovi aus Serbien, wird mit ziemlicher Sicherheit zurückmüssen. Von rund 25.000 Asylanträgen aus Serbien wurden 2015 ganze drei positiv beschieden.

Alles auf Los ASYL Täglich kommen Hunderte Flüchtlinge nach Berlin. Sie alle suchen eine Perspektive. Dabei sind die Aussichten auf ein Bleiberecht denkbar ungl....

Justitia ist blind, so sollte es zumindest sein. Das deutsche Asylrecht ist es nicht. Es schafft Unterschiede: Hier die Kriegsflüchtlinge, dort diejenigen, die vor Armut fliehen. Was aber heißt das für die Betroffenen konkret?

Ihre Wünsche sind jedenfalls die gleichen: Sie suchen ein Zuhause. Sie wollen Bildung, einen Job. Sicherheit für ihre Kinder. Frieden. Eine Perspektive. In ihren Heimatländern werden sie das auf absehbare Zeit nicht finden: Die politische Lage im Nahen Osten wird sich so schnell nicht ändern. Auf dem Balkan werden die Roma seit jeher ausgegrenzt.

Die Familien Mottaweh und Jovanovi sind gekommen, um zu bleiben. Die taz begleitet sie in den nächsten Monaten im neuen Berliner Alltag bei der Suche nach einer eigenen Wohnung, auf die die Mottawehs nicht mehr lange warten -wollen. Bei dem Bemühen, trotz allem einen Schulplatz für die Kinder zu bekommen, wie es Mitra Jovanovi will. Nur wenn man in der großen Flüchtlingswelle die Geschichten der Einzelnen sieht, versteht man, was derzeit politisch auf dem Spiel steht.

\* Namen geändert

Nur wenn man in der großen Flüchtlingswelle die Geschichten der Einzelnen sieht, versteht man, was derzeit politisch auf dem Spiel steht

**Load-Date:** November 27, 2015

**Jeder Zweite ist zu unrecht hier; Rechtsschutz Niedersachsen hat sich gleich neben dem Flughafen Langenhagen einen Abschiebeknast gebaut. Nun können sich Inhaftierte wenigstens beraten lassen**

taz, die tageszeitung

Samstag 06. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 56-57

**Length:** 984 words

**Byline:** Gareth Joswig

## Body

---

Rechtsschutz Niedersachsen hat sich gleich neben dem Flughafen Langenhagen einen Abschiebeknast gebaut. Nun können sich Inhaftierte wenigstens beraten lassen

von Gareth Joswig

Ausländerbehörden sind besonders zäh. Zuletzt zeigte sich das in dem niedersächsischen Landkreis Leer. Dort sperrte man den Vater einer Familie aus dem Kosovo kurzum in Abschiebehaft, obwohl die Familie laut der gültigen Grenzübertrittsbescheinigung noch zehn Tage Zeit hatte, das Land zu verlassen. Der Vater von sechs Kindern meldete sich sogar wöchentlich beim Sozialamt. Trotzdem sprach der Landkreis Leer von Fluchtgefahr und beantragte beim Amtsgericht Abschiebehaft. Mit Erfolg.

Der **Flüchtlingsrat** Niedersachsen benachrichtigte das Landesinnenministerium. Das wiederum stufte die Haft als rechtswidrig ein und empfahl dem Kreis Leer, erneut zu prüfen. Daraufhin kam der Mann nach elf Tagen Freiheitsentzug wieder frei.

Am 4. August um 7.30 Uhr schob der Landkreis Leer die Familie, darunter einjährige Zwillinge, schließlich ab. Niemand war untergetaucht. Warum der Vater elf der letzten Tage in Deutschland in Haft verbringen musste, begründete der Landkreis-Sprecher mit der Sorge, dass die Familie untertaucht: Die Familie hatte laut Amt am 12. Juli eine leere Wohnung hinterlassen. Sie war aber nicht untergetaucht, sondern verweist: zum Bruder, nach Bremerhaven.

Für Fälle wie diesen hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen zusammen mit dem Landesjustizministerium eine Rechtsberatung in der JVA Hannover-Langenhagen ins Leben gerufen. Oder wie das Justizministerium formuliert: In Erwartung steigender Gefangenenzahlen wurde die Schaffung eines derartigen Angebots geprüft.

Denn leider ist der Vorgang aus Leer kein Einzelfall, sondern seit Jahrzehnten Praxis in Deutschland. In den 1990er-Jahren waren die Abschiebeknäste besonders voll. Damals gab es in der JVA Hannover über 400

Jeder Zweite ist zu unrecht hier Rechtsschutz Niedersachsen hat sich gleich neben dem Flughafen Langenhagen einen Abschiebeknast gebaut. Nun können sich Inhafti....

Menschen in Abschiebehaft , sagt Kai Weber, Geschäftsführer des niedersächsischen Flüchtlingsrats, Haftzeiten bis zu 18 Monaten waren keine Ausnahme, selbst Kinder und Jugendliche saßen ein. Derzeit seien es meistens zwischen zehn und 15 Personen. Doch wegen der verschärften Asylgesetze steige die Zahl wieder.

Auch deswegen bietet der Flüchtlingsrat jetzt zweimal wöchentlich in Langenhagen eine unabhängige Rechtsberatung an. Es gibt bereits vergleichbare Projekte in anderen Bundesländern, aber es ist das erste Mal, dass ein Ministerium eine Beratung gemeinsam mit einem Flüchtlingsrat anbietet. Der Modellversuch läuft zunächst für ein Jahr.

Eine Inhaftierung ist ein schwerwiegender Eingriff in die Freiheit. Sie kann und darf nur Ultima Ratio sein , sagt Kai Weber. Ist sie aber nicht.

Die Beratung soll Menschen in Abschiebehaft in zwei Punkten helfen: Erstens soll überprüft werden, ob die Inhaftierung rechtmäßig war, zweitens soll sie kontrollieren, dass die Häftlinge unversehrt bleiben. Dazu kann sie bei Vorbereitungen für eine Ausreise zur Seite stehen, in dem sie etwa Kontakt zur Botschaft des Herkunftslandes aufnimmt.

Wie viele Personen tatsächlich unrechtmäßig in Abschiebehaft gerieten, ist unklar. Verlässliche Zahlen darüber gibt es nicht. Der Rechtsanwalt Peter Fahlbusch hat jedoch einen guten Einblick: Seit 2001 vertritt er Mandanten in Abschiebungshaftverfahren und führt Statistik. Bis zum 31. August 2015 waren von insgesamt 1.008 seiner Mandanten 551 rechtswidrig inhaftiert also mehr als jeder Zweite. Nach Fahlbuschs Berechnungen ergeben sich daraus 14.948 rechtswidrige Hafttage und insgesamt knapp 41 Jahre Knast.

Damit Schutzsuchende in Haft in Zukunft zu ihrem Recht kommen, startete das Projekt vergangenen Dienstag und bereits der erste Termin zeigte, wie wichtig unabhängige Rechtsberatung ist. Vor Ort war der Jurist Muzaffer Öztürkyilmaz, der drei Inhaftierte beriet: Bei einem kann ich schon ohne Akteneinsicht sagen, dass die Haft rechtswidrig ist , sagt er. Diesmal war es ein Amtsgericht in Delmenhorst, dass den Antrag auf Inhaftierung durchgewunken hat.

Mit den Gesetzesverschärfungen durch die Asylpakete I und II ist der Rechtsbeistand sogar noch wichtiger geworden: Die Bedingungen für Abschiebehaft wurden verringert, neue Voraussetzungen für einen Freiheitsentzug festgeschrieben. Nach einer Änderung im Aufenthaltsgesetz dürfen Personen beispielsweise zur Abschiebung in Haft genommen werden, weil sie keinen Pass mehr haben etwa wenn die Behörde unterstellt, dass sie ihn vernichtet haben.

Das sieht der Jurist als problematisch an: Oftmals kassieren die Schlepper den Ausweis ein und geben ihn nicht zurück. Personen, denen das widerfährt, können aufgrund dieser neuen Regelung also vorsorglich in Abschiebehaft kommen. Genau so ist es bei Menschen, die viel Geld für die Flucht gezahlt haben, sagt der Anwalt. Tatsächlich gibt es kaum Geflüchtete, die für ihre Flucht nichts gezahlt haben. Nun müsse man rechtlich darüber streiten, was viel Geld sei.

Die Fluchtroute und die Finanzierung fragt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits im ersten Gespräch mit Asylsuchenden ab. Diese Erkenntnisse nutzt das Amt im Fall einer späteren Abschiebung, sagt Öztürkyilmaz. Er bezweifelt die Verhältnismäßigkeit: Es kann nicht sein, dass Menschen die Freiheit entzogen wird, weil sie gegen eine Verwaltungsvorschrift verstoßen. In Hannover werde ein ganzer Knast nur für Abschiebehäftlinge betrieben. Dabei gehe von diesen Menschen doch keine Gefahr aus.

Zumindest gibt es endlich eine Anlaufstelle für Menschen in Abschiebehaft. Laut Flüchtlingsrat ist das dem politischen Kurswechsel in Niedersachsen zu verdanken. Das muss jetzt nur noch jemand an die Ausländerbehörde nach Leer faxen.

282.726

Mal hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015 über Asyl entschieden



Jeder Zweite ist zu unrecht hier Rechtsschutz Niedersachsen hat sich gleich neben dem Flughafen Langenhagen einen Abschiebeknast gebaut. Nun können sich Inhafti....

72.952

Mal kam es 2015 zu Gerichtsverfahren gegen Entscheidungen des Bundesamtes

2.548

Gerichtsentscheidungen betrafen davon Menschen aus Afghanistan

25

Prozent der Urteile sprachen ihnen Schutz zu

**Load-Date:** August 5, 2016

---

End of Document